38. Jahrgang 1990 / 3. Heft / Juli ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

JOACHIM FEST
Hitlers Krieg

THOMAS ALAN SCHWARTZ
Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher
John J. McCloy und die Häftlinge von Landsberg

CHRISTOPH BUCHHEIM
Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstandes
vom 17. Juni 1953 in der DDR

PAUL HOSER
Oswald Spenglers Pläne für eine geheime Lenkung der nationalen Presse

DOKUMENTATION
Deutsche Wissenschaftler in britischem Gewahrsam
Ein Erfahrungsbericht aus dem Jahre 1946 über das Lager Wimbledon
(John Gimbel)

LITERATUR
Essays von Georges-Henri Soutou, Fritz Stern, Gerald Stourzh, Donald C. Watt

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben
von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Walter Bußmann,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Ludolf Herbst, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz, Norbert Frei
Chefredakteur: Hermann Graml
Stellvertreter: Klaus-Dietmar Henke

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 12 68 80, FAX 123 17 27

38. Jahrgang | Heft 3 | Juli 1990

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Joachim Fest — Hitlers Krieg 359

Thomas Alan Schwartz — Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John J. McCloy und die Häftlinge von Landsberg . 375

Christoph Buchheim — Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR 415

MISZELLE

Paul Hoser — Ein Philosoph im Irrgarten der Politik. Oswald Spenglers Pläne für eine geheime Lenkung der nationalen Presse 435

DOKUMENTATION

John Gimbel — Deutsche Wissenschaftler in britischem Gewahrsam. Ein Erfahrungsbericht aus dem Jahre 1946 über das Lager Wimbledon 459

LITERATUR

Essays von Georges-Henri Soutou, Fritz Stern, Gerald Stourzh, Donald C. Watt 485

NOTIZEN

Erklärung zu Aufgaben und Perspektiven der Zeitgeschichtsforschung nach der politischen Umwälzung in Osteuropa und in der DDR *(Ludolf Herbst, Friedrich P. Kahlenberg, Hermann Weber)* 509

ABSTRACTS 521

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

JOACHIM FEST

HITLERS KRIEG

Im Bild Hitlers haben lange die irrationalen Züge das Urteil beherrscht: ein von Affekten und Haßgefühlen getriebener Mensch, prinzipienlos, wenn auch mit großem taktischen Geschick operierend, dabei aber immer abhängig von den Stimmungen und Begehrlichkeiten der Massen, ein „Kork auf den Wellen", wie ein Beobachter während der Aufstiegsjahre schrieb, und noch sein unbezweifelbares Geschick in der Eroberung und Ausweitung der Macht, desgleichen sein erfolgreiches Auftreten auf der europäischen Szene, hat man eher seinem Instinkt als seinen rationalen Fähigkeiten zugutegehalten.

Diese Reminiszenz soll nicht mehr, als den Weg in Erinnerung rufen, den die Forschung zurückgelegt hat, seit Hugh R. Trevor-Roper in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre diesem Bild und allem, was daraus abgeleitet war, in einer knappen, aber beispiellos folgenreichen Darlegung den Garaus gemacht hat. Seither ist, was man Hitlers geistige Verfassung nennen kann, zusehends genauer beschrieben worden. Aus einem reichlich konfusen Sammelsurium von Gedankenschund des 19. Jahrhunderts, aus Schlagworten, Ängsten und Vorurteilen der deutsch-völkischen Minderheit im vergehenden Habsburgerreich hat er nicht nur ein im Ganzen verblüffend kohärentes Weltbild geschaffen, dessen Konstanten die Eroberung von Lebensraum, Antimarxismus und Judenhaß waren; vielmehr hat er auch mit bemerkenswerter gedanklicher Kraft schon früh ein Konzept entwickelt und wie es angesichts der politischen Situation des Landes nach dem Ersten Weltkrieg in die Tat umzusetzen sei: „ein Ideengebäude", wie Ernst Nolte zu recht bemerkt hat, „dessen Folgerichtigkeit und Konsistenz den Atem verschlägt". Der Typus ist der Psychologie nicht unbekannt: der aberwitzige Kopf mit der zwingend logischen Gewalt. Vom Grunde weniger mythologischer Prämissen aus hat Hitler mit analytischem Scharfsinn weitergedacht, und dieses unvermittelte Doppelwesen von Kälte und Irrglauben, Machiavellismus und Magieverfallenheit beschreibt erst die ganze Erscheinung. Man begegnet diesem Ineinander auf Schritt und Tritt, und selbst das Regime als solches hat etwas von dieser paradoxen Mischung aus Köhlergläubigkeit und rationalbürokratischer Effizienz angenommen.

Dieser Beitrag entstand anläßlich eines internationalen Symposions des Instituts für Zeitgeschichte im September 1989 in Pforzheim. Er ist auch abgedruckt in dem im Herbst erscheinenden Konferenzband: „Der nationalsozialistische Krieg", hrsg. von Norbert Frei und Hermann Kling, Frankfurt/M. 1990.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wo Hitler Perspektiven ziehe, sei immer Krieg in Sicht, hat Konrad Heiden in den dreißiger Jahren geschrieben, doch die Warnung, die in der Bemerkung steckte, hätte der Gemeinte vermutlich überhaupt nicht begriffen. Krieg war, wie er es sah, ein „ehernes Naturgesetz", der Urgedanke des Lebens und folglich auch „das letzte Ziel der Politik". Denn deren Aufgabe war im Grunde nichts anderes als die Organisation des andauernden Lebenskampfes eines Volkes, so daß, bei genauerem Zusehen, ein Gegensatz zwischen Politik und Krieg nicht existierte. Es ist denn auch charakteristisch, daß der Friede weder als konkretes Ziel noch als utopische Verheißung in Hitlers Programmatik je auftaucht. Im Februar 1941, als er sich in der Vorstellung wiegte, das Unternehmen Barbarossa werde ein „Kinderspiel" sein, forderte er, offenbar in Sorge vor einem möglichen Frieden, von Jodl die „studienmäßige Bearbeitung" eines deutschen Aufmarschs gegen Afghanistan und Indien, und selbst in der Vision des Großgermanischen Reiches gab es, weit vorgeschoben im Osten, am Ural oder noch weiter, jene „dauernd blutende Grenze", an der eine stete Auslese der Besten getroffen und die Rasse gehärtet wurde. „Wo immer auch unser Erfolg endet", hat Hitler im „Zweiten Buch" geschrieben, „er wird stets nur der Ausgangspunkt eines neuen Kampfes sein".

Die Grundvorstellung vom Krieg als Dauerzustand hat ihn auch beherrscht, als er in „Mein Kampf" sein außenpolitisches Programm entwarf. Zwar war der Weltkrieg zu Ende, aber doch nur formal, und in dem, was nun Frieden hieß, sah er lediglich eine Phase zur Sammlung der Kräfte in einem längst nicht abgeschlossenen Ringen, das über kurz oder lang in eine neue bewaffnete Auseinandersetzung einmünden mußte.

Im Gegensatz zur vorherrschenden Meinung im besiegten und vom moralischen Makel des Versailler Vertrags tief gedemütigten Deutschland jener Jahre erkannte Hitler jedoch, darin kälter und vorurteilsfreier als insbesondere seine Partner auf der Rechten, daß die Friedensordnung von 1919 dem Reich gerade die Chancen zuspielte, die ihm durch den Krieg hatten verwehrt werden sollen: nämlich zur Hegemonialmacht zumindest auf dem Kontinent zu werden. Von den fünf ebenbürtigen Großmächten, mit denen es bei Beginn und im Verlauf des Krieges, sei es in Rücksichtnahme oder Gegnerschaft, zu rechnen gehabt hatte, waren nur zwei, England und Frankreich, verblieben. Rußland, jetzt die Sowjetunion, war gleichsam exmittiert, die USA hatten sich grollend in den Isolationismus zurückgezogen und Österreich-Ungarn schließlich war in eine Vielzahl ohnmächtiger Kleinstaaten aufgeteilt, die sich mit den unlösbaren Problemen des Vielvölkerstaates, jeder für sich, herumschlugen und folglich das Reich geradezu einluden, als Vormacht auf den Plan zu treten.

Hatte man die Überlegung bis dahin getrieben, wurde aber auch offenbar, daß England und Frankreich kaum in der Lage waren, die Integrität der von ihnen geschaffenen Friedensordnung zu gewährleisten. Dies mußte selbst dann schwerfallen, wenn sie in jeder Einzelfrage übereingestimmt hätten. Aber sie waren, „seit 140 Jahren schon", wie Hitler bereits im April 1923 versicherte, „erbitterte Rivalen" und seien es „bis zur Stunde geblieben". Es war die Aufgabe der deutschen Politik, diese Gegensätze aufzuspüren, zu verstärken und sich zunutze zu machen.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was die deutsche Option anging, stellte Hitler sich von früh an auf die Seite Englands, schon im Jahr 1919 und dann immer wieder stößt man auf Äußerungen des Respekts und sogar der Bewunderung für die Härte und das imperiale Genie des Inselvolks. Frankreich dagegen war dekadent, „vernegert" und 1918 der Nutznießer eines Sieges geworden, dessen Früchte es gerade deshalb so eifersüchtig hütete, weil sie ihm nach dem Gesetz der Stärke keineswegs zustanden. Frankreich war in der Tat der „Erbfeind", und in allen Stadien des gedanklichen Prozesses, der die deutschen Möglichkeiten erwog, figurierte es durchweg als der „absolute Gegner".

Der Gegensatz, auf den Hitler in der Koalition der Siegermächte am frühesten stieß, war der zwischen Frankreich und Italien, und es ist immerhin bemerkenswert für die Unabhängigkeit seines Urteils, daß er keinen Augenblick zögerte, sich auf die Seite Italiens zu stellen und den Verzicht auf Südtirol in Kauf zu nehmen, auch wenn ihm das, weit über die politische Rechte hinaus, den zum Teil erbitterten Widerspruch der Revisionisten eintrug. Schon 1920 forderte er wiederholt, jedem Streit mit Italien aus dem Wege zu gehen, um Frankreich desto gewisser in die Isolierung zu treiben.

Der Gegensatz zwischen England und Frankreich wurde erst später, mit der Besetzung des Ruhrgebiets 1923, offenkundig. Aber schon einige Zeit früher hatte Hitler erklärt, daß England, ganz im Sinne seiner traditionellen Gleichgewichtspolitik, umso stärker an Deutschland interessiert sein müsse, je unverhohlener Frankreich sich als Vormacht auf dem Kontinent aufspiele. Nicht so sehr als Demagoge, auch nicht als Nationalpathetiker, sondern einzig, um England und Frankreich schärfer zu entzweien, forderte er daher den aktiven Widerstand gegen die französische Intervention an der Ruhr.

Doch blieb Hitler bei solchen Vorstellungen nicht stehen. Aus der mehr erspürten als erkannten Brüchigkeit der gegnerischen Koalition entwickelte er ein außenpolitisches Konzept, das über die Forderung nach der Überwindung des Versailler Vertrags weit hinausging. Seine Neigung, in großen Verhältnissen zu denken, hatte seinen Blick alsbald auf den Kontinent im Ganzen gelenkt, und wenn er je als Revisionist begonnen hat, ließ er schon früh die Enge bloß grenzpolitischer Korrekturen hinter sich und begann, raumpolitisch zu denken. Der erste Beleg dafür stammt immerhin von Ende 1922.

Dahinter erhob sich die Vorstellung einer großen Zeitenwende. Die Geschichte, so glaubte er, stehe am Beginn einer neuen Epoche, noch einmal setze sie das Rad in Bewegung und verteile die Lose und die Chancen neu. Was dem Ende entgegengehe, sei das Zeitalter der Seemächte, die mit ihren Flotten ferne Länder erobert, Reichtümer aufgehäuft und die Welt beherrscht hätten. Das Meer, einst der klassische Verbindungsweg, erschwere unterdessen die Bemeisterung ausgedehnter Imperien, die koloniale Größe sei anachronistisch und zum Untergang verurteilt: das Weltreich der Zukunft werde eine Landmacht sein, ein kompaktes, wehrhaftes Riesengebilde, und die Zeit sei schon auf dem Wege dahin. Für einige Jahrzehnte mochte England sein Kolonialreich noch behaupten. Doch wenn er die Mächte prüfte, die bei Beginn der neuen Weltstunde mit Deutschland um die künftige Herr-

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftsrolle konkurrieren könnten, stieß er immer erneut auf Rußland. Es fügte sich in dieses Bild, daß durch die Revolution von 1917 das Land nicht nur, wie er glaubte, entscheidend geschwächt, sondern zugleich als Vorhut der ausgerufenen und ubiquitär geschürten Weltrevolution zu einem Herd der Ängste für alle geworden war.

Die Folgerungen aus diesen Überlegungen ergaben sich wie von selbst. Zwar blieb Frankreich der Feind, weil es nur ein ohnmächtiges oder, wie Hitler gern sagte, ein „balkanisiertes" Reich zulassen würde; überdies mußte, wobei auch Motive der Vergeltung im Spiel waren, ein für allemal sichtbar gemacht werden, daß der Großmachtanspruch, den es erhob, von der Wirklichkeit nicht mehr gedeckt war. Aber wie das Reich Italien durch Verzicht auf Südtirol und die Ermutigung seiner mittelmeerischen Interessen zugleich ruhigstellen und beschäftigen konnte, so hatte es England gegenüber sowohl auf allen kolonialen Ehrgeiz wie auf den Seehandel zu verzichten und sich als reine Kontinentalmacht zu orientieren. Um dieses Zieles willen war Hitler sogar bereit, die Industrialisierung Deutschlands zurückzunehmen und einen überwiegend bäuerlichen Staat zu errichten, desgleichen die Kriegsflotte preiszugeben und sich ganz auf das Landheer zu beschränken.

Dieses außenpolitische Programm hat Hitler schrittweise, in mehreren Anläufen entwickelt. Die etwas grobe Skizze läßt keinen Hinweis auf die Stufen der Komplettierung zu. Aber erstaunlich bleibt bei alledem, wie folgerichtig er vorging und daß er niemals schroffere Korrekturen daran vorzunehmen hatte. Vielmehr waren alle Einzelstücke von vornherein vorhanden und nur zu einem überzeugenden Gesamtkonzept zu verbinden.

In diesem Zusammenhang fehlt aber noch der andere starre und keinem Kompromiß zugängliche Vorsatz seiner Politik, die Bekämpfung der Juden. Während das Raumprogramm nur der physische, in Kategorien wie Macht, Lebenskampf, Interesse oder Bündnis zu fassende Aspekt seiner Überlegungen war, weitete die Kampfansage an die Juden ihn gleichsam ins Metaphysische und gab ihm die Weite einer menschheitlichen Aufgabe.

Anders als seine außenpolitischen Auffassungen hat Hitler diese Position nicht in allmählicher, klärender Gedankenarbeit gewonnen. Sie war vielmehr von Anfang an vorhanden. Bekanntlich verlangt schon das erste politische Dokument, das von ihm überliefert ist, ein Brief vom September 1919, als „letztes" und „unverrückbares" Ziel der Politik „die Entfernung der Juden überhaupt". In charakteristischen Generalisierungen führte er von Beginn an alle widrigen Erscheinungen auf das Wirken der Juden zurück: die Niederlage und die Revolution, die Republik, die Börse und die Prostitution, das verlorengegangene Nationalgefühl und die Sorgen jeden Tages in der aus so großen Höhen gestürzten, beleidigten und von vielfältigen Deklassierungsängsten erfüllten Nation. Alles, was ihm zu tun blieb, war die Universalisierung dieser Vorwürfe und die Erweiterung des nationalen Leidens zu einer Weltkrankheit, von der die Menschheit im Ganzen bedroht war. Als Volk ohne bestimmten Lebensraum bekämpften die Juden die Idee der Nation an sich und damit das Urgesetz des Lebens selbst. Vergifter der Völker zu sein, Erreger der Ras-

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sentuberkulose, Weltpest und Völkervampir: In solche und ähnliche Begriffe hat er diesen Elementaraffekt zu fassen versucht.

Offenbar tritt man damit in eine Welt des Wahnsinns ein, und jenes merkwürdige Doppelwesen, von dem eingangs die Rede war, zwischen Kälte und Aberwitz offenbart seine wirklich entgeisternde Qualität erst, wenn man bedenkt, daß das mit so viel Schärfe entwickelte Raumeroberungsprogramm dem gleichen Kopf entstammte, der von der Einsicht in den jüdischen Bazillus illuminiert war und sich diese Erkenntnis als ein Verdienst zugute hielt, das ihn über Pasteur und Robert Koch stellte. Aber auch der Wahn war durchsetzt mit einem rationalen Element, und der Judenhaß Hitlers keineswegs bloßer Affekt. Vielmehr machte er sich auch dessen umfassende taktische Verwendbarkeit im Kampf gegen den Epochenprozeß der Emanzipation zunutze, auf den zuletzt alles hinauslief. Und interessant und merkwürdig ist, wie im Verlauf dieses Lebens einmal das eine und dann das andere hervortritt.

Die Mittel, um der jüdischen Gefahr Herr zu werden, ergaben sich fast zwingend. Es ist ziemlich müßige Philologie, herausfinden zu wollen, wo und ab wann in den Quellen „Beseitigung" als Ausweisung oder schon als physische Ausrottung zu verstehen ist, ob die von Hitler 1921 erhobene Forderung nach Einrichtung von Konzentrationslagern für Juden bereits die spätere Praxis andeutet oder ob der bekannte Hinweis im zweiten Band von „Mein Kampf", man hätte während des Kriegs „zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber [. . .] unter Giftgas" halten sollen, schon Auschwitz, wie fern auch immer, sichtbar macht. Denn auch das zeichnet Hitlers eigentümliche intellektuelle Verfassung aus, daß er vor nichts einmal Gedachtem zurückschreckte und die Grenze zwischen Denken und Tun, die nicht zuletzt das zivilisierte Wesen ausmacht, aufgehoben war.

Die Gelenkstelle, die den raumpolitischen mit dem rassenpolitischen Gedanken verknüpfte, war Hitlers Überzeugung, daß der Bolschewismus nichts anderes sei als die Ablösung der in Rußland lange tonangebenden germanischen durch eine jüdische Herrschaftsschicht. Da aber das Judentum keine staatenbildende und -erhaltende Kraft besitze, sei auch das Ende Rußlands als Staat absehbar: „Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch", heißt es im vorletzten Kapitel des zweiten Bandes von „Mein Kampf", und der Zusammenhang läßt keinen Zweifel, daß die deutsche Politik sich darauf einzurichten habe, Beförderer und Erbe dieses Zusammenbruchs zu sein.

So fanden sich die verschiedenen Elemente, wie schwer vereinbar sie auch scheinen mochten, am Ende gleichwohl zur Deckung gebracht. Der politische, geographische, historische, der rassische und der eschatologische Gesichtspunkt: Alles wies nach Osten. Die Versprechungen, die dort winkten, boten nicht nur ausreichenden Raum und ungeahnte materielle Möglichkeiten, sondern auch die Erfüllung einer welthistorischen Mission.

Damit hatte Hitler nicht nur ein geschlossenes Weltbild entworfen, das ihn ebenso mit intellektuellen Gewißheiten wie mit einem tödlichen und heilsgewissen Ernst ausstattete; vielmehr besaß er dafür zugleich, wie umrißhaft auch immer, ein strate-

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gisches Konzept und sogar eine Vorstellung der taktischen Schritte für die bündnispolitische Konstellation, die seinen Absichten dienlich war. Mit seiner Ernennung zum Kanzler hat er denn auch gleichsam vom ersten Tage an diesen zweckgerichteten Teil seines Gesamtentwurfs zu verwirklichen versucht, während die wahnhaften, tief irrationalen Vorstellungen gleichsam stillgestellt waren, auch wenn sie ungeschmälert bewahrt und jederzeit abrufbereit blieben.

Das Haupthindernis, das sich ihm entgegenstellte, bestand in dem System kollektiver Friedenssicherung, dessen Fundamente der Versailler Vertrag sowie der Völkerbund waren und das durch ein Geflecht weiterer, von Drittmächten abgestützter oder garantierter Übereinkünfte ergänzt wurde. Die gesamte erste Phase der Hitlerschen Außenpolitik war daher von dem Versuch bestimmt, diese Ordnung aufzubrechen und an die Stelle der dicht verzahnten, tendenziell überwiegend gegen das Reich gerichteten Front eine Vielzahl zweiseitiger Abmachungen zu setzen, die ihm eine größere Manövrierfähigkeit sicherte. Er war dabei durchaus zu Zugeständnissen, Umwegen und sogar im eigenen Lande unpopulären Einsätzen bereit, wie der überraschende Nichtangriffspakt mit Polen vom Januar 1934 bewies. Schon anderthalb Jahre darauf hatte er England, dem für seine Absichten so entscheidende Bedeutung zukam, nach dramatischen, von ungeduldiger Werbung, generösen Gesten und Rückschlägen begleiteten Verhandlungen so weit, daß ein Flottenabkommen mit ihm zustandekam. Damit eigentlich brach das internationale Friedenssystem der Zwischenkriegsjahre schon in sich zusammen.

Was daran bis heute verblüfft, ist die Mühelosigkeit, mit der Hitler diese Erfolge errang. Schärfer als seine Gegenspieler erkannte er, daß das europäische Gemeininteresse nur eine Fiktion war und die alten Egoismen noch immer ihre Wirkung taten. Statt die kollektive Friedensordnung mit aller Energie zu behaupten, schienen die Mächte sie geradezu loswerden zu wollen. Natürlich wandte Hitler dabei die Kombination von Drohungen und Wohlverhaltensschwüren an, die schon seinen Aufstieg vorangebracht hatte. Erstaunlich aber war, wie er, nach den Besiegten, nun auch den Siegermächten des Ersten Weltkriegs ein wachsendes Gefühl für die Unerträglichkeit der von ihnen selber erst fünfzehn Jahre zuvor ausgerufenen Friedensordnung einzureden wußte. Wie in den Auftritten der endenden Republik demonstrierte er aufs neue seine Kunst, eine schwierige, mit mancherlei Mißhelligkeiten verbundene Lage so sehr auf ihre Absurdität und zynische Ungerechtigkeit hin zu stilisieren, daß das Gefühl sich verbreitete, man müsse, auch unter Risiken, ein Ende damit machen. Nie jedenfalls war er außenpolitisch erfolgreicher als bei seinem ersten Vorhaben, die Front der Gegner auseinanderzubringen und ihre Teile gegeneinanderzukehren.

Man kann für diese Erfolge noch vieles nennen: die überfallartigen Coups, die er mit Vorliebe zum Wochenende inszenierte, wenn die Regierungen, die sich noch immer im Frieden wähnten, so gut wie aktionsunfähig waren; oder den Kunstgriff, Angebote zu formulieren, daß sie für die eine Macht als Verhandlungsbasis gerade noch annehmbar waren, für eine andere dagegen inakzeptabel, und meist war es Frankreich, das seinen Starrsinn oder seine Ängste nicht zu überwinden vermochte

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und folglich zusehends in die Vereinzelung geriet. Darüber hinaus half auch, was der Zufall Hitler zuwarf und was er rasch und mit wachsendem Geschick zu ergreifen lernte.

Zu den wichtigsten Motiven der Nachgiebigkeit zählte jedoch Hitlers Antikommunismus. Über alle Interessengegensätze, alle kreuz und quer laufenden Verfeindungen hinweg war jenes im ganzen noch immer konservative, bürgerliche Europa der dreißiger Jahre in der Angst vor der kommunistischen Revolution geeint, als deren radikalster Feind und Überwinder Hitler sich so nachdrücklich anzupreisen wußte. Zwar hatte die Revolutionsidee inzwischen an Suggestion wie an offensiver Energie erheblich verloren. Doch im Volksfrontexperiment in Frankreich, im Spanischen Bürgerkrieg oder auch in den Moskauer Prozessen hatte sie sich immer wieder in Erinnerung gebracht, und wenn sie aus alledem auch geschwächt hervorgegangen war, hatte diese Erinnerung doch genügt, die alten Schrecken zu beleben. Gewiß waren Furcht und Abscheu auch vor Hitler und seinem Regime verbreitet. Aber die unvergessene Lehre des gescheiterten Putschversuchs vom November 1923, die ihm im Innern so gute Dienste geleistet hatte, wendete er nun auch nach außen hin an: indem er die eigenen revolutionären Absichten im Mantel des geschworenen Feindes der Revolution vorantrieb und als Verteidiger einer Ordnung auftrat, deren Zerstörung sein Vorsatz war. Wieviele Beklemmungen dieses merkwürdig rückfällig gewordene Deutschland der dreißiger Jahre in Europa auch wachrief, so viele uneingestandene Erwartungen richteten sich zugleich darauf, es möchte die alte Rolle des Reiches wieder übernehmen, der „Aufhalter des Bösen" zu sein, Bollwerk oder Wellenbrecher, wie Hitler auf dem Reichsparteitag 1934 erklärte. Zwar sprach mancher, wie der damalige britische Außenminister Austen Chamberlain, von Roheit und einer Politik des Stiefelabsatzes. Aber gerade die unheimlichen, martialischen Züge Hitlers und seiner Machtpraxis standen, nach Auffassung vieler, einem Bollwerkkommandanten nicht unpassend zu Gesicht. Im übrigen mochten die Deutschen sehen, wie sie damit zurechtkamen.

Sowohl der Zufall wie das antikommunistische Motiv waren im Spiel, als der Spanische Bürgerkrieg die anfangs entzweiten und dann nur zögernd einander sich nähernden faschistischen Mächte Italien und Deutschland endgültig zusammenführte und Mussolini im November 1936 die Achse Berlin–Rom ausrief. Damit hatte Hitler die eine Bündnisbedingung verwirklicht, die seinem Eroberungskonzept zugrundelag.

Es blieb England. Die Jahre zwischen dem Flottenabkommen und dem Kriegsausbruch sind gekennzeichnet durch eine Kette immer neuer, durch kein britisches Zaudern, keine offene Abweisung entmutigter Anläufe, den Idealentwurf doch noch zustandezubringen. Zwar hatte Hitler mit der ständig vorgetragenen Forderung nach Selbstbestimmung und einem Ende der Diskriminierung des Reiches kaum irgendwo so viel Verständnisbereitschaft gefunden wie in England, zumal seine Appelle dem traditionellen britischen Gleichgewichtsgrundsatz entgegenkamen und man längst begonnen hatte, nicht ohne Besorgnis den übermächtigen Einfluß Frankreichs auf dem Kontinent zu registrieren. Aber zu jenem besonderen deutsch-briti-

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Verhältnis mit dem Ziel der „Weltteilung", das Hitler vorschwebte, war London deshalb doch nicht bereit. Und selbst, als Hitler seine Bündnisidee um eine weitgespannte Überlegung ergänzte und Japan einbezog, änderte England seine Haltung nicht. Es habe sich, ließ Hitler den Wunschkontrahenten immer wieder wissen, in Osteuropa und Ostasien nur passiv zu verhalten. Im Verein könnten Deutschland und Japan sodann die Sowjetunion zerschlagen und das Empire nicht nur in seinem Bestand sichern, sondern auch Europa vom Kommunismus befreien, dem „alten Widersacher und Erbfeind der Menschheit", wie er mit einer bezeichnend theologisierenden Wendung formulierte. Doch blieb England, sehr zum Unwillen Hitlers, bei seiner Weigerung.

Vor diesem Hintergrund hat man jene Geheimkonferenz vom 5. November 1937 zu sehen, die durch die Niederschrift des Obersten Hoßbach bekannt geworden ist. Sie machte den Außenminister und die militärische Spitze des Reiches nicht nur mit Hitlers Ungeduld und Kriegsentschlossenheit, sondern auch mit seinem Willen bekannt, das in „Mein Kampf" entworfene Raumeroberungsprogramm in absehbarer Zeit in Angriff zu nehmen und zur Verbreiterung der Ausgangsbasis zunächst Österreich und die Tschechoslowakei zu annektieren. Die Sowjetunion erwähnte er nicht. Vielleicht, weil seine Bündnisbemühungen noch nicht weit genug vorangekommen waren, vielleicht aber auch, weil er den konservativen Teilnehmern der Runde nicht hinreichend traute, deren Erschrecken ihm denn auch offenbarte, wie wenig sie ihn begriffen hatten und wie überraschend der Gedanke für sie war, daß er, Hitler, tatsächlich Hitler war. Vor allem aber mochte die Einverleibung der beiden Länder ihm zeigen, wie weit England ihm zu gehen erlaubte, und, obwohl es ein formelles Bündnis ausschlug, in der Sache alles zu gewähren bereit war, was Gegenstand einer Abmachung sein konnte.

Auf den Anschluß Österreichs reagierte Europa noch einmal, wie auf alle zurückliegenden Übergriffe Hitlers auch, mit jener Mischung aus Aufgeregtheit, schlechtem Gewissen und starken Worten, von der am Ende nur eine ratlose Geste blieb. Desgleichen schienen die Reaktionen auf den Griff nach Prag ganz diesem deprimierenden Muster zu folgen. Und doch war Prag ein Wendepunkt. Zu tief war für die Westmächte die Enttäuschung, das Gefühl der Irreführung und mißbrauchten Geduld. Bis dahin hatte Hitler durchweg revisionistische Ziele verfolgt und mit der Forderung nach Beseitigung des „Unrechts von Versailles" Verlegenheit und Verständnis geweckt. Jetzt hatte er zum ersten Mal seine viel weitergehenden Absichten enthüllt und aller Welt annonciert, daß er unverändert am Konzept der Eroberung über die Grenzen hinaus festhielt. Lord Halifax bemerkte damals, er habe Verständnis für Hitlers Geschmack an unblutigen Triumphen; aber das nächste Mal werde er Blut vergießen müssen.

Prag war der erste gravierende Fehler Hitlers, und überall in Europa begann man sich nun auf Krieg einzurichten, zumal Hitler mit seinem Vorgehen die „Geschäftsgrundlage" (Haffner) des Münchner Abkommens zerstört und demonstriert hatte, daß Verträge ihm nicht mehr bedeuteten, als wozu Gutdünken und Opportunität rieten. Aber ein Gewinn war es auch, wiewohl ein überaus prekärer. Immerhin hatte

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hitler ohne Krieg seinen großdeutschen Jugendtraum verwirklicht, ihn sogar noch überboten, und sichtlich waren die europäischen Mächte bereit, die Verheißung vom „Frieden für unsere Zeit" auch auf das widerrechtlich erweiterte Reich auszudehnen und seine nunmehr überragende Vormachtrolle, vor allem nach Südosten, wie ungehalten auch, hinzunehmen. Wenn sie überhaupt einen Trost in den Vorgängen zwischen München und Prag fanden, so lag er in der Erwartung, daß Hitler auf Jahre hin damit beschäftigt sein werde, die beträchtlichen, sei es eroberten, sei es hegemonial abhängigen Gebiete neu zu ordnen und sich dienstbar zu machen.

Doch das war ein Mißverständnis, und nichts lag Hitler ferner als jene Mitteleuropa-Idee, die in solchen Vorstellungen nachwirken mochte. Anders als für die Westmächte war Prag für ihn kein Ende, sondern lediglich eine Art Eröffnungszug, um dem eigentlichen und zusehends drängender anvisierten Ziel der Raumeroberung im Osten eine der erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die gewonnenen Gebiete selber interessierten ihn nur als Raubbau- und Aufmarschgelände.

Denn er hatte nun keine Geduld mehr. Von 1937 an häufen sich die Hinweise auf die kurze, ihm noch verbleibende Zeit. Nicht auszuschließen ist, daß sie zunächst nur den Zweck verfolgten, seine Umgebung zur Eile anzutreiben. Auch wußte er wohl, daß seine Herrschaft einen zutiefst illegitimen Zug hatte und der Stabilisierung durch die Dynamik sich beständig selbst überbietender Effekte bedurfte. Aber der Eindruck stellt sich doch auch ein, er sei allmählich zum Gefangenen der eigenen Zeitangst geworden. Das untrügliche Tempobewußtsein jedenfalls, das in den zurückliegenden Jahren jeden seiner Schritte gesteuert und manche Erfolge mitbewirkt hatte, schien ihn jetzt zu verlassen. Weniges veranschaulicht das besser als sein Entschluß, schon eine Woche nach der Eroberung der Tschechoslowakei, während Europa noch vom Erschrecken widerhallte, in einem Akt demonstrativer und triumphierender Gewalt das sogenannte Memelgebiet „ins Reich zurückzuholen".

Die Widerstandslosigkeit der Mächte mag Hitler nicht nur in dem Glauben, er könne Europa die Gesetze diktieren, sondern auch in seiner Unrast bestärkt haben. Infolgedessen ließ er sich auch nicht aufhalten, als die unterdessen eingeleiteten Verhandlungen mit Warschau festliefen und Chamberlain am 31. März 1939 im Unterhaus die britisch-französische Beistandserklärung für Polen abgab. Die sichtlich definitive Weigerung Englands, ihm den Weg nach Osten freizugeben, veranlaßte ihn nicht etwa, seine Pläne umzustellen, zu verschieben oder gar aufzugeben. Jener Starrsinn, der, bei aller Flexibilität im Taktischen, den Grund seines Wesens bildete, ließ nichts dergleichen zu. Vielmehr stieß er, in einer brutalen Wendung, sein gesamtes strategisches Konzept um und schritt, wie er in jenen Tagen formulierte, zur „Liquidation seiner Jugendarbeit". Da er bei dem Eroberungszug nach Osten immer auf England stoßen werde, entschloß er sich, zunächst und zusammen mit dem ohnehin geplanten Krieg gegen Frankreich, die Auseinandersetzung mit dem Inselreich aufzunehmen. Die ganze Unnachgiebigkeit, mit der er an der Raumpolitik festhielt, offenbart seine Bereitschaft, dafür eine weitere Konsequenz in Kauf zu nehmen, die ebenfalls, zumindest dem Anschein nach, wie eine Liquidation unumstößlicher Prinzipien wirkt: Er schloß den Vertrag mit Moskau, der alles in Frage

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stellte, was er je, in buchstäblich zahllosen Propagandaeinsätzen, über die „niemals zu überbrückende Weltentfernung" zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus geäußert hatte.

Es war nun nicht mehr nur Zeitangst. Auch nicht nur Selbstüberschätzung und das verächtliche Bild von seinen bürgerlichen Gegenspielern. Vielmehr ging es unterdessen auch, alle diese Motive zusammenfassend und steigernd, um die Einlösung der Idee des Krieges, für die er die Nation organisiert und vorbereitet hatte. „Eine lange Friedenszeit würde uns nicht gut tun", erklärte er am 22. August auf dem Obersalzberg seinen militärischen Befehlshabern. Die spürbare Reserve, mit der die deutsche Öffentlichkeit in den zurückliegenden Monaten alle Kriegssignale aufgenommen hatte, deutete er dahin, daß schon jetzt der Frieden zu lange andauere.

Trotz aller Augenblicksvorteile enthielt der Vertrag mit Moskau, der Hitler das Tor zum Einfall nach Polen weit aufsperrte, eine nicht wiedergutzumachende Fehlrechnung. Denn er setzte fast alle Voraussetzungen außer Kraft, unter denen Hitler und der Westen in den zurückliegenden Jahren ihre wechselseitige Politik betrieben hatten. Daß er die bürgerliche Welt zu verteidigen versprach, ihr jedenfalls näher stand als Stalin, dies war es, weshalb man all die unentwegten Zumutungen und Übergriffe so lange hingenommen hatte. Indem Hitler sich mit der Sowjetunion verständigte, gab er zu erkennen, daß er nicht jener Gegner der Revolution war, der er zu sein vorgab, kein „General Wrangel der Weltbourgeoisie". Alle späteren Bemühungen, mit London doch noch zu einem Einvernehmen zu gelangen, scheiterten nicht zuletzt an der Erkenntnis, die er erstmals am 23. August und dann immer unverhohlener den Mächten aufgedrängt hatte: daß er der Feind aller war und folglich über kurz oder lang auch alle zum Feind haben werde.

Hitler selber hat diesem Eindruck noch vorgearbeitet. Als werfe er, nachdem der ungeduldig herbeigesehnte Krieg in Gang gekommen war, mit der einen Hemmung auch alle anderen ab, hat er ihn von Anfang an mit einer Tendenz zur Radikalität geführt, die weit über die militärischen Zwecke hinausging und ihnen nicht selten sogar abträglich war. Mitunter scheint es geradezu, er habe ihn als Befreiung zu sich selbst erlebt und als die endlich wiedergekehrte Möglichkeit, auf alle die vom jahrelangen Zwang zur Verstellung und politischen Heimlichtuerei verdrängten, aber nie aufgegebenen Zielsetzungen zurückzukommen und sein innerstes Wesen hervorzukehren.

Ganz in diesem Sinne datierte er den Erlaß zur Massentötung von Kranken, den er erst Wochen nach Kriegsbeginn unterzeichnet hat, auf den 1. September 1939, im gleichen Monat begannen auch die Ausrottungsaktionen gegen die Zigeuner. Ebenso verlegte er, so oft er darauf zu sprechen kam, die Vernichtungsdrohung gegen die Juden, die tatsächlich vom 30. Januar 1939 stammte, auf den 1. September jenes Jahres, den Tag, der, wie er es offenbar empfunden hat, ihn aller Rücksichtnahmen entledigte. Anfang Oktober ernannte er Himmler zum Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums mit der Aufgabe, die „rassische Flurbereinigung" in Angriff zu nehmen, zehn Tage später löste er die SS und Polizei aus der bestehenden Gerichtsbarkeit. Wie entsichert sieht man ihn in dieser ersten Phase des Krieges mit dem beschäftigt, was er als seine eigentliche Mission ansah: dem

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entrechten, Deportieren, Gettoisieren und Massenmorden, das zwar bei weitem noch nicht das spätere Ausmaß erreichte, aber dem Wesen nach schon jetzt jene äußersten Regeln hinter sich ließ, denen der Krieg an sich, trotz aller enthemmenden Dynamik, bis dahin unterworfen gewesen war. Hitlers Intention mag selbst zu diesem Zeitpunkt noch nicht bis zum System der Vernichtungslager gereicht haben. Denn er wußte inzwischen, wieviel der Augenblick leistete, der Übereifer rivalisierender Akteure sowie die Bedenkenlosigkeit der Interessen und daß es für ihn vor allem darauf ankam, die sich bietenden Gelegenheiten für die eigenen Absichten zu nutzen. Aber auf Vernichtung ging diese Absicht jedenfalls und seine Metaphern enthielten immer ein Stück Wirklichkeit. Keineswegs ist es so, daß Hitler nur die radikalen Formeln erfand, die dann von Himmler und anderen als unmittelbare Handlungsmaxime aufgefaßt wurden. Die These, die Massenverbrechen seien nicht auf einen originären Willensakt Hitlers zurückzuführen, sondern die Konsequenz aus Improvisation und Zuständigkeitschaos, mag manche Einzelheit der späteren Entwicklung genauer treffen. Und richtig ist auch, daß die Dynamik des Geschehens sich aus vielen Quellen, Initiativen und Interessen speiste, die augenblicksweise auch über das von Hitler schon Gewollte hinausgehen konnten. Aber sie waren, anders als Hans Mommsen oder Martin Broszat meinen, durchweg von Hitler abgeleitet und hatten in ihm ihr Bewegungs- und Berufungszentrum. Der qualitative Sprung über die Barriere ist einzig seine Sache gewesen und wurde schon in den Tagen und Wochen des gerade begonnenen Krieges getan.

Über Heinrich Himmler, der im Zuge der Rückkehr Hitlers zu den ideologischen Fixierungen von einst zusehends an Macht gewann, hat er bei Gelegenheit lobend bemerkt, er habe keine Scheu, „mit verwerflichen Mitteln" vorzugehen, und schaffe folglich nicht nur Ordnung, sondern auch Komplicen. Es scheint, als habe diese psychologische Überlegung auch die immer unverhülltere Kriminalisierung des Regimes mitgetragen: die Absicht, die Nation durch ein gewaltiges Verbrechen unwiderruflich an sich zu ketten. Am greifbarsten ist sie in jener von Beginn an verfolgten Praxis, die Ausrottungsaktionen der SS aufs engste mit der militärischen Kriegführung zu verknüpfen, für die sich auf Seiten der Wehrmacht allzu bereitwillige Mithelfer fanden. In mehreren Äußerungen während der Kriegsjahre hat Hitler bemerkt, man müsse „sich die Rückzugslinien selbst abschneiden [. . .], dann kämpfe man leichter und entschlossener". Und Anfang 1943, als das Massenmorden schon in vollem Gange war, hat er auf das Beispiel der Seeschlacht von Salamis verwiesen und gesagt: „Er breche lieber alle Brücken hinter sich ab, da der jüdische Haß sowieso riesengroß sei. In Deutschland [. . .] gäbe es auch kein Zurück auf dem einmal eingeschlagenen Wege."

Aus solchen und anderen, gleichgearteten Bemerkungen oder Verhaltensweisen läßt sich noch eine weitere Überlegung herleiten. Denn vieles deutet darauf hin, Hitler habe schon mit dem Beginn des Krieges und dann immer entschiedener Abschied von der Politik überhaupt genommen, in der er fünfzehn Jahre lang exzelliert und keinen gleichwertigen Gegenspieler gehabt hatte. Sebastian Haffner hat darauf hingewiesen, daß Hitler 1940, nach dem Sieg über Frankreich, als Europa

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vom Nordkap bis zu den Pyrenäen erobert und er selber vom Nimbus der Unwiderstehlichkeit umgeben war, die einzigartige Chance nicht einmal gesehen habe, die sich ihm bot: nämlich dem Kontinent eine neue Ordnung und der deutschen Vorherrschaft in Europa, mit welchen Aussichten auch immer, Dauer zu geben. Alles, was er statt dessen zustandebrachte, war ein inhaltsleeres Angebot an das unbesiegte und keineswegs zum Einlenken bereite Großbritannien, während er Frankreich einen Friedensvertrag vorenthielt und überhaupt alles ignorierte, was den verbliebenen Gegner auf der Insel mindestens psychologisch hätte entwaffnen können.

In der Tat scheint es, als habe der Krieg ihn ganz auf die ideologischen Positionen zurückgeworfen, die für geraume Zeit von taktischen Erwägungen überlagert worden waren. Jetzt traten sie wieder nach vorn. Zu den scharfen Zäsuren dieses Lebens zählt der Novemberputsch des Jahres 1923: In einem genaueren Sinn bezeichnet er den Eintritt Hitlers in die Politik. Bis dahin hatte er sich vor allem durch seine Unbedingtheit hervorgetan. Erst das Scheitern vor der Feldherrnhalle hatte ihm den Sinn und die Möglichkeiten des politischen Spiels, der taktischen Schliche und Scheinkompromisse zum Bewußtsein gebracht und aus dem angriffslustigen Putschisten den scharf kalkulierenden Politiker gemacht.

Jetzt, so ließe sich sagen, kehrte er in seinen früheren Zustand zurück, entschlossen, das Netz der Abhängigkeiten sowie der falschen Einverständnisse zu zerreißen und jene Putschistenfreiheit zurückzugewinnen, die ihn an keine Spielregeln oder falschen Eide band. Hitler habe sich „wie eine Naturkraft" benommen, hat der rumänische Außenminister Gafencu im April 1939 aus Berlin berichtet, und kaum eine Formel beschriebe auch den Aufrührer der frühen zwanziger Jahre genauer. Nicht zufällig tauchten mit dem Beginn des Krieges auch die einstigen vorpolitischen Alternativen von Sieg oder Vernichtung, Weltmacht oder Untergang, Sein oder Nichtsein wieder auf, nicht selten in derselben Rede mehrfach.

Strenggenommen ist Hitler auch nie mehr in die Politik zurückgekehrt. Zusehends trat im Fortgang der Jahre sein Unvermögen hervor, über die militärischen Zwecke hinauszudenken und die Kriegslage auf ihre politischen Aussichten hin zu prüfen. Alle Versuche seiner Umgebung sowie die Ratschläge ausländischer Politiker wie Mussolini, Horthy oder Laval blieben vergeblich. Die regelmäßigen, mit fortschreitender Kriegsdauer freilich immer seltener werdenden Unterredungen mit den Chefs der Satellitenstaaten waren alles, was schließlich blieb. Aber sie hatten mit Politik nichts zu tun, und Hitler selber hat sie treffender „hypnotische Behandlungen" genannt. Nicht einmal die naheliegende Möglichkeit, den Krieg gegen die Sowjetunion auch politisch zu führen und jene Bevölkerungsteile, die die deutschen Soldaten als Befreier begrüßten, für sich zu gewinnen, hat er erkannt oder zu nutzen versucht. Am Ende steht dann die Antwort, die er dem Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes, Botschafter Hewel, im Frühjahr 1945 auf die Aufforderung gab, eine politische Initiative anzustrengen: „Politik? Ich mache keine Politik mehr. Das widert mich so an."

Je stärker die ideologischen, von Rassenangst, Verschwörungswahn und Weltfeindkomplexen beherrschten Vorstellungen in den Vordergrund traten, desto un-

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beugsamer hielt Hitler auch an dem einmal entwickelten Konzept zu deren Überwindung fest: dem Krieg gegen die Sowjetunion, der ja niemals ein bloßer Eroberungszug sein sollte, sondern in eigenartiger Verschränkung von imperialen und apokalyptischen Motiven immer auch die Auseinandersetzung mit der „jüdisch-bolschewistischen Weltgefahr". Unmittelbar nach dem Ende des Frankreichfeldzugs, als er einsehen mußte, daß England weder zu besiegen noch zu gewinnen noch zu neutralem Verhalten zu überreden war, faßte er daher den Entschluß zum Krieg im Osten, obwohl die entscheidende Voraussetzung dafür nach wie vor fehlte. Aber man muß nur nachlesen, mit welcher einfallsreichen Rabulistik er in der zweiten Jahreshälfte 1940 die Einwände gegen das Vorhaben immer wieder abwehrte, um zu erkennen, daß er dies als sein eigentliches Lebensziel ansah, für das alles andere nur ein Umweg gewesen war. Dafür nahm er nun sogar den Zweifrontenkrieg in Kauf, dessen Vermeidung er bis dahin als eine Art Grundgesetz der deutschen Militärstrategie betrachtet hatte.

Schon die Reihe vorbereitender Richtlinien und Weisungen, meist aus dem Frühjahr 1941, die durchweg Ausrottung und Versklavung ermöglichen sollten, macht deutlich, daß er sich, nach so vielen verkehrten Frontstellungen, endlich am Ziel sah. Jetzt warf er alle Zurückhaltung ab und sprach, wie am 30. März vor annähernd 250 hohen Offizieren, vom Gegner als „sozialem Verbrechertum" und von einem „Vernichtungskampf", der sich „sehr unterscheiden [werde] vom Kampf im Westen". Die in jenen Feldzügen noch beachteten Prinzipien des Völkerrechts wurden von Hitler nun nicht nur hinsichtlich der sogenannten „politischen Kommissare" außer Kraft gesetzt; vielmehr erteilte Heydrich, ganz offenbar nach Anweisung Hitlers, im Mai 1941 den Einsatzgruppenleitern mündlich den Auftrag zur Liquidierung aller Juden, und die Gesamtheit dieser Schritte mit dem Ziel der „Volkskatastrophe" für den Osten, von der Hitler am 8. Juli 1941 gesprochen hat, läßt keine Unsicherheit hinsichtlich seiner treibenden Rolle in der Radikalisierung des Geschehens zu. Sie verweist alle anderslautenden Thesen von der allmählichen, erst durch die Umstände herbeigeführten Entwicklung zum Massenverbrechen, wie sie unlängst wieder Arno J. Mayer vertreten hat, ins Unhaltbare. Was die Umstände beförderten, waren lediglich das Ausmaß und die ungerührte Automatik der Vorgänge. Hitlers Wendung ins Irrationale und in jene Besessenheit, die unter aller taktischen Virtuosität immer den festen Grund abgegeben hatte, kam jetzt ebenso nach vorn wie die äußerste, durch kein Zögern, keine Hemmung beeinträchtigte Entschlossenheit in der Wahl der Mittel. Schon einen Monat nach dem Einfall in die Sowjetunion fand er, dem kroatischen Außenminister Kvaternik gegenüber, Worte, die deshalb aufschlußreich sind, weil sie, gedrängter als ähnliche Äußerungen aus dieser Zeit, bis in die Begriffswahl hinein die Wahn- und Haßkomplexe der frühen Jahre repetieren: „Die Juden seien die Geißel der Menschheit. Wenn die Juden freien Weg hätten wie im Sowjetparadies, so würden sie die wahnsinnigsten Pläne verwirklichen. So sei Rußland zu einem Pestherd für die Menschheit geworden. [. . .] Wenn auch nur ein Staat aus irgendwelchen Gründen eine jüdische Familie bei sich dulde, so würde diese der Bazillenherd für eine neue Zersetzung werden."

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sofern die Quellen nicht trügen, hat Hitler schon gegen Ende 1941, als der deutsche Vormarsch in Eis und Schnee steckenblieb und die Sowjets vor Moskau zur Gegenoffensive antraten, erkannt, daß sein gesamtes Kriegskonzept gescheitert war. Fast zwangsläufig stand er damit einer jener radikalen Alternativen gegenüber, die er zu Beginn seiner Laufbahn und dann wieder mit dem Entschluß zum Krieg so oft beschworen hatte. Seine wahrhaft atemverschlagende Neigung, sich selbst beim Wort zu nehmen, sah sich damit vor eine letzte dramatische Entscheidung gestellt: vor Weltmacht oder Untergang, und nichts erlaubt den Schluß, er habe den Untergang weniger buchstäblich gemeint als seinen nunmehr gescheiterten Weltmachtehrgeiz.

Dieser Untergangswille zielte in zwei Richtungen. Er wandte sich zunächst gegen die Juden, und es ist sicherlich mehr als ein bloßer Begleitumstand, daß die Systematisierung der Ausrottungspraktiken, die Ausdehnung der „Endlösung" auf ganz Europa und deren fabrikmäßige Organisation in dem Augenblick einsetzen, als Hitler den Krieg verloren wußte. Das war insofern konsequent, als mit den Rückschlägen an der Front vorerst nur das eine Ziel, die Eroberung des Raumes, unerreichbar geworden war; aber es blieb das andere, die Vernichtung der Juden. Nicht ohne triftige Gründe kann man die Auffassung vertreten, Hitlers gesamte Kriegführung sei von da an vornehmlich auf Zeitgewinn angelegt gewesen, um den Raum für seine Ausrottungsmission zu behaupten. In der letzten Bunkermeditation jedenfalls, mit dem Datum vom 2. April 1945, hat er sich noch einmal die Beseitigung des „jüdischen Gifts" zugutegehalten und gemeint, man werde „ewig dafür dankbar sein, daß ich die Juden aus Deutschland und Mitteleuropa ausgerottet habe".

Der andere, dem Motiv und Wesen nach auch andersartige Vernichtungsvorsatz richtete sich gegen das eigene Volk. Schon im Herbst 1944, als die alliierten Armeen zur deutschen Grenze vorgestoßen waren, hatte er die Praxis der „Verbrannten Erde" auch für das Reichsgebiet angeordnet und verlangt, dem Gegner lediglich eine Zivilisationswüste zu hinterlassen. Und Mitte März 1945 hat er in einer Folge von Führerbefehlen diese Strategie in eine noch striktere Fassung gebracht. Zwar gab er sich auch da als Retter. Aber das war nur, zum letzten Mal, die Flucht in die Rolle eines Verteidigers dessen, was er zerstören wollte. Sein ganzes Wollen in den letzten Monaten zielte jedenfalls darauf, den Krieg nicht bloß zu Ende zu bringen, sondern zum Untergang zu steigern und die Nation zu strafen, die sich in dem großen, von ihm geführten Ringen als die schwächere erwiesen hatte. Der Vorwurf, sie sei seiner unwürdig gewesen, kehrt verschiedentlich wieder. Schon am 27. November 1941, als ihn zum ersten Mal die Ahnung eines Scheiterns gestreift hatte, war er aufgetaucht: „Wenn das deutsche Volk einmal nicht mehr stark und opferbereit genug sei, sein eigenes Blut für seine Existenz einzusetzen, so soll es vergehen und von einer anderen, stärkeren Macht vernichtet werden. Es verdiente dann nicht mehr diesen Platz." Und am darauf folgenden Tag, einem anderen Besucher gegenüber: „Er würde dann dem deutschen Volke keine Träne nachweinen."

Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß alle extremen Intentionen des Regimes auf Hitler zurückgehen. Der positivistische Quellenrigorismus hat sich gelegentlich

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an der nicht ganz geschlossenen Dokumentenlage gestoßen. Geht man den Dingen jedoch nur etwas auf den Grund, ist der Befund so eindeutig, daß man durchaus Droysens noch immer zutreffendes Diktum entbehren kann, wonach das wahre Faktum nicht in den Quellen steht. Im Falle Hitlers steht es aber da, auch wenn der eine förmliche Befehl insbesondere für die Praxis der systematischen Massenvernichtung nicht auffindbar ist, der im übrigen nur jene Strategie der Verheimlichung bloßgestellt hätte, die diese Verbrechen begleitete und die Hitler offenbar wichtig war, weil sie nicht nur Beunruhigungen abwehrte, sondern auch weitreichende Verdrängungsmöglichkeiten eröffnete, die er einer ideologisch wenig gefestigten Öffentlichkeit zu schulden glaubte. Die Gesamtheit seiner Worte und Taten sowie deren innere Verklammerung schufen erst das einzigartige Klima moralischer Enthemmtheit, in dem alles möglich war, weit jenseits der Grenzen dessen, was Wahn, Machthunger und Destruktivität der historischen Betrachtung früherer Jahrhunderte zumuten. Daß er dafür viele Mittäter quer durch alle Schichten fand, erweitert den Kreis der Schuldigen, ändert aber nichts am Sachverhalt selber. Schon in „Mein Kampf" hatte er geschrieben, er vertrete seine Auffassungen „mit der ganzen Vehemenz, die dem Extrem innewohnt", und gemeint, ein Programm wie das seine sei „die Formulierung einer Kriegserklärung [. . .] gegen eine bestehende Weltauffassung überhaupt". Das wurde von den Zeitgenossen nicht zur Kenntnis oder gar ernstgenommen. Es gibt keinen Grund, darauf zu beharren.

Mit dem radikal überspannten Wesen, das auf Hitler zurückging und in ihm sein Energiezentrum besaß, hat auch zu tun, daß das Regime und was es an ideologischen Vorstellungen entwickelt hatte, bei Eintritt seines Endes zu Nichts zerfiel. Trotz allen Geredes von Tausend Jahren war es nicht auf Dauer gestellt, sondern auf eine kurze, im Grunde mit der Lebenszeit Hitlers zusammenfallende Folge eruptiver Augenblicke, und jener Blitz, der als Begriff wie als Emblem verschiedentlich greifbar ist, bleibt die eigentliche Schlüsselmetapher zu seinem genaueren Verstehen. Desgleichen gehört die Zerstörung dazu, das Willkürliche und Sinnlose des Vorgangs mitsamt dem unvermittelten Insichzusammenfallen aller Spannungen, das solchen Entladungen folgt, dem wie Ausgebranntsein dessen, was zurückbleibt. Zuletzt gehört auch der Wiederholungsschrecken dazu, von dem keiner, der es erlebt hat, je ganz freikommt.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

THOMAS ALAN SCHWARTZ

DIE BEGNADIGUNG DEUTSCHER KRIEGSVERBRECHER

John J. McCloy und die Häftlinge von Landsberg

Am 31. Januar 1951 gab der amerikanische Hohe Kommissar John J. McCloy seine endgültige Entscheidung über die Gnadengesuche von 89 deutschen Kriegsverbrechern bekannt, die im Gefängnis von Landsberg einsaßen. McCloy bestätigte fünf der insgesamt fünfzehn Todesurteile, von denen die meisten gegen Mitglieder der berüchtigten Einsatzgruppen wegen Tötung Tausender von Juden in Osteuropa verhängt worden waren. Auch fünf Wehrmachtsoffizieren, die der Erschießung von Geiseln und Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und auf dem Balkan angeklagt und teils zu lebenslänglichen, teils zu 15jährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, verweigerte er die Begnadigung. In den 79 verbleibenden Fällen aber lagen ihm offenbar ausreichende Gründe vor, die eine Verringerung der Strafen rechtfertigten. Aufgrund der Anrechnung von Untersuchungshaft und guter Führung führten die Urteilsminderungen zur sofortigen Entlassung von über 30 Gefangenen[1]. Einer von ihnen war der Industrielle Alfried Krupp, der wegen des Einsatzes von Zwangsarbeitern und Mitwirkung an der Ausbeutung deutscher Besatzungsgebiete verurteilt worden war; Krupps bisher beschlagnahmtes enormes Industrievermögen wurde zurückgegeben. Insgesamt signalisierten die Entscheidungen des Hohen Kommissars, die als eine Geste der Versöhnung angelegt waren, das Ende alliierter „Bestrafungspolitik" gegenüber Deutschland. Viele Beobachter im In- und Ausland erblickten darin jedoch eine Zurücknahme der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse.

Die Entscheidung über die Begnadigungen war die umstrittenste, die McCloy in seiner Amtszeit als Hoher Kommissar in Deutschland fällte. Sie erfolgte nur ein paar Monate, nachdem die Vereinigten Staaten die Wiederbewaffnung Deutschlands vorgeschlagen hatten. Kritiker sahen darin deshalb ein zynisch kalkuliertes Produkt politischer Zweckrationalität. Der Wissenschaftler Fritz Ter Meer, ein als Kriegsverbrecher verurteilter ehemaliger Mitarbeiter von I. G. Farben, brachte diese Auffassung am besten auf den Punkt: „Jetzt, wo die Amerikaner Korea am Hals

[1] Vgl. John Mendelsohn, War Crimes Trials and Clemency in Germany and Japan, in: Robert Wolfe (Hrsg.), Americans as Proconsuls: United States Military Government in Germany and Japan, Carbondale, Edwardsville 1984, S. 251 f. – Eine Liste der von McCloy entschiedenen Fälle findet sich am Ende dieses Beitrags; sie folgt dem offiziellen HICOG-Bericht und umfaßt mit dem zuletzt genannten Otto Wöhler insgesamt 90 Personen.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haben, sind sie sehr viel freundlicher geworden." Der Kalte Krieg, so McCloys Kritiker, sei zur Obsession der amerikanischen Politik geworden und habe erneut zu einem Appeasement gegenüber Deutschland geführt, das eilfertig Industrielle und Generäle zu Verbündeten mache, die für die brutale Eroberungspolitik des Dritten Reiches verantwortlich gewesen seien. Die Freilassung so vieler Kriegsverbrecher so kurz nach dem Krieg war nach Meinung der Begnadigungs-Gegner ein Schlag ins Gesicht all derer, die gegen Deutschland gekämpft hatten; die Deutschen würden dadurch in dem Glauben bestätigt, alles sei vergeben und vergessen und die Vergangenheit könne begraben werden[2].

Bis an sein Lebensende wehrte sich McCloy gegen den Vorwurf politischer Zweckorientierung und versicherte, seine Entscheidung habe nichts mit Appeasement zu tun gehabt; auch habe sie die Nürnberger Prozesse nicht nachträglich in Frage gestellt, sondern vielmehr aufgewertet[3]. Dennoch wird die Entscheidung des Hohen Kommissars in den meisten historischen Darstellungen sehr kritisch behandelt und vor allem auf den Kalten Krieg und Amerikas Bemühen zurückgeführt, sich der Bundesrepublik als militärischem Verbündeten zu versichern. In der jüngsten amerikanischen Veröffentlichung zu diesem Thema wird McCloys Entscheidung ein ganz wesentlicher Anteil am „Mißerfolg" des gesamten amerikanischen Programms zur Bestrafung der Kriegsverbrecher zugemessen, das sein doppeltes Ziel – die Schuldigen zu bestrafen und die deutsche Gesellschaft zu demokratisieren – nicht erreicht habe[4]. Gotthard Jasper hat argumentiert, die Nachsichtigkeit des Westens sei von der Absicht getragen gewesen, Adenauers Politik der Westintegration abzusichern, da die von ihm geführte Koalitionsregierung auf die Unterstützung konservativer und nationalistischer Kräfte angewiesen war, die die Nürnberger Urteile nicht anerkannten und ein starkes Interesse daran hatten, die nationalsozialistische Vergangenheit zuzudecken[5]. Die harte Kontroverse über Reagans Besuch in Bitburg erinnerte daran, daß die unentwegten Bekundungen der deutsch-amerikanischen Freundschaft die Spuren dieser Vergangenheit nur sehr oberflächlich verbergen.

Der inzwischen zum größten Teil frei gewordene Aktenbestand aus der HICOG-Periode macht nun sowohl eine Neubewertung von McCloys Entscheidung und ihren Hintergründen als auch ihrer Auswirkungen möglich. Der vorliegende Auf-

---

[2] Tom Bower, The Pledge Betrayed, Garden City, N. Y. 1982, S. 350; William Manchester, The Arms of Krupp, New York 1970, S. 737–770.

[3] NA, RG 466 (Records of the Office of the U. S. High Commissioner for Germany), McCloy Papers D 51/126, McCloy an Karl Lowenstein, 22. 3. 1951.

[4] Frank M. Buscher, The U. S. War Crimes Trial Program in Germany, 1946–1955, New York 1989, S. 160–164; mit einigen von Buschers Schlußfolgerungen bin ich nicht einverstanden, aber sein Buch gibt eine faszinierende Schilderung des deutschen Kampfs gegen das Programm zur Bestrafung der Kriegsverbrecher.

[5] Gotthard Jasper, Wiedergutmachung und Westintegration. Die halbherzige justizielle Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik, in: Ludolf Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955, München 1986, S. 183–203.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

satz orientiert sich an drei Fragenkomplexen: 1. Weshalb initiierte McCloy eine erneute, umfassende Überprüfung der Nürnberger Urteile? Welche Faktoren waren dafür ausschlaggebend, und wie verhielt sich diese Überprüfung zu anderen Aspekten der amerikanischen Politik gegenüber Deutschland? 2. Wieso entschied sich McCloy so und nicht anders? Welchen Einfluß hatte das Ergebnis der Überprüfung auf seine Entscheidung? Welche Möglichkeiten der Einflußnahme bestanden für die deutsche Regierung, und welche Rolle spielte dabei die Entscheidung zur Wiederbewaffnung? 3. Welche langfristige Bedeutung hatten McCloys Entschlüsse? Was besagten sie über die amerikanische Deutschlandpolitik insgesamt, und welche Auswirkungen hatte die Lösung der Frage schließlich auf den Prozeß der deutschen Integration in den Westen?

Aus den Quellen ergibt sich gegenüber dem bisherigen ein wesentlich komplexeres Bild. Der Kalte Krieg war gewiß ausschlaggebend für die Überlegungen, die Politik gegenüber den Kriegsverbrechern neu zu überdenken, jedoch liefert er keine vollständige Erklärung für den Zeitpunkt der Überprüfung. Vielmehr hatten politische Kampagnen in den USA und in Deutschland die Aufmerksamkeit bereits auf einige problematische Details der Prozesse gelenkt und genug Zweifel produziert, die eine Überprüfung angebracht erscheinen ließen. Der konkrete Entscheidungsablauf bietet keine Anzeichen auf direkte Absprachen, aufgrund derer die Industriellen und Militärs im Gegenzug für ihre Unterstützung der Wiederbewaffnung freigelassen worden wären. Freilich war McCloys Entscheidung entgegen seiner Darstellung eine fundamental politische, die einen akzeptablen Kompromiß für die neue politische Gemeinschaft zu schmieden versuchte, die aus der gerade entstehenden amerikanisch-westeuropäischen Allianz unter Einschluß der Bundesrepublik hervorgehen würde. Innerhalb dieser Gemeinschaft waren die Ansichten über den Krieg und die Prozesse jedoch derart gegensätzlich, daß eine Übereinstimmung unmöglich zu erzielen war. Daraus speiste sich ein Großteil des Ärgers über McCloys Entscheidung.

McCloy hatte versucht, zwischen verschiedenen Ebenen der Verantwortlichkeit für und der Beteiligung an NS-Verbrechen zu unterscheiden, indem er Urteile gegen diejenigen, die direkt in der Tötungsmaschinerie gestanden hatten, seltener reduzierte. Eines der Schlüsselprobleme blieb das Ausmaß, in dem wichtige Teile der politischen, kirchlichen und wirtschaftlichen Eliten der neuen Bundesrepublik mit den verurteilten Kriegsverbrechern sympathisierten. Diese Solidarität, die zum einen dem Gefühl der Deutschen entsprang, von den Alliierten geopfert zu werden, zum anderen dem Ärger über die Kollektivschuld-These, unterminierte den Versuch der Amerikaner, verschiedene Kategorien von Kriegsverbrechern zu unterscheiden, und verstärkte die Tendenz in Richtung auf Begnadigungen. Wie immer im einzelnen motiviert, trug McCloys Entscheidung letztlich doch dazu bei, daß das Programm zur Bestrafung der Kriegsverbrecher abbröckelte. Das begünstigte den allgemeinen Gedächtnisschwund im Hinblick auf die nationalsozialistischen Verbrechen, der in den fünfziger Jahren einsetzte. Das im Entstehen begriffene amerikanisch-deutsche Bündnis gegen die Sowjetunion half mit, dazu bei, die häßliche Vergangenheit zu verdecken.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1. Die Entscheidung zur Überprüfung der Urteile

Als John J. McCloy im Juli 1949 nach Deutschland kam, um General Lucius D. Clay zu ersetzen, hatten allein die Vereinigten Staaten an die 1900 Deutsche wegen Kriegsverbrechen verurteilt, davon mehr als 700 inhaftiert und 277 hingerichtet; 28 Todesurteile waren noch nicht vollstreckt. Die Verurteilungen waren in drei verschiedenen Gruppen von Prozessen zustande gekommen: Der erste und wohl berühmteste Prozeß vor dem Internationalen Militärgerichtshof der vier Siegermächte in Nürnberg hatte über das Schicksal von NS-Größen wie Rudolf Heß und Albert Speer entschieden. Sie wurden in Berlin-Spandau inhaftiert und verblieben unter Vier-Mächte-Rechtsprechung. Nach Beendigung dieses Prozesses im Oktober 1946 strengten die Siegermächte in ihren jeweiligen Besatzungszonen Verfahren an, die den neuen völkerrechtlichen Grundsätzen folgten, die in Nürnberg aufgestellt worden waren, besetzten die Gerichte jedoch ausschließlich mit Angehörigen der eigenen Nationalität. In den nächsten drei Jahren führten die Vereinigten Staaten die meisten Verfahren durch: insgesamt zwölf Prozesse mit 185 Angeklagten – allesamt Deutsche, die während des Dritten Reiches hohe Stellungen innegehabt hatten als Mitglieder des deutschen Generalstabs, der SS-Einsatzgruppen und der Gestapo sowie als Angehörige wichtiger Ministerien und als führende Industrielle. Die Verbrechen, die ihnen zur Last gelegt wurden, reichten von den Massakern der Einsatzgruppen im Osten über die Befehle der Generäle, Geiseln zu erschießen, bis zu der Ausbeutung von Zwangsarbeitern. Unabhängig von diesen Nürnberger Nachfolgeprozessen verurteilte die amerikanische Armee 1672 Personen vor Militär- oder Sondergerichten, die nach den Richtlinien der Genfer Konvention verfuhren. In diesen sogenannten Dachauer Prozessen, die häufig mit den Nürnberger Nachfolgeprozessen verwechselt werden, standen vor allem Wachleute der in der US-Zone gelegenen Konzentrationslager vor Gericht sowie Deutsche, die gefangengenommene amerikanische Soldaten, vor allem abgestürzte Piloten, getötet hatten. Die meisten dieser Fälle erlangten keine besondere Bedeutung, zwei waren jedoch spektakulär und heftig umstritten. Der eine betraf Ilse Koch, die berüchtigte Ehefrau des Kommandanten von Buchenwald, der andere das Massaker von Malmedy, in dem 70 SS-Männer der Erschießung von unbewaffneten amerikanischen Kriegsgefangenen während der Ardennen-Offensive beschuldigt wurden[6].

Das Hauptproblem bei allen diesen Verfahren bestand in der fehlenden Berufungsmöglichkeit und darin, daß man sich im Vorfeld nicht genug darum gekümmert hatte, was mit den Gefangenen nach ihrer Verurteilung geschah. Obwohl Clay ersteres gegenüber deutschen Kritikern stets mit dem Hinweis verteidigte, er glaube nicht, daß man „eine Verfahrensweise, die so breite internationale Anerkennung erfahren hat, ernsthaft kritisieren kann", bereitete die Berufungsfrage dem General

[6] Trials of War Criminals before the Nuremberg Military Tribunals Under Control Council Nr. 10, 15 Bde., Washington, D. C. 1949–1953; vgl. Mendelsohn, S. 226 ff., 247 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einige Probleme[7]. Er versuchte sie in den Griff zu bekommen, indem er mehrere amerikanische Anwälte und Richter zu Beratern ernannte, die ihn bei der Überprüfung der Fälle unterstützen sollten. Die Frage wurde jedoch mit der Zeit und unter dem Eindruck der internationalen politischen Klimaveränderung bis 1949 immer dringlicher und führte zu einer Neueinschätzung der Kriegsverbrecherprozesse bzw. zu dem Wunsch, die Urteile zu überprüfen.

Das historische Gedächtnis der Amerikaner ist bekanntermaßen sehr kurz, und ebenso wie das Verbot der Fraternisierung mit der deutschen Bevölkerung gescheitert war, schien die leidenschaftliche antideutsche Haltung aus der Kriegszeit nicht so lange vorzuhalten, wie sich die Prozesse hinzogen. Die Konfrontation mit der Sowjetunion lenkte den Haß der Amerikaner gegen Nazi-Deutschland auf die neue totalitäre Bedrohung im Osten um. Der Mut, den die Berliner Bevölkerung während der sowjetischen Blockade der Stadt bewiesen hatte, ließ in Amerika ein neues, positives Bild vom Nachkriegsdeutschland entstehen. Doch das Überdenken der eigenen Haltung gegenüber Deutschland war nicht nur ein Ergebnis des Kalten Krieges. Zur gleichen Zeit erschienen Bücher wie zum Beispiel „Germany's Underground" von Allen Dulles, der den Heldenmut der Männer des 20. Juli 1944 hervorhob[8]. Gerade die Tatsache, daß es deutschen Widerstand gegen Hitler gegeben hatte, konterkarierte nun die während des Krieges vorherrschende Ansicht, alle führenden Repräsentanten des Dritten Reiches seien Teil einer „Verschwörung" gewesen, die einen aggressiven Raub- und Eroberungskrieg zum Ziel gehabt habe – unter anderem auf dieser Annahme basierte die Nürnberger Anklageschrift. Seit 1948/49 angestrengte Verfahren endeten tendenziell häufiger mit Freisprüchen und milderen Strafen als früher. Allein diese Tatsache bewies in den Augen mancher die Notwendigkeit einer generellen Überprüfung, um gleiche Strafen für vergleichbare Verbrechen zu erreichen[9].

Der Druck, die Urteile zu überprüfen, nahm zu, als die Nürnberger Nachfolgeprozesse in den Vereinigten Staaten zu einem politischen Tagesthema wurden. Während die „große Mehrheit" der Amerikaner die Prozesse für richtig hielt, hatte sich eine Minderheit immer strikt dagegen ausgesprochen[10]. Einige wenige nur hatten den Internationalen Militärgerichtshof kritisiert, allerdings weniger aus Sympathie mit den NS-Größen als aus Abneigung gegen die juristische Verfahrensweise. Daß damals stalinistische Richter mit zu Gericht saßen, erregte vor allem George Kennans Zorn: Das hieß, „den einzigen Sinn verhöhnen, den die Prozesse überhaupt haben konnten", nämlich „Massenverbrechen" jeder Art zu ächten[11]. Senator Robert Taft attackierte das Urteil von Nürnberg als „Siegerjustiz", die gegen ein „fundamentales Prinzip des amerikanischen Rechts" verstoßen habe, „wonach nie-

[7] NA, RG 338 (Records of the Theatre Judge Advocate Division), War Crimes Branch Administrative Files (WCBAF), Box 9, Clay an Bischof Wurm, 19. 6. 1948.

[8] Allen W. Dulles, Germany's Underground, New York 1947.

[9] Mendelsohn, S. 229.

[10] William J. Bosch, Judgement on Nuremberg, Chapel Hill, N. C. 1970, S. 116.

[11] George Kennan, Memoiren eines Diplomaten. Memoirs 1925–1950, Stuttgart 1967, S. 265.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mand *ex post facto* verurteilt werden darf"[12]. Aber diese frühen Kritiker standen ziemlich isoliert und blieben die Ausnahme. Erst als sich mit dem Marshallplan und der Absicht, die deutsche Wirtschaft wiederaufzubauen, die amerikanische Politik gegenüber Deutschland änderte, waren neue kritische Stimmen zu vernehmen. Rechtsgerichtete politische Kreise in den USA, meist tief verwurzelt in den isolationistischen Strömungen der Vorkriegszeit, wollten mit der Frage der Behandlung der Kriegsverbrecher ein Exempel statuieren für die angeblich fehlgeleitete, ja von Kommunisten inspirierte Politik der Regierung Truman[13]. Konservative wie der Senator William Langer behaupteten, die Fortsetzung der Prozesse in Verbindung mit der Demontage der deutschen Industrie würde Stalin in die Hände spielen, weil sie „den Mittelstand auslöschen" und den deutschen Wiederaufbau verlangsamen würden[14]. Die konservative *Chicago Tribune* machte sich mit den Äußerungen des Richters Charles Wennerstrum, dem Vorsitzenden des Gerichts im Geisel-Prozeß gegen die Südost-Generale, zum Sprachrohr der Kritik an den Nürnberger Prozessen. Wennerstrum verurteilte das Programm zur Bestrafung der Kriegsverbrechen als „rachsüchtig" gegenüber den Deutschen und monierte das Fehlen einer Berufungsinstanz. Wennerstrums Bemerkung, einige der Nürnberger Ankläger seien „erst in den letzten Jahren Amerikaner" geworden und hegten auf Grund ihrer persönlichen Geschichte „Vorurteile", die „eingebettet waren in die Haßgefühle und Vorurteile Europas", sorgte für weiteren Zündstoff. Diese nicht gerade subtile Anspielung auf die Rolle, die jüdische Emigranten bei der Strafverfolgung spielten, fand anscheinend ihre Bestätigung, als berichtet wurde, Dr. Robert Kempner habe im Wilhelmstraßen-Prozeß Zeugen einzuschüchtern versucht[15].

Zwei Verfahren waren für die Vereinigten Staaten von besonderer Bedeutung und sind ein Beweis für die politische Sprengkraft der Kriegsverbrecherfrage: Die Fälle zeigen, daß sowohl Milde als auch Härte gegenüber den Kriegsverbrechern in Deutschland politische Konsequenzen in Amerika zeitigten. Im Fall von Ilse Koch, der „Hexe von Buchenwald", die solcher Grausamkeiten wie der Herstellung von Lampenschirmen aus Menschenhaut beschuldigt worden war, hatte das Gericht auf lebenslängliche Haft erkannt. General Clays Überprüfungsgremium aus neun Juristen jedoch hielt das Urteil aus Mangel an Beweisen für unhaltbar und empfahl eine Strafverkürzung auf vier Jahre Gefängnis. Clay folgte dieser Beurteilung. (Während seiner Zeit als Militärgouverneur verwarf der General 69 Urteile, wandelte 119 Todesurteile in Gefängnisstrafen um und verringerte das Strafmaß von 138 Urteilen aus den Dachauer Prozessen[16].) Als in den USA bekannt wurde, daß im Fall Koch die Strafe herabgesetzt werden würde, führte das zu einem Untersuchungsausschuß des Senats und zu harscher Kritik am Vorgehen der Militärregie-

[12] James T. Patterson, Mr. Republican: a biography of Robert A. Taft, Boston 1972, S. 326 ff.
[13] Bower, S. 256 ff.; Bosch, S. 67–86.
[14] Glenn H. Smith, Langer of North Dakota, New York 1979, S. 150.
[15] Bower, S. 256–259.
[16] Lucius Clay, Decision in Germany, Garden City, N. Y. 1950, S. 253 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung. Die öffentliche Kontroverse schmerzte den politisch empfindlichen General und ließ seine Bereitschaft zu Strafminderungen in prominenten Fällen sinken. Bei Verurteilten aus den Nürnberger Prozessen verkürzte er lediglich in drei Fällen das Strafmaß[17].

Von noch größerer Bedeutung für die öffentliche Unterstützung des Programms zur Bestrafung der Kriegsverbrecher war die Auseinandersetzung über das Malmedy-Verfahren. Das amerikanische Gericht hatte 1946 alle 73 deutschen Angeklagten für schuldig befunden und 43 zum Tode verurteilt. Doch als Beschuldigungen laut wurden, Geständnisse seien mit physischer Gewalt und anderen Formen von Zwang erpreßt worden, wurden die Hinrichtungen aufgeschoben; schließlich wurde ein weiterer Untersuchungsausschuß des Senats eingesetzt. Unter den Konservativen, die sich auf den Fall stürzten und die Armee der „Gestapo- und GPU-Methoden"[18] bezichtigten, war auch Senator Joseph McCarthy. Obwohl der Senatsausschuß zu dem Schluß kam, die Armee sei von den schwerwiegenden Vorwürfen freizusprechen, ließ die Aufregung über die Malmedy-Urteile insgesamt Zweifel an der Fairness der Nürnberger Prozesse aufkommen und verstärkte die Forderungen nach einer Überprüfung. Die Proteste des Kongresses hatten immerhin ausgereicht, daß Armeeminister Kenneth Royal, selbst ein vehementer Kritiker der Prozesse, die vorübergehende Aussetzung von Hinrichtungen anordnete[19]. Royals Befehl kam als Antwort auf Clays Ersuchen, die Durchführung der noch verbliebenen Exekutionen zu genehmigen, „um meinen Nachfolger von dieser undankbaren Aufgabe zu befreien" und „ihm klarere und konstruktivere Aufgaben zu geben"[20]. So mußte Clay diese Entscheidungen über Leben oder Tod an McCloy weitergeben, allerdings nicht ohne sich dafür zu entschuldigen, diese unangenehme Angelegenheit nicht zu Ende gebracht zu haben.

McCloys Zuständigkeit als neuer ziviler Hoher Kommissar war auf die zwölf amerikanischen Nürnberger Nachfolgeprozesse beschränkt, bei denen annähernd 100 Verurteilungen zu Haftstrafen und 15 Todesurteile zustande gekommen waren. Die Verantwortung für die Dachau-Fälle wurde dem neuen Oberkommandierenden der US-Armee in Deutschland, General Thomas Handy, übertragen. McCloys neue Stellung entbehrte nicht einer gewissen Ironie: Zusammen mit seinem Vorgesetzten, Kriegsminister Henry Stimson, hatte er eine entscheidende Rolle beim Entwurf des Nürnberger Prozeßsystems gespielt und es sowohl gegen Finanzminister Henry Morgenthau als auch gegen die britische Regierung verteidigt, die sich für die sofortige Hinrichtung aller Kriegsverbrecher ausgesprochen hatten. Auf einem Treffen in London hatte McCloy im April 1945 erklärt, Prozesse dieser Art „könnten als zusätzliche Abschreckung dagegen dienen, daß in Zukunft noch Angriffskriege

[17] Mendelsohn, S. 247.

[18] James J. Weingartner, Crossroads of Death: The Story of the Malmedy Massacre and Trial, Berkeley 1979, S. 221.

[19] NA, RG 338, WCBAF, Box 2, Telegramm Gray an CINCEUR Huebner, 8. 6. 1949.

[20] Clay an Voorhees, 3. und 29. 3. 1949, in: Jean Edward Smith (Hrsg.), The Papers of Lucius D. Clay, 1945–1949, Bloomington 1974, Bd. 2, S. 1038 und 1062.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geführt werden"[21]. McCloy hatte die Prozesse zwar immer prinzipiell verteidigt, war aber im Vergleich zu Stimson der weitaus größere Realist in internationalen Angelegenheiten. McCloy sah in den Prozessen einen Weg zur politischen Säuberung in Deutschland, der es zugleich erlauben würde, ein liberales und westlich orientiertes Staatswesen zu errichten. Bereits zum Zeitpunkt der Potsdamer Konferenz war er überzeugt, Amerikas Ziel könne es letztlich nur sein, „die Deutschen in die Lage zu versetzen, daß sie sich selbst moralisch, politisch und ökonomisch wieder aufrichten können und eine Position der Stabilität erreichen"[22]. Seine Ernennung zum Hohen Kommissar 1949 bewertete er selbst als den Beginn einer neuen Phase der Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland, in der die Vereinigten Staaten versuchen wollten, die „liberalen" und „progressiven" Teile der deutschen Gesellschaft zu ermutigen, ihren Einfluß geltend zu machen.

McCloy sah natürlich auch, daß der Kalte Krieg eine großzügigere Politik gegenüber Deutschland verlangte, und befürwortete deshalb den deutschen Wiederaufbau mit Hilfe des Marshallplanes und die Aufgabe von Maßnahmen wie etwa der Demontage deutscher Industrieanlagen. Wie die meisten amerikanischen Politiker seiner Generation fürchtete auch er den Wiederaufstieg des extremen deutschen Nationalismus und war in dieser Hinsicht auch für die kleinste Regung hellhörig. McCloy hoffte, die Lockerung der alliierten Kontrolle zur Förderung der Autorität und Legitimität der Regierung Adenauer benutzen zu können und diese dadurch gegenüber extremistischen Elementen zu härten. Während der Auseinandersetzung über die Demontage im September 1949 teilte McCloy Außenminister Acheson mit, die Vereinigten Staaten sollten „die Fehler vermeiden, die wir nach Weimar gemacht haben, als wir ziemlich hastig der falschen Regierung Zugeständnisse gemacht haben, die wir einer besseren lange Zeit vorenthielten"[23].

McCloys Bemerkung unterstreicht die Bedeutung der Rolle, die die Bundesregierung und die Mitglieder des Bundestages spielten, die für ein Überdenken der Kriegsverbrecherfrage plädierten. Mit Ausnahme der KPD und einiger Sozialdemokraten waren sich die führenden deutschen Politiker einig in ihrem Ruf nach einer Überprüfung der Nürnberger Urteile, nach Beendigung der Hinrichtungen und nach größerer Milde gegenüber den Verurteilten. Unter Berufung auf das Grundgesetz, das die Todesstrafe abgeschafft hatte, appellierte Adenauer an McCloy, alle noch verbliebenen Todesurteile in Haftstrafen umzuwandeln[24]. Der Kanzler ging in seiner Kritik und in seinen Angriffen gegen die Nürnberger Prozesse jedoch nie soweit wie seine Koalitionspartner von FDP und DP. Im Justizministerium unter Thomas Dehler fanden die Verurteilten einen starken Fürsprecher, und bekannte

[21] Amherst College, McCloy Papers, Tagebuch McCloy, 16. 4. 1945; Bradley F. Smith, The Road to Nuremberg, New York 1981, S. 92f.

[22] Amherst College, McCloy Papers, Tagebuch McCloy, 17. 7. 1945.

[23] United States Department of State, Foreign Relations of the United States (FRUS), 1949, Bd. 3, S. 597.

[24] NA, RG 466, McCloy Papers D 50/1228, McCloy an Adenauer, 24. 4. 1950. McCloys Antwort bezieht sich auf Adenauers Brief vom 28. 2. 1950.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

FDP-Politiker wie Ernst Achenbach, der das Essener Amnestie-Kommitee gegründet hatte, und Erich Mende erzwangen die Behandlung der Frage der Landsberger Häftlinge im Bundestag[25]. Die FDP machte zwar um ihre Bemühungen das meiste Aufheben, doch auch alle anderen großen Parteien hofften, durch ihr Engagement in der Kriegsverbrecherfrage Wählerstimmen zu gewinnen. Nachdem die Bonner Politiker erkannt hatten, wie unpopulär die Kriegsverbrecherprozesse waren – nur zehn Prozent der Bevölkerung äußerten in irgendeiner Form Zustimmung zu den Nürnberger Prozessen[26] –, rechtfertigten sie ihre Haltung gegenüber besorgten Amerikanern mit dem Argument, ihre Anstrengungen verhinderten, daß rechtsgerichtete, nationalistische Gruppen das Thema ausschlachteten. Die Kriegsverbrecherprozesse seien „giftige Bakterien", die in der „politischen Kriegführung" eingesetzt werden könnten, und „Wasser auf die Mühlen der Radikalen"[27].

Zumal die Amerikaner selbst über die Form der Durchführung der Prozesse debattierten, kann kaum überraschen, daß verschiedene deutsche Gruppen versuchten, die Haltung des neuen Hohen Kommissars zu beeinflussen. In diesen Kreisen bestand, wie Marion Gräfin Dönhoff es später ausdrückte, das Gefühl, die Alliierten, indem sie Industrielle, Minister und Generäle verurteilten, „mißbrauchten die Prozesse dazu, Gruppen oder Personen loszuwerden, die ihnen aus dem einen oder anderen Grund mißliebig waren"[28]. In McCloys erklärtem Wunsch nach Versöhnung sah man nun eine Möglichkeit zur Korrektur dessen, was man als Ungerechtigkeit empfand. Psychologisch betrachtet, war dabei allerdings auch eine Art Verdrängung am Werk, denn viele Deutsche wollten einfach nicht glauben, daß sich auch respektable Führungsfiguren und Beamte, die nicht zum inneren Kreis der NS-Führung gehört hatten, all der Grausamkeiten schuldig gemacht haben konnten, derer sie die Alliierten bezichtigten[29].

Die bekanntesten Fürsprecher der Kriegsverbrecher waren Juristen und Kirchenmänner. Am 30. November 1949, kurz nachdem im Petersberger Abkommen eine Einigung über die Beendigung der Demontagen erzielt worden war, suchte eine Delegation von Rechtsanwälten unter der Führung von Professor Kurt Geiler von der Universität Heidelberg McCloy auf und bat ihn, in der Sache der Landsberger Häftlinge aktiv zu werden. Die Anwälte, die sich später im „Heidelberger Juristenkreis" zusammenschlossen, konzentrierten ihr Augenmerk vor allem auf die Frage der Urteilsüberprüfung und möglicher Begnadigungen[30]. Mit Scheibchentaktik gelang es ihnen, nachdem sie Gehör bei McCloy gefunden hatten, auch General Handy zu erweichen, der zunächst sehr viel zögerlicher war, ihre Beschwerden über die Prozesse überhaupt anzuhören[31].

---

[25] Buscher, S. 115–127, bietet eine gute Darstellung der politischen Auseinandersetzung um die Landsberger Häftlinge.

[26] NA, RG 338, WCBAF, Box 3, Current West German Views on the War Criminals Issue, 8. 9. 1952.

[27] NA, RG 338, WCBAF, Box 2, Freiherr von Hodenberg an Oberst Damon M. Gunn, 31. 5. 1951.

[28] Marion Dönhoff, Foe into Friend, London 1982, S. 22 f.

[29] Alistair Horne, Return to Power, New York 1956, S. 60.

[30] NA, RG 466, McCloy Papers D 49/408, McCloy an Acheson, 2. 12. 1949.

[31] NA, RG 338, WCBAF, Box 2, Dr. Eduard Wahl an General Handy, 10. 12. 1949.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Noch größeren Einfluß als Lobbyisten hatten die protestantische und die katholische Kirche. Weil führende amerikanische Politiker in den Kirchen „progressive" Kräfte sahen, auf die eine liberale Demokratie würde bauen können, waren die Aktivitäten der Bischöfe nicht einfach zu ignorieren. Bereits im Dezember 1949 beklagte sich McCloy beim Außenministerium, er bekomme in der Kriegsverbrecherfrage mehr und mehr Beschwerden von Kirchenleuten[32]. Kardinal Frings, der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz und ein Freund Konrad Adenauers, setzte sich für eine Umwandlung der Todesurteile in Haftstrafen ein, weil viele Taten der Angeklagten „nicht aus einer kriminellen Disposition heraus" geschehen seien[33]. Gegenüber General Handy machte der Kardinal für eine Überprüfung der Urteile „die durch die Kriegsverhältnisse, unter welchen die Tat stattgefunden hat, bedingte Schwierigkeit der Urteilsfindung" geltend; sie „läßt die Möglichkeit von Irrtümern offen, denen die menschliche Erkenntnis stets unterworfen ist"[34]. Auch der Münchener Weihbischof Johannes Neuhäusler wirkte von 1948 bis 1951 intensiv auf amerikanische Parlamentarier zugunsten der in Landsberg Inhaftierten ein. Unter Berufung auf seine eigene KZ-Haft attackierte Neuhäusler unermüdlich die Kriegsverbrecherprozesse. In Briefen an Kongreßabgeordnete, die sich als Mitglieder der Untersuchungsausschüsse mit der Tätigkeit der US-Militärregierung in Deutschland befaßten, hob der Bischof vor allem auf die Beschuldigung ab, die Anklage habe sich „Berufszeugen" bedient, die gegen die Angeklagten ausgesagt hätten, um dafür als Gegenleistung von den Amerikanern gut behandelt zu werden. Neuhäusler kritisierte außerdem bestimmte prozessuale Regelwidrigkeiten, die Anwendung von Zwang bei der Erlangung von Geständnissen und das Fehlen eines Berufungsgerichtes. Dank des Einsatzes von Frings und Neuhäusler konnte schließlich sogar ein Brief des Vatikans beigebracht werden, der Gnade für die verurteilten Kriegsverbrecher verlangte[35].

Die protestantische Kirche war auf diesem Schauplatz nicht minder aktiv als die katholische. Zwei Bischöfe, Hans Meiser in München und Theophil Wurm in Stuttgart, führten die Kampagne an, in der sie auch Unterstützung von Otto Dibelius in Berlin erhielten, dem Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche, und von so prominenten Regimegegnern wie dem Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen-Nassau, Martin Niemöller[36]. Eine Denkschrift der EKD von 1949 wandte sich gegen „das Handicap der Verteidigung gegenüber der Anklagebehörde, die Beeinflussung von Zeugen, die Anwendung eines neuen Rechts, das nicht allgemein verbindlich ist, die willkürliche Auswahl der Angeklagten, die Aburteilung von Soldaten durch ein Gericht, das in Wahrheit kein Militärgericht ist", und erbat die Nachprüfung der Urteile durch eine Berufungsinstanz. Nachdem alle entsprechen-

[32] NA, RG 466, McCloy Papers D 49/440b, McCloy an Byroade, 9. 12. 1949.
[33] NA, RG 466, McCloy Papers D 49/440a, Frings an McCloy, 17. 11. 1949.
[34] NA, RG 338, WCBAF, Box 10, Frings an Handy, 27. 4. 1950.
[35] NA, RG 338, WCBAF, Box 11, Bischof Neuhäusler an Francis Case u. a., 23. 3. 1948; vgl. auch Buscher, S. 95 ff.
[36] Ebenda, S. 97; Bower, S. 259.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Beschwerden detailliert aufgeführt waren, schloß die Denkschrift mit der Bemerkung, „daß höchster Ausdruck der Gerechtigkeit nicht Urteil und Vollstrekkung der Strafe sein muß. Als Diener Christi bitten wir darum, in geeigneten Fällen Gnade walten zu lassen."[37]

Das Zusammenwirken verschiedener Faktoren – der Wandel der amerikanischen Politik gegenüber Deutschland, die Zweifel, die die amerikanischen Gegner der Prozesse öffentlichkeitswirksam anbrachten, und ihre nahezu einhellige Ablehnung durch die Deutschen – ließ es angeraten erscheinen, im Hinblick auf die Verurteilten aus den Nürnberger Nachfolgeprozessen tätig zu werden. McCloy bewies Stärke, aber auch die Fähigkeit zum Ausgleich. Er verteidigte die Prozesse gegenüber Adenauer mit der Bemerkung, „die Angeklagten haben sich der absichtsvollen Folter und Tötung Hunderter, in manchen Fällen Tausender hilfloser Menschen schuldig gemacht"[38]. Der Hohe Kommissar wies eine Amnestie mit Nachdruck von sich und stellte fest, jeder Schritt in diese Richtung würde als ein Aufgeben jener Prinzipien gedeutet, die durch die Prozesse aufgestellt worden seien; auch könnte die Vorstellung entstehen, diese Verbrechen seien „zur Genüge gesühnt" und das deutsche Volk dürfe sie nun vergessen[39]. Das waren hart und unverrückbar klingende Worte, aber McCloy suchte bereits nach einem Ausweg, der es ihm erlaubte, das Problem zu „lösen". Er beauftragte seinen juristischen Berater mit einem Rechtsgutachten, welches ihm bestätigte, daß er als Hoher Kommissar lediglich das Recht habe, Urteile zu *verringern;* dabei sei zu berücksichtigen, „daß das Urteil des Gerichtes über Schuld oder Unschuld eines jeden Angeklagten endgültig ist und nicht Gegenstand einer Überprüfung sein kann"[40].

McCloys Zuständigkeit war damit abgesichert, und obwohl er stets versicherte, die Nürnberger Urteile auf keinen Fall in Frage stellen zu wollen, führte er gleichzeitig eine Regelung ein, nach der den Verurteilten für gute Führung Haftzeit erlassen wurde. McCloy beschrieb diese Praxis gegenüber dem State Department folgendermaßen: „Gefangene, deren Betragen es rechtfertigt, erhalten fünf Tage Strafnachlaß pro Monat, und zwar rückwirkend vom Zeitpunkt des Strafantritts"[41]. Nachdem mit General Handy eine entsprechende Übereinkunft erzielt worden war, wurde diese Regelung ab Dezember 1949 auf Inhaftierte sowohl aus den Nürnberger wie aus den Dachauer Prozessen angewandt, was in der unmittelbaren Freilassung von rund 60 Kriegsverbrechern resultierte, von denen fünf in Nürnberg verurteilt worden waren.

Die Zahlen sorgten im amerikanischen Außenministerium für Unruhe, aber McCloy verstand es, Washington zu beruhigen, indem er versicherte, daß die

---

37 NA, RG 338, WCBAF, Box 6, Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Frage der Kriegsverbrecher vor amerikanischen Militärgerichten, 1949 (Original in Englisch, hier zit. nach dem deutschen Konzept, in: EZA Berlin, Bestand 2/261).

38 NA, RG 466, McCloy Papers D 50/1228, McCloy an Adenauer, 24. 4. 1950.

39 NA, RG 466, McCloy Papers D 50/57, McCloy an Pfarrer A. J. Muench, 11. 1. 1950.

40 NA, RG 466, McCloy Papers D 49/278, „Power of the High Commissioner to Alter, after Confirmation, the Sentences Imposed by the Military Tribunals at Nuremberg", 11. 10. 1949.

41 NA, RG 466, Office of the Executive Director (OED), Box 28, McCloy an Acheson, 28. 12. 1949.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anrechnung guter Führung nicht mit Strafaussetzung oder mit einer Umwandlung des Urteils verwechselt werden dürfe. Er setzte hinzu, eine ähnliche Regelung werde überall in den Vereinigten Staaten praktiziert und liege ganz im Interesse der Gefängnisdisziplin; wenn ein Gefangener gegen die Gefängnisordnung verstoße, könne er mit dem Entzug der als Strafnachlaß anzurechnenden Zeit bestraft werden. Einem Kritiker dieser Praxis hielt er entgegen, sein Vorgehen sei keineswegs als ein Indiz für „ungerechtfertigte Milde" gegenüber den Kriegsverbrechern zu bewerten[42]. Gleichwohl beschleunigte die neue Anrechnungspraxis die Feilassung von Kriegsverbrechern, die geringere Strafen erhalten hatten; das um so mehr, als McCloy im August 1950 die Anrechnung pro abgesessenem Monat von fünf auf zehn Tage erhöhte. Die Erhöhung verteidigte er mit dem Hinweis, die Briten würden ebenso verfahren, und viele amerikanische Bundesstaaten wendeten ebenfalls die Zehn-Tage-Regel an. Die Veränderung bewirkte, daß die im Flick- und im I. G. Farben-Prozeß verurteilten Industriellen, die vergleichsweise niedrige Strafen erhalten hatten, sofort zur Freilassung anstanden. Als der US-Botschafter in Dänemark gegenüber dem State Department die Kopenhagener Schlagzeilen beklagte („Amerika entläßt acht große Nazis"), erhielt McCloy aus Washington die Warnung, man wolle über künftige Freilassungen besser informiert werden[43].

Die Art und Weise, wie McCloy sein System von Strafnachlaß für gute Führung anwandte, bedarf genauerer Erläuterung. Unbestreitbar von Nutzen für die Gefängnisdisziplin, schien ein solches Verfahren eher angemessen bei „gewöhnlichen" Kriminellen, wie sie in den Dachauer Prozessen abgeurteilt worden waren, als bei den hochrangigen NS-Repräsentanten aus den Nürnberger Prozessen. So war es beispielsweise ziemlich unwahrscheinlich, daß ein Industrieller wie Friedrich Flick jemals eine Bedrohung für die Gefängnisdisziplin hätte darstellen können. Andererseits wurde jeder kleinste Unterschied in der Behandlung der Gefangenen aus den Dachauer und den Nürnberger Prozessen von den deutschen Kritikern ausgeschlachtet, und die Amerikaner reagierten stets besonders empfindlich auf den Vorwurf der Diskriminierung. Dennoch spricht wenig dafür, daß der Hohe Kommissar den Einwand des Kongreßabgeordneten Jacob Javits bedachte, der meinte, im Hinblick auf die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Kriegsverbrechen sei die Anwendung von allgemein üblichen Strafpraktiken schwerlich zu rechtfertigen[44]. Hinzu kam, daß das System von Strafnachlaß für gute Führung in Deutschland nicht eingeführt war[45]. McCloys Verfahren mußte deshalb schlicht als Nachgie-

[42] NA, RG 466, McCloy Papers D 50/2065, McCloy an Manfred George, 28. 8. 1950, und CGR, Box 1, Weekly Staff Conference, 29. 8. 1950.

[43] NA, RG 466, OED, Box 28, Anderson an Acheson, 17. 8. 1950, und Acheson an McCloy, 1. 9. 1950.

[44] Stars and Stripes (Europäische Ausgabe) vom 20. 3. 1952.

[45] NA, RG 338, WCBAF, Box 2, Notiz von Robert Chandler für Chief of Military Affairs Branch, Judge Advocate Division bei EUCOM, 23. 9. 1949. Chandler schrieb, die Praxis der Anrechnung von guter Führung stehe „nicht im Konflikt mit der Behandlung [. . .] gewöhnlicher Gefangener". Diese Aufzeichnung macht deutlich, daß man sich auf diese Praxis bereits festgelegt hatte, bevor andere Methoden überhaupt in Erwägung gezogen worden waren.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bigkeit erscheinen und den Eindruck noch verstärken, die Alliierten hätten längst den Glauben an die Grundsätze verloren, um deretwillen sie die Prozesse geführt hatten.

Die Anrechnung von guter Führung brachte McCloy das Lob von Bundespräsident Heuss ein, der besonderes Interesse für einige der höhergestellten Inhaftierten wie beispielsweise Ernst von Weizsäcker bekundete. Letztlich stellte jedoch die Einberufung eines Beratenden Ausschusses zur Überprüfung aller Nürnberger Fälle McCloys größtes Zugeständnis an die deutschen Forderungen dar. McCloys Entschluß dazu wurde im Grunde erst möglich, nachdem die Armee beschlossen hatte, ihre Haltung in der Frage der Begnadigungen zu überdenken. Die Simpson-Kommission, die die Behandlung des Malmedy-Falles durch die Armee untersucht hatte, empfahl die Einrichtung eines dauerhaften Gremiums, das für Begnadigungen und Straferlaß zuständig sein sollte. Im Sommer 1949 hatte das Büro des Militärstaatsanwaltes beim Europäischen Oberkommando der US-Streitkräfte (EUCOM) Vorbereitungen für einen Begnadigungsausschuß getroffen, die im November 1949 zur Errichtung des für die Dachauer Fälle zuständigen War Crimes Modification Board führten. Nur ein paar Wochen später, am 15. Dezember, erklärte McCloy den beiden anderen Hohen Kommissaren, er beabsichtige ein Gremium zu ernennen, das ein Begnadigungs- und Bewährungskonzept für die Inhaftierten aus den Nürnberger Prozessen ausarbeiten solle[46].

Es ist bezeichnend für McCloys Unabhängigkeit von Washington, daß er Kardinal Frings über seinen Plan, einen solchen Ausschuß einzurichten, informierte, noch bevor er vom Außenministerium die Zustimmung dafür erhalten hatte[47]. Dean Acheson hatte sich in der Tat gegen McCloys ursprünglichen Vorschlag gewandt, einen gemeinsamen Ausschuß zur Überprüfung der Dachauer und der Nürnberger Fälle einzusetzen, denn Acheson wollte nicht, daß das Außenministerium in den umstrittenen Malmedy-Fall und die damit verbundenen politischen Schwierigkeiten verwickelt würde. Außerdem bekundete er starke Zweifel, daß eine Überprüfung überhaupt notwendig sei, mit Ausnahme der vier oder fünf Fälle, die General Clay aus Zeitmangel nicht mehr hatte erledigen können. Seine Befürchtung war vor allem, ein hochkarätiges Expertengremium könne zuviel Aufmerksamkeit auf sich ziehen und den Eindruck erwecken, die Rechtsgrundlage und das juristische Verfahren bei den Nürnberger Prozessen bedürften der Prüfung. Acheson war der Meinung, McCloy könne die Angelegenheit besser und vor allem unauffälliger mit einem oder zwei fähigen Assistenten seines Stabes regeln[48].

Aber McCloy ließ sich dadurch nicht beirren. Er war wohl bereit zu akzeptieren, daß die Armee ihre Fälle separat behandeln wollte, doch teilte er General Handy in einem Telefongespräch unumwunden mit, er habe „über die Sache schon eine ganze

[46] NA, RG 466, McCloy Papers D 49/447 b, Protokoll der 10. Sitzung der Alliierten Hohen Kommission, 15./16. 12. 1949; Buscher, S. 57 ff.

[47] Buscher, S. 95.

[48] NA, RG 466, OED, Box 28, Acheson an McCloy, 8. 2. 1950.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Menge nachgedacht und vor allem darüber, wie wir damit fertig werden". McCloy dachte an zwei oder drei Personen, die „die ganze Sache überprüfen sollen, und zwar nicht in dem Sinn, die Verfahren selbst zu überprüfen, sondern sie daraufhin zu untersuchen, was seit den Prozessen geschehen ist, geleitet von dem Gedanken, daß mit Sicherheit einige darunter sind, die ihre Strafe mehr als genug verdient haben, daß aber bei anderen vielleicht unter Berücksichtigung mildernder Umstände doch eine Umwandlung möglich sein könnte"[49]. In seiner Antwort auf Achesons Einwendungen betonte der Hohe Kommissar, die Frage, „ob in dem einen oder anderen Fall die Begnadigung gerechtfertigt ist, kann nur nach gründlicher und leidenschaftsloser Überprüfung aller relevanten Faktoren" entschieden werden. Dafür brauche er „einen Ausschuß fähiger Fachleute, deren Objektivität und Unabhängigkeit in der Beurteilung gewährleistet ist". Nachdem McCloy dargelegt hatte, daß eine solche ausführliche Überprüfung seinen Stab überfordern würde, erklärte er, „eine bloße personelle Erweiterung des Stabes würde nicht die gleiche Überprüfung zum Ergebnis haben, wie die einer Instanz, die in ihrer Meinungsäußerung völlig unabhängig ist". Er wies Acheson explizit auf „die heftigen und sich widersprechenden Auffassungen hier, in England und in den Vereinigten Staaten bezüglich des richtigen Vorgehens in der Frage der Kriegsverbrecherurteile" hin und fuhr nicht minder scharf fort, „wie immer ich auch vorgehe, mein Handeln muß in der Öffentlichkeit dadurch als gerechtfertigt erscheinen, daß es auf gründlicher Überprüfung und leidenschaftsloser Beratung basiert". McCloy schloß mit der Bemerkung, „auch wenn es eine Gewissensentscheidung ist und ich bereit bin, letztlich die Entscheidung zu treffen und auch die Verantwortung dafür zu tragen, kann ich dennoch die Unterstützung durch eine solche Expertengruppe verlangen". Acheson antwortete umgehend, „da Sie die Schaffung einer besonderen Gruppe zur Überprüfung der Todesurteile offenbar für unumgänglich halten, bin [ich] bereit so zu verfahren, wenn spezielle Vorkehrungen für die Öffentlichkeitsarbeit getroffen werden"[50]. Der Außenminister blieb bei seinen Befürchtungen, die amerikanische Öffentlichkeit werde eine weitere Überprüfung weniger unter dem Gesichtspunkt einer „leidenschaftslosen" Beratung sehen, als vielmehr in dem Sinn einer Infragestellung der Legitimität der Nürnberger Urteile.

---

[49] NA, RG 338, WCBAF, Box 14, Telefongespräch zwischen Handy und McCloy, 11. 2. 1950.

[50] NA, RG 466, McCloy Papers, D 50/472, McCloy an Acheson, 17. 2. 1950, und Acheson an McCloy, 22. 2. 1950. McCloy erinnerte sich später, Acheson habe zu ihm gesagt: „Jack, das ist Ihre ganz persönliche Verantwortung. Es gibt keine Präzedenzfälle. Sie müssen sich auf Ihr eigenes Gewissen und Ihren Sinn für Gerechtigkeit und Gleichbehandlung verlassen. Sie sind in der Position eines Gouverneurs, der sich eine Meinung über derartige Urteile bilden muß. Die Regierung wird nicht eingreifen oder Ihnen sagen, was Sie tun sollen, und sie wird Ihnen auch keine Vorschläge unterbreiten, wie wir gerne hätten, daß diese Fälle ausgehen sollen." McCloy hatte das Gefühl, „als verurteile mich Acheson zu etwas – ‚und Gott sei seiner Seele gnädig'"; zit. nach Amherst College, McCloy Papers, Unveröffentlichte Erinnerungen, S. 100.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Der Begnadigungsausschuß und McCloys Entscheidung

In der Frage der Landsberger Häftlinge „eine kluge, objektive und gerechte Entscheidung" zu treffen, hielt McCloy für „eines der größten Probleme, vor denen ich im Zusammenhang mit der Besatzung Deutschlands stehe". Sein charakteristischer Pragmatismus ließ ihn darauf hoffen, ein unabhängiger Ausschuß werde ihm behilflich sein können, mit diesem Problem fertig zu werden und die politische Kontroverse, die mit der Überprüfung der Urteile verbunden war, zu entschärfen. Trotz starker Emotionen auf allen Seiten glaubte er, wenn es gelänge, „Persönlichkeiten, die höchstes Ansehen genießen, wie Richter, Anwälte und Strafrechtsexperten", von der Notwendigkeit einer Mitarbeit an dieser Überprüfung zu überzeugen, dann würden deren Empfehlungen mit Sicherheit für die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten wie in anderen Ländern von großem Gewicht sein". McCloy und Acheson hatten beide Angst vor einer Publizität, die den Eindruck erwecken würde, die Alliierten wollten die Rechtsprechung ihrer eigenen Nürnberger Gerichte in Frage stellen oder ihre Entscheidungen in irgendeiner Form revidieren. Die beiden waren sich auch in der Befürchtung einig, „einzelne Gruppen" könnten die Entscheidung „falsch interpretieren" – ein diskreter Hinweis auf jüdische Organisationen, die mit Sicherheit jede weitere Überprüfung kritisieren würden. Um solchen Angriffen zuvorzukommen, betonte McCloy, das Gremium sei nicht dazu da, „die Entscheidungen der Nürnberger Gerichte in bezug auf die angewandten Gesetze oder auf Fakten hin zu überprüfen", gestattete aber andererseits die Hinzuziehung „neuen Beweismaterials, das zur Zeit des Verfahrens nicht zugänglich war". Das Gremium sollte „Beratender Ausschuß für die Begnadigung von Kriegsverbrechern" heißen und sich ausschließlich Fragen widmen, die in Zusammenhang mit Begnadigungen standen. Das wichtigste sei jedoch, wie McCloys juristischer Berater Robert Bowie lapidar feststellte, daß „die Zeit zu einem substantiellen Faktor wird". Der Hohe Kommissar war sich des politischen Drucks in Deutschland wie in den Vereinigten Staaten sehr wohl bewußt, als er Acheson mitteilte, „eine Verzögerung macht die Aufgabe nur noch schwerer", und den Außenminister um Hilfe bei der Zusammenstellung des Ausschusses bat. McCloy verlangte von Acheson „alle nur erdenklichen Anstrengungen in dieser Sache"[51].

Die Schnelle, mit der die Hohe Kommission zu handeln wünschte, sowie McCloys Herangehen an die Frage der personellen Besetzung des Ausschusses lassen erhebliche Unsicherheit über die genaue Rolle des Ausschusses vermuten, beson-

[51] NA, RG 466, OED, Box 28, Notiz von Bowie an McCloy, 2. 3. 1950. Die Entscheidung, eine Überprüfung einzuleiten, wurde von Robert S. Marcus vom Jüdischen Weltkongreß kritisiert. McCloy antwortete, „eine solche Überprüfung darf keinesfalls als eine Wiedereröffnung der Nürnberger Verfahren mißverstanden werden; sie stellt weder eine Untersuchung über die Gültigkeit der Entscheidungen dar, noch ein Abweichen von den Grundsätzen, aufgrund derer die Urteile ausgesprochen worden sind"; NA, RG 466, McCloy Papers, D 50/1023, McCloy an Robert S. Marcus, 29. 3. 1950.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ders was die Frage anbelangt, ob seine Funktion die eines Berufungsgerichts oder die eines Begnadigungsgremiums sein sollte. Diese Unterscheidung war von enormer Bedeutung, denn ein Berufungsgericht hätte Material sowohl von der Staatsanwaltschaft wie von der Verteidigung berücksichtigen müssen. Wenn neue Beweise von seiten der Verteidiger vorgebracht worden wären, hätte das Gericht der Anklage die Möglichkeit der Beweisanfechtung einräumen müssen. Ein Begnadigungsausschuß hingegen wäre nicht zu einem solchen ausgleichenden Vorgehen verpflichtet gewesen, denn er hätte sich lediglich mit mildernden Umständen und Gründen für eine Begnadigung zu befassen gehabt und nicht mit der Frage, ob die Urteile richtig zustandegekommen waren. McCloy schuf schließlich eine Mischung aus beidem, wobei jedoch die Verfahrensweise für die deutschen Gefangenen eindeutig von Vorteil war. Zu Beginn der Überprüfung betonte Bowie gegenüber McCloy nachdrücklich die Funktion des Ausschusses als Berufungsgericht und die Möglichkeit, neues Beweismaterial zu berücksichtigen: „Da die [Nürnberger] Gerichtshöfe nicht mehr existieren, gibt es kein richterliches Forum, an das ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gerichtet werden kann. Jedes Rechtssystem muß aber automatisch eine Möglichkeit für die Einbringung neuer Beweise vorsehen, die die vorangegangene Entscheidung eines Gerichtes entweder ungültig machen oder sich zumindest substantiell auf sie auswirken kann." Indem er sich diese Ansicht zu eigen machte, ernannte McCloy den Präsidenten der ersten Berufungskammer des Obersten Gerichshofes des Staates New York, David W. Peck, und Conrad Snow, einen Rechtsberater im Außenministerium, zu Mitgliedern des Ausschusses[52].

Gegenüber dem State Department versicherte McCloy stets, der Ausschuß habe lediglich die Funktion eines Begnadigungsgremiums. Seine einzige Forderung lautete, die für den Ausschuß auszuwählenden Personen sollten „bisher in keinerlei Verbindung mit den Nürnberger Prozessen gestanden und sich nicht öffentlich darüber geäußert haben"; nur so sei zu hoffen, daß ihre „Empfehlungen frei und unbelastet von jeder Parteilichkeit oder Voreingenommenheit" sein würden. Bei der Suche nach Männern, die im Ruf der „Integrität und Objektivität" standen, sollte sich wenigstens ein amtierender oder ehemaliger Richter finden, „vorzugsweise ein Mitglied einer Strafaussetzungsbehörde". McCloy erkundigte sich bei Thomas Dewey, dem ehemaligen Gouverneur von New York, „nach dem besten Entlassungs- und Haftrichter, den er kenne". Dewey empfahl Frederick A. Moran, Vorsitzender der Kommission für Strafaussetzungen des Staates New York sowie Chefberater des Gouverneurs in allen Fragen der Strafaussetzung und Begnadigung. Moran spielte bei den Beratungen des Kriegsverbrecherausschusses dann eine besonders wichtige Rolle: Er kam lange vor den anderen Ausschußmitgliedern nach Deutschland, suchte jeden einzelnen der Landsberger Häftlinge auf und studierte deren persönliche Lebensgeschichte, Familienhintergrund und Charakter. In Anbetracht des „Mangels an krimineller Veranlagung" bei einer ganzen Reihe der Verur-

[52] NA, RG 466, OED, Box 28, Notiz von Bowie an McCloy, 2. 3. 1950.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teilten war eine solche Recherche natürlich eher dazu angetan, der Sache der Begnadigung zu dienen als ihrer Verweigerung[53].

McCloy ließ dem Ausschuß im Herangehen an die Aufgabe relativ freie Hand. Als Moran bei der Hohen Kommission anfragte, welche „spezifischen Faktoren" als Gründe für eine Begnadigung in Betracht gezogen werden könnten, antwortete McCloys stellvertretender juristischer Berater, John A. Bross, es sei nicht möglich, solche Faktoren „im Detail zu benennen". Bross unterrichtete Moran, es handele sich bei den Verurteilten aus den Nürnberger Prozessen um eine ganz besondere Gruppe, und es sei „sehr unwahrscheinlich, daß Umstände eintreten, die auch nur einigen von ihnen eine Wiederholung ihrer Verbrechen ermöglichen könnten". Obwohl die Frage der Rehabilitierung kein entscheidender Gesichtspunkt war, wies Bross Moran auf McCloys Erwartung hin, „daß alle Regeln von Gerechtigkeit und Menschlichkeit, die in der Durchführung des modernen Strafrechts zu Gebote stehen, angemessen zur Anwendung gelangen sollen". Neben der Aufgabe, McCloy „eine brauchbare und adäquate politische Richtlinie" an die Hand zu geben, habe der Ausschuß völlige Entscheidungsfreiheit über die Priorität der zu behandelnden Fälle. Bross machte unmißverständlich klar, daß McCloy von dem Ausschuß, „dessen Mitglieder im Hinblick auf ihre Erfahrung und Befähigung zu Objektivität und Urteilskraft so sorgfältig ausgewählt wurden", Hilfe bei der Bewältigung dieses delikaten politischen Problems erwarte[54].

Nach einigen Vorarbeiten in Washington begann der Beratende Ausschuß für die Begnadigung von Kriegsverbrechern am 11. Juli 1950 in München mit den Anhörungen. Der „Peck-Ausschuß" mußte seine Arbeit schnell erledigen: zum einen weil die Hohe Kommission fest entschlossen war, die Angelegenheit zu einem baldigen Ende zu bringen, zum andern aus dem weniger bemerkenswerten Grund, daß Peck aufgrund seiner Richterpflichten nur bis zum Ende des Sommers abkömmlich war[55]. In den folgenden sechs Wochen befaßte sich der Ausschuß mit sämtlichen eingereichten Gnadengesuchen. 3000 Seiten Urteilsbegründungen wurden überprüft, außerdem die schriftlichen und mündlichen Ausführungen von etwa 50 Verteidigern, die 90 der ursprünglich 104 Angeklagten vertraten. Von großer Bedeutung in der nachfolgenden Auseinandersetzung war die Tatsache, daß nicht auch die 300 000 Seiten Beweismaterial, die in den Prozessen verwendet worden waren, einer Überprüfung unterzogen wurden, und daß keiner der früheren Ankläger gehört wurde, obwohl sich einer von ihnen, Benjamin Ferencz, sogar noch in Deutschland befand (er war mit der Frage der Wiedergutmachung für jüdische NS-Opfer befaßt[56]).

---

[53] NA, RG 466, McCloy Papers, D 50/472, McCloy an Acheson, 17. 2. 1950; D 50/554–604, Acheson an McCloy, 1. 3. 1950; D 50/787–828, Byroade an McCloy, 17. 3. 1950; D 50/2063, McCloy an Moran, 9. 10. 1950; Amherst College, McCloy Papers, McCloy an Henry Morgenthau, 7. 3. 1951.

[54] NA, RG 466, OED, Box 28, Bross an Moran, 22. 5. 1950.

[55] NA, RG 466, McCloy Papers, D 50/1456–1507, McCloy an Clarence Bolds, 5. 6. 1950: „Leider ist der Zeitraum, in dem sie ihre Arbeit erledigen müssen, extrem begrenzt, weil Richter Peck rechtzeitig zur Eröffnung der Sitzungsperiode des Gerichts in die Staaten zurückkehren muß."

[56] Benjamin Ferencz, Less Than Slaves, Cambridge, Mass. 1979, S. 73.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 28. August 1950 traf der Beratende Ausschuß in Frankfurt mit McCloy zusammen und legte ihm seinen Bericht vor. Der Ausschuß benannte darin drei Hauptgründe für einen Gnadenerlaß: Erstens waren mehrere Urteile unverhältnismäßig hoch ausgefallen im Vergleich zu Urteilen für ähnliche Vergehen; zweitens lagen Beweise vor, daß die Verantwortung mancher Häftlinge für die ihnen zur Last gelegten Verbrechen tatsächlich geringer war, als es zunächst den Anschein gehabt hatte; drittens konnten mildernde Umstände (wie etwa die Verweigerung der Durchführung einer verbrecherischen Anordnung oder eines Befehls) überzeugend geltend gemacht werden. Die Empfehlung des Ausschusses lautete daher, die Urteile von 77 der 93 Angeklagten zu verringern und dabei sieben der fünfzehn Todesurteile in Haftstrafen umzuwandeln[57].

Der Peck-Ausschuß suchte alle Seiten zu beschwichtigen, indem er die Grundsätze der Nürnberger Verfahren als rechtmäßig verteidigte, aber gleichzeitig großzügig Milde walten ließ. Sein Bericht bestätigte das in Nürnberg entstandene Bild einer nationalsozialistischen Verschwörung zur Führung eines Angriffskrieges und betonte, daß alle Organisationen und Institutionen, die man in Betracht gezogen habe – SS, Wehrmacht, Konzentrationslager, Gerichte, Regierung, Großindustrie – Teil eines großen Plans gewesen seien, „der trotz seiner Wahnsinnigkeit aufs Gründlichste durchgeführt wurde und jede nur erdenkliche Anstrengung rechtfertigte". Die Berufung auf Befehlsnotstand wurde mit dem Hinweis zurückgewiesen, „ein einziger Mann kann nicht einer ganzen Nation seinen Willen aufzwingen"; eine „Bereitschaft zur Kooperation" sei erforderlich gewesen. „Wenn es in der Welt Recht und Gerechtigkeit gibt, müssen wenigstens die Personen in verantwortlichen Positionen für ihre Taten geradestehen", insistierte der Begnadigungsausschuß. Außerdem wies er den Vorwurf, die Nürnberger Urteile seien aufgrund von *ex post facto*-Gesetzen zustande gekommen, mit dem Argument zurück, „die einfachsten Gesetze der Menschlichkeit, worunter die elementaren Gesetze des Kriegsrechts zur Behandlung von Gefangenen, Geiseln und für Vergeltungsaktionen fallen, waren von jeher anerkanntes Völkerrecht, lange bevor die nationalsozialistische Kriegsmaschinerie in Bewegung gesetzt wurde, und sie waren ebenso Teil des deutschen militärischen und zivilen Rechts". Der Bericht schloß mit der drastischen Feststellung, „Mord, Plünderung und Versklavung sind zumindest im 20. Jahrhundert überall wider das Gesetz"[58].

Der Ausschuß bekräftigte zwar die Gültigkeit der Grundsätze der Nürnberger Prozesse im allgemeinen, jedoch nicht im Einzelfall, und stellte klar, „jeder Angeklagte ist allein auf Grund seiner persönlichen Taten verurteilt worden". Auf dieser Grundlage kam man zu dem Schluß, viele der Angeklagten hätten „untergeordnete

[57] NA, RG 84, 71A-2100, Box 373, Übermittlungsschreiben, 28. 8. 1950, und Report of the Advisory Board on Clemency for War Criminals to the United States High Commissioner for Germany, 28. 8. 1950 (im folgenden: Ausschußbericht).

[58] Ausschußbericht; die Einleitung zum Bericht des Peck-Ausschusses wurde aufgenommen in die HICOG-Veröffentlichung: Landsberg: A Documentary Report; Abdruck auch in: HICOG Information Bulletin, Februar 1951.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Positionen" innegehabt, in denen sie „nicht viel mehr als gewöhnliche Mitglieder einer kriminellen Organisation" gewesen seien. Daraufhin beschloß der Ausschuß, zwar alle Fälle zusammen zu behandeln, jedoch „die Unterschiede in der Ranghöhe der Täter und in den begangenen Taten" zu berücksichtigen und in „angemessene Relation" zueinander zu setzen. Dieser Ansatz, der eine logische, wenn auch nicht automatische Folge der in Nürnberg vertretenen Vorstellung vom koordinierten Ablauf einer geplanten Verschwörung des NS-Regimes war, hatte vor allem Konsequenzen für viele der zu geringeren Strafen Verurteilten. Im Vergleich zu ideologischen Fanatikern wie Otto Ohlendorf oder Paul Blobel, die Tausende von Morden befehligt und überwacht hatten, erschienen viele der Bürokraten und Industriellen weit weniger kriminell oder direkt verantwortlich für die Verbrechen des Regimes. Der Ausschuß tendierte dazu, die Kriegsverbrecher mit „weißem Kragen" nachsichtiger zu behandeln, weil diese nicht unmittelbar an den Tötungen beteiligt gewesen waren. „Wenn wir geirrt haben, dann haben wir in unserer Milde geirrt", räumte der Ausschuß ein; die Behandlung der Fälle als Gruppe hatte die Tendenz zur Nachsichtigkeit verstärkt[59].

Der Bericht des Ausschusses machte deutlich, daß man entgegen der Anweisung auch die Qualität einiger Urteile der ursprünglichen Gerichte geprüft hatte. Vertretbar erschien dies dem Ausschuß insofern, als er zwar „unter der Direktive tätig wurde, die Urteile selbst weder auf ihre gesetzlichen Grundlagen noch auf die Fakten hin zu überprüfen", jedoch einen Unterschied sah „zwischen der Überprüfung spezifischer, im Beweismaterial vorgefundener und verwendeter Fakten und der Überprüfung der Schlußfolgerungen, die möglicherweise daraus gezogen worden sind. Wir haben uns an ersteres, nicht an letzteres gebunden gefühlt." Außerdem, so der Bericht weiter, habe man es für notwendig erachtet, „sich in Anbetracht der Monstrosität eines Programmes nicht dazu verleiten zu lassen, die individuelle Stellung eines Angeklagten in diesem Programm überzubewerten". Mit anderen Worten: Der Ausschuß erkannte die von den Nürnberger Gerichten ermittelten Fakten an (z. B. daß ein bestimmter Angeklagter Direktoriumsmitglied bei Krupp war, Beamter im Justizministerium und vielleicht sogar noch Mitglied einer Einsatzgruppe) und auch, daß gültige Beweise für die Verbrechen dieser oder jener Organisation erbracht worden waren. Häufig aber wurde konstatiert, „daß die Fakten, wie sie in den einzelnen Urteilen selbst dargelegt werden, nicht ausreichen, um über berechtigte Zweifel hinaus die Verantwortung eines Angeklagten für bestimmte Verbrechen festzustellen". Das Problematische an dieser Schlußfolgerung lag, wie eine Reihe von Kritikern sofort bemerkte, in der Tatsache, daß der Ausschuß die riesige Menge von Beweismaterial, die *nicht* in die 3000 Seiten der Urteilsbegründungen eingegangen waren, nicht überprüft hatte. Denn sehr oft gab es im Gesamtbestand durchaus Beweismaterial, das die ursprüngliche Entscheidung der Nürnberger Gerichte stützte. Die Eile, mit der der Ausschuß zu einem Ergebnis kommen wollte, unterminierte gewissermaßen seine eigene Bestätigung des in Nürnberg aufgestell-

[59] Ausschußbericht; Ferencz, S. 74.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Grundsatzes der persönlichen Verantwortlichkeit und reduzierte das Ausmaß der individuellen Haftbarmachung für Verbrechen, die Mitglieder verschiedener Organisationen begangen hatten[60].

Obwohl McCloy den Bericht des Peck-Ausschusses Ende August in Händen hatte, konnte er sich nicht sofort damit befassen, denn viele der Angeklagten hatten beim Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten *Habeas corpus*-Petitionen eingereicht; McCloy mußte den endgültigen Entscheid abwarten, bevor er tätig werden konnte. Ein wichtigerer Grund aber war die aktive Rolle, die der Hohe Kommissar auf dem Treffen der Außenminister der drei Westmächte im September 1950 in New York spielte, auf dem die USA die Wiederbewaffnung Deutschlands vorschlugen. Nach Ausbruch des Korea-Krieges im Juni hatte McCloy seine Opposition dagegen aufgegeben. Ihm war klar, daß die Wiederbewaffnung und die Notwendigkeit, Deutschland in den Westen einzubinden, seinen Status verändern würden. McCloys umgehende Folgerung gegenüber Präsident Truman: „Mit Sicherheit können einige der Dinge, die wir in Deutschland noch gerne erledigt sähen, nicht zu Ende geführt werden."[61] Der Hohe Kommissar hoffte, die westeuropäische Integration durch den Schuman-Plan und später durch die Europäische Verteidigungsgemeinschaft werde eine Gewähr dafür bieten, daß die Verstärkung, die sich der Westen durch Deutschland verschaffte, keine neue Gefahr von Nationalismus heraufbeschwöre.

Der Entschluß zur Wiederbewaffnung veränderte das politische Klima in Deutschland grundlegend und ermutigte dazu, jede Beschwerde mit dem Gesichtspunkt eines „deutschen Verteidigungsbeitrages für den Westen" zu verknüpfen. Ganz besonders galt das für jene Gruppen, die eine Begnadigung der Landsberger Häftlinge zu erreichen suchten. Bischof Neuhäusler teilte McCloy beispielsweise mit, nun, da die „Bundesrepublik Deutschland dazu aufgerufen ist, sich zusammen mit den anderen westlichen Mächten zu einem starken Verteidigungsblock gegen den Bolschewismus im Osten zu formieren", sollten die Vereinigten Staaten Gnade gegenüber den Landsberger Häftlingen walten lassen und alle verbliebenen Todesurteile in Haftstrafen umwandeln[62]. Die beiden früheren Generäle Adolf Heusinger und Hans Speidel, Adenauers Hauptberater in der kommenden Wiederaufrüstung,

---

[60] Ausschußbericht; Peck erklärte später in einem Interview, einige der Urteile „waren schlampig und zeigten, daß die Richter sich vorher bereits eine feste Meinung gebildet hatten". Ausgesprochen skeptisch äußerte er sich auch über die Befähigung einiger Richter und nannte namentlich Michael A. Musmanno, der in den Fällen von Milch und Pohl sowie im Einsatzgruppen-Prozeß am Richtertisch gesessen hatte; Amherst College, McCloy Papers, McCloy Project, Council on Foreign Relations, Interview mit John J. McCloy und David W. Peck, 26. April 1984. Peck verhielt sich damit ganz wie ein Berufungsrichter. Obwohl diese in den USA eigentlich nicht befugt sind, Faktenfragen zu überprüfen, finden sie in der Praxis dennoch häufig Mittel und Wege, dieses zu tun und Urteile, die sie für unvernünftig oder falsch halten, zu verwerfen oder zu modifizieren. Zum umfangreichen Schrifttum über das Verhalten von Berufungsgerichten vgl. Charles Alan Wright, The Doubtful Omniscience of Appellate Courts, in: University of Minnesota Law Review 41 (1957), S. 751–782.

[61] Truman Library, President's Secretary's Files (PSF), Box 178, Denkschrift für den Präsidenten, The Situation in Germany, 10. 9. 1950.

[62] NA, RG 466, McCloy Papers, D 51/119, Neuhäusler an McCloy, 20. 1. 1951.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erklärten dem Bonner Vertreter der Hohen Kommission, „wenn die Landsberger Verurteilten gehängt werden sollten, [bleibe] das deutsche Verteidigungsbündnis gegen den Osten eine Illusion"[63]. Eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten aus allen großen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, erklärte McCloy laut *New York Times*, daß sie es als „ihre Pflicht" ansehe, „die Abänderung der Todesurteile zu fordern", und zwar unter der besonderen Berücksichtigung der „politischen und psychologischen Faktoren zu einem Zeitpunkt, da Westdeutschland dazu aufgerufen ist, einen militärischen Beitrag zur westlichen Verteidigung zu leisten"[64]. Die lange Zeit, die die Gefangenen bereits auf ihre Hinrichtung warteten, stehe nicht in Einklang mit der in Deutschland üblichen zügigen Urteilsvollstreckung, stelle für sich genommen als psychologisches Moment schon eine strenge Bestrafung dar und sei ein weiterer Grund für eine Begnadigung.

Bei einem Treffen mit den Hohen Kommissaren am 16. November 1950 erneuerte Adenauer seine Forderung nach Beendigung aller Kriegsverbrecherverfahren sowie nach „Umwandlung aller noch nicht vollstreckten Todesurteile in Freiheitsstrafen, da nach Artikel 102 des Grundgesetzes die Todesstrafe abgeschafft ist". Außerdem drängte der Kanzler auf die „Gewährung der größtmöglichen Gnade für die zum Tode verurteilten Personen"[65]. Der junge bayerische Bundestagsabgeordnete Franz Josef Strauß erachtete die Folgen jeder weiteren Hinrichtung für die amerikanisch-deutschen Beziehungen für „verheerend"[66]. Sogar NS-Opfer stimmten in den Chor der Begnadigungsbefürworter ein. Der SPD-Vorsitzende und KZ-Überlebende Kurt Schumacher behauptete, weitere Exekutionen verletzten die deutsche Souveränität[67]. Zur Seite sprangen ihm Persönlichkeiten wie Inge Scholl, deren Schwester und Bruder als führende Mitglieder der „Weißen Rose" von den Nationalsozialisten hingerichtet worden waren.

Die Kampagne für die Landsberger Häftlinge erreichte ihren Höhepunkt, als McCloy anonyme Morddrohungen erhielt und Leibwächter zum Schutz seiner Kinder angestellt werden mußten[68]. In Anbetracht dieses massiven Druckes schrieb der

---

[63] Charles Thayer, Die unruhigen Deutschen, Bern, Stuttgart, Wien 1958, S. 252; Georg Meyer, Zur Situation der deutschen militärischen Führungsschicht im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages 1945–1950/51, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 1, München 1982, S. 696 f.

[64] New York Times vom 10. 1. 1951.

[65] FRUS 1950, Bd. 4, S. 782. In seinen mündlichen Äußerungen gegenüber den Hohen Kommissaren war Adenauer weniger direkt; er forderte lediglich, daß die Überprüfung der Landsberger und anderer Kriegsverbrecher-Fälle „beschleunigt" werde; vgl. Hans Peter Schwarz (Hrsg.), Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, München 1989, S. 271 f.

[66] New York Times vom 26. 4. 1951.

[67] Die Neue Zeitung vom 30. 1. 1951; Archiv der sozialen Demokratie, Bestand Schumacher, Interviews Q-7. Die Protokolle der SPD-Fraktionssitzungen vom 9. 1. und vom 1. 2. 1951 zeugen von einer erregten internen Debatte zu den Landsberger Fällen.

[68] NA, RG 466, OED, Box 28, Notiz von McCraw an Von der Muhll, 2. 1. 1951. Sogar McCloys Ehefrau wurde angegangen, Einfluß auf ihren Mann zu nehmen. Prinzessin von Isenburg, die „Mutter

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

britische Hohe Kommissar Ivone Kirkpatrick an seine Vorgesetzten nach London, „es ist eine bedauernswerte Tatsache, daß sogar im allgemeinen gemäßigte Deutsche wie die protestantischen Bischöfe und verständige Männer in der SPD, die selbst unter der Verfolgung durch das NS-Regime gelitten haben, die Kriegsverbrecherprozesse ablehnen [...] diese Angelegenheit vergiftet alle für den Westen gehegten Gefühle"[69]. Das Überraschendste an der Begnadigungskampagne war, daß entgegen den bisherigen Bekundungen vieler Deutscher, es müßten Unterschiede gemacht werden zwischen verschiedenen Kategorien von Kriegsverbrechern – etwa zwischen Soldaten, die im Partisanenkrieg kämpften, und SS-Männern, die Hitlers „Endlösung" durchführten – nun eine pauschale Blanko-Forderung herauskam, die die Umstände ignorierte, unter denen die einzelnen Verbrechen begangen worden waren[70].

In dieser mit Spannung geladenen Atmosphäre begann McCloy sich schließlich mit dem Bericht des Peck-Ausschusses zu befassen. Obwohl die deutschen Proteste nahezu alles übertönten, nahm er auch anderslautende Stellungnahmen entgegen. Sein juristischer (und engster) Berater Robert Bowie kritisierte den Beratenden Ausschuß ob seiner „exzessiven" Nachsicht. Bowie brachte gegenüber McCloy zum Ausdruck, er hege „ernsthafte Zweifel" an 24 Vorschlägen des Ausschusses und empfahl McCloy deren Ablehnung. In 22 weiteren Fällen hielt Bowie die Begründungen des Ausschusses auf Urteilsverkürzungen für „unangemessen" und schlug eine erneute Untersuchung vor. Bowie war besonders beunruhigt darüber, daß der Ausschuß es unterlassen hatte, das gesamte vorhandene Prozeßmaterial zu prüfen. „Nur in zwei oder drei Fällen" habe der Ausschuß für seine Empfehlung alle verfügbaren Beweismittel herangezogen. Die Erklärung des Ausschusses, man habe sich um ein Höchstmaß an Nachsicht bemüht, könne den Eindruck „einer Zurücknahme der Nürnberger Prozesse" erwecken[71].

Trotz der Diskussion um die deutsche Wiederbewaffnung zielte Bowies schärfste Kritik auf die Nachsicht des Ausschusses gegenüber einer Reihe von Generälen. In bezug auf Hermann Reinecke, Walter Warlimont und Georg von Kuechler stellte Bowie fest, „sie waren alle direkt an den Vorgängen beteiligt, die die Ermordung ganzer Kommandos, von Kommissaren und von gefangengenommenen alliierten Piloten ebenso umfaßte wie die brutale Mißhandlung von Kriegsgefangenen". Der Jurist erklärte, der Ausschuß habe wegen der „angeblich untergeordneten Position" dieser Männer die Begnadigung empfohlen, wobei „von Kuechler Feldmarschall war und Reinecke und Warlimont beide den Rang eines Generalleutnants hatten". Bowie wandte sich auch gegen Gnade für einige Mitglieder der Einsatzgruppen und gegenüber denjenigen, die medizinische Experimente an Konzentrationslager-Häftlingen durchgeführt hatten. Für alle diese Fälle verfaßten Bowie und sein Stab

der Landsberger Häftlinge", bat sie „von Frau zu Frau", sich bei ihrem Mann für die Begnadigungen einzusetzen; Der Spiegel vom 31. 1. 1951, S. 8.

69 FO 371/93536 (Public Record Office, London), Kirkpatrick an Gainer, 3. 2. 1951.

70 Buscher, S. 127.

71 NA, RG 466, OED, Box 28, Bowie an McCloy, 31. 10. 1950.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eigene Empfehlungen, die häufig auf härtere Behandlung drängten, als sie der Peck-Ausschuß empfahl. Beispielsweise hatte der Ausschuß im Fall des Einsatzgruppenleiters Gustav Nosske, der für seine Rolle bei der Ermordung von Juden auf der Krim ursprünglich zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, eine Verminderung auf zehn Jahre Gefängnis vorgeschlagen mit der Begründung, die Beweise seien „fraglich"; auch habe sich Nosske später geweigert, in der Gegend von Düsseldorf Juden zu exekutieren. Bowie jedoch, der das gesamte Prozeßmaterial in Betracht zog, stellte fest, der Ausschuß habe „anderen Exekutionen, die unter Nosskes Kommando durchgeführt wurden, nicht genügend Gewicht beigemessen, am wenigsten aber seiner Verbindung mit der Einsatzgruppe von Anfang an". Bowie riet deshalb dringend zu einer Verurteilung auf 20 Jahre[72].

Auch wenn McCloy die Empfehlung zu Nosske zurückwies, beeinflußte Bowies Kritik ganz offenkundig die Urteilsbildung des Hohen Kommissars, der vor der Notwendigkeit stand, zwischen den Empfehlungen des von ihm initiierten Expertengremiums und denen seiner eigenen Stabsjuristen zu entscheiden. In den Fällen der Militärs stimmte McCloy mit seinem Berater überein und verweigerte von Kuechler, Reinecke und Warlimont eine Urteilsverkürzung, ebenso Feldmarschall Wilhelm List und General Walter Kuntze wegen ihrer Verantwortung für die Ermordung von Geiseln auf dem Balkan. (Für die beiden letzteren ließ er jedoch die Möglichkeit einer medizinisch bedingten Strafaussetzung wegen hohen Alters offen.) Gegenüber 18 Verurteilten, besonders in den Fällen, die medizinische Experimente und die Einsatzgruppen betrafen, entschloß sich McCloy nur zu geringeren Urteilsminderungen, als der Peck-Ausschuß empfohlen hatte. Hingegen ging der Fall Krupp, trotz seiner Bekanntheit im Ausland, relativ glatt über die Bühne, denn der Ausschuß und McCloys Berater stimmten darin überein, daß das Urteil, verglichen mit den Urteilen gegen Flick und die Direktoren der I. G. Farben, deutlich zu hoch ausgefallen und die Beschlagnahme des Krupp-Vermögens mit den Grundsätzen amerikanischer Rechtsprechung nicht vereinbar gewesen war. Der Schumann-Plan, mit dem sich eine europäische Einbindung der deutschen Schwerindustrie abzeichnete, ließ Krupps Rückkehr als Eigentümer weniger gefährlich erscheinen, als es unter anderen Umständen der Fall gewesen wäre[73].

Die Fälle, die McCloy die größten Schwierigkeiten bereiteten und seine Zeit in den Wochen vor Bekanntgabe seiner endgültigen Entscheidung am längsten in Anspruch nahmen, waren die der zum Tode Verurteilten. Trotz einer lebenslangen Tätigkeit als Rechtsanwalt hatte McCloy kaum Erfahrung im Strafrecht und war „niemals zuvor einer solch schweren Prüfung unterworfen wie dieser, in der ich entscheiden muß, wem ich die Freiheit oder sogar das Leben nehme"[74]. Den deutschen

[72] Der Bericht über Nosske und weitere Berichte in: NA, RG 466, Administration of Justice Division, Office of General Counsel, Box 1.

[73] Ausschußbericht; Ferencz, S. 223. McCloy traf nicht mit Krupp zusammen; vgl. Manchester, S. 758.

[74] Amherst College, McCloy Papers, Unveröffentlichte Erinnerungen, S. 100–103; NA, RG 466, McCloy Papers, D 50/2063, McCloy an Moran, 9. 10. 1950.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Delegationen, die ihn aufsuchten und ihm Petitionen überreichten, versicherte er immer wieder, „von allen Problemen, mit denen er bisher in Deutschland konfrontiert war, sei dies das schwierigste und dasjenige, auf das er die meiste Zeit verwendet habe". McCloy fügte hinzu, es handele sich dabei um eine Pflicht, die er selbst „am allerwenigsten leiden" könne[75]. Weil er sein Gewissen beruhigen, aber auch, weil er nichts unversucht lassen wollte, verfuhr McCloy ganz und gar unorthodox. Der Hohe Kommissar war bereit, praktisch mit jedem über die Fälle zu sprechen, neue Petitionen und Beweise entgegenzunehmen und neue Zeugen anzuhören. Er fuhr persönlich nach Landsberg und traf einige der Häftlinge. McCloy handelte im Grunde wie der Gouverneur eines amerikanischen Bundesstaates – ein Vergleich, der sich auch für andere Aspekte seiner diplomatischen Aktivitäten aufdrängt[76].

Mitte November 1950 informierte McCloy Washington, er habe sich vorläufig für neun Hinrichtungen entschieden, auch im Falle von Ernst Biberstein, für den der Peck-Ausschuß auf Begnadigung plädiert hatte[77]. Bis auf einen seien alle Todeskandidaten Befehlshaber von Einsatzgruppen gewesen und persönlich verantwortlich für Tausende von Exekutionen. Trotz des politischen Drucks aus Deutschland und der Verschlechterung der internationalen Lage durch Chinas Eintritt in den Korea-Krieg versuchten die Politiker in Washington nicht, McCloys Entscheidung zu revidieren. Acheson teilte McCloy mit, er sei sich im klaren darüber, „daß es zwar Personen und Organisationen sowohl in Deutschland wie in den Vereinigten Staaten gibt, die der Meinung sind, alle Todesurteile sollen umgewandelt werden, aber ich bin vielmehr von der Tatsache beeindruckt, daß diese Fälle sorgfältig von den Gerichten, von Gen. Clay, von Ihrem Beratenden Ausschuß und von Ihnen selbst untersucht worden sind, und daß ich bei jedem Fall, für den Sie die Hinrichtung vorschlagen, davon ausgehen kann, daß eine Begnadigung oder Milderung des Urteils nicht gerechtfertigt war". Wie schon so oft, unterstützte Acheson McCloy auch diesmal: „Dementsprechend stimme ich der von Ihnen vorgeschlagenen Vorgehensweise zu und überlasse den Zeitpunkt [der Hinrichtungen] ganz Ihrem Ermessen."[78] McCloy hatte auch die volle Unterstützung von Präsident Truman. Als dieser von einem Feund und Mitglied seiner Freimaurerloge aus Missouri bedrängt wurde, Gnade zu gewähren, antwortete Truman eher barsch mit einer Kopie von McCloys Entscheidung und dem Zusatz: „Ich muß die Situation anerkennen, wie sie ist, da ich keine Möglichkeit sehe, mich in deutsche Angelegenheiten einzumischen."[79]

---

[75] NA, RG 466, McCloy Papers, D 51/17 A, Meeting Between Mr. McCloy and Delegation from the Bundestag, 9. 1. 1951.

[76] Thomas Schwartz, From Occupation to Alliance. John J. McCloy and the Allied High Commission in the Federal Republic of Germany 1949–1952, Diss. Cambridge, Mass. 1985, S. 665.

[77] NA, RG 466, OED, Box 28, Jonathan B. Rintels an Major J. J. Kapral, 22. 12. 1950.

[78] NA, RG 466, McCloy Papers, D 50/2530, Acheson an McCloy, 16. 11. 1950.

[79] Truman Library, PSF, Box 179, Truman an Frank Land, 1. 2. 1951; Truman gab sich außerdem überzeugt, „daß die deutschen Kriegsverbrecher weit besser behandelt worden sind, als es unter ihrer eigenen Regierung geschehen wäre". Vermutlich bezog sich diese Bemerkung auf die Behandlung von Häftlingen durch die Nationalsozialisten, aber bei Truman kann man das nie so genau wissen.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Trumans Behauptung war zwar nicht ganz korrekt – er hätte darauf bestehen können, daß McCloy die Urteile umwandelte –, aber sie zeigt deutlich, daß die letzte Entscheidung über die Landsberger Häftlinge bei McCloy lag[80].

Doch McCloy blieb nicht bei seiner vorläufigen Entscheidung. Weil er die Hinrichtungen nicht um die Weihnachtszeit anordnen wollte, entschloß er sich, mit der Ankündigung bis Ende Januar zu warten. Die verbleibende Zeit nutzte er zu dem Versuch, die deutschen Politiker davon zu überzeugen, daß die Todesstrafe gerechtfertigt sei. Er erklärte, das Argument, die Vollstreckung der Todesurteile sei zu lange hinausgezogen worden, impliziere doch, alle Überprüfungen und rechtlichen Prozeduren seien in gewisser Weise grausam oder unmenschlich. Zu Recht wies er darauf hin, daß ohne diese Überprüfungen einige Männer bereits hingerichtet worden wären, die nun davor bewahrt blieben. Er könne sich auch nicht der Meinung anschließen, das Verbot der Todesstrafe durch das Grundgesetz sei auf die Urteile aus den Nürnberger Prozessen anwendbar. Die Verfahren seien vor internationalen Gerichten zu einem Zeitpunkt durchgeführt worden, als es keine deutsche Regierung gegeben habe, und viele der Verbrechen seien schließlich an Nicht-Deutschen begangen worden. Auf den Vorschlag eines Mitglieds des Bundestages, wonach die Exzesse der Nationalsozialisten „durch eine große Geste der Gnade ausgelöscht werden sollten", reagierte McCloy lediglich mit Erstaunen, wie ein solcher Gedanke überhaupt ernsthaft vorgebracht werden könne. Er erinnerte die Deutschen daran, daß es sich „um Verbrechen von historischer Dimension" handele und einen „Auswuchs an Kriminalität, der weltweit Verachtung hervorgerufen hat". McCloy zeigte sich irritiert über die deutsche „Neigung, die Dinge unter den Teppich zu kehren und die Weigerung, anzuerkennen, was tatsächlich geschehen ist". Das deutsche Volk, fuhr er eindringlich fort, muß „die Enormität dessen begreifen, was geschah"; es scheine manchmal überhaupt keine Vorstellung davon zu haben, wie die Welt Deutschland und die Horrortaten der Nationalsozialisten wahrnehme[81].

Aber McCloy machte den führenden deutschen Politikern auch klar, daß er versucht habe, Gründe zu finden, die für Gnade sprechen. Trotz der schwerwiegenden Natur der Verbrechen habe er sich, wie er zugab, „sehr um stichhaltige Gründe für die Begnadigungen bemüht und sich selbst davon überzeugt, daß es gerechtfertigt ist, einige der Urteile umzuwandeln". Er fügte hinzu, „wenn ich diese Fälle studiere, tue ich es ohne Haß und versuche, das Verlangen nach Gerechtigkeit mit Gnade zu besänftigen". Dennoch habe er in einigen Fällen keine Rechtfertigung für eine Begnadigung entdecken und „kaum glauben können, daß die Männer, die diese Verbrechen begangen haben, menschliche Wesen waren". Während er den Deutschen gegenüber wiederholt darauf beharrte, niemand werde wegen „politischer Gründe" hingerichtet, erinnerte er sie gleichzeitig daran, er müsse „die Angelegen-

[80] Manchester, S. 768, behauptet, Washington habe McCloys Entscheidung über die Begnadigungen angeordnet.

[81] NA, RG 466, McCloy Papers, D 51/17 A, Meeting Between Mr. McCloy and Delegation from the Bundestag, 9. 1. 1951.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heit sowohl vom internationalen Standpunkt als auch vom bilateralen aus betrachten". Besorgte Äußerungen über die Auswirkungen auf die amerikanisch-deutschen Beziehungen kommentierte McCloy mit der Bemerkung: „Wenn unsere Beziehungen von diesen Einzelfällen abhängen, dann hängt unsere Freundschaft in der Tat an einem seidenen Faden." Auch wenn es seine erklärte Absicht war, in so vielen Fällen wie möglich Gnade zu gewähren, blieb er „tief beunruhigt" über die möglichen Auswirkungen, die seine Entscheidung außerhalb Deutschlands haben würde, und befürchtete „weltweit eine Reaktion des Zynismus und der Desillusionierung"[82].

In den letzten Tagen vor der Ankündigung der Urteile war die Situation in McCloys Hauptquartier zum Zerreißen gespannt. Die Morddrohungen gegen McCloy und seine Familie machten verstärkte Sicherheitsmaßnahmen notwendig. McCloy rang verzweifelt um eine Entscheidung, besonders bei den Todesurteilen. „Tagelang verließ er sein Haus nicht und las und las immer wieder die Zeugenaussagen."[83] Bis spät in die Nacht hinein brütete er über den Akten der SS-Fälle und bezeugte, wie es einer seiner Mitarbeiter ausdrückte, „tiefe Besorgnis und große Skrupel über der Verpflichtung, die Rechte und Privilegien eines jeden Individuums zu wahren"[84]. Psychologisch gesehen ist es schwer vorstellbar, daß McCloy nicht nach einem Weg suchte, möglichst wenige der ursprünglich geplanten Hinrichtungen anzuordnen. Und so war es auch. Beinahe in letzter Minute erhielt er „einen geringfügigen neuen Beweis", der im Hinblick auf ein Todesurteil eine Umwandlung zu lebenslanger Haft immerhin möglich erscheinen ließ[85]. Wenn McCloy dieses Urteil abänderte, mußte er sich freilich fragen, ob die Todesstrafe nicht auch für drei weitere Verurteilte unangemessen war, die Positionen mit vergleichbarer Verantwortung innegehabt hatten. Das Ergebnis war, daß McCloy vier weitere Leiter von Einsatzgruppen schonte (Waldemar Klingelhofer, Ernst Biberstein, Adolf Ott und Martin Sandberger) und lediglich fünf Hinrichtungen anordnete: die von Oswald Pohl, Paul Blobel, Otto Ohlendorf, Erich Naumann und Werner Braune. Am gleichen Tag, an dem McCloy seine Entscheidung bekanntgab, erklärte General Handy, er habe elf Todesurteile umgewandelt (darunter die aus dem Malmedy-Fall verbliebenen); Handy ordnete die Hinrichtung von nur zwei Kriegsverbrechern an, die beide wegen in Konzentrationslagern begangener Grausamkeiten verurteilt worden waren. Die sieben Männer wurden am 7. Juni 1951 hingerichtet. Es waren die letzten Hinrichtungen von Kriegsverbrechern in der Bundesrepublik.

---

[82] Ebenda; dieser Bericht über McCloys Treffen mit den Deutschen wurde später dem New York Times-Kolumnisten Arthur Krock zugespielt und am 26. 4. 1951 veröffentlicht. Zweifellos wollte McCloy auf diesem Weg erreichen, daß die Amerikaner besser verstanden, welcher Art von Druck er in Deutschland ausgesetzt war.

[83] Thayer, S. 251.

[84] Amherst College, McCloy Papers, McCloy Scrapbooks, Jonathan Rintels an McCloy, 9. 6. 1952.

[85] NA, RG 466, McCloy Papers, D 51/126, McCloy an Peck, 5. 2. 1951.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

3. Die Reaktionen auf die Entscheidung

Der scharfe Gegensatz zwischen der Reaktion innerhalb und außerhalb Deutschlands illustriert das zentrale Problem, das sich den amerikanischen Politikern stellte, die Deutschland in den Westen „integrieren" wollten: Die Vergangenheit ließ sich nicht ausradieren. McCloys Entscheidung, die den meisten Deutschen als vernünftig, eher noch als zu hart erschien, schockierte viele Europäer und Amerikaner als ungerechtfertigte, bereits an Appeasement grenzende Nachgiebigkeit. Diese Reaktionen unterstreichen die politischen Schwierigkeiten der Westintegration der Bundesrepublik, die moralische Kompromisse und politisches Zweckmäßigkeitsdenken erforderte.

Vordergründig bezogen sich die deutschen Reaktionen auf McCloys Entscheidung ganz auf das Schicksal der zum Tode Verurteilten, die bis zu ihrer Hinrichtung im Juni 1951 im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit standen. Besonders die FDP und einige Kirchenleute setzten sich weiterhin für Begnadigungen ein. Der Stuttgarter Bischof Wurm lobte McCloys Urteilsumwandlungen, fand aber das Strafmaß gegenüber den verurteilten Militärs noch immer zu hoch: „Die Nachrichten über die Kriegführung in Korea lassen vielfach die Frage auftauchen, ob nicht die ersten Urteile gegen die Generale auf unzulänglicher Kenntnis der heutigen Partisanenkriegführung beruht haben und ob deshalb nicht eine stärkere Reduktion der Strafen hätte eintreten sollen."[86] Obwohl solche Bemerkungen in der *New York Times*, aber auch in anderen amerikanischen Presseorganen beträchtliche Aufmerksamkeit erregten, verzerrten sie doch das Gesamtbild der deutschen Reaktionen. Die deutschen politischen Meinungsführer nämlich standen überraschend geschlossen auf der Seite des Hohen Kommissars. Adenauer begrüßte McCloys Entscheidung wegen ihrer „Sorgfalt und Ernsthaftigkeit" und kritisierte die fortdauernde Propaganda zugunsten der Landsberger Häftlinge[87]. Während die Bevölkerung den Meinungsumfragen von HICOG zufolge stark für noch weitergehende Nachsicht plädierte, unterstützte die neue politische Elite – zumindest soweit sie im Bundestag vertreten war – McCloys Entscheidung[88]. Die Verbindungsstelle des Hohen Kommissars in Bonn berichtete, „die Reaktion der politisch bewußten Deutschen, von denen die Zukunft der deutschen Politik hauptsächlich abhängen wird, ist weitaus befriedigender ausgefallen, als man berechtigterweise unter Berücksichtigung aller Umstände hatte erwarten dürfen"[89]. Entgegen mancher Befürchtungen hörte die Stimmungsmache nach den Hinrichtungen sehr schnell auf.

Die Reaktion in den westlichen Staaten war grundlegend anderer Art. Sowohl in Großbritannien wie in Frankreich verstärkte McCloys Entscheidung die ohnehin

[86] Ebenda, Wurm an McCloy, 2. 2. 1951.
[87] NA, RG 466, McCloy Papers, D 51/285 A, McCloy an Acheson, 5. 3. 1951.
[88] NA, RG 466, McCloy Papers, D 51/126, West German Reactions to the Landsberg Decisions, 6. 3. 1951.
[89] NA, RG 466, OED, Box 28, Verbindungsstelle Bonn an HICOG Frankfurt, 7. 3. 1951.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

große Ablehnung, die besonders die Oppositionsparteien beider Länder dem Entschluß zur Wiederbewaffnung Deutschlands und der durch den Kalten Krieg bedingten zunehmenden Militarisierung entgegenbrachten. Der Straferlaß für Krupp provozierte extreme Reaktionen: Eine englische Zeitung brachte eine Karikatur, in der Hitler und Göring in der Walhalla sitzend eine Zeitung mit der Schlagzeile lesen: "Krupp entlassen"; der Kommentar bestand aus Hitlers Frage an Göring: „Vielleicht hätten wir doch noch ein bißchen länger aushalten sollen?" Während sich die Londoner *Times* offenbar mit Bedacht eines Kommentars enthielt, druckte der *Manchester Guardian* einen Leserbrief, der feststellte, es gebe Gnade, „die Schwäche ist, ja sogar Verrat an unser aller Gott"; was in Deutschland mit den Kriegsverbrechern geschehe, sei ein Beispiel dafür. Die Labour Party zeigte sich „besonders empört" über die Entlassung von Krupp, in dem sie das herausragende Symbol des „Kapitals und der Rüstungsindustrie" erblickte. Einem Leitartikler erschien Alfried Krupp als der Mann, „an dessen Händen das Blut von britischen Soldaten, Russen, Amerikanern und Franzosen, Polen, Belgiern, Holländern klebt, kurz: das Blut von Millionen"[90]. Für die französischen Zeitungen war die Freilassung Krupps ein Zeichen für Amerikas Unfähigkeit, die Wurzeln des deutschen Militarismus zu begreifen. *Le Figaro* kommentierte: „Mr. McCloy und seine Landsleute sind eben nie in den Genuß wirklich enger Beziehungen zu Krupp gekommen wie wir durch die berühmte Kanone Bertha, die nach seiner Mutter benannt ist. Vielleicht erklärt das ihre Milde." In Frankreich wie in Großbritannien wurde Krupps Entlassung zum Sinnbild für die übergroße Eile, mit der die USA Deutschland rehabilitierten und wiederbewaffneten. Der linke *Franc-Tireur* bezeichnete Krupps Haftentlassung als „das Schlimmste an den ganzen Kriegsverbrecherprozessen", und die konservative *Paris Presse* behauptete gar, damit sei „praktisch die französisch-amerikanische Verständigung zerstört"[91].

Die Reaktion in Amerika war nicht ganz so extrem, wenngleich ebenfalls kritisch. Die *New York Times* billigte McCloys Vorgehen als einen Kompromiß zwischen Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit. Wenn die Deutschen diese Verbrechen heute „ehrlich verurteilen", dann gebe es „für die Zukunft Deutschlands berechtigte Hoffnung"[92]. Die *Washington Post* war skeptischer; das Blatt erklärte sein Unverständnis mit der Freilassung von Alfried Krupp, der doch „einen Teil der Verantwortung an Hitlers Machtergreifung und der Durchsetzung seiner Pläne" trage. Eine Karikatur

---

[90] Manchester, S. 763 f.; New York Times vom 7./8. 2. 1951; NA, RG 466, McCloy Papers, D 51/126, Review of German and Foreign Press Reaction to the Clemency Decisions on Landsberg War Crimes Cases, 10. 2. 1951. London rief den britischen Hohen Kommissar Ivone Kirkpatrick zu Konsultationen zurück, nachdem er auf einer Pressekonferenz in Berlin McCloys Entscheidung gutgeheißen und den Wunsch zum Ausdruck gebracht hatte, eine ähnliche Überprüfung für die Kriegsverbrecher in britischem Gewahrsam durchzuführen; Gifford an Außenministerium, 9. 2. 1951.

[91] NA, RG 466, McCloy Papers, D 51/126, Review of German and Foreign Press Reaction to the Clemency Decisions on Landsberg War Crimes Cases, 10. 2. 1951.

[92] New York Times vom 2. 2. 1951.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der *Post* zeigte einen lächelnden Gefängniswärter McCloy beim Aufsperren von Krupps Zelle, während Stalin aus einiger Entfernung ein Photo für sein Propaganda-Album schießt[93]. In der liberalen *Nation* verdammte der ehemalige Nürnberger Ankläger Telford Taylor McCloys Entscheidung als eine „Verkörperung des politischen Opportunismus, die verzerrt sei durch ein vollkommen verkehrtes Herangehen an die Gesetze wie an die Fakten, ganz zu schweigen von den Realitäten der gegenwärtigen Weltpolitik". Taylor schloß mit der Bemerkung, McCloys Entscheidung habe „den Grundsätzen des Völkerrechts einen schweren Schlag versetzt, ebenso aber den Prinzipien, für die wir in den Krieg gegangen sind"[94].

Im Repräsentantenhaus wurden vier Resolutionen eingebracht, die eine Untersuchung der amerikanischen Politik in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der „massenhaften Begnadigungen in Zusammenhang mit den NS-Kriegsverbrechern verlangten"[95]. Obwohl die daraufhin einberufene Untersuchungskommission des Kongresses McCloys Vorgehen nur vorsichtig kritisierte, erhellen die leidenschaftlichen Reaktionen und die heftige Debatte das unübersichtliche Umfeld, in dem der Hohe Kommissar seine Entscheidung traf. Im Zentrum widerstreitender politischer Interessen stehend, bemühte sich McCloy um eine Entscheidung, die den Gerechtigkeitssinn aller Nationen befriedigen sollte, die – mit jeweils anderem Selbstverständnis und mit unterschiedlichen Erfahrungen – am Zweiten Weltkrieg teilgenommen hatten. Obwohl McCloy auf der Feststellung beharrte, er habe „niemanden aus politischen Gründen hinrichten lassen" und „zu keinem Zeitpunkt irgendwelchen politischen oder außerhalb der Sache liegenden Gesichtspunkten Beachtung geschenkt", war seine Entscheidung in den Landsberger Fällen fundamental politischer Natur und charakteristisch für seine eigene Suche nach einem Kompromiß zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik[96]. Die Hinrichtungen als „politisch" zu bezeichnen heißt freilich keineswegs, die Männer, deren Hinrichtung McCloy befahl, seien in irgendeinem Sinne des Wortes „unschuldig" gewesen. McCloy hatte Haftstrafen verringert und Todesurteile von Männern umgewandelt, die nach den Begriffen von relativer Schuld und gemessen an dem extremen Maßstab, der bei NS-Verbrechen angelegt werden mußte, etwas weniger Verantwortung für die begangenen Grausamkeiten trugen als diejenigen, deren Exekution er anordnete. Die er schonte, schonte er zumindest zum Teil wegen der starken Proteste, die führende Politiker der Bundesrepublik zu ihren Gunsten erhoben hatten.

Erfolgreich war McCloy bis zu einem gewissen Grade insofern, als das Interesse an den weiter in Haft verbliebenen Kriegsverbrechern nach seiner Entscheidung

---

93 Washington Post vom 2. 2. 1951.

94 Telford Taylor, The Nazis Go Free, in: The Nation vom 24. 2. 1951, S. 170 ff.

95 NA, RG 466, OED, Box 28, Webb an HICOG Frankfurt, 28. 2. 1951.

96 NA, RG 466, D 51/17 A, Meeting between Mr. McCloy and Delegation from the Bundestag, 9. 1. 1951. Nach den Hinrichtungen schrieb McCloy an den Richter Felix Frankfurter: „Es war die unangenehmste Prüfung, aber ich glaube, ich habe dadurch Erfahrungen gemacht, die ich bis dahin nicht für möglich gehalten hätte." Library of Congress, Frankfurter Papers, McCloy an Frankfurter, 11. 7. 1951.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sank. Wohl setzte sich die Bundesregierung hinter den Kulissen weiter für sie ein und wurde Adenauer nicht müde, dem Hohen Kommissar zu erklären, welchen positiven Effekt die Freilassung der Häftlinge auf die deutsche öffentliche Meinung haben würde, doch die bisherige Landsberg-Kontroverse ebbte ab. Außer im Fall von General Reinhardt, dem er im Juli 1952 gesundheitlich bedingte Strafaussetzung gewährte, vermied der Hohe Kommissar jede weitere Freilassung. Nach der Unterzeichnung des Deutschland- und des EVG-Vertrags im Mai 1952 wies McCloy den FDP-Vorschlag einer Generalamnestie zurück[97]. Außerdem verwies er Adenauer mit Nachdruck auf die Bedeutung einer großzügigen Reparationspolitik gegenüber Israel und den Juden – vielleicht auch, weil er in der finanziellen Wiedergutmachung ein politisch akzeptableres Mittel sah als in einer fortgesetzt harten Bestrafung von NS-Kriegsverbrechern.

Freilich setzte McCloys Entscheidung in den Landsberger Fällen einen Prozeß in Gang, in dessen Verlauf alle noch verbliebenen Kriegsverbrecher freigelassen werden sollten. Die Angelegenheit wurde nun vorrangig als eine politische behandelt, in der die Regierung der Vereinigten Staaten versuchte, deutsche Forderungen zu erfüllen, ohne die eigene Öffentlichkeit übermäßig zu strapazieren[98]. Eine HICOG-Studie drückte das im Dezember 1952 folgendermaßen aus: „Es besteht längst ein ebenso grundsätzlicher wie unvermeidbarer Widerspruch zwischen der Rolle der Vereinigten Staaten als Besatzer bzw. als ausführendes Organ der Besatzungsjustiz in Deutschland und ihrer Rolle als Deutschlands Verbündeter und Freund."[99] Nachdem McCloy im Juli 1952 Deutschland verlassen hatte, waren es vor allem seine Nachfolger Walter Donelly und dann James Conant, die diesen Widerspruch zu gewärtigen hatten.

1953 schufen die Alliierten den Interim Mixed Parole and Clemency Board (seit 1955 Mixed Parole and Clemency Board). Wie schon der Name sagte, setzte sich dieses Gremium aus Vertretern der Westmächte und der Bundesrepublik zusammen. Der Gemischte Ausschuß arbeitete ähnlich wie schon McCloys Beratender Ausschuß und überprüfte fortlaufend Petitionen auf Strafaussetzung, denen großzügig nachgegeben wurde[100]. Von 338 Häftlingen, die im August 1952 in Landsberg einsaßen, waren drei Jahre später nur noch 50 übrig. Aus Furcht vor Reaktionen der heimischen Öffentlichkeit lag den USA daran, die Gefangenen so „lautlos und diskret"

---

[97] Buscher, S. 141.

[98] Buscher, S. 70.

[99] NA, RG 466, OED, Box 28, The War Criminals Question von HICOG Office of Political Affairs, 22. 12. 1952.

[100] Im Dezember 1952 erklärte Adenauer, eine „weitreichende Geste" im Hinblick auf die Lösung des Kriegsverbrecher-Problems sei erforderlich und werde von der deutschen öffentlichen Meinung günstig aufgenommen werden; FRUS 1952–1954, Bd. 7, S. 392. Adenauer sprach das Kriegsverbrecher-Problem auch bei seinem ersten Treffen mit Präsident Eisenhower an; vgl. ebenda, S. 442. Der Gesandte Hallstein ließ in dieser Frage ebenfalls nicht locker; NA, RG 466, McCloy Papers, D 52/267, MacArthur an Handy, 29. 1. 1952; D 52/1234, Heusinger an McCloy, 19. 5. 1952. Zu den Begnadigungsausschüssen vgl. Mendelsohn, S. 253 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie nur möglich zu entlassen[101]. Im Mai 1958 kamen die vier letzten Gefangenen frei, darunter drei, die McCloy vor dem Galgen bewahrt hatte (Sandberger, Ott und Biberstein). Vor weiterer Strafverfolgung durch deutsche Behörden waren die Freigelassenen durch das im „Überleitungsvertrag" ausgesprochene Verbot doppelter Anklageerhebung geschützt[102]. Franzosen und Briten folgten dem gleichen Muster und entließen im Lauf des Jahres ebenfalls ihre noch in der Bundesrepublik inhaftierten Kriegsverbrecher.

McCloys Vorgehen in den Landsberger Fällen vermittelt einige wichtige Einsichten in die amerikanische Deutschlandpolitik der frühen fünfziger Jahre. Seine Bereitschaft, die Fälle zu überprüfen, bestand lange bevor die Frage der Wiederbewaffnung auftauchte, und seine Entscheidung war der ernsthafte Versuch, sowohl Gerechtigkeit wie Gnade walten zu lassen. Zu bedauern bleibt, daß McCloy Entscheidungen fällte, die sich als viel zu nachgiebig erwiesen und einer Flut von pauschalen Entlassungen den Weg bereiteten. Aber das entschlossene Festhalten des Hohen Kommissars an einigen Hinrichtungen und seine Weigerung, einige der Urteile abzumildern, zeigten seinen Willen, die Prinzipien von Nürnberg auch gegen erheblichen Widerstand und unter dem Druck des Kalten Krieges aufrechtzuerhalten.

McCloys Entscheidung war eine eminent politische, aber sie muß im Kontext der deutschen öffentlichen Meinung des Jahres 1951 gesehen werden, zu der eine HICOG-Studie feststellte, die Frage der Kriegsverbrecher sei „keine Frage der Vernunft"[103]. Die Deutschen warfen die Kriegsverbrecherprozesse in einen Topf mit der heftig bekämpften Kollektivschuldthese und betrachteten sie schlichtweg als eine Form von Siegerjustiz[104]. Nur eine Minderheit hieß das Vorgehen der Alliierten in der Kriegsverbrecherfrage gut; Politiker aller großen Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten, übten daran scharfe Kritik. Viele deutsche Politiker und führende Persönlichkeiten versicherten zwar, sie seien für die Bestrafung der „wirklichen" Kriegsverbrecher, aber schon ihre Rhetorik verwischte alle Unterschiede zwischen den verschiedenen Typen von Häftlingen in alliiertem Gewahrsam. Gewiß bestand die Gefahr, daß das Thema zum Anknüpfungspunkt der extremen Rechten werden könnte, aber der Hinweis darauf war auch ein willkommener Vorwand, um für eine milde Haltung gegenüber den Kriegsverbrechern einzutreten.

Aus alledem zu schließen, das Programm zur Bestrafung der Kriegsverbrecher sei ein völliger Fehlschlag gewesen, wie dies in einer jüngst erschienenen Studie zum

[101] New York Times vom 26. 3. 1954.

[102] Adalbert Rückerl, NS-Verbrechen vor Gericht, Heidelberg 1982, S. 138 f.

[103] NA, RG 466, OED, Box 28, 321.6 War Criminal, The War Criminals Question von HICOG Office of Political Affairs, 22. 12. 1952.

[104] Horne, S. 48 ff. Zum Beispiel waren sich nur sechs Prozent der Westdeutschen sicher, daß deutsche Soldaten für ihr Verhalten in den besetzten Ländern zur Verantwortung gezogen werden können; vgl. Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, The Germans. Public Opinion Polls 1947–1966, Allensbach und Bonn 1967, S. 202.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausdruck kommt[105], wäre jedoch allzu vereinfachend. Mit Sicherheit gab es Ungerechtigkeiten und entkamen viele NS-Kriegsverbrecher der Bestrafung. Auch daß Industrielle wie Krupp und Flick, verstärkt durch das Wirtschaftswunder, wieder zu Vermögen und Einfluß kamen, blieb ein unschönes Symbol für die Zweckorientiertheit amerikanischer Politik. Andererseits aber waren im Rahmen des Programms viele Kriegsverbrecher ihrer Bestrafung zugeführt und die Verbrechen der NS-Zeit in einer umfassenden, nicht mehr rückgängig zu machenden Weise dokumentiert worden. Anders als in Japan konnten die Kriegsverbrecher danach im deutschen öffentlichen Leben keine bedeutende Rolle mehr spielen[106].

Schließlich sollte man nicht vergessen, daß ein Grund für die Milde gegenüber den Kriegsverbrechern die Förderung der Westintegration der Bundesrepublik war. Gerade der Erfolg in dieser Hinsicht, der aus Deutschland eine lebensfähige Demokratie und ein „normales" Mitglied der Europäischen Gemeinschaft machte, erklärt, weshalb uns die damalige Nachgiebigkeit heute so tragisch und kurzsichtig erscheint. Es ist eine besondere Ironie der Geschichte, daß man sowohl in den Vereinigten Staaten wie in der Bundesrepublik im Rückblick ein schlechtes Gewissen hat: In den USA, weil gegen die NS-Kriegsverbrechen nicht härter vorgegangen wurde, und in der Bundesrepublik, weil man die Amerikaner daran gehindert hat.

Übersicht über die von McCloy am 31. Januar 1951 entschiedenen Fälle

Name	Höchster Dienstgrad, Dienststellung	Hauptgrund der Verurteilung[a)]	Ursprüngliche Strafe	Begnadigung	Datum der Entlassung
Nürnberger Ärzte-Prozeß (4. Januar–4. Dezember 1947)					
Fritz Fischer	SS-Sturmbannführer, Arzt in Hohenlychen/ KL Ravensbrück	Mitwirkung an Menschenversuchen	lebenslänglich	15 Jahre	März 1954
Karl Genzken	SS-Gruppenführer, Oberarzt im SS-Führungshauptamt	Mitwirkung an Menschenversuchen	lebenslänglich	20 Jahre	April 1954
Siegfried Handloser	Generaloberstabsarzt der Wehrmacht	Mitwirkung an Menschenversuchen	lebenslänglich	20 Jahre	nicht bekannt
Gerhard Rose	Generalarzt der Luftwaffe	Mitwirkung an Menschenversuchen	lebenslänglich	15 Jahre	Juni 1955
Oskar Schröder	Generaloberstabsarzt der Luftwaffe	Mitwirkung an Menschenversuchen	lebenslänglich	15 Jahre	März 1954
Hermann Becker-Freyseng	Stabsarzt der Luftwaffe	Mitwirkung an Menschenversuchen	20 Jahre	10 Jahre	November 1952

[105] Buscher, S. 159.
[106] Mendelsohn, S. 259.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Name	Höchster Dienstgrad, Dienststellung	Hauptgrund der Verurteilung[a)]	Ursprüngliche Strafe	Begnadigung	Datum der Entlassung
Wilhelm Beiglböck	Stabsarzt der Luftwaffe	Mitwirkung an Menschenversuchen	15 Jahre	10 Jahre	Dezember 1951
Herta Oberheuser	Lagerärztin im KL Ravensbrück, Ärztin in Hohenlychen	Mitwirkung an Menschenversuchen	20 Jahre	10 Jahre	April 1952
Helmut Poppendick	SS-Oberführer, Leitender Arzt im RuSHA	Mitwirkung an Menschenversuchen nicht sicher nachweisbar	10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Prozeß gegen Erhard Milch (13. November 1946–17. April 1947)					
Erhard Milch	Generalfeldmarschall, Mitglied der Zentralen Planung	Einsatz von Zwangsarbeitern	lebenslänglich	15 Jahre	Juni 1954
Nürnberger Juristen-Prozeß (4. Januar–4. Dezember 1947)					
Herbert Klemm	Oberstaatsanwalt, Staatssekretär im RMJ	pflichtwidriges Verhalten im Verantwortungsbereich Justizverwaltung	lebenslänglich	20 Jahre	Februar 1957
Günther Joel	SS-Obersturmbannführer, Ministerialrat im RMJ Generalstaatsanwalt	Mitwirkung an Hinrichtungen	10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Rudolf Öschey	Landgerichtsdirektor, Vorsitzender des Sondergerichts Nürnberg	Mitwirkung beim Völkermord	lebenslänglich	20 Jahre	Januar 1955
Oswald Rothaug	Landgerichtsdirektor, Vorsitzender des Sondergerichts Nürnberg	Mitwirkung beim Völkermord	lebenslänglich	20 Jahre	Dezember 1956
Ernst Lautz	Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof	Mitwirkung beim Völkermord	10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Wilhelm v. Ammon	Landgerichtsdirektor, Ministerialrat im RMJ	Mitwirkung bei der Tötung von Zivilpersonen in besetzten Gebieten	10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Name	Höchster Dienstgrad, Dienststellung	Hauptgrund der Verurteilung[a)]	Ursprüngliche Strafe	Begnadigung	Datum der Entlassung
Franz Schlegelberger	Kammergerichtsrat, Leitender Staatssekretär im RMJ	Mitwirkung u. a. bei der Lenkung und Mißachtung der Justiz	lebenslänglich	vorläufige Entlassung wegen Haftunfähigkeit	Februar 1951
Pohl-Prozeß (13. Januar–3. November 1947)					
Oswald Pohl	SS-Obergruppenführer, Leiter des SS-Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamtes	unmenschliches Handeln in seinem Verantwortungsbereich	Todesstrafe	keine Begnadigung	Exekution am 8. 6. 1951
Franz Eirenschmalz	SS-Standartenführer, Leiter Bauwesen im SS-Hauptamt	Errichtung und Unterhaltung von KL	Todesstrafe	9 Jahre	Mai 1951
Karl Sommer	SS-Sturmbannführer, Leiter Häftlingseinsatz im SS-Hauptamt	Arbeitseinsatz von KL-Häftlingen	lebenslänglich	20 Jahre	Dezember 1953
Karl Mummenthey	SS-Obersturmbannführer, Amtsleiter im SS-Hauptamt	Arbeitseinsatz von KL-Häftlingen	lebenslänglich	20 Jahre	Dezember 1953
August Frank	SS-Obergruppenführer, stellv. Leiter des SS-Hauptamtes	unmenschliches Handeln im Verantwortungsbereich Haushalts- und Personalwesen	lebenslänglich	15 Jahre	Mai 1954
Heinz Karl Fanslau	SS-Brigadeführer, Leiter Personalamt im SS-Hauptamt	unmenschliches Handeln im Verantwortungsbereich Personalwesen	20 Jahre	15 Jahre	März 1954
Georg Lörner	SS-Gruppenführer, Leiter des Amtes SS-Wirtschaftsunternehmen im SS-Hauptamt	unmenschliches Handeln im Verantwortungsbereich SS-Wirtschaftsunternehmen	lebenslänglich	15 Jahre	März 1954
Hans Lörner	SS-Oberführer, Leiter Haushalt im SS-Hauptamt	Mitwirkung bei der Versklavung und Vernichtung von KL-Häftlingen	10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Name	Höchster Dienstgrad, Dienststellung	Hauptgrund der Verurteilung[a)]	Ursprüngliche Strafe	Begnadigung	Datum der Entlassung
Hans Baier	SS-Oberführer, Stabschef Amtsgruppe SS-Unternehmen im SS-Hauptamt	unmenschliches Handeln in seinem Verantwortungsbereich	10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Hanns Bobermin	SS-Sturmbannführer, Amtsleiter im SS-Hauptamt	unmenschliches Handeln im Verantwortungsbereich SS-Wirtschaftsunternehmen	15 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Hermann Pook	SS-Obersturmbannführer, leitender Zahnarzt im SS-Hauptamt	unmenschliches Handeln in seinem Verantwortungsbereich	10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Leo Volk	SS-Hauptsturmführer, Amtsleiter im SS-Hauptamt	unmenschliches Handeln im Verantwortungsbereich SS-Wirtschaftsunternehmen	10 Jahre	8 Jahre	Januar 1951
Erwin Tschentscher	SS-Standartenführer, Leiter Verpflegungswirtschaft im SS-Hauptamt	Nichtversorgung von KL-Häftlingen	10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Max Kiefer	SS-Obersturmbannführer, Amtsleiter im SS-Hauptamt	Errichtung und Unterhaltung von KL	20 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Hans Hohberg	Stabschef Amtsgruppe SS-Unternehmungen im SS-Hauptamt	unmenschliches Handeln im Verantwortungsbereich SS-Wirtschaftsunternehmen	10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Nürnberger Geiselmord-Prozeß (10. Mai 1947–19. Februar 1948)					
Wilhelm List	Generalfeldmarschall	Mitwirkung bei der Tötung von Zivilpersonen in besetzten Gebieten	lebenslänglich	keine Begnadigung	Oktober 1952, krankheitshalber
Walter Kuntze	General der Pioniere	Mitwirkung bei der Tötung von Zivilpersonen in besetzten Gebieten	lebenslänglich	keine Begnadigung	Februar 1953

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Name	Höchster Dienstgrad, Dienststellung	Hauptgrund der Verurteilung[a)]	Ursprüngliche Strafe	Begnadigung	Datum der Entlassung
Lothar Rendulic	Generaloberst	Mitwirkung bei der Tötung von Zivilpersonen in besetzten Gebieten	20 Jahre	10 Jahre	Dezember 1951
Wilhelm Speidel	General der Flieger	Mitwirkung bei der Tötung von Zivilpersonen in besetzten Gebieten	20 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Helmut Felmy	General der Flieger	Mitwirkung bei der Tötung von Zivilpersonen in besetzten Gebieten	15 Jahre	10 Jahre	Dezember 1951
Ernst v. Leyser	General der Infanterie	Mitwirkung bei der Durchführung des Kommissar-Befehls	10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Hubert Lanz	General der Gebirgstruppen	Mitwirkung bei der Tötung von Zivilpersonen in besetzten Gebieten	12 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Ernst Dehner	General der Infanterie	Mitwirkung bei der Tötung von Zivilpersonen in besetzten Gebieten	7 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Nürnberger Rasse- und Siedlungshauptamt-Prozeß (1. Juli 1947–10. März 1948)					
Rudolf Creutz	SS-Brigadeführer	Mitwirkung am „Germanisierungsprogramm“	15 Jahre	10 Jahre	Januar 1951
Werner Lorenz	SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS und Polizei	Mitwirkung am „Germanisierungsprogramm“	20 Jahre	15 Jahre	19. 1. 1954
Heinz Brückner	SS-Sturmbannführer	Mitwirkung am „Germanisierungsprogramm“	15 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Otto Hofmann	SS-Obergruppenführer	Mitwirkung am „Germanisierungsprogramm“	25 Jahre	15 Jahre	April 1954
Fritz Schwalm	SS-Obersturmbannführer	Mitwirkung am „Germanisierungsprogramm“	10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Name	Höchster Dienstgrad, Dienststellung	Hauptgrund der Verurteilung[a)]	Ursprüngliche Strafe	Begnadigung	Datum der Entlassung
Herbert Hübner	SS-Standartenführer	Mitwirkung am „Germanisierungsprogramm"	10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Nürnberger Einsatzgruppen-Prozeß (25. Juli 1947–10. April 1948)[b)]					
Paul Blobel	SS-Standartenführer	Mitwirkung an Massenmorden	Todesstrafe	keine Begnadigung	Exekution am 7. 6. 1951
Ernst Biberstein	SS-Obersturmbannführer	Mitwirkung an Massenmorden	Todesstrafe	lebenslänglich	Mai 1958
Walter Blume	SS-Standartenführer	Mitwirkung an Massenmorden	Todesstrafe	25 Jahre	März 1955
Werner Braune	SS-Obersturmbannführer	Mitwirkung an Massenmorden	Todesstrafe	keine Begnadigung	Exekution am 7. 6. 1951
Walter Hänsch	SS-Obersturmbannführer	Mitwirkung an Massenmorden	Todesstrafe	15 Jahre	August 1955
Waldemar Klingelhöfer	SS-Sturmbannführer	Mitwirkung an Massenmorden	Todesstrafe	lebenslänglich	Dezember 1956
Erich Naumann	SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei	Mitwirkung an Massenmorden	Todesstrafe	keine Begnadigung	Exekution am 7. 6. 1951
Otto Ohlendorf	SS-Gruppenführer	Mitwirkung an Massenmorden	Todesstrafe	keine Begnadigung	Exekution am 8. 6. 1951
Adolf Ott	SS-Obersturmbannführer	Mitwirkung an Massenmorden	Todesstrafe	lebenslänglich	Mai 1958
Martin Sandberger	SS-Standartenführer	Mitwirkung an Massenmorden	Todesstrafe	lebenslänglich	Mai 1958
Heinz Hermann Schubert	SS-Obersturmführer	Mitwirkung an Massenmorden	Todesstrafe	10 Jahre	Dezember 1951
Willy Seibert	SS-Standartenführer	Mitwirkung an Massenmorden	Todesstrafe	15 Jahre	Mai 1954
Eugen Steimle	SS-Standartenführer	Mitwirkung an Massenmorden	Todesstrafe	20 Jahre	Juni 1954
Heinz Jost	SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei	Mitwirkung an Massenmorden	lebenslänglich	10 Jahre	Dezember 1951
Gustav Noßke	SS-Obersturmbannführer	Mitwirkung an Massenmorden	lebenslänglich	10 Jahre	Dezember 1951
Waldemar v. Radetzky	SS-Sturmbannführer	Mitwirkung an Erschießungen nicht sicher nachweisbar	20 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Name	Höchster Dienstgrad, Dienststellung	Hauptgrund der Verurteilung[a)]	Ursprüngliche Strafe	Begnadigung	Datum der Entlassung
Erwin Schulz	SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei	Mitwirkung bei Erschießungen	20 Jahre	15 Jahre	Januar 1954
Franz Alfred Six	SS-Brigadeführer	Mitwirkung an Erschießungen nicht sicher nachweisbar	20 Jahre	10 Jahre	Oktober 1952
Lothar Fendler	SS-Sturmbannführer	Mitwirkung an Erschießungen nicht sicher nachweisbar	10 Jahre	8 Jahre	März 1951
Felix Rühl	SS-Hauptsturmführer	Mitwirkung an Erschießungen nicht sicher nachweisbar	10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Nürnberger Krupp-Prozeß (1. Juli 1947–31. Juli 1948)[c)]					
Alfried Krupp v. Bohlen und Halbach	Alleininhaber der Krupp-Werke, Essen	Mitwirkung an der wirtschaftlichen Ausbeutung besetzter Gebiete und Einsatz von Zwangsarbeitern	12 Jahre und Einziehung des Gesamtvermögens	verbüßte Haftzeit, Vermögensfreigabe	Februar 1951
Friedrich v. Bülow			12 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Erich Müller			12 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Eduard Houdremont			10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Friedrich Janssen			10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Karl Eberhardt			9 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Max Ihn			9 Jahre	verbüßte Haftzeit	nicht bekannt, wahrscheinlich Februar 1951
Heinrich Korschan			6 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Heinrich Lehmann			6 Jahre	verbüßte Haftzeit	wahrscheinlich Februar 1951

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Name	Höchster Dienstgrad, Dienststellung	Hauptgrund der Verurteilung[a)]	Ursprüngliche Strafe	Begnadigung	Datum der Entlassung
Nürnberger Wilhelmstraßen-Prozeß (15. November 1947–14. April 1949)					
Gottlob Berger	SS-Obergruppenführer, Staatssekretär im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete	u. a. Mitwirkung bei der Ermordung der ungarischen Juden	25 Jahre	10 Jahre	Dezember 1951
Hans Heinrich Lammers	SS-Obergruppenführer, Reichsminister und Chef der Reichskanzlei	u. a. Mitwirkung bei der Planung der Ausrottung der Juden	20 Jahre	10 Jahre	Dezember 1951
Edmund Veesenmayer	SS-Brigadeführer, Bevollmächtigter Minister des Auswärtigen Amtes	Mitwirkung an der Deportation von Juden	20 Jahre	10 Jahre	Dezember 1951
Hans Kehrl	SS-Brigadeführer, Leiter des Rohstoffamtes im Ministerium Speer	wirtschaftliche Ausbeutung besetzter Gebiete, Einsatz von Zwangsarbeitern	15 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951
Paul Körner	SS-Obergruppenführer, Staatssekretär und ständiger Vertreter des Beauftragten für den Vierjahresplan	wirtschaftliche Ausbeutung besetzter Gebiete, Einsatz von Zwangsarbeitern	15 Jahre	10 Jahre	Dezember 1951
Paul Pleiger	Generaldirektor der Reichswerke „Hermann Göring"	wirtschaftliche Ausbeutung besetzter Gebiete, Einsatz von Zwangsarbeitern	15 Jahre	9 Jahre	März 1951
Wilhelm Keppler	SS-Obergruppenführer, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft GmbH	Mitwirkung an der Wiedereindeutschung besetzter Gebiete	10 Jahre	verbüßte Haftzeit	wahrscheinlich Februar 1951
Lutz Graf Schwerin von Krosigk	Reichsfinanzminister	Mitwirkung bei der wirtschaftlichen Ausbeutung der Juden und wirtschaftliche Ausbeutung besetzter Gebiete	10 Jahre	verbüßte Haftzeit	Februar 1951

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Name	Höchster Dienstgrad, Dienststellung	Hauptgrund der Verurteilung[a)]	Ursprüngliche Strafe	Begnadigung	Datum der Entlassung
Nürnberger OKW-Prozeß (5. Februar–28. Oktober 1948)					
Hermann Reinecke	General der Infanterie	u. a. Mitwirkung an der Tötung von Kriegsgefangenen	lebenslänglich	keine Begnadigung	Oktober 1954
Walter Warlimont	General der Artillerie	u. a. Mitwirkung am Entwurf des „Barbarossa-gerichtsbarkeits-befehls"	lebenslänglich	18 Jahre	Juni 1954
Georg v. Küchler	Generalfeldmarschall	u. a. Vernachlässigung von russischen Kriegsgefangenen	20 Jahre	12 Jahre	Februar 1953
Hans v. Salmuth	Generaloberst	u. a. Duldung von Tötungen durch Einsatzgruppen	20 Jahre	12 Jahre	Juli 1953
Hermann Hoth	Generaloberst	u. a. Duldung der Ausführung des Kommissar-Befehls	15 Jahre	keine Begnadigung	April 1954
Hans Georg Reinhardt	Generaloberst	u. a. Erschießung von Kriegsgefangenen	15 Jahre	keine Begnadigung	Juli 1952
Otto Wöhler	General der Infanterie	u. a. Zusammenwirken mit der Einsatzgruppe D	8 Jahre	auf Grund der verbüßten Haftzeit bereits entlassen	nicht bekannt

[a)] Sofern in der Spalte „Hauptgrund der Verurteilung" nicht ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß eine Mitwirkung „nicht sicher nachweisbar" war, lauten die Verurteilungen regelmäßig auf „Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen" (mit anschließender Konkretisierung); in den anderen Fällen wurden die Angehörigen der SS wegen „Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Vereinigung" verurteilt.

[b)] Bei den wegen „Mitwirkung an Massenmorden" Verurteilten handelte es sich um Führer von Einsatzgruppen bzw. Sonderkommandos, bei den restlichen um deren Mitglieder.

[c)] Bei den neben Alfried Krupp Verurteilten handelte es sich um leitende Mitarbeiter des Krupp-Konzerns; die Verurteilungsgründe entsprachen denen ihres Chefs.

Die Redaktion dankt Herrn Richter Harald Kräft von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, dessen Nachforschungen diese Zusammenstellung erst ermöglichten. Die Unterlagen sind nunmehr im IfZ-Archiv zugänglich (IfZ, Gy 38).

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

CHRISTOPH BUCHHEIM

WIRTSCHAFTLICHE HINTERGRÜNDE DES ARBEITERAUFSTANDES VOM 17. JUNI 1953 IN DER DDR

Der 17. Juni 1953 markiert einen frühen Höhepunkt der Auflehnung der Völker gegen den Stalinismus. An diesem Tag brach sich die Opposition der Bevölkerung der DDR gegen das ihr nach dem Krieg von außen aufgedrungene Regime zum ersten und gleichzeitig für lange Zeit zum letzten Mal in einer für die herrschende Partei bedrohlichen Form Bahn. Nur das Eingreifen sowjetischer Truppen konnte damals den Sturz Walter Ulbrichts, des Generalsekretärs der SED, verhindern. Insofern blieb der Aufstand vom 17. Juni 1953 ein einmaliges Ereignis in der Geschichte der DDR, jedenfalls bis zum Herbst 1989, als eine völlig anders geartete Volkserhebung unter gänzlich veränderten Umständen der absoluten Herrschaft der einen kommunistischen Partei tatsächlich ein Ende bereitete. Es ist vorauszusehen, daß dieses Datum als singuläre, großartige Demonstration offenen Widerstandes in der DDR eine herausragende Rolle spielen wird bei der mit Sicherheit zu erwartenden historischen und publizistischen Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit Ostdeutschlands. Darüberhinaus wird ihm wahrscheinlich – ähnlich wie dem 20. Juli 1944 für Gesamtdeutschland – als Manifestation des „anderen Deutschland" in der DDR eine wichtige Funktion zuwachsen.

Der folgende Aufsatz will und kann der nun möglich werdenden detaillierten Forschung nicht vorgreifen. Er basiert noch auf der eingeschränkten Grundlage des im Westen zugänglichen Aktenmaterials, das freilich insbesondere zu wirtschaftlichen Fragen der frühen Nachkriegszeit in der DDR einige sehr interessante Einsichten vermittelt. So ist denn auch die spezifische Fragestellung nach den wirtschaftlichen Hintergründen des 17. Juni zu erklären. Dazu soll eine These formuliert werden, die eventuell der weiteren Untersuchung dieses Themas einige nützliche Anregungen zu geben vermag.

In der bisherigen Forschung ist man sich einig, daß die Volkserhebung vom 17. Juni 1953 ein Arbeiteraufstand war. An ihm beteiligte sich zwar nur eine Minderheit der Arbeiter von etwa 10% aktiv durch Streik, Demonstrationen und andere Protestaktionen, aber dabei handelte es sich gerade um die Arbeiter der sozialistischen Großbetriebe in den industriellen Zentren der DDR. Insofern wurde eben doch die Legitimationsbasis des SED-Regimes in einem Staat, der sich schon damals „Arbeiter- und Bauernstaat" nannte, von Grund auf erschüttert. Übereinstimmung herrscht ebenfalls darin, daß die schwierigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Arbeiter und der Bevölkerung insgesamt eine wichtige Rolle bei der steigenden Unruhe spielten. Daher ist auch verständlich, warum die seit Beginn des Jahres 1953 verstärkt geführte Regierungskampagne für eine Erhöhung der Arbeitsnormen bereits im Frühjahr vereinzelt Streiks provozierte. Dennoch ist Ende Mai eine Normenerhöhung administrativ verfügt worden. Überraschend beschloß das Politbüro der SED aber dann am 9. Juni 1953 den sogenannten „Neuen Kurs" mit zahlreichen Abstrichen von der zuvor betriebenen harten Politik und vielen Konzessionen wirtschaftlicher Art an die Bevölkerung, insbesondere die Bauern und den gewerblichen Mittelstand. Zeugenaussagen belegen, daß dieser Kurswechsel auf massiven Druck Moskaus zurückging, wo nach dem Tod Stalins Bemühungen unternommen wurden, das Terrain für eine internationale Entspannung vorzubereiten, und in diesem Zusammenhang offenbar auch Diskussionen über die Liquidation der DDR als eigener Staat geführt worden sind. Der „Neue Kurs" beseitigte jedoch nicht die Normenerhöhung, ja deren Notwendigkeit wurde sogar ausdrücklich noch betont. Das war denn der Zündfunke, der zum Aufstand der Arbeiter führte, die sich mit Recht als gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen benachteiligt fühlen konnten[1].

Die kurze Skizze hat gezeigt, daß wirtschaftliche Faktoren in der Tat in hervorragender Weise an der Auslösung der Erhebung vom 17. Juni beteiligt waren. Ja, mehr als das, das Quellenmaterial legt die Formulierung folgender Hauptthese des Aufsatzes nahe: Die Abfolge der Ereignisse, die für den 17. Juni verantwortlich waren, wurde verursacht durch eine Kette ökonomisch-politischer Sachzwänge, die ohne radikalen Systemwechsel nicht grundsätzlich durchbrochen werden konnte. Dabei ist unter einem radikalen Systemwechsel das Ausscheren aus dem hier so genannten „System des Ostblocks" zu verstehen. Dieses wurde hauptsächlich durch drei Kennzeichen charakterisiert:

- die Ideologie des Marxismus-Leninismus, die die Regierenden zu bestimmten konfliktverschärfenden Maßnahmen veranlaßte und gleichzeitig Denkschablonen zu deren Rechtfertigung bereitstellte;
- die Planwirtschaft mit ihren immanenten Ineffizienzen;
- die Dominanz der Sowjetunion, deren Ansprüchen die Satellitenländer und besonders die DDR unbedingt nachzukommen hatten.

In den folgenden drei Abschnitten werden die Effekte, die diese Systemelemente auf die Volkswirtschaft der DDR hatten, genauer dargestellt. Sodann wird in einem vierten Abschnitt ihr verhängnisvolles Zusammenwirken bei der Auslösung des 17. Juni analysiert und die These von dessen weitgehender systemimmanenten Zwangsläufigkeit erhärtet. Im letzten Abschnitt schließlich soll auf die Folgen des

[1] Siehe hierzu sowohl allgemeine Darstellungen der Geschichte der DDR als auch die Standardwerke zum 17. Juni: Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1985; Arnulf Baring, Der 17. Juni 1953, Köln u. a. 1965 (Neuauflage 1983 mit einem Vorwort von Richard Löwenthal); Ilse Spittmann/Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982. Ein ähnliches Bild vermitteln auch zeitgenössische Beobachter, z. B. Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche à Colmar, Gouvernement Militaire Français de Berlin, carton 198, Revue mensuelle de la vie sociale et économique de la zone soviétique du 1er juin au 31 juillet 1953.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

17. Juni eingegangen und gezeigt werden, daß auf prinzipielle Elemente der Politik von vor dem 17. Juni nicht verzichtet werden konnte, solange keine radikale Systemänderung stattfand. Es handelte sich bei diesen Elementen demnach tatsächlich um Sachzwänge, die notwendig aus der herrschenden Ordnung resultierten. Spannungen mußten also virulent bleiben, nicht nur in der DDR, sondern in allen Ostblockstaaten. Und gerade heute erzwingen sie nun, ausgehend von der Sowjetunion selbst, den Systemwechsel.

I. Die Ideologie und die Wirtschaft der DDR

Auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 wurde der „Aufbau des Sozialismus" proklamiert[2]. Allerdings wurden damals bereits 62% des Bruttoproduktionswertes der Volkswirtschaft von sozialistischen Unternehmungen erstellt. Lediglich in der Landwirtschaft und im Handwerk überwog der Anteil der privaten Betriebe noch den der sozialistischen, und zwar bei weitem[3]. „Aufbau des Sozialismus" hieß demnach beschleunigte Ausmerzung des Kapitalismus auch in diesen beiden Bereichen. Zu diesem Zweck wurde nun verstärkt der Zusammenschluß von Handwerkern und vor allem von Bauern in Handwerklichen bzw. Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) propagiert. Formal sollte er zwar auf freiwilliger Grundlage erfolgen, jedoch wurden faktisch in hohem Maße einerseits materielle Anreize zum Beitritt geboten und andererseits Druck ausgeübt. Dabei gehörten zu ersteren umfangreiche steuerliche Vergünstigungen für die Genossenschaften und ihre Mitglieder und, was die LPGs speziell betraf, die volle Versorgung mit Saatgut und Dünger, die bevorzugte Bedienung durch die Maschinenstationen sowie eine Senkung der Pflichtablieferungen um 10%[4].

Gleichzeitig verschärfte man den Kampf gegen das sogenannte „Großbauerntum", d. h. diejenigen Bauern, die Lohnarbeiter beschäftigten. Einen Höhepunkt stellte dabei die „Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung der Bevölkerung" vom 19. Februar 1953 dar[5]. Hiernach konnte Landwirten, die gegen Gesetze oder die Bestimmungen über ordnungsgemäße Bewirtschaftung verstoßen hatten, ihr Grund entzogen und an LPGs übergeben werden. Der vormalige Eigentümer und dessen Angehörige hafteten obendrein mit ihrem gesamten Vermögen für Aufwendungen, die zur Korrektur angeblicher Mißwirtschaft entstanden waren. Mit dieser Verordnung wurden der Willkür Tür und Tor geöffnet, wobei Steuerrückstände und Nicht-Erfüllung des Ablieferungssolls

---

[2] Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. IV, Berlin (DDR) 1954, S. 70 ff.

[3] Institut für Zeitgeschichte (IFZ)-Archiv, Fg 44, Bd. 7, Volkswirtschaftliche Bilanzen, Bruttoproduktionswerte 1950–1953.

[4] Dokumente der SED, Bd. IV, S. 81 ff.: Beschluß des Politbüros vom 19. 7. 52; vgl. außerdem, auch für das Folgende, Reinhold Gerstenberg, Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, in: SBZ-Archiv 4, 1953, S. 50 ff.

[5] Gesetzblatt der DDR 1953, S. 329 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

häufig als Vorwand für die Enteignung und Verhaftung von Bauern dienten. In ähnlicher Weise ging man zudem auch gegen den privaten gewerblichen Mittelstand vor. Unter anderem infolge dieser Maßnahmen stieg die Fluchtbewegung gewaltig an. Während die Zahl der aus der DDR Flüchtenden im Monatsdurchschnitt 1950 bis 1952 ungefähr 15000 betrug, schnellte sie im ersten Halbjahr 1953 auf 37500, also mehr als das Doppelte, hoch. Und für die Ernährungslage in der DDR besonders verhängnisvoll war, daß auch viele Bauern ihr Land verließen und in die Bundesrepublik gingen[6].

Anstatt daß es daraufhin zu einer Einschränkung der staatlichen Repression gekommen wäre, nahm diese eher noch zu. So wurde etwa auch der Kampf gegen die Evangelische Kirche bedeutend verschärft, Pfarrer wurden verhaftet und Mitglieder der Jungen Gemeinde von den Oberschulen relegiert. Dabei diente die Ideologie des Klassenkampfes zur Rechtfertigung der wachsenden Unterdrückung von Gesellschaftsschichten, die gemäß der Doktrin des Marxismus-Leninismus den Werktätigen antagonistisch gegenüberstehen. So hieß es etwa schon auf der 2. Parteikonferenz:

> „Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht. Deshalb gilt es, die volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht ständig zu festigen. ... Es ist zu beachten, daß die Verschärfung des Klassenkampfes unvermeidlich ist und die Werktätigen den Widerstand der feindlichen Kräfte brechen müssen."[7]

II. Planwirtschaftsimmanente Mängel

In einem Beschluß des ZK von Anfang Februar 1953 wurden u. a. folgende Mängel in der Wirtschaft der DDR aufgezählt: Rohstoffe würden gehortet und viel Ausschuß produziert. Es komme zu umfangreicher Verschwendung von Material und Arbeitskraft. Zeitverluste durch langen Stillstand von Maschinen infolge schlechter Organisation des Produktionsablaufs führten, um den Rückstand dann wieder einzuholen, zu Überstunden mit entsprechender Bezahlung, also zu einer unnötigen Erhöhung der Kosten[8]. Diese Mängel sind jedoch nicht, wie von den Machthabern immer wieder unterstellt, durch größere Leistungsbereitschaft der arbeitenden Bevölkerung und bessere Planung zu beseitigen. Vielmehr handelt es sich bei ihnen um typische Merkmale jeder Zentralverwaltungswirtschaft, die notwendig mit der weichen Budgetbeschränkung für sozialistische Betriebe, mit Planorientierung und dem Fehlen eines konsistenten Preissystems verbunden sind.

Der Begriff „weiche Budgetbeschränkung" besagt, daß die Unternehmen in Planwirtschaften wesentlich vom Staat finanziert werden, der ihnen einen erheblichen

---

[6] Hans Schoeller, Alarmierende Zunahme der Zonenflucht, in: SBZ-Archiv 6, 1955, S. 309ff.; Baring, 17. Juni, S. 34ff. (auch für das Folgende).

[7] Wie Anm. 2.

[8] Dokumente der SED, Bd. IV, S. 263ff.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Teil ihrer Investitionsmittel aus dem Haushalt zuweist und Verluste abdeckt. Sozialistische Unternehmen können praktisch nicht in Konkurs gehen, und sie haben einen großen Anreiz, möglichst viele wirtschaftliche Ressourcen, die letztlich ja nicht sie bezahlen müssen, an sich zu binden. Besonders sichtbar wird das an den überfälligen Krediten des Staatsbanksystems für die volkseigene Wirtschaft, die in der DDR schon in den 50er Jahren in die Milliarden gingen[9]. Diese tragen nämlich entscheidend zur Finanzierung der permanenten Übernachfrage des Unternehmenssektors nach Inputs bei, was seinerseits zu Engpässen auf einzelnen Märkten führt. Die Erfahrung von Engpässen wiederum, die es unmöglich machen, daß man jederzeit bei Bedarf notwendige Betriebsmittel kaufen kann, verstärkten die Hortungsneigung enorm. Neue Engpässe entstehen, es kommt zur Eskalation der Engpässe.

Daher ist es nicht verwunderlich, daß in Planwirtschaften die Materiallager bei den Unternehmungen generell sehr hoch sind. Und das galt auch für die DDR. So meldete etwa die Steinkohlenverwaltung Zwickau, nachdem im Jahre 1950 einmal eine exakte Erfassung aller Überplanbestände angeordnet worden war, allein für ihren Bereich überzählige Materialreserven von 7 Mill. Mark. Dabei muß man allerdings wohl davon ausgehen, daß der als normal angesehene und daher in die Meldung nicht einbezogene Lagerbestand sicher nicht zu knapp kalkuliert worden ist. Daß die volkswirtschaftliche Lagerhaltung insgesamt weit über das erforderliche Maß hinausging, war natürlich auch für die Regierenden kein Geheimnis. Nur so ist zu erklären, daß beispielsweise 1956 eine Erhöhung der Industrieproduktion um 8,6% geplant wurde, die zum wesentlichen Teil durch eine Senkung der Materialvorräte in den Betrieben, also per Saldo ohne große Neuzuteilungen von Rohstoffen, erreicht werden sollte[10]. Aber nicht nur Materialien, auch Arbeitskräfte wurden gehortet. In einem Revisionsbericht über die Bauwirtschaft hieß es etwa einmal, daß der Anteil der sogenannten unproduktiven Beschäftigten, d. h. vor allem der Angestellten, in der sozialistischen Bauindustrie 35% erreiche, in der privaten hingegen nur 13,5%[11].

Die allenthalben vorhandenen Engpässe hatten einerseits einen vielfach gestörten Materialfluß zur Folge, der eine kontinuierliche Produktion oft verhinderte. Eben deshalb standen die Maschinen in den einzelnen Industriebetrieben häufig still, was dann durch Überstunden wieder wettgemacht werden sollte. Seinen beobachtbaren Niederschlag fand diese Tatsache in dem hohen Bestand an Halbfertigprodukten in der Volkswirtschaft[12]. Andererseits zwangen diese Engpässe immer wieder zur Improvisation, indem der an sich notwendige, aber nicht vorhandene Input durch

---

[9] Siegfried Friebe, Das Kreditwesen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (= Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen), Bonn 1958, S. 84 ff.

[10] IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 12, Steinkohlenverwaltung Zwickau, Materialversorgung im Jahre 1950, 16. 1. 51; ebenda, Bd. 7, Beschluß über die Aufgaben im Volkswirtschaftsplan 1956 vom 5. 12. 55.

[11] Ebenda, Bd. 17, Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle, Arbeitsgruppe Aufbau und Bauwirtschaft, Bericht, 16. 1. 56.

[12] Ebenda, Bd. 8, Kredit- und Bargeldumsatzplan der Deutschen Notenbank für das 1. Quartal 1956.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einen ähnlichen, aber doch nicht ganz passenden ersetzt wurde. Das war ein wichtiger Grund für die enorm große Ausschußquote. So soll in der Eisen- und Stahlindustrie bis zu einem Drittel Ausschuß produziert worden sein und bei Schienen teilweise sogar die Hälfte. Die große Menge unverkäuflicher Fertigwaren findet ebenfalls mindestens zum Teil auf diese Weise ihre Erklärung[13].

Sowohl die gehorteten Materialien als auch die verlustbringenden hohen Lagerbestände an Halbfertig- und nicht absetzbaren Fertigwaren mußten aber finanziert werden, und dies geschah mit Hilfe der überfälligen Kredite. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß letztlich die in Marktwirtschaften nicht existierende Möglichkeit, relativ folgenlos bei der Rückzahlung erhaltener Kredite in Verzug zu geraten, auch eine wesentliche Ursache der beschriebenen Phänomene darstellte. Daß das Problem gesehen wurde, zeigt sich darin, daß es in den Quellen immer wieder benannt wird. Auf den Abbau der überfälligen Kredite im Bankensystem und der vielfältigen Überplanbestände bei den Betrieben richteten sich gewaltige Anstrengungen, ohne daß das je gelungen wäre. Es handelt sich eben klar um einen planwirtschaftsimmanenten Mangel, der letztlich nur durch die Härtung der Budgetbeschränkung der Unternehmen, also durch einen Systemwechsel, überwunden werden kann.

Ein zweites prinzipielles Kennzeichen des Planwirtschaftssystems liegt, wie gesagt, in der Planorientierung. Grundlage des Leistungsnachweises und damit der Prämiierung und Sanktionierung ist der Soll-Ist-Vergleich. Das führt, falls die Erfüllung der Planauflage an den produzierten Mengen gemessen wird, zur bekannten Erscheinung der „Tonnenideologie", die auch in der DDR weitverbreitet war. Verräterisch in dieser Hinsicht ist der schon zitierte Bericht der Steinkohlenverwaltung Zwickau von Anfang 1951, wo man lesen kann: „Für die durchzuführenden Reparaturen [konnten] in größerem Maße geeignete, zweckentsprechende Profile und Abmessungen [von Walzwerkserzeugnissen] verwendet werden ..., so daß durch das Wegfallen von Überdimensionen eine nicht zu unterschätzende Materialeinsparung erfolgt ist."[14] Bedeutet das doch nichts anderes, als daß nach wie vor teilweise nur übergewichtige Produkte erhältlich waren, eben weil deren Lieferanten auf diese Weise ihren Planauflagen leichter nachkommen konnten – eine zentrale Ursache für Materialverschwendung. Daran ließ sich jedoch auch nichts ändern, wenn die Planerfüllung am Produktionswert gemessen wurde, jedenfalls solange dieser gemäß den Selbstkosten festgesetzt worden ist, wie in der Bauindustrie. Denn ein solches Vorgehen bot den Betrieben einen unwiderstehlichen Anreiz zu möglichst kostenträchtiger Produktion. Daher wurden bestimmte kostentreibende Faktoren bei einzelnen Objekten in den Abrechnungen verallgemeinert, geringe Auslastung von Maschinen störte niemanden und der Materialverschwendung konnte so ebenfalls nicht Einhalt geboten werden[15].

---

[13] Ebenda, Bd. 13, Schienenimporte der DDR, 8. 3. 54; Axel Mohr, Die Eisen- und Stahlindustrie in der Sowjetzone, in: SBZ-Archiv 5, 1954, S. 339 ff.; siehe auch die in Anm. 12 genannte Quelle.

[14] Vgl. Anm. 10.

[15] Wie Anm. 11.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Fehlen eines konsistenten, mit dem Weltmarkt korrespondierenden Preissystems ist der dritte grundlegende Mangel einer Zentralverwaltungswirtschaft. In der DDR wurden damals die Preise für Grundstoffe weitgehend auf dem Niveau von 1944 festgehalten, was erstens die ständige Subventionierung von deren Produktion und Import erforderte und zweitens ihrer Verschwendung von seiten der Verarbeiter noch Vorschub leistete, da sie zu billig waren. Die Industriegüterpreise sind dagegen lange Zeit entsprechend den Selbstkosten der einzelnen Betriebe bestimmt worden. Im Ergebnis gab es deshalb häufig nicht nur sehr verschiedene Preise für ein und dasselbe Produkt, je nachdem in welchem Unternehmen es hergestellt worden war, sondern die Preise überstiegen infolge des Fehlens von jeglichem Wettbewerb vielfach auch das Weltmarktniveau. Das machte seinerseits u. a. hohe Zuschüsse aus dem Staatshaushalt für die Ausfuhr notwendig. Jahr für Jahr stiegen so die Beträge, die zur Deckung von Außenhandelsverlusten aufzubringen waren, ganz davon abgesehen, daß man jedes rationalen Maßstabs zur Abschätzung der volkswirtschaftlichen Rentabilität des internationalen Güteraustauschs entbehrte[16].

Die Kehrseite von Überplanbeständen, Planorientierung und inkonsistenter Preisstruktur war neben der schlechten Ausnutzung der zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen die niedrige Arbeitsproduktivität. In der DDR wollte man jedoch nicht wahrhaben, daß das ein unabänderliches Charakteristikum jeder Planwirtschaft ist, letztlich resultierend aus der im Vergleich zum Markt geringeren Kapazität des Planungssystems, Informationen zu generieren und zu verarbeiten, sowie aus der Tatsache, daß ohne die Schaffung einer Konkursmöglichkeit die Budgetbeschränkung im Unternehmensbereich prinzipiell weich bleiben muß. Statt einen Wechsel der Wirtschaftsordnung anzustreben, konzentrierte man sich deshalb auf direkte Mittel zur Erhöhung der Sparsamkeit und Produktivität des einzelnen Arbeiters. Demgegenüber lokalisierten die Arbeiter selbst die niedrige Produktivität zu Recht in der mangelhaften Arbeitsorganisation, dem Fehlen von Material und Werkzeugen usw., d. h. sie sahen ihre Ursachen als eher systembedingt an[17].

Von oben aber wurden stark moralisierende Kampagnen für sozialistischen Wettbewerb in Form von Selbstverpflichtungen der Arbeiterschaft zu Planübererfüllung, zu besonderen Bemühungen für die Einsparung von Material und zu Qualitätsverbesserungen entfacht. Die ganze Aktivistenbewegung, als deren Symbol Adolf Hennecke aufgebaut worden ist, diente dem einen Ziel, nämlich durch erhöhte Anstrengungen jedes einzelnen Arbeiters die Mängel des Systems wenigstens partiell

[16] Vgl. zum Vorhergehenden Manfred Melzer, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials (= Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Beiträge zur Strukturforschung 59), Berlin 1980, S. 20; Wolfgang F. Stolper, The Structure of the East German Economy, Cambridge/M. 1960, S. 69 f.; IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 9, Hauptabteilung Außenhandel, Protokoll über Besprechung über Preis- und Finanzfragen, 27. 6. 50; Axel Mohr, Der Außenhandel der Sowjetzone, in: SBZ-Archiv 5, 1954, S. 170 ff.

[17] Klaus Ewers/Thorsten Quest, Die Kämpfe der Arbeiterschaft in den volkseigenen Betrieben während und nach dem 17. Juni, in: Spittmann/Fricke, 17. Juni, S. 39.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auszugleichen[18]. Man akzeptierte jedoch sehr bald auch, daß ohne geldwerte Anreize eine dauerhafte Erhöhung der Leistungsbereitschaft kaum erreichbar sein würde. Diesem in der DDR sogenannten „Prinzip der materiellen Interessiertheit" mußte die anfänglich geförderte Tendenz zur Lohnnivellierung weichen. Man begann, den Leistungslohn zu propagieren, und zahlte Prämien für Planübererfüllung. Seit 1950 kam es ganz offiziell zu einer stark zunehmenden Lohndifferenzierung, zunächst indem weitere Lohngruppen geschaffen wurden. Mitte 1952 wurden dann nur die Löhne in den höchsten Lohngruppen erhöht, so daß sich das Verhältnis in der Bezahlung von einfacher zu qualifizierter Arbeit in den wichtigsten Industrien von etwa 1:2 auf 1:3,5 verschlechterte[19].

In gewissem Widerspruch zur Steigerung des Arbeitsanreizes durch eine differenzierende Lohnpolitik verstärkten sich zusehends die Bemühungen des Regimes, die Arbeitsnormen heraufzusetzen. Das Mittel hierzu erblickte man in der Einführung technisch begründeter, d. h. auf exakter Zeitmessung bei optimaler Arbeitsorganisation beruhender Vorgaben. Zwar schien dieses Vorhaben insofern berechtigt zu sein, als die bestehenden Erfahrungsnormen vielfach regelmäßig weit übertroffen wurden. So soll etwa im Schwermaschinenbau über die Hälfte der Arbeiter ihre Normen mit 120 bis 150% erfüllt haben. Jedoch waren die Grundlöhne, gemessen an den Preisen, offenbar derart gering, daß häufig nur die durch eine solche Übererfüllung der Norm erreichten Lohnzuschläge einen ausreichenden Lebensstandard ermöglichten[20]. Daher rührte denn der latente Widerstand der Arbeiterschaft gegen jede Erhöhung ihrer Normen, die darin, entgegen den Versicherungen der SED, ein Mittel zur Lohnsenkung sah[21]. Vor dieser Konsequenz schreckte infolgedessen auch die Regierung lange zurück. In den im Mai 1952 erlassenen „Richtlinien zur Ausarbeitung und Einführung technischer Arbeitsnormen" wurde festgeschrieben, daß die neuen Normen in der Regel nicht zur Senkung des Arbeitsverdienstes führen dürften[22]. Und tatsächlich scheint beispielsweise eine Normenerhöhung im Steinkohlenbergbau vom September 1950 mit einer überkompensierenden Lohnsteigerung verknüpft worden zu sein mit der Folge eines Anstiegs der Lohnsumme[23]. Eine solch konziliante Haltung war jedoch 1953 nicht mehr durchzuhalten, wie noch gezeigt werden wird.

---

18 Gottfried Dittrich, Die Anfänge der Aktivistenbewegung, Berlin (DDR) 1987, S. 154 ff.

19 Dorothea Faber, Einkommensstruktur und Lebenshaltung in der Sowjetischen Besatzungszone (= Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen), Bonn 1953, S. 24 ff.

20 Baring, 17. Juni, S. 31 ff.; Alfred Leutwein, Ursachen und Folgen der administrativen Normenerhöhung, in: SBZ-Archiv 4, 1953, S. 186 ff.

21 Wie Anm. 17; Weber, Geschichte, S. 237.

22 Gesetzblatt der DDR 1952, S. 401 ff.

23 IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 12, Jahresbericht 1950 der Steinkohlenverwaltung Zwickau.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III. Folgen sowjetischer Dominanz

Als erstes sind unter dieser Überschrift die Reparationen und ihre Konsequenzen für die Wirtschaft der DDR zu behandeln. Zahlreiche Industrien wurden in der unmittelbaren Nachkriegszeit von umfangreichen Demontagen betroffen. Hierdurch verminderte sich etwa die Kapazität in der eisenschaffenden Industrie um drei Viertel, diejenige im Braunkohlenbergbau und der Brikettindustrie um ein Drittel[24]. Das war insbesondere deshalb gravierend, da der Stahl- und Energiebedarf des Gebietes der DDR ohnehin auch in der Vorkriegszeit bei weitem nicht aus eigener Produktion gedeckt werden konnte. So betrug – bei einem Anteil an der gesamten Industrieproduktion von 24% – die Rohstahlerzeugung der späteren SBZ 1936 nur 6,4 und die Steinkohlenförderung gar nur 2% der gesamtdeutschen, ein Defizit, was auch nicht durch die Tatsache ausgeglichen worden ist, daß die Braunkohlenproduktion über 60% erreichte. Es war daher kein Wunder, daß die nachmalige Sowjetzone (ohne Ostberlin) 1936 bei Steinkohle und Koks einen Importüberschuß von 9,6 Mill. t aufwies, von denen 5,4 Mill. in Westdeutschland gedeckt wurden. Bei Eisen und Stahl belief sich der Zuschußbedarf auf 1,3 Mill. t, wovon der größte Teil ebenfalls aus Westdeutschland kam. Die Abschottung der SBZ von den Westzonen nach dem Krieg, die Handel nur aufgrund von Interzonenhandelsabkommen in relativ eng begrenztem Rahmen und unter strikter Reglementierung zuließ, bedeutete demnach ein schwereres Handicap für die DDR als für Westdeutschland, das in der Vorkriegszeit vor allem leichter entbehrliche und leichter ersetzbare Güter der verarbeitenden Industrie aus dem Osten bezogen hatte. Nachdem 1947 immerhin noch 1,6 Mill. t Steinkohle und Koks und 225 000 t Eisen und Stahl aus dem Ruhrgebiet bezogen werden konnten, brachen diese Lieferungen an die SBZ infolge der Währungsreform und der Berlin-Blockade im Jahr 1948 ganz ab. Angesichts dieser ohnehin schwierigen Lage bedeuteten nun aber die sowjetischen Demontagen in der Grundstoffindustrie eine weitere außerordentliche Belastung für den Wiederaufbau in der SBZ[25].

Das Interesse der Sowjets beschränkte sich jedoch nicht auf demontierte Anlagen. Vielmehr strebten sie auch große Entnahmen aus der laufenden Produktion der DDR an, die der Versorgung der Besatzungsstreitkräfte und dem Wiederaufbau in der Sowjetunion selbst zu dienen hatten. Das hatte kurzfristig zur Folge, daß ostdeutsche Betriebe, die für die Erzeugung von Reparationsgütern herangezogen werden konnten, eine hohe Priorität bei der Zuweisung von Rohstoffen und Arbeits-

[24] Werner Matschke, Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) von 1945 bis 1948, Berlin 1988, S. 195.

[25] Ebenda, S. 178 f.; Bruno Gleitze, Ostdeutsche Wirtschaft. Industrielle Standorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschland, Berlin 1956, S. 191 ff.; Pre-war Regional Interdependence and Post-war Interzonal Trade in Germany, in: UN Economic Commission for Europe, Economic Bulletin for Europe 1, 1949, Nr. 3, S. 25 ff.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kräften genossen[26]. 1946 wurden dann etwa 200 zumeist große Unternehmen, vor allem der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie, in sogenannte Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) umgewandelt. Damit waren sie zwar der Demontage entzogen, gingen aber dennoch in das Eigentum der Sowjetunion über. In den folgenden Jahren produzierten sie auf deutschem Boden, mit deutschen Arbeitskräften und Zulieferungen im wesentlichen für die Bedürfnisse der Sowjetunion[27]. Darüberhinaus profitierten die Sowjets auch von Manipulationen der Verrechnungspreise im deutsch-sowjetischen Außenhandel[28].

Die Produktion von Reparationsgütern war jedoch auf Dauer nicht ohne Vorleistungen möglich. Daher ordneten die Sowjets schon im Sommer und Herbst 1945 die beschleunigte Erzeugung von Maschinenersatzteilen an und reihten die Brennstoffindustrie, die Elektrizitätswerke sowie Reparaturen am Transportsystem, das seinerseits durch Demontagen schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde, in die Prioritätenliste ein. 1947/48 wurde außerdem neben dem Schwermaschinenbau auch die eisenschaffende Industrie vorrangig gefördert. Letztere entwickelte sich dann zum wichtigsten Schwerpunkt überhaupt[29].

Trotz höchst ungünstiger natürlicher Voraussetzungen war die DDR also gezwungen, eine Schwerindustrie aufzubauen. Bis zu einem gewissen Grad war ein solcher Schritt wegen der einer Planwirtschaft innewohnenden Tendenz zur Autarkie zwar ohnehin zu erwarten gewesen. Das forcierte Tempo des schwerindustriellen Aufbaus war jedoch zumindest indirekt auch eine Folge der sowjetischen Politik, die durch die Berlin-Blockade zur Einstellung sämtlicher Lieferungen aus dem Westen geführt und damit die Verletzlichkeit der ostdeutschen Industrie offenbar gemacht hatte. Jedenfalls wurden für diesen Zweck gewaltige volkswirtschaftliche Ressourcen mobilisiert. Zwischen 1951 und 1953 etwa entfielen fast 60% des Zuwachses des Kapitalstocks der gesamten zentralgeleiteten volkseigenen Industrie auf die Sektoren Bergbau, Hüttenwesen und Energie, dagegen nur 2% auf die Leichtindustrie, obwohl die DDR gerade auf diesem Gebiet traditionell komparative Vorteile hatte[30].

Eine weitere Konsequenz sowjetischer Dominanz war die Notwendigkeit zur Aufrüstung, der sich die DDR-Führung seit 1952 gegenübersah. Denn die DDR konnte sich den verstärkten Rüstungsanstrengungen, die als Folge des Koreakriegs nicht nur im Westen, sondern – auf sowjetisches Drängen hin – auch im gesamten Ostblock unternommen wurden, nicht entziehen[31]. Das bedeutete aber eine erneute

[26] Wolfgang Zank, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1987, S. 97 ff.

[27] Matschke, Industrielle Entwicklung, S. 204 ff.

[28] Mohr, Außenhandel der Sowjetzone (wie Anm. 16).

[29] Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 27 f., 97 ff.

[30] IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 8, Grundmittel 1951 bis 1957 der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie.

[31] Baring, 17. Juni, S. 8 f.; Klaus Kellmann, Der 17. Juni 1953 – Das Ereignis und die Probleme seiner zeitgeschichtlichen Einordnung und Wertung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 34 (1983), S. 375; A bis Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschlands, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 11. Aufl., Bonn 1969: Schlagwort „Militärpolitik".

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unproduktive Verwendung ökonomischer Ressourcen für Heeresbauten sowie Armeeausrüstungen.

Schließlich mußte die DDR sich abrupten Änderungen der sowjetischen Politik rasch anpassen, auch wenn der Zeitpunkt dafür denkbar ungünstig war. Dieser Anpassungsdruck spielte, wie in der Einleitung erwähnt, eine hervorragende Rolle bei der überstürzten Ankündigung des „Neuen Kurses" Anfang Juni 1953. Die daraus resultierende allgemeine Verwirrung ihrerseits war dann ein wichtiges Element bei der Auslösung des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni[32].

IV. Das Zusammenwirken der systembedingten Zwänge bei der Zuspitzung der Lage vor dem 17. Juni

Die Belastung der DDR aus Reparationsleistungen war Anfang der 50er Jahre noch immer sehr hoch. Allerdings ist ihre exakte Abschätzung mit Hilfe der verfügbaren Quellen schwierig. Immerhin stehen jedoch interne Listen einer DDR-Dienststelle über direkte Warenlieferungen an die Sowjets zur Verfügung[33]. Zwar dürften darin neben dem, was kostenlos übereignet und dementsprechend auf Reparations- und Besatzungslastenkonto verbucht worden ist, auch Aufkäufe sowjetischer Handelsunternehmungen sowie Zulieferungen an die SAGs enthalten sein, wofür die Sowjets bezahlt haben, wenn auch nur die Preise von 1944[34]. Die dafür verwendeten Geldmittel stellten jedoch ihrerseits direkte oder indirekte Zuweisungen aus dem deutschen Staatshaushalt dar und stammten damit aus deutschen Quellen. Deshalb erscheint es berechtigt, die Gesamtheit aller in den aufgeführten Listen verzeichneten Warenlieferungen doch als letztlich unentgeltliche Entnahmen der Sowjetunion anzusehen. Dazu kam 1953 noch mehr als eine halbe Milliarde Mark an deutschen Zahlungen für die Wismut AG, die von den Sowjets gegründete Gesellschaft für den Uranerzbergbau in der DDR, die allein für den sowjetischen Bedarf produzierte, wofür der DDR nichts vergütet wurde[35]. Mindestens die gleiche Summe dürfte dafür auch in den Vorjahren aufgewandt worden sein. Alles in allem beliefen sich diese Belastungen 1952 und 1953 auf jeweils etwa 4 Mrd. Mark, d. h. auf rund 10% des produzierten Nationaleinkommens der DDR[36]. Jedoch ist, um vom produzier-

---

32 Baring, 17. Juni, S. 42 ff.

33 Siehe: Die Reparationen der Sowjetischen Besatzungszone in den Jahren 1945 bis Ende 1953. Eine Fortführung der Untersuchungen von Dr. Franz Rupp über die Reparationsleistungen der Sowjetischen Besatzungszone (= Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen), Bonn 1954, Anlagen 1–3.

34 Die sowjetische Hand in der deutschen Wirtschaft. Organisation und Geschäftsgebaren der sowjetischen Unternehmen (= Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen), Bonn 1953, S. 69.

35 IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 18, Reparationen und Exporte der SBZD in die Sowjetunion, 5. 2. 54.

36 Für das produzierte Nationaleinkommen siehe Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, S. 178. Von den dort angegebenen Zahlen sind noch die Verrechnungen für den Produktionsverbrauch in Höhe von etwa 4 Mrd. Mark abzusetzen; vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1969, S. 40.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten zum im Inland verfügbaren Nationaleinkommen zu gelangen, außer dem genannten Betrag an sowjetischen Entnahmen auch noch der Außenhandelsverlust abzusetzen, der teilweise ebenfalls eine Folge der sowjetischen Dominanz, zum anderen Teil jedoch ein Effekt des planwirtschaftlichen Systems war. Dieser erreichte 1951 eine Summe von ungefähr einer Milliarde Mark und war bis 1953 bereits auf 2 Milliarden, also 5% des produzierten Nationaleinkommens, gestiegen[37].

Vom im Inland verfügbaren Einkommen, das wegen der genannten Abzüge schon um 15% geringer war als das produzierte Nationaleinkommen, wurde nun aber Jahr für Jahr aufgrund von der Zentralverwaltungswirtschaft inhärenten Mängeln ein relativ großer Teil als nutzloser Überplanbestand akkumuliert. Genaue Zahlen dazu gibt es nicht. Einen Hinweis auf die relative Bedeutung dieses Sachverhalts liefert immerhin die Tatsache, daß nach der offiziellen Statistik 1952 – wie auch in den Jahren zuvor – die Lagerinvestitionen, die ja die Überplanbestände ganz wesentlich mitenthalten, mit 4,2% des verfügbaren Nationaleinkommens größer waren als die gesamten Nettoanlageinvestitionen im Bereich der materiellen Produktion, die nur 3,9% ausmachten[38]. Allerdings dürfte der Prozentsatz der in die Schwerindustrie geleiteten Nettoinvestitionen nicht unerheblich höher gelegen haben, weil deren Aufbau ja forciert wurde. Das aber bedeutet, daß es in anderen Bereichen sogar zu Desinvestition gekommen sein muß. Der insgesamt vorhandene Kapitalstock für die Produktion von Konsumgütern nahm in jener Zeit ab – und zwar über mehrere Jahre hinweg[39].

Die Tatsache, daß erhebliche Teile des produzierten Nationaleinkommens entweder gar nicht für die inländische Bedarfsdeckung verfügbar waren, als Überplanbestand versickerten oder in die beschleunigte Ausweitung der Schwerindustrie investiert wurden, machte es notwendig, den Konsum niedrig zu halten. Es handelte sich dabei klar um einen vom „System des Ostblocks" bedingten Sachzwang, der bis heute weiterwirkte, wenn sich auch das Mischungsverhältnis der einzelnen dafür verantwortlichen Elemente änderte und die planwirtschaftsimmanenten Ineffizienzen eine immer stärkere Rolle spielten. Der Hauptzweck der 1948 gegründeten HO-Läden war denn ursprünglich auch, durch weit überhöhte Preise für Mangelwaren mit Hilfe eines relativ kleinen Kontingents an Verbrauchsgütern den angesichts der herrschenden Umstände notwendig entstehenden Kaufkraftüberhang bei der Bevölkerung wieder abzuschöpfen[40]. So wollte man die beiden Ziele, Restriktion des gesamtwirtschaftlichen Konsums und Abwehr der Gefahr von offener oder versteckter Inflation, gleichzeitig erreichen. Tatsächlich betrug nach Wolfgang Stol-

[37] Mohr, Außenhandel der Sowjetzone (wie Anm. 16).

[38] Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, S. 184. Siehe auch Stolper, East German Economy, S. 437, wo der Anteil der Lagerinvestitionen am Sozialprodukt für die DDR im allgemeinen wesentlich höher beziffert wird als für die Bundesrepublik.

[39] Jörg Roesler/Veronika Siedt/Michael Elle, Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR 1945–1970, Berlin (DDR) 1986, S. 242.

[40] IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 9, Importbedarf der HO 1950; Bernhard Kühn, Der Verbraucher trägt die Last, in: SBZ-Archiv 5, 1954, S. 201 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

per, der das ost- und westdeutsche Sozialprodukt auf der Basis der Preise von 1936 neu berechnete und direkt vergleichbar machte, die Konsumquote in der DDR 1952 lediglich 44%, in der Bundesrepublik hingegen 58%. Außerdem belief sich das Pro-Kopf-Produkt der DDR in jenem Jahr auf nur 915 Mark (Preise von 1936), in der Bundesrepublik aber auf 1375 Mark. Aus diesen beiden Angaben folgt: 1952 betrug der Pro-Kopf-Konsum in Ostdeutschland etwas über 400, in Westdeutschland jedoch fast 800 Mark[41]. Der durchschnittliche Verbrauch je Einwohner war 1952 in der DDR also um beinahe die Hälfte geringer als in der Bundesrepublik. Und bei dieser Rechnung ist die vielfach wesentlich schlechtere Produktqualität noch gar nicht berücksichtigt.

In dieser durch sowjetische Entnahmen, Außenhandelsverluste, forcierten Aufbau der Schwerindustrie und ein ineffizientes Plansystem gekennzeichneten, sehr schwierigen Situation mußte sich die DDR ab 1952 nun auch noch an der von der Sowjetunion geforderten Aufrüstung des Ostblocks beteiligen. Es war absehbar, daß das zu enormen Problemen führen würde. Und Probleme tauchten in der Tat schon bei der Aufstellung des Volkswirtschaftsplans für 1953 auf. Es ergab sich nämlich ein Defizit, das nur zu decken gewesen wäre entweder durch eine weitere Absenkung des Lebensstandards der Bevölkerung, durch Kürzung der eigentlich geplanten Rüstungsausgaben oder durch Auslandskredite, die nach Lage der Dinge nur von der Sowjetunion erbeten werden konnten. Im Politbüro der SED kam es darüber im Herbst 1952 zum Konflikt. Gegen jede dieser Alternativen erhoben sich gewichtige Stimmen, so daß zunächst keine definitive Entscheidung gefällt wurde[42]. Anfang Dezember 1952 nahm man dann aber doch einen revidierten Planentwurf an. Darin war ein Ausgleich des Defizits vorgesehen u. a. durch drastische Kürzungen des Importplans und damit der Exportnotwendigkeiten sowie durch eine Erhöhung der Konsumgüterproduktion um 500 Mill. Mark zur Wiederabschöpfung von Bargeldauszahlungen an die Bevölkerung. Die Aufrüstung wurde aber offenbar im ursprünglichen Umfang eingeplant. Das war jedoch keine echte Lösung, da die Produktionssteigerung bei den Konsumgütern wohl zu niedrig angesetzt und obendrein unrealistisch war angesichts des Faktums, daß beispielsweise die vorgesehenen Baumwolleinfuhren um 5000 t gekürzt wurden. Ein starker Warenmangel im Einzelhandel zeichnete sich also bereits ab[43].

Tatsächlich blieb die Planerfüllung in wichtigen verbrauchernahen Bereichen im ersten Halbjahr 1953 zurück, so bei Geweben und Untertrikotagen um 10%, bei Schuhen um 16%, um 6% bei Papier und um mehr als 30% bei Ziegelsteinen und Dachziegeln[44]. Im geplanten Soll-Umsatz des Handels ergab sich ein außerordentlicher Fehlbetrag, der sich allein bei Textilien und Bekleidung vom ersten bis zum

[41] Stolper, East German Economy, S. 437, 440.
[42] IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 7, Besprechungen über den Volkswirtschaftsplan 1953, 10. 11. 52.
[43] Ebenda, Neuer Entwurf für den Volkswirtschaftsplan 1953.
[44] Ebenda, Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1953.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dritten Quartal 1953 auf 440 Mill. Mark belief[45]. Noch gravierender als der Mangel an industriell hergestellten Verbrauchsgütern wirkte sich die Mißernte des Jahres 1952 aus. Sie war eine Folge schlechter Witterungsbedingungen, aber auch der aus ideologischen Gründen betriebenen Sozialisierungskampagne in der Landwirtschaft, die viele Bauern zur Flucht veranlaßt hatte. Zusätzlich verschärft wurde das Defizit an Lebensmitteln für die Bevölkerung noch durch die Anlage größerer Staatsreserven und die steigenden Anforderungen des Militärs. Jedenfalls brach 1953 in der DDR eine Ernährungskrise aus, die mit den Zuständen in der frühen Nachkriegszeit vergleichbar war[46].

Das „System des Ostblocks" hatte damit zu einer Situation geführt, in der das Regime zu den verschiedensten Notmaßnahmen greifen mußte, um einerseits den allgegenwärtigen Mangel zu verteilen und andererseits den im Zuge der Versorgungskrise anschwellenden Geldüberhang abzuschöpfen, so daß ein neuerlicher Geldschnitt vermieden werden konnte. So sah ein Beschluß des ZK der SED von Anfang Februar 1953 u. a. die Beseitigung von überplanmäßigen Fertigwarenbeständen bei den Betrieben vor, vermutlich wie schon 1952 einmal durch Zwangsabsatz, um auf diese Weise das Volumen überfälliger Kredite und damit die Geldmenge zu vermindern[47]. Ab Mai 1953 wurden an die meisten privaten Gewerbetreibenden und deren Angehörige, insgesamt etwa 2 Millionen Menschen, keine Lebensmittelkarten mehr ausgegeben, so daß diese Bevölkerungsgruppe ausschließlich auf den wesentlich teureren Einkauf in den HO-Läden angewiesen war[48]. Teilweise wurden Beiträge zur Sozialversicherung erhöht, verschiedene Fahrpreisermäßigungen bei der Reichsbahn gestrichen, es kam zu Preissteigerungen[49].

Last not least sollten die auszubezahlenden Lohnsummen vermindert werden. Deshalb sind Lohnzuschläge gekürzt und Rückstufungen in niedrigere Lohngruppen vorgenommen worden[50]. Darüberhinaus wurde eine Kampagne für freiwillige Normenerhöhung entfesselt, in deren Verlauf fast täglich Meldungen über diesbezügliche Beschlüsse von Arbeitern einzelner Betriebe in der Presse erschienen sind. Der hauptsächliche Zweck dieser Kampagne bestand nun – angesichts der kritischen Lage nur zu verständlich – eindeutig darin, auf dem Weg über eine Steigerung der Arbeitsnormen die durchschnittlichen Löhne zu senken. Der Ministerrat widerrief denn auch ausdrücklich die weiter oben zitierte Bestimmung der im Jahr zuvor erlassenen „Richtlinien zur Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen", wonach in der Regel keine Minderung des Arbeitsverdienstes infolge einer Normenerhöhung eintreten sollte. In seinem Beschluß vom 28. Mai

[45] Ebenda, Bd. 8, Sitzung des ZK der SED über die Wirtschaftslage der SBZD, 15. 10. 53.

[46] Baring, 17. Juni, S. 34 ff.; Karl Wilhelm Fricke, Der Arbeiteraufstand. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, in: Spittmann/Fricke, 17. Juni, S. 8 f.

[47] Dokumente der SED, Bd. IV, S. 263 ff.; IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 7, Finanzplanung für das Rechnungsjahr 1952.

[48] Gesetzblatt der DDR 1953, S. 543; Baring, 17. Juni, S. 36.

[49] IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 1, Übersicht vom 3. 6. 53.

[50] Faber, Einkommensstruktur, S. 35 f.; Ewers/Quest, Kämpfe der Arbeiterschaft, S. 39.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1953 stellte er nämlich fest: Die Klausel, „daß bei Erhöhung grundsätzlich falscher Normen ein Lohnausgleich gezahlt [wird], ... widerspricht dem Leistungsprinzip und muß korrigiert werden"[51]. Die Arbeiter jedoch leisteten wiederum Widerstand gegen Normenerhöhungen und damit verknüpfte Lohnkürzungen[52]. Daraufhin beschloß das ZK der SED am 14. Mai 1953 eine allgemeine obligatorische Steigerung der Arbeitsnormen um mindestens 10%[53], und diese Entscheidung wurde zwei Wochen später vom Ministerrat bestätigt. Damit verließ das Regime also die bis dahin praktizierte Vorsicht in der Normenfrage, was nochmals deutlich werden läßt, wie verzweifelt die wirtschaftliche Lage gewesen sein muß. Daß das Dekret eine Reaktion auf den aufflammenden Widerstand der Arbeiterschaft war, der eine „freiwillige" Normenerhöhung nur mit Hilfe gelinden Drucks nach wie vor unerreichbar sein ließ, wurde in der Verfügung indirekt angedeutet, wenn es dort hieß: „Die Leitungen der Betriebe und der Wirtschaftsorgane schenkten der Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen ungenügende Aufmerksamkeit, und überließen diese bedeutungsvollen Fragen dem Selbstlauf."[54]

In dieser höchst labilen Lage schlug nun das Kommuniqué des Politbüros vom 9. Juni 1953, das unter dem Namen „Neuer Kurs" einen abrupten politischen Wechsel ankündigte, wie eine Bombe ein und führte zu großer Verwirrung unter den Parteifunktionären[55]. In dem Kommuniqué wie auch in der entsprechenden Entschließung des Ministerrats vom 11. Juni wurden Fehler von SED und Regierung zugegeben, die jedoch erkannt worden seien und nun korrigiert werden sollten. Als Ursache für diese Fehler nannte die Entschließung des Ministerrats, „daß erhebliche Mittel im Staatshaushalt für Aufwendungen in Betracht gezogen wurden, die nicht im Fünfjahrplan vorgesehen waren. Außerdem wurden für das nächste Planjahr vorgesehene Aufgaben zum Teil in das Planjahr 1953 einbezogen und bestimmte Teile des Fünfjahrplans wurden zugunsten der Entwicklung der Schwerindustrie zu früh von 1955 auf 1952 und 1953 verlagert."[56] Das hauptsächliche Ziel des „Neuen Kurses" war die Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung, was durch Korrekturen am Plan für die Schwerindustrie ermöglicht werden sollte. Begünstigt wurden insbesondere die Bauern und der Mittelstand. Im einzelnen sind die folgenden Maßnahmen ins Auge gefaßt worden: Rücknahme des Beschlusses über die Nicht-Ausgabe von Lebensmittelkarten an bestimmte Kreise der Bevölkerung, Rückgabe von enteigneten Höfen, Betrieben und sonstigen Vermögens, Aussetzung der Eintreibung rückständiger Steuern, Förderung von mittelständischen Unternehmern und Bauern durch Hingabe von Krediten, Senkung der Preise mancher Waren in den HO-Läden. Außerdem sollten der Kampf gegen die Kirche beendet und zahlreiche Gerichtsurteile überprüft werden.

---

[51] Gesetzblatt der DDR 1953, S. 781 ff.

[52] Fricke, Arbeiteraufstand, S. 9; Leutwein, Ursachen und Folgen der administrativen Normenerhöhung (wie Anm. 20); ders., Betriebskollektivverträge nach Diktat, in: SBZ-Archiv 4, 1953, S. 132 f.

[53] Dokumente der SED, Bd. IV, S. 410 ff.

[54] Wie Anm. 51.

[55] Wie Anm. 32. Das Kommuniqué ist abgedruckt in: Dokumente der SED, Bd. IV, S. 428 ff.

[56] Neues Deutschland, 12. 6. 53.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Angesichts der damit eingeleiteten Politik der Konzessionen war die Erwartung der Arbeiter nur zu berechtigt, daß nun auch die Normenerhöhung hinfällig sei. Sie ist jedoch bitter enttäuscht worden. Im Gegenteil, die Beibehaltung der dekretierten Steigerung der Arbeitsnormen wurde sogar noch betont und gerechtfertigt. Zwar war das, rein von der Sache her betrachtet, gar nicht abwegig, denn durch die nicht gerade billigen Konzessionen an den Mittelstand wuchsen die Gefahren des Geldüberhangs ja noch. Zusätzliche Konsumgüter waren auch bei Förderung der selbständigen Unternehmer nicht so schnell zu produzieren, wie es voraussichtlich zur weiteren Ausweitung des Geldumlaufs kommen würde. Ohnehin hegte man in der Plankommission erhebliche Zweifel an der Durchführbarkeit der Beschlüsse zum „Neuen Kurs". Dennoch verriet das Festhalten an der Normenerhöhung wenig politisches Fingerspitzengefühl, wurden dadurch doch in einem „Arbeiterstaat" die Arbeiter offensichtlich gegenüber den „Kapitalisten" benachteiligt. Die Empörung der Arbeiter darüber führte am 16. Juni zu ersten Demonstrationen in Ostberlin. Die daraufhin erfolgte Rückgängigmachung der Normenerhöhung in verklausulierter Form kam jedoch zu spät. Der Arbeiteraufstand nahm seinen Lauf[57]. Und wenn auch der unmittelbare Auslöser in der Ungeschicklichkeit der politischen Führung bestand, so waren doch seine tieferliegenden Ursachen, wie dargestellt, systembedingt.

V. Die Folgen des 17. Juni

Die sofortige Konsequenz des Arbeiteraufstandes auf wirtschaftlichem Gebiet war, daß nun die Arbeiter verstärkt in die Konzessionspolitik einbezogen worden sind. So nahm das ZK der SED in seiner Entschließung vom 21. Juni 1953, in der die Erhebung zunächst als das Ergebnis einer faschistischen Provokation bezeichnet wurde, die Steigerung der Arbeitsnormen in eindeutiger Form zurück, indem es bestimmte, daß von sofort an den Lohnabrechnungen die Normen, die am 1. April 1953 in Kraft waren, wieder zugrundezulegen seien[58]. Weiterhin wurden die Lohnrückstufungen, die seit Anfang des Jahres vorgenommen worden waren, aufgehoben[59]. Es kam zu Lohnerhöhungen speziell in den unteren Lohngruppen, von denen also die große Mehrheit der Arbeiter, die hier eingestuft war, profitierte[60], und zusätzliche Preisherabsetzungen wurden verfügt[61].

All diese Maßnahmen dienten dazu, die Arbeiter zu befrieden. Diese Wirkung

---

57 Baring, 17. Juni, S. 47 ff.; Martin Jänicke, Krise und Entwicklung in der DDR – Der 17. Juni 1953 und seine Folgen, in: Hartmut Elsenhans/Martin Jänicke (Hrsg.), Innere Systemkrisen der Gegenwart. Ein Studienbuch zur Zeitgeschichte, Reinbek 1975, S. 153 ff.

58 Dokumente der SED, Bd. IV, S. 436 ff.

59 Gesetzblatt der DDR 1953, S. 888.

60 Ebenda, S. 885 ff.

61 Siehe Entschließung des ZK der SED vom 26. 7. 53, Dokumente der SED, Bd. IV, S. 449 ff., hier speziell S. 462; vgl. auch Bekanntmachung des Beschlusses über Maßnahmen zur weiteren Entwicklung des Handels, Gesetzblatt der DDR 1954, S. 699 ff.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war letztlich aber nur dann zu erzielen, wenn den weiter vergrößerten Geldbeständen in Händen der Bevölkerung eine reale Deckung in Form eines stark verbreiterten Angebots an Konsumgütern verschafft werden konnte. Dem diente kurzfristig die Freigabe der Staatsreserve an Lebensmitteln sowie die Umwidmung von der Armee vorbehaltenen Produkten, wie beispielsweise einem bestimmten Quantum von Stoffen, für den zivilen Bedarf[62]. Zudem strebte man eine Steigerung der Importe, vor allem von Nahrungsmitteln, gewerblich hergestellten Konsumgütern, aber auch von Rohstoffen, an. Zu diesem Zweck gewährte die Sowjetunion nun endlich einen größeren Kredit[63]. In der Tat belief sich die Einfuhr aus der Sowjetunion bereits im Juni 1953 auf mehr als das Doppelte des Durchschnitts der Monate Januar bis Mai zuvor, und sie hielt sich im Juli und August auf annähernd der gleichen Höhe[64].

Daneben unternahm man noch verschiedene Schritte mit dem Ziel, die Erzeugungsmöglichkeiten für Verbrauchsgüter in der Zukunft auszuweiten. So verzichtete die Sowjetunion in einem Protokoll vom August 1953 ab 1954 auf weitere unmittelbare Entnahmen aus der laufenden Produktion der DDR[65]. Eigentlich vorgesehene Rüstungsausgaben wurden zurückgestellt[66]. Auch versuchte man, nachträglich bestimmte Änderungen im Volkswirtschaftsplan 1953 vorzunehmen. Dabei zeigte sich aber, daß ein rasches Umsteuern der Produktion teilweise undurchführbar war. Es gelang zwar, die Bruttoerzeugung in der Metallurgie im zweiten Halbjahr 1953 etwa entsprechend den geänderten Vorgaben zu senken und diejenige von Geweben, Leder und Schuhen zu steigern, jedoch im Maschinenbau oder bei der Herstellung von Nährmitteln wurde eher der alte als der neue Plan erfüllt[67]. Ein flexibleres Verhalten scheint die Regierung dagegen von der Privatwirtschaft erwartet zu haben. Jedenfalls sollte vorrangig diese für die Produktion zusätzlicher Konsumgüter eingespannt werden[68].

Zu beachtlichen Umschichtungen kam es bei den Investitionen. Diese sind in der Lebensmittel- und der Leichtindustrie stark erhöht worden. Bei letzterer allein betrug der Anlagenzuwachs 1954 125 Mill. Mark, d. h. das Dreieinhalbfache des Wertes von 1953. Hingegen wurde der Ausbau der eisenschaffenden, Maschinenbau- und Chemieindustrie drastisch eingeschränkt. Zwar lagen die Investitionen in diesen Branchen auch 1954 und 1955 generell über denen in der Leicht- und

---

[62] IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 1, Übersicht vom 30. 7. 53; ebenda, Bd. 9, Maßnahmen einzelner Ministerien im Sinne des „Neuen Kurses".

[63] Ebenda, Bd. 9, Steigerung des Imports; ebenda, Bd. 1, Übersicht vom 26. 8. 53; ebenda, Bd. 10, Sowjetische Lebensmittelhilfe für die DDR.

[64] Ebenda, Bd. 9, Zusammenstellung der Deutschen Notenbank über den Außenhandel der SBZD.

[65] Wie Anm. 33, Anlage 4.

[66] IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 8, Finanzielle Auswirkungen der letzten Beschlüsse der Regierung der DDR, 13. 6. 53.

[67] Ebenda, Bd. 7, Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1953; ebenda, Bd. 14, Planung und Planerfüllung 1953 in der Maschinenindustrie der SBZD, 31. 3. 54; ebenda, Bd. 10, Planung und Planerfüllung in der Lebensmittelindustrie der SBZD, April 1954.

[68] Ebenda, Bd. 1, Übersicht vom 14. 7. 54.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lebensmittelindustrie, jedoch hatten sich die jeweiligen Niveaus deutlich angenähert[69]. Allerdings führten die Investitionsumschichtungen auch zu gewaltigen volkswirtschaftlichen Verlusten. Denn infolge zahlreicher Auftragsstornierungen stiegen die Überplanbestände insbesondere beim Maschinenbau sprunghaft an. Man veranstaltete daher für diesen Industriezweig eine große Auktion von nicht mehr benötigten fertigen und halbfertigen Waren, wo Preisnachlässe bis zu 80% gewährt wurden. Und der nicht verkaufte Rest wurde gar verschrottet, um die Materialdecke der DDR-Wirtschaft ein wenig zu vergrößern[70].

Es gelang jedoch trotz allem nicht, die Produktion von Konsumgütern rasch in dem erhofften Ausmaß zu steigern. Infolgedessen wuchs der Geldüberhang rapide an. Belief er sich Mitte 1953 auf ungefähr 0,5 Mrd. Mark, so hatte er sich bis Ende 1954 um eine Milliarde auf 1,5 Mrd. Mark erhöht[71]. Vermutlich lagerten beim Handel auch zu dieser Zeit recht erhebliche Warenbestände, die sich aber als unverkäuflich erwiesen und deshalb ungeeignet waren, die überschüssige Kaufkraft zu absorbieren[72]. Und ein Versuch der Emission von Wertpapieren durch die Deutsche Notenbank zur Bindung des Geldüberhangs war ein völliger Mißerfolg[73]. Zu groß war offensichtlich das Mißtrauen der Bevölkerung gegen den eigenen Staat. Daher wurde eine Zwangsanleihe erwogen. Denn nicht nur der Kaufkraftüberhang bereitete Sorge, sondern auch die Lage des Staatshaushalts war zunehmend mehr angespannt. Aufgrund des Lohnanstiegs blieben nämlich die Gewinnabführungen der Betriebe zurück, ja immer mehr Unternehmen arbeiteten unrentabel und belasteten damit das Budget, anstatt es zu entlasten[74]. Außerdem nahmen die Außenhandelsverluste weiter zu. Das setzte seinerseits der Exportoffensive und damit der Importkapazität definitive Grenzen. Dabei war der Einfuhrbedarf gestiegen, und zwar nicht nur für Konsumgüter, sondern – als Folge der mit dem „Neuen Kurs" einhergehenden Drosselung des Ausbaus der Schwerindustrie – etwa auch für Rohstahl. Jedenfalls sah der Importplan für 1954 mehr als das Doppelte der Stahleinfuhr des Jahres 1953 vor[75].

---

69 Wie Anm. 30.

70 IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 14, Beseitigung von Überplanbeständen bei den Betrieben der Maschinenbauministerien, 4. 11. 53.

71 Ebenda, Bd. 1, Übersicht vom 24. 11. 54; ebenda, Bd. 8, Gefahr einer finanztechnischen Krise in der SBZD, 1. 12. 54.

72 Im Frühjahr 1956 jedenfalls traf die Deutsche Notenbank in ihrem Quartalsbericht folgende Feststellung: „Die vorhandenen Bestände an Konsumgütern übersteigen volumen- und wertmäßig bei weitem den bei der Bevölkerung noch vorhandenen Teil der nicht realisierten Geldeinnahmen. Dieser Kaufkraftüberhang kann jedoch nicht mit den vorhandenen Konsumgütern restlos beseitigt werden, weil diese hinsichtlich der Qualität und des Sortiments nicht in allen Teilen den inzwischen gewachsenen Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen." Siehe IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 8, Kredit- und Bargeldumsatzplan der Deutschen Notenbank für das 1. Quartal 1956. Damit wurde ein grundlegendes und dauerhaftes Problem jeder Zentralverwaltungswirtschaft angesprochen.

73 IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 8, Angespannte Lage des Staatshaushalts der SBZD, 20. 8. 54.

74 Ebenda; siehe auch: Gerd Friedrich, Die Generallinie der sowjetzonalen Wirtschaftspolitik, in: SBZ-Archiv 6, 1955, S. 100ff.

75 Mohr, Außenhandel der Sowjetzone (wie Anm. 16).

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es trat erneut ein Dilemma der Wirtschaftspolitik in der DDR zutage: Die relativ geringe, nur langsam steigerbare Importkapazität machte kurzfristig die Abschöpfung der überschüssigen Geldbestände über schnell zunehmende Einfuhren unmöglich und erforderte mittelfristig die weitere Ausweitung der eigenen schwerindustriellen Produktion. Daher konnte der reale Konsum nicht rasch erhöht, ja er mußte sogar, um die Finanzierung der Schwerindustrie sicherzustellen, bald wieder gedrosselt werden. Das aber bedeutete, die Gefahr des Geldüberhangs war letztlich ohne einen erneuten Politikwechsel nicht zu bannen, der „Neue Kurs" konnte nicht lange durchgehalten werden. Und tatsächlich trat die nächste Wende in der Wirtschaftspolitik der DDR bereits gegen Ende 1954 ein. Bereits im November jenen Jahres wurde wiederum ein Propagandafeldzug für größere Rentabilität der Wirtschaft gestartet, in dessen Verlauf es abermals zu Gehalts- und Prämienkürzungen, verschärfter Steuereintreibung und Normenerhöhung kam[76]. Schon im Volkswirtschaftsplan für 1956 räumte man zudem der Schwerindustrie erneut Priorität ein[77]. Änderungen im Wirtschaftsmechanismus sollten die Eigenfinanzierung der Unternehmen verbessern, und mit Hilfe der Einführung der von der betrieblichen Gewinnsituation unabhängigen Produktionsabgabe erstrebte man eine größere finanzielle Unabhängigkeit des Staatshaushalts[78]. Das Problem des Kaufkraftüberhangs konnte andererseits nur durch eine erneute Geldumtauschaktion im Jahr 1957 zeitweilig gelöst werden[79].

Die wirtschaftlichen Zwänge, die zum Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 entscheidend beigetragen hatten, blieben der DDR also auch danach im wesentlichen erhalten. Allerdings wurde immer mehr das Planwirtschaftssystem zum hauptsächlichen Hindernis einer schnellen Lebensstandarderhöhung der Bevölkerung, was jedoch solange nicht geändert werden konnte, wie die Sowjetunion ihre Hegemonie über Osteuropa nicht lockerte. Jedoch hatte man insofern aus dem 17. Juni gelernt, als man in wiederholten krisenhaften Zuspitzungen der wirtschaftlichen Lage nun ein wenig elastischer reagierte[80]. Auch wurde mit den schlagkräftigen Betriebskampfgruppen ein zuverlässiges Repressionsinstrument auf Unternehmensebene geschaffen. Und schließlich dürfte der Mißerfolg des Aufstandes vom 17. Juni selbst dazu beigetragen haben, daß die Menschen sich eher in ihr Schicksal fügten. Der „Rückzug in die Privatsphäre" war ja ein häufig konstatiertes Phänomen in der Gesellschaft der DDR. All das trug jedenfalls dazu bei, daß ein erneuter, das Regime gefährdender Ausbruch des Volkszorns lange vermieden werden konnte.

---

76 IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 8, Wirtschaftslage in der SBZD, 29. 4. 55; ebenda, Vorbereitungen zur Normenerhöhung in der SBZD, 26. 5. 55; ebenda, Gehaltskürzungen und Steuereintreibungen in der SBZD, 22. 6. 55; vgl. auch ebenda, Bd. 1, Übersicht vom 24. 11. 54.

77 Ebenda, Bd. 7, Beschluß über die Aufgaben im Volkswirtschaftsplan 1956 vom 5. 12. 55.

78 Beschluß des ZK der SED vom 27. 10. 55; Dokumente der SED, Bd. V, S. 445 ff., hier S. 485.

79 Weber, Geschichte, S. 297.

80 Siehe ebenda, S. 283; Jänicke, Krise und Entwicklung, S. 161 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

PAUL HOSER

EIN PHILOSOPH IM IRRGARTEN DER POLITIK

Oswald Spenglers Pläne für eine geheime Lenkung der nationalen Presse[1]

Der erste Band seines noch im Ersten Weltkrieg erschienenen geschichtsphilosophischen Werkes „Der Untergang des Abendlandes" hatte Oswald Spengler mit einem Schlag einen führenden Platz unter den Ideologen und Vordenkern der Rechten in Deutschland verschafft. In dem 1922 erschienenen zweiten Band machte er sich auch Gedanken über Machtfragen der Gegenwart, wobei er der Presse als Machtinstrument einen überragenden Stellenwert einräumte: „Während die Antike (...) die Volksmasse zu einem sichtbaren und dichten Körper zusammenzog, um ihn zu zwingen, von seinen Rechten den Gebrauch zu machen, den man wollte, schuf (...) die europäisch-amerikanische Politik durch die Presse ein Kraftfeld von geistigen und Geldspannungen über die ganze Erde hin, in das jeder eingeordnet ist, ohne daß es ihm zum Bewußtsein kommt, so daß er denken, wollen und handeln muß, wie es irgendwo in der Ferne eine herrschende Persönlichkeit für zweckmäßig hält (...) heute noch gibt es hier und da Schwachköpfe, die sich am Gedanken der Preßfreiheit begeistern, aber gerade damit haben die kommenden Cäsaren der Weltpresse freie Bahn. Wer lesen gelernt hat, verfällt ihrer Macht und aus der erträumten Selbstbestimmung wird die späte Demokratie zu einem radikalen Bestimmt werden der Völker durch die Gewalten, denen das gedruckte Wort gehorcht (...) Man läßt das Volk als Lesermasse los, und es stürmt durch die Straßen, wirft sich auf das bezeichnete Ziel, droht und schlägt Fenster ein. Ein Wink an den Pressestab und es wird still und geht nach Hause. Die Presse ist heute eine Armee mit sorgfältig organisierten Waffengattungen, mit Journalisten als Offizieren, Lesern als Soldaten. Aber es ist hier wie in jeder Armee: der Soldat gehorcht blind, und die Wechsel in Kriegsziel und Organisationsplan vollziehen sich ohne seine Kenntnis. Der Leser

[1] Dieser Aufsatz stützt sich im wesentlichen auf ein Kapitel meiner im März 1988 an der Universität München eingereichten Dissertation: Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung. Das Buch von Detlef Felken, Oswald Spengler. Konservativer Denker zwischen Kaiserreich und Diktatur, München 1988, geht ebenfalls auf Spenglers Pressepläne ein. Der vorliegende Aufsatz will Spenglers pressepolitische Pläne und Aktivitäten im Kontext vieler ähnlicher Vorhaben in rechtskonservativen Kreisen seiner Zeit darstellen und greift damit über den Ansatz von Felken hinaus. Nur so werden Spenglers mangelnde Originalität und sein Scheitern als Politiker verständlich.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weiß nichts von dem, was man mit ihm vorhat, und soll es auch nicht, und er soll auch nicht wissen, welch eine Rolle er damit spielt."[2] Diese simplifizierende Vorstellung von Presselenkung und Pressebeeinflussung legte Spengler bald darauf seinen hochfliegenden Machtplänen als Pressepolitiker dann auch tatsächlich zugrunde. Die Tradition, in der er stand, und der Weg seines kläglichen Scheiterns in den Gefilden der Tagespolitik der frühen Weimarer Zeit sind Gegenstand dieser Studie.

Spenglers Modell der Leserbeeinflussung war keineswegs besonders originell. Ähnliche Ansichten vertrat bereits vor dem Ersten Weltkrieg der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, der es für eine Tatsache hielt, daß die Presse auf solche Weise von einer imaginären jüdischen Macht gesteuert werde. Ihm zufolge beherrschte das Judentum mit Ausnahme der Zentrumspresse und der antisemitischen Zeitungen die gesamte deutsche Presse, auch die der äußersten Rechten. Zum Teil seien Juden die Schriftleiter, zum Teil Besitzer der Zeitungen. Wo beides nicht der Fall sei, brächten die Juden die Zeitungen durch die Vergabe von Anzeigen in ihre Abhängigkeit: „Tausende jüdischer Federn bestimmten Tag für Tag unsere öffentliche Meinung, in Millionen von bedruckten Papierblättern gelangen ihre Äußerungen an deutsche Leser – und die Wirkung sollte ausbleiben?"[3]

Schon vor dem Krieg hatte Claß deshalb eine Reform des Presserechts gefordert, ohne sich allerdings eindeutig festzulegen. Alles, was wie eine Knebelung der Presse – mit Ausnahme der sozialistischen – aussah, wollte er vermeiden. Auch die Verstaatlichung des Anzeigenteils etwa oder der Zwang zur Aufnahme von Darstellungen der Regierung schienen ihm ungeeignete Mittel zu sein, die Presse unter Kontrolle zu bringen. Ihm kam es darauf an, daß das Judentum generell aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet wurde. Wie die Regierung anschließend dann die Presse kontrollieren könne, war Claß freilich noch nicht klar. Auf alle Fälle sollte sie zu dieser Lenkungsaufgabe die Redakteure und Herausgeber der „nationalen Presse" dabei heranziehen[4]. Während des Krieges war Claß danach bestrebt, möglichst viele Zeitungen durch den Alldeutschen Verband bzw. ihm nahestehende Kräfte zu beeinflussen. Schon im September 1914 war Hugenberg in Mainz mit Claß zusammengetroffen und hatte diesem seinen Plan dargelegt, die gewaltigen Kriegseinkünfte der Schwerindustrie zur Bildung eines finanziellen Grundstocks zu benutzen, mit dessen Hilfe die nationale Presse von einer einzigen Zentrale aus

---

[2] Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes, Bd. 2, München 1922, S. 577–580, Hervorhebung im Original.

[3] Daniel Frymann (= Heinrich Claß), Das Kaiserbuch. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig [7]1925, S. 31. Das Buch war erstmals 1912 erschienen. Bei seinen Ausführungen über Judentum und Presse stützte sich Claß vermutlich auf zwei Quellen: auf das „Handbuch der Judenfrage" von Theodor Fritsch, der sich in der antisemitischen Deutschsozialen Partei betätigte, sowie auf die „Protokolle der Weisen von Zion", eine Fälschung des Russen Nilus, in der die angebliche raffinierte Pressepolitik des Judentums ausgiebig beschrieben war; vgl. Theodor Fritsch (Hrsg.), Handbuch der Judenfrage, Leipzig 1887, [33]1933, S. 271, und Die Protokolle Zions, Das Programm der internationalen Geheimregierung, Leipzig [16]1935, S. 39ff.

[4] Frymann, Kaiserbuch, S. 68.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unterstützt und abhängig gemacht werden sollte[5]. Claß, der als Vorsitzender des Alldeutschen Verbands über zahlreiche interne Informationen über die Lage rechtsgerichteter Zeitungen verfügte, gab Hugenberg von Zeit zu Zeit Hinweise auf Beteiligungsmöglichkeiten; ihm schwebte der Gedanke einer politischen Überwachungs- und Lenkungszentrale für die Zeitungen vor, auf deren Verlage und Redaktionen Hugenberg Einfluß hatte. Angeblich war die Idee von Hugenberg selbst ausgegangen, der sie Claß zufolge seiner geheimen Konzernspitze, der Wirtschaftlichen Gesellschaft, vorgetragen hatte. Er habe ihr nahegelegt, ihn als den einflußreichen und sicher über genügend politisch versierte Leute verfügenden Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes zum Leiter einer solchen Überwachungsstelle zu machen und ihm damit die Verantwortung für die politische Leitung der Blätter zu übertragen. Die Zentrale müsse natürlich im geheimen arbeiten. Sollte von dieser Konstruktion doch etwas bekannt werden, so hätte das Ganze als Angelegenheit des Alldeutschen Verbands zu erscheinen. Claß zufolge scheiterte Hugenberg am Widerstand von Stinnes, der dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbands mißtraute. Zwar sei Stinnes überzeugt davon gewesen, daß Claß während des Krieges mit der Schwerindustrie Hand in Hand arbeiten werde, es konnten aber, wie er meinte, doch Umstände eintreten, daß sich die Wege von Claß und der Industrie trennten; dann hätte man Claß die Presse ausgeliefert[6]. Wahrscheinlich überschätzte Claß hier die Bedeutung, die er für Hugenberg hatte, gewaltig. Es scheint sehr unwahrscheinlich, daß Hugenberg, der stets sorgsam darauf bedacht war, niemanden voll in seine Pläne und Verbindungen einzuweihen, bereit gewesen wäre, dem Dilettanten Claß eine solche Machtfülle einzuräumen, die sogar ihm selbst hätte gefährlich werden können. Hugenberg hatte zwar die Gewohnheit, Schlüsselpositionen in den Redaktionen mit Leuten seines Vertrauens zu besetzen, aber ein Überwachungssystem, wie es später Goebbels schuf und Claß es in vielen seiner Forderungen vorweggenommen hatte, strebte Hugenberg nicht an.

Hugenberg ging eher behutsam zuwege und vermied im allgemeinen unmittelbare Eingriffe in Details der Redaktionsarbeit. Er war der Ansicht, die Industrie müsse den von ihr geschaffenen Einrichtungen ihr Eigenleben lassen, ein gewisses Maß an Unabhängigkeit von der massiven, direkten Beeinflussung von Interessengruppen, die die Zeitungen erfahrungsgemäß ersticke[7]. Eckart Kehr bezeichnete den Zustand der Hugenbergblätter als „Halbfreiheit"[8]. Hugenberg wußte, daß allzu enge Kontrollen Auflagenverluste nach sich ziehen konnten, und genau dies wäre mit der Einrichtung eines Überwachungsbüros mit Heinrich Claß an der Spitze vermutlich

---

[5] Heinrich Claß, Wider den Strom, II, S. 163, in: Bundesarchiv Koblenz (BA) Nachlaß Claß. Für den vorliegenden Beitrag wurde das in Privatbesitz befindliche Manuskript verwendet.

[6] Ebenda, S. 165 f.

[7] Ludwig Bernhard, Der „Hugenberg-Konzern". Psychologie und Technik einer Großorganisation der Presse, Berlin 1928, S. 58.

[8] Eckart Kehr, Soziale und finanzielle Grundlagen der Tirpitzschen Flottenpropaganda, in: Ders., Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt u. a. [2]1976, S. 141.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eingetreten. Überdies war von diesem der Versuch zu gewärtigen, die Blätter auf einen radikal antisemitischen Kurs zu drängen. Dadurch wären weite Leserkreise des Bürgertums verprellt worden. Auch Hugenberg selbst verfolgte diese Linie nicht. Es war deshalb eine besondere Enttäuschung für Claß, daß zum ersten Leiter der Hugenbergschen „Vera Verlagsanstalt GmbH", also der Holding für die Beteiligung an Provinzzeitungen, ein Jude mit demokratisch-freisinnigen Neigungen bestellt wurde[9]. Claß mußte sich wohl oder übel mit der Kontrolle über die Deutsche Zeitung und die Alldeutschen Blätter begnügen. Seinen weiterreichenden Ambitionen versagte Hugenberg die Unterstützung.

Oswald Spengler versuchte seine pressepolitischen Machtpläne auf ganz ähnliche Weise in die Tat umzusetzen. Er hoffte ebenfalls auf eine Einbeziehung des Hugenberg-Konzerns. Sein Buch hatte nicht nur in der intellektuellen Welt Deutschlands Aufsehen erregt, er wurde damit auch für zahlreiche wichtige Persönlichkeiten des rechten deutschnationalen und nationalliberalen Spektrums in einflußreichen wirtschaftlichen und politischen Stellungen interessant. Spengler selbst hielt sich dank seines Netzes bester Beziehungen für einflußreich genug, um aus dem Hintergrund maßgeblich auf die Politik einwirken zu können. Sein Traum war es, sich auf diese Weise eine bedeutende Machtstellung zu schaffen. Dazu setzte er auf das große Kapital, da er die Presse für absolut käuflich und deswegen leicht steuerbar hielt: „Im Hintergrunde bekämpfen sich ungesehen die neuen Mächte, indem sie die Presse kaufen. Ohne daß der Leser es merkt, wechselt die Zeitung und damit er selbst den Gebieter. Geld triumphiert auch hier und zwingt die freien Geister in seinen Dienst."[10]

Sein Vorbild war dabei Lord Nortcliffe, in dem er einen „Diktator" der Presse sah, der „die Sklavenschar seiner Leser unter der Peitsche seiner Leitartikel, Telegramme und Illustrationen hält"[11]. Den Zeitpunkt für seine ambitiösen Pläne hielt er für günstig, da ihm die damaligen, von ihm allerdings erheblich überschätzten Konzentrationserscheinungen im Bereich des Presse- und Nachrichtenwesens eine zentrale Lenkung zu erleichtern schienen. In seiner streng vertraulichen Denkschrift vom Juli 1922, die er für eine Besprechung mit Stinnes abgefaßt hatte, stellte er dazu fest: „Es handelt sich um die ersten Schritte zu einer nicht öffentlichen Organisation der Rechtspresse.

Die beiden wichtigsten Gründe dafür sind:

1) Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Zeitungen, der schon ein Drittel erfasst hat und nach Angaben der Zeitungsverleger auf ihrer letzten Tagung bis Oktober ein weiteres Drittel erfassen wird (Vertraulich). Als Gegenmittel sind weitgehende Ringbildungen mit Zusammenlegung des Aussendienstes und des redaktionellen Betriebs in Entwicklung begriffen.

2) Die dringende Notwendigkeit, eine einheitliche Taktik den politischen und

[9] Claß, Wider den Strom, II, S. 166ff.
[10] Spengler, Untergang, Bd. 2, S. 580.
[11] Ebenda.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wirtschaftlichen Ereignissen gegenüber zu erreichen (...) Bis jetzt waren die einzelnen Redaktionen auf sich angewiesen und ihre Haltung demnach lediglich der Ausdruck persönlichen Ehrgeizes, akademischer Weltfremdheit oder vollkommener Hilflosigkeit gegenüber den eigentlichen Aufgaben des politischen Journalismus."[12] Aus dieser Situation folgerte Spengler: „Es ist einerseits beabsichtigt, die Redaktionen in immer engere Fühlung zu bringen, wozu schon wesentliche Schritte geschehen sind und andererseits eine materielle Stützung derjenigen Presse vorzunehmen, die höheren politischen Aufgaben und Gesichtspunkten gewachsen ist."[13] Wie Claß wollte auch Spengler dem Problem durch die Errichtung eines geheimen, von der Schwerindustrie finanzierten Büros zur Lenkung und Überwachung der Presse abhelfen. Dazu schrieb er in seiner Denkschrift: „Nach einer Aussprache, die bei Herrn Generaldirektor Vögler stattfand, sind nunmehr die drei Herren M. Sp. [Martin Spahn], Co. [Cossmann], O. Sp. [Oswald Spengler] bereit, eine Art von geheimen Aufsichtsrat für die Behandlung dieser Aufgaben zu bilden. Der letzte würde die Leitung selbst übernehmen (...) Es handelt sich nicht um eine ‚Gründung', sondern um ein Wirkungszentrum, das für die Öffentlichkeit vollkommen unsichtbar arbeitet. Von der Industrie muß aber die Bereitschaft vorausgesetzt werden, ihre Machtmittel in den Dienst dieser Sache zu stellen (...) Es soll u. a. eine beständige Fühlung zwischen den politischen und wirtschaftlichen Intentionen der Industrie und der Gesamtheit der in Betracht kommenden Redaktionen hergestellt werden. Durch die Beziehungen, welche in den drei genannten Namen enthalten sind, zur Presse, zur Industrie und zu politischen Kreisen, ist die Bürgschaft gegeben, daß dieses Wirkungszentrum auch das erreicht, was es leisten will. Entscheidend ist aber der gute Wille der Anzeigengeber, diese Machtmittel in den Dienst der Angelegenheit zu stellen."[14]

In Notizen, die er für den in seine Pläne einbezogenen Herausgeber der Münchner Neuesten Nachrichten, Professor Cossmann, erstellte, skizzierte er seine Gedanken noch präziser. Für die wirtschaftliche Zusammenlegung von Zeitungen sei ein allgemeines Schema unmöglich. An Hand der Landkarte müsse man Deutschland in „natürliche Interessengebiete" aufteilen, für welche die Methode von Fall zu Fall festgesetzt werden müsse. Durch eine energische Zusammenlegung lasse sich die Wirtschaftlichkeit der Betriebe so gestalten, daß eine mäßige Kreditbeihilfe für absehbare Zeit genüge.

Kategorisch verlangte er: „Der wirtschaftlichen muß unbedingt eine politische Organisation hinzugeführt werden."[15] Innerhalb der nationalen deutschen Presse müsse eine innere Fühlungnahme hergestellt werden, die in allen politisch wichtigen

---

[12] Unveröffentlichte Abschrift einer Denkschrift Spenglers für eine Besprechung mit Stinnes. Anlage zu einem Brief vom 9.7. 1922 (vermutlich an Escherich), Nachlaß Spengler, Kasten Originale, Supplemente, Mappe Escherich, Janson, Blank, im Privatbesitz des Verlags C. H. Beck, München.

[13] Ebenda.

[14] Ebenda.

[15] Notizen Spenglers für Cossmann, Anlage zu einem undatierten Brief Spenglers an Cossmann, Bayerisches Hauptstaatsarchiv V, Nachlaß Cossmann 6.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lagen außenpolitisch eine sichere und einheitliche Haltung bewirke. Dies wollte Spengler zum einen durch wirtschaftlichen Druck erzwingen: „Die Kreditbeihilfe und Unterstützung durch Anzeigen erlaubt die Gegenforderung der Aufnahme bestimmter Artikel und Nachrichten."[16]

Zum anderen sollte zum Zweck der Lenkung durch gezielte Information eine außenpolitische Nachrichtenstelle geschaffen werden, die zwei- bis dreimal pro Woche Artikel zu den außenpolitischen Ereignissen mit einheitlicher Richtung herausgab. Als Leiter dieser Stelle faßte Spengler den völkischen Publizisten Ernst Graf Reventlow ins Auge.

Die Innenpolitik der erfaßten Zeitungen sollte ebenfalls von einem gemeinsamen Berliner Büro aus im allgemeinen nationalen Sinn gesteuert werden. Es handelte sich dabei Spengler zufolge nur um eine Gegenorganisation zu einer tatsächlich allerdings nur in seiner Phantasie bereits existierenden Zentrale der demokratischen Linken, die angeblich die politische Richtung der Zeitungen des Ullstein- und des Mosse-Konzerns in Berlin und der Frankfurter Zeitung bestimmte. Zentral sollten auch eine technische, eine landwirtschaftliche und eine literarische Beilage für alle Zeitungen herausgegeben werden, mit Hilfe derer Leser, die für die politischen Artikel nicht ansprechbar waren, in scheinbar neutraler, seriöser Form ebenfalls politisch beeinflußt werden sollten.

Nach Ansicht Spenglers hatte man in Deutschland bei der politischen Rechten verkannt, welche Einflußchancen eine politisierte Anzeigenvergabe bot. In seiner Denkschrift stellte er dazu fest: „Über die Existenz der Zeitungen entscheidet heute ausschließlich die Menge der Anzeigen. In allen Ländern und Richtungen mit Ausnahme der nationalen Richtung in Deutschland ist es längst selbstverständlich, daß der Anzeigengeber nur die Organe durch seine Anzeigen finanziell stützt, deren Haltung der seinen entspricht. Nur in Deutschland hat man die Macht nicht erkannt, welche in einer Politisierung der Anzeigenvergebung liegt. In diesem Fall würde es sich darum handeln, die Ala zu verstärken und durch persönliche Fühlungnahme zwischen dieser und den Anzeigengebern auf dem Wege über das geheime Büro es dahin zu bringen, daß die Vergebung der Anzeigen taktisch gehandhabt wird."[17]

Die Hugenbergsche Anzeigenvermittlungsagentur „Ala Anzeigen AG" stand vor allem in Konkurrenz zu der Werbe- und Annoncenagentur des demokratischen Mosse-Konzerns. Spengler wollte erreichen, daß Werbechefs von Firmen, deren Besitzer auf seiten der politischen Rechten standen, sich bei der Anzeigenvermittlung nicht mehr der Hilfe der Firma Mosse bedienten, die seines Wissens Anzeigen an die Zeitungen der Linken und an die deutschfeindliche deutschsprachige Presse im Ausland weiterleitete.

Das neue, geheime Büro sollte ferner einen Rechtsanwalt mit journalistischen Kenntnissen gewinnen, der von den großen Firmen und prominenten Persönlichkei-

[16] Ebenda.
[17] Vgl. Anm. 12.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Generalvollmacht erhalten würde, gegen jegliche in der Linkspresse verbreitete Lüge und Verleumdung sofort eine Berichtigung zu erzwingen oder eine Klage anzustrengen. Damit würden die Zeitungen der Linken, deren Redakteure sich ständig neuer Prozesse zu erwehren hätten, vor die Wahl gestellt, sich entweder durch massenhafte Berichtigungen vor den Arbeitern lächerlich zu machen oder ihren radikalen Ton abzustellen und damit ihre Wirkung zu verlieren.

Um die potentielle Reichweite des von Spengler geplanten geheimen Büros erahnbar zu machen, lohnt es sich, in diesem Zusammenhang dem biographischen und politischen Hintergrund der beiden Persönlichkeiten nachzugehen, die Spengler neben sich selbst für die Leitung dieses Büros vorgesehen hatte. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete der Zentrumspartei und Universitätsprofessor für Mittelalterliche Geschichte, Martin Spahn, der dem geheimen Büro unter Spenglers Oberleitung angehören sollte, konnte sowohl auf Grund seiner wissenschaftlichen Arbeit als auch seiner journalistischen Tätigkeit als Experte auf dem Gebiet von Presse und Publizistik gelten. Bereits 1896 hatte er die literarische Beilage der Zentrumszeitung „Germania" begründet. Er war Mitarbeiter einer Reihe von Zentrumszeitungen, insbesondere der „Kölnischen Volkszeitung", und besaß gute Kontakte zu einigen Industriellen[18]. Sein Schüler Eduard Stadtler vermittelte ihm den Zugang zu den jungkonservativen Kreisen um die Zeitschrift „Gewissen" und auf diese Weise auch zu dem „Hochschulring Deutscher Art" und dem „Deutschen Schutzbund"[19]. Das von Stadtler herausgegebene „Gewissen" war das Organ der „Ring"-Bewegung, einer Vereinigung neokonservativer Klubs und Zirkel, in deren Mittelpunkt der „Juniklub" stand. Von der „Ring"-Bewegung aus liefen Fäden zu Wehrverbänden und Freikorps, zu Jugendverbänden, Christlichen Gewerkschaften, Deutschnationalem Handlungsgehilfenverband und zu industriellen und landwirtschaftlichen Interessenvertretern.

Der „Juniklub" hatte sich im September 1919 als Zirkel neokonservativer Intellektueller gebildet, die ihren Protest gegen die Unterzeichnung des Versailler Vertrages artikulieren wollten. Verbindungsmann zur Industrie, insbesondere zu dem Großindustriellen Stinnes, dessen Generaldirektor Vögler und zu Hugenberg war Alexander Ringleb[20]. Eine Reihe wichtiger Zeitschriften der rechten Intelligenz und auch einige führende rechtsstehende Tageszeitungen hatten Querverbindungen zum „Juniklub". Der „Ring" verfügte überdies über einen eigenen Pressedienst, über den er mit zahlreichen Provinzzeitungen in ständiger Fühlung war[21]. Nahezu alle soge-

[18] Darunter Vögler und Carl Duisberg. Joachim Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Berlin (Ost), Nachdr., Köln 1978, S. 116, S. 122.

[19] Martin Spahn, Selbstbiographie, in: Hans von Arnim/Georg von Below (Hrsg.), Deutscher Aufstieg. Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart der rechtsstehenden Parteien, Berlin 1925, S. 486 f.

[20] Petzold, Wegbereiter, S. 101; Hans Joachim Schwierskott, Arthur Moeller van den Bruck und der revolutionäre Nationalismus in der Weimarer Republik, Göttingen 1962, S. 71 f.

[21] Manfred Schoeps, Der Deutsche Herrenklub, Diss. Erlangen-Nürnberg 1974, S. 62 ff.; Schwierskott, Moeller van den Bruck, S. 67 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nannten „konservativen Revolutionäre" und „Jungkonservativen" standen dem „Ring" nahe; für ihre Artikel öffneten rechtsstehende Zeitschriften und Tageszeitungen bereitwillig ihre Spalten[22].

1921 existierte auch in München ein „Juniklub", der wahrscheinlich von Karl Alexander von Müller ins Leben gerufen worden war und den Spengler zeitweise vertrat[23]. Insgesamt war die große Zeit des Klubs nach dem Jahr 1920 aber bereits vorüber. Zu dem Zeitpunkt, als Spengler mit ihm als politischem Aktivposten kalkulierte, befand er sich bereits in Auflösung. Zu den Instrumenten, die der „Ring"-Bewegung zur Verfügung standen, gehörte auch das „Politische Kolleg", das am 1. 11. 1920 als Forschungs- und Lehrinstitut der Neokonservativen gegründet worden war[24]. In seinem Förderkuratorium saßen Hugo Stinnes, dessen Generaldirektor Albert Vögler, Fritz Thyssen und der Generaldirektor des Gutehoffnungshütte-Konzerns Paul Reusch[25]. Dominierend war aber Hugenberg, der bald dafür sorgte, daß sein Intimfeind Reusch ausgeschaltet wurde[26]. Neben der Industrie beteiligten sich auch zahlreiche Großagrarier und Vertreter des Reichslandbundes. Daneben bestanden Verbindungen zu den Wehrverbänden, zum Reichswehrministerium und zum Zentralverband der Landarbeiter. Da das „Politische Kolleg" ein umfangreiches Pressearchiv besaß[27], konnte es für die von Spengler geplante Pressezentrale von außerordentlichem Nutzen sein.

Die zweite Figur in dem von Spengler geplanten Ausschuß sollte Professor Paul Nikolaus Cossmann sein, den Reusch und Karl Haniel, einer der Hauptaktionäre des Gutehoffnungshütte-Konzerns, 1920 nach dem insgeheimen Erwerb eines gewichtigen Gesellschafteranteils am Verlag Knorr & Hirth zum Herausgeber der Münchner Neuesten Nachrichten bestellt hatten, weil er ihnen dank seiner rechtsnationalistischen Haltung im Ersten Weltkrieg der geeignete Mann schien, um den von ihnen gewünschten Rechtskurs in der einst liberalen Zeitung durchzusetzen[28]. Schon 1921 hatte Cossmann seinerseits ein in der Öffentlichkeit wenig bekanntes Gremium zur Koordinierung rechtskonservativer und rechtsliberaler politischer Aktivitäten und publizistischer Kampagnen gegründet: die „Gäa"[29]. Ursprünglich sollte die „Gäa" die Spitze eines von Cossmann geplanten eigenen Zeitungskonzerns werden[30], dessen Potential Spengler wahrscheinlich im Auge hatte. Schon im Juni 1920 berichtete der preußische Gesandte in München, Graf Zech, das Kapital der

---

22 Petzold, Wegbereiter, S. 114.

23 Schwierskott, Moeller van den Bruck, S. 68.

24 Heidrun Holzbach, Das „System Hugenberg". Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981, S. 159–162; Petzold, Wegbereiter, S. 115–133; Schwierskott, Moeller van den Bruck, S. 61–65.

25 Holzbach, Hugenberg, S. 160.

26 Ebenda; Petzold, Wegbereiter, S. 119.

27 Schwierskott, Moeller van den Bruck, S. 64.

28 Hoser, Münchner Tagespresse, Manuskript, S. 79–86 und S. 635–639.

29 Wolfram Selig, Paul Nikolaus Cossmann und die Süddeutschen Monatshefte von 1914–1918. Ein Beitrag zur Geschichte der nationalen Publizistik im Ersten Weltkrieg, Osnabrück 1967, S. 46–57.

30 Ebenda, S. 55 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Firma Knorr & Hirth solle mit der Zeit erhöht und mit den zusätzlichen Mitteln bayerische Provinzzeitungen aufgekauft werden[31]. Zunächst verfügte Cossmann allerdings nur über die Münchner Neuesten Nachrichten und die Süddeutschen Monatshefte. Im Rahmen der „Gäa" fanden sich zahlreiche Vertreter industrieller und landwirtschaftlicher Kreise des öfteren zu Treffen zusammen.

Vermutlich war es auch die Gäa, in der für den 3. November 1922 ein Vortrag Spenglers über „die Bedeutung der Presspropaganda für das Leben der Nation" auf der Tagesordnung stand[32]. Spenglers erste Zusammenarbeit mit Cossmann im Mai 1922 hatte anscheinend darin bestanden, daß er ihm half, den von Fechenbach wegen des Vorwurfs der Dokumentenfälschung angestrengten Beleidigungsprozeß propagandistisch gegen die These von einer deutschen Kriegsschuld auszuschlachten[33].

Cossmann plante bereits 1920, „in München eine Zentrale für die national gerichtete Presse Süddeutschlands, aber auch für die angrenzenden österreichischen Länder zu schaffen"[34]. Eine Zentrale konnte nach Meinung Cossmanns durch Nachrichtenvergabe und Personalpolitik politisch sinnvoll arbeiten, durfte allerdings nicht dirigistisch in den geschäftlichen Sektor übergreifen[35]. Cossmann hatte im wesentlichen die Gedanken bereits entwickelt, die Spengler dann Mitte 1922 aufgriff, systematisierte und ergänzte.

Bei der Finanzierung dieses Plans hoffte Cossmann offenbar auch auf Stinnes und Hugenberg[36]. Hugenberg und Haniel konnten sich aber nicht auf die gemeinsame Gründung eines solchen Zeitungskonzerns mit einer entsprechenden Zentrale einigen[37]. Geplant war ein Gremium mit Haniel als Vertreter der Schwerindustrie und Kommerzienrat Seitz als Vertreter der übrigen Geldgeber für den Aufbau eines solchen Konzerns. Cossmann und Spahn sollten ihnen dabei als Berater zur Seite stehen. Bei seinem Vorschlag für die Besetzung des von ihm geplanten geheimen Lenkungsbüros kam Spengler offensichtlich auf diesen Ansatz zurück. Cossmann konzentrierte sich dann auf das tatsächlich Machbare: Unter seiner Mitwirkung unternahm die Gutehoffnungshütte nach und nach konkrete Schritte. Sie erwarb 1923 die Mehrheit am Schwäbischen Merkur in Stuttgart und indirekt über die ihr angegliederte MAN 50% des Fränkischen Kurier in Nürnberg[38]. Der Miesbacher Anzeiger wurde auf Betreiben Cossmanns hin finanziell unterstützt und ein Kauf des ebenfalls weißblau-antisemitisch orientierten Bayerischen Vaterland ange-

---

31 Bericht des Reichsgesandten vom 23. 6. 1920, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PA/AA), P 47, Deutschland 16, Paket 273, Bd. 1.

32 Cossmann an Haniel, 19. 10. 1922, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv V, Nachlaß Cossmann, 7.

33 Spengler an Cossmann, 31. 5. 1922; ebenda, 6. Spengler an Spahn, 23. 8. 1922; ebenda, 12.

34 Cossmann an Vobach, 1. 9. 1920; ebenda, 7.

35 Cossmann an Haniel, 18. 4. 1921; ebenda, 2.

36 Büro Stinnes an Cossmann, 29. 10. 1920; ebenda, 1.

37 Spahn an Cossmann, 15. 11. 1920, Cossmann an Spahn, 22. 11. 1920; ebenda, 12.

38 Kurt Koszyk, Deutsche Presse 1914–1945, Berlin 1972, S. 202, 214 f. Vgl. auch Bayerisches Hauptstaatsarchiv V, Nachlaß Cossmann, 3, 4.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

strebt[39]. Außerdem baute Cossmann den schon im Ersten Weltkrieg geschaffenen[40] gemeinsamen Auslandsdienst von Münchner Neuesten Nachrichten und Hamburger Fremdenblatt weiter aus. Der in die Pläne Cossmanns und Spenglers einbezogene Redakteur der nationalliberalen Thüringer Allgemeinen Zeitung in Erfurt, Eduard von Flottwell, wollte nicht nur einen Anschluß des Blattes an dieses Netz von Auslandskorrespondenten[41], sondern versuchte auf Anregung Spenglers hin, seine Angliederung an den von Cossmann geplanten rechtsstehenden nationalen Zeitungskonzern in die Wege zu leiten[42]. Von Flottwell behauptete, man könne darüber hinaus die gesamte maßgebliche Presse Thüringens unter eine Diktion bringen, da bereits eine Anzahl wichtiger Zeitungen des Landes dem Einfluß der Thüringer Allgemeinen zugänglich sei[43]. Vermutlich schon 1920 wurde unter Mitwirkung Martin Spahns von nicht näher bekannten Geldgebern eine Westdeutsche Verlags- und Treuhand GmbH für Rheinland-Westfalen und Hessen gegründet[44]. Sie sollte dort eine größere Druckerei und mehrere Zeitungen erwerben, die vor allem auf landwirtschaftliche Kreise einwirken sollten. Spahn schlug Cossmann eine finanzielle Verflechtung mit dem von ihm geplanten süddeutschen Zeitungskonzern vor. Die durch die Inflation in Not geratenen rechtsorientierten Zeitungen sollten nach Absicht Cossmanns durch systematische Vergabe von Kreditbeihilfen aus schwerindustriellen Fonds (eingeplant waren Stinnes und die Gutehoffnungshütte) über Wasser gehalten und nach den Plänen Spenglers gleichzeitig abhängig und einer zentralen Lenkung zugänglich gemacht werden. Beide waren dabei der Meinung, der Verein Deutscher Zeitungsverleger sei ein nützliches Instrument, mit dessen Hilfe man die betroffenen Zeitungen erreichen könne. Der Vorsitzende des Vereins, Kommerzienrat Krumbhaar, ließ Cossmann eine Liste und eine Landkarte der deutschen Presse zugehen, aus der hervorging, welche Blätter vor einem möglichen wirtschaftlichen Zusammenbruch gerettet werden sollten[45]. Der Hugenberg nahestehende Reichswirtschaftsminister Becker versprach dem Verein, die geplante Kreditgemeinschaft deutscher Verleger zu unterstützen. Er wollte auf die Reichsbank einwirken, den Verlegern auf dem Weg der Wechseldiskontierung zu helfen[46]. Krumbhaar war offenbar bereit, Cossmann, Spengler und den schwerindustriellen Hintermännern weit entgegenzukommen und verhandelte über die Köpfe demokratischer Berliner Großverlage wie Mosse hinweg. Am 10. Februar 1923 schrieb er Cossmann: „Ich stehe, wie Sie wissen, auf dem Standpunkt, daß der V. D. Z. V. in eine richtige Stellung zu den großen Wirtschaftsmächten kommen muss, und mein

[39] Haniel an Cossmann, 13. 9. 1920, Spengler an Cossmann, 26. 9. 1922; ebenda, 6. Abrechnung für 18.–25. 9. 1923; ebenda, 15.

[40] Tagebuch Reismann-Grone, X, 26. 4. 1918, S. 20 f., (Privatbesitz).

[41] Von Flottwell an Cossmann, 19. 7. 1922; Bayerisches Hauptstaatsarchiv V, Nachlaß Cossmann 6.

[42] Von Flottwell an Cossmann, 14. 9. 1922; ebenda.

[43] Von Flottwell an Cossmann, 25. 9. 1922, und 24. 10. 1922; ebenda.

[44] Spahn an Cossmann, 31. 10. 1920; ebenda, 12.

[45] Cossmann an Krumbhaar, 19. 9. 1922, und Krumbhaar an Cossmann, 29. 9. 1922; ebenda, 11.

[46] Krumbhaar an Cossmann, 1. 2. 1923; ebenda.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ziel war immer eine persönliche Fühlungnahme mit Männern wie den Herren Stinnes, Haniel usw. Ich bin Ihnen ausserordentlich dankbar, dass Sie mir das ermöglicht haben. Angesichts vieler vorgefaßter Meinungen, auf die ich in unseren Kreisen stieß, mußte ich mich anfänglich sehr vorsichtig dabei verhalten, aber meine Politik hat schon sehr erfreuliche Früchte getragen."[47] Krumbhaar betonte die weitgehende Übereinstimmung, die er in „vaterländischen Dingen" mit Cossmann feststellen könne. Er hoffe, über die Kreditbeschaffung hinaus, durch Verhandlungen mit dem Stinnes-Konzern einen günstigeren Papierpreis für die Verleger zu erzielen und die „grossen Industriemächte" dazu zu bringen, sie ihre Drucksachen durch Zeitungsverleger mit geeigneten Druckereien herstellen zu lassen. Cossmann sollte ihm die entsprechenden Verleger benennen. Die Industrie war jedoch zu einem so großen Engagement nicht bereit. Resigniert schrieb Krumbhaar am 25. August 1923 an Cossmann: „Aus der von uns so eifrig betriebenen Kredithilfe ist nichts geworden, obwohl sie in diesem Augenblick höchst notwendig wäre. Ich hatte mich in mehrfachen Berliner Pressebesprechungen sehr um die Sache bemüht, sah aber mehr und mehr, daß wir praktisch nicht zum Ziele kommen würden, weil es niemals gelang, die maßgebenden Personen von Industrie und Bankwelt zusammenzubringen."[48] Cossmann hatte Spengler schon am 25. Oktober 1922 mitgeteilt, daß seiner Meinung nach vor der Klärung der Kreditfrage die Inhaltsfrage nicht geklärt werden könne[49]. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für Spenglers Plan kam also nicht zustande.

Spengler konnte auch eine Reihe eigener politischer und wirtschaftlicher Beziehungen in das von ihm geplante Unternehmen einbringen. Er war der wichtigste Repräsentant des „Juniklubs" in München[50]. Sein Verhältnis zu diesem Zirkel war allerdings nicht problemlos. Besonders Eduard Stadtler, der Pläne für einen Rechtsputsch in München hegte, hielt er für einen „ganz gewissenlosen engstirnigen Streber und Gernegroß"[51]. Von der Industrie kannte er Hugenberg, Vögler vom Stinnes-Konzern und dessen Berliner Vertreter Dr. Arthur Freundt, sowie Bernhard Leopold, den Direktor von Stinnes' A. Riebeck'schen Montanwerken und Vorsitzenden des Halleschen Bergewerksvereins, und Paul Reusch von der Gutehoffnungshütte. Gefördert wurde Spengler insbesondere von Reusch, der sich von seinen antimarxistischen, antihumanistischen, nationalistisch-elitären Ideen beeindruckt zeigte[52]. Reusch fühlte sich geschmeichelt, da Spengler den Organisator in

---

47 Krumbhaar an Cossmann, 10. 2. 1923; ebenda.

48 Krumbhaar an Cossmann, 25. 8. 1923; ebenda.

49 Cossmann an Spengler, 25. 10. 1922, ebenda, 6.

50 Volker Mauersberger, Rudolf Pechel und die „Deutsche Rundschau". Eine Studie zur konservativ-revolutionären Publizistik in der Weimarer Republik (1918–1933), Bremen 1971, S. 40.

51 Spengler an Escherich am 22. 9. 1922, in: Oswald Spengler. Briefe 1913–1936, hrsg. von Anton Mirko Koktanek, München 1963, S. 215. Der Brief ist bei Holzbach, Hugenberg, S. 149, Anm. 609 falsch datiert; zu den Putsch- und Diktaturplänen vergleiche Mauersberger, ebenda, S. 40 f.

52 Spengler lernte Reusch im Mai 1921 kennen. Bodo Herzog, Die Freundschaft zwischen Oswald Spengler und Paul Reusch, in: Spengler Studien. Festschrift für Manfred Schröter zum 85. Geburtstag, hrsg. von Anton M. Koktanek, München 1965, S. 84.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der industriellen Maschinenwelt als den zukunftsweisenden Typus des Führers gezeichnet hatte[53]. Reusch ebnete Spengler auch den Weg zu den obersten Spitzen des Reiches[54]. Spengler revanchierte sich mit Vorträgen und Arbeiten, in denen er direkt den industriellen Interessenstandpunkt vertrat, so etwa, wenn er den „Steuerbolschewismus" der Reichsregierungen anprangerte[55]. Von der Deutschnationalen Volkspartei kannte Spengler so einflußreiche Politiker wie den Grafen Westarp, Dr. Karl Helfferich, Alfred von Tirpitz und Paul von Lettow-Vorbeck, von der Deutschen Volkspartei Hans von Raumer, Siegfried von Kardorff, Andreas Gildemeister und Dr. Reinhold Georg Quaatz. In der bayerischen DVP hatte Spengler Verbindung zu Carl Wäninger, dem Gründer des Stahlhelm in Bayern. Andere politische Figuren in Bayern, die Spengler gut kannte, waren Gustav von Kahr und der Führer der Einwohnerwehren, Georg Escherich. Sogar zu Ludendorff und dem bayerischen Kronprinzen hatte er einen Draht.

Spengler hoffte bei der Realisierung seines Presseplanes neben der Unterstützung durch Reusch und die Münchner Neuesten Nachrichten auf die Hilfe des Hugenberg-Konzerns und auf Förderung durch Stinnes und die von diesem kontrollierten Zeitungen[56]. Er bat deshalb Escherich, ihm zu helfen, diese Schlüsselfiguren zu überzeugen[57]. Als erstes wollte Spengler einer Gruppe rechtsstehender Zeitungen den Bezug von verbilligtem Papier ermöglichen. Er hoffte, Escherich könne durch seine Beziehungen zu großen Holzfirmen[58] eine Verbilligung des Zellulosepreises für die von ihm ins Auge genommenen Zeitungen erreichen[59]. Doch Escherich mußte Spengler enttäuschen. Die Waldbesitzer waren nicht bereit, den Zeitungen verbilligte Rohstoffpreise zu gewähren. Auch von seiten der bayerischen Regierung bestand dazu keine Bereitschaft[60]. Spengler bemühte sich anscheinend auch direkt bei der Zelluloseindustrie, ohne aber irgendeinen Erfolg vorweisen zu können[61].

Gleichzeitig hatte Spengler damit begonnen, ein Nachrichtenbüro aufzubauen, das wohl als geschäftsführende Stelle der von ihm geplanten Überwachungs- und

---

53 Klemens von Klemperer, Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München, Wien 1957, S. 175 ff.; Spengler, Untergang, II, S. 631 f.

54 Petzold, Wegbereiter, S. 83.

55 Ebenda, S. 262.

56 Zu den Zeitungen unter der Kontrolle von Stinnes siehe Paul Ufermann, Stinnes und seine Konzerne, Berlin 1924, S. 64; Zeitungsverlag vom 14. 5. 1920, S. 20; Emil Sorg, Die deutschen Zeitungskonzerne der Gegenwart mit Einschluß des Nachrichten- und Anzeigengewerbes, ms. Diss., Heidelberg 1924, S. 52–57, S. 91 f.; Holzbach, Hugenberg, S. 77.

57 Spengler an Escherich am 9. 7. 1922, in: Spengler, Briefe, S. 208.

58 Escherich hatte während des Ersten Weltkrieges in den Wäldern von Bialowies eine der wichtigsten Produktionsstätten für die Rohstoffversorgung mit Holz geschaffen. Er beschäftigte an die 10000 Zwangsarbeiter und schuf eine der größten Holzverwertungsanlagen der Welt; Horst G. W. Nußer, Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918–1933, München 1933, S. 74.

59 Spengler an Escherich am 5. 9. 1922, in: Spengler, Briefe, S. 212. Um welche Zeitungen es sich handelte, erwähnt Spengler in seinem Brief nicht.

60 Escherich an Spengler am 9. 9. 1922, Nachlaß Spengler, Supplement, Mappe Escherich.

61 Spengler an Reusch am 3. 1. 1923, in: Spengler, Briefe, S. 324 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lenkungszentrale gedacht war. Etwas vage teilte er Reusch am 7. Oktober 1922 mit, in den letzten Wochen sei „in München eine Organisation begonnen worden, die sich mit einer Seite des Pressewesens befaßt"[62]. Spengler bat Reusch, Major a. D. Wäninger, dem journalistischen Leiter dieses Büros, zu dessen Tätigkeit es keine gesicherte Erkenntnis gibt[63], in München eine abgelegene Wohnung zu besorgen, damit dieser möglichst unbeobachtet und in aller Stille seiner Arbeit nachgehen könne. Gesichert sind lediglich die Beziehungen des Wäningerschen Büros zu Hugenbergs Auslandsnachrichtendienst „Deutscher Überseedienst". Dieser „Deutsche Überseedienst" finanzierte das Wäningersche Büro, wobei aber immer wieder Stockungen in den Zahlungen auftraten. Bereits kurz nach Gründung des Büros klagte Spengler bei Hugenberg, trotz verschiedener Besprechungen und Zusagen habe Wäninger nichts erhalten. Man scheine sich auf den Standpunkt zu stellen, Hugenbergs Aufträge einfach durch Stillschweigen übergehen zu können. Auf Wunsch des Geschäftsführers des „Deutschen Überseedienstes" in München, des Grafen von Marogna-Redwitz[64], werde Wäninger zwar seinen Dienst weiter versehen, doch müsse endlich ein angemessener Betrag angewiesen werden[65].

Im Dezember 1922 waren die entsprechenden Gelder noch nicht eingetroffen. Diesmal mahnte Vögler sie bei Hugenberg an[66]. Es scheint, daß auch von Flottwell, der nach München übersiedelte, in dem Büro eine Rolle spielen sollte; auch hier hatte Hugenberg Zahlungen zugesagt, die Cossmann erst anmahnen mußte[67]. Reusch zahlte im Oktober 1922 einen Betrag von 100000 Mark auf ein Separatkonto des Bankhauses Schneider & Münzing, weitere 150000 im Januar 1923 und 3,5 Millionen im Juni 1923, als die Inflation bereits sehr weit fortgeschritten war[68]. Hugenberg, der das Unternehmen Spenglers von Anfang an nur recht halbherzig gefördert hatte, wofür möglicherweise die Beteiligung Reuschs und das Engagement Wäningers bei der DVP der Grund waren, verlor im Laufe des Jahres 1923 völlig das Interesse daran. Zwar erklärte er sich auf Escherichs Drängen auf dem Höhepunkt der Inflation nochmals bereit, 50 Zentner Roggenrentenbriefe dafür zu geben, fügte aber hinzu, er wolle sich mit dieser Summe endgültig loskaufen[69]. Zur

---

[62] Spengler an Reusch am 7. 10. 1922, in: ebenda, S. 216.

[63] Bei Holzbach, Hugenberg, S. 149, werden Vermutungen angestellt, die die benutzte Quelle nicht bestätigt.

[64] Er war im Ersten Weltkrieg zeitweise im Inlandsnachrichtendienst der Obersten Heeresleitung beschäftigt.

[65] Spengler an Hugenberg am 12. 10. 1922, in: BA Nachlaß Hugenberg 27.

[66] Holzbach, Hugenberg, S. 147.

[67] Hugenberg an Cossmann, 30. 12. 1922, Cossmann an Hugenberg, 2. 1. 1923, Flottwell an Cossmann, 7. 10. 1922, Spengler an Cossmann, 10. 10. 1922; Bayerisches Hauptstaatsarchiv V, Nachlaß Cossmann, 6.

[68] Reusch an Spengler am 22. 10. 1922 und 18. 6. 1923, Reusch an Schneider & Münzing am 18. 6. 1923, Reusch an Württembergische Vereinsbank, Stuttgart, am 18. 6. 1923, Nachlaß Spengler, Kasten Reusch, Mappe 22–24; Reusch an Spengler am 10. 1. 1923, in: Spengler, Briefe, S. 236.

[69] Diese Summe entsprach damals 300 Millionen Mark. Hugenberg an Spengler am 25. 8. 1923, in: Spengler, Briefe, S. 263 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Arbeit des Büros zeigen die vorhandenen Quellen nur, daß auf irgendeine Weise eine Aktion zugunsten des als reichstreu geltenden Escherich unternommen wurde, den der Monarchist und Separatist Pittinger aus seiner Stellung bei den bayerischen Einwohnerwehren verdrängt hatte. Vermutlich bauschte aber Spengler die Bedeutung des Büros Wäninger in dieser Angelegenheit auf, um die Wichtigkeit seiner Unternehmungen zu demonstrieren und um so weitere Gelder herauszuschlagen[70]. Die unveröffentlichten Briefe Spenglers geben über die Zahlungen von Reusch Aufschluß, wobei allerdings unklar bleibt, ob die Angaben vollständig sind. Vöglers Engagement läßt vermuten, daß neben Reusch und Hugenberg auch Stinnes Zuschüsse gab. Reusch zahlte im Oktober 1922 100000 M. Wenn man annimmt, daß Hugenberg und Stinnes eine ähnliche Summe zur Verfügung stellten, so kam insgesamt angesichts der damaligen Inflationsentwicklung kein sehr bedeutender Betrag zusammen. Eine Summe von bestenfalls 300000 Mark pro Monat hätte nach damaligen Standards vielleicht ausgereicht, um einen Auslandskorrespondenten zu finanzieren, aber bestimmt nicht, um Spengler die Verwirklichung seiner hochfliegenden Pressepläne zu ermöglichen.

Spengler versuchte mehrfach, ein Treffen zwischen den wichtigsten Schwerindustriellen und Presseexperten zustandezubringen, um die Durchführung seiner pressepolitischen Machtpläne voranzutreiben[71]. Zwar kam es dann im Rahmen der „Gäa" zu einer Begegnung von Spengler, Hugenberg, Vögler, Quaatz, Cossmann und Eduard von Flottwell, auf der man sich über Pressefragen besprach[72]. Konkretes scheint aber dabei nicht herausgekommen zu sein. Vor allem Stinnes, dessen Beteiligung Spengler für unabdingbar hielt, entzog sich einer Begegnung mit den übrigen immer wieder[73].

Spengler setzte mit seinen Aktivitäten auch noch an anderer Stelle an. Im Dezember 1922 wollte er sich mit dem Direktor der Hugenbergschen „Ala Anzeigen AG", Andrew Thorndike, treffen[74], vermutlich um mit ihm über seinen Plan einer gezielten Anzeigenvergabe an rechte Zeitungen zu verhandeln. Da die Ala keineswegs eine Monopolstellung innehatte, sondern in hartem Konkurrenzkampf mit der Mosseschen Anzeigenexpedition stand, konnte sie sich aber eine Politik, wie sie Spengler vorschwebte, gar nicht leisten. In diesem Konkurrenzverhältnis konnte es das Unternehmen nicht riskieren, den Zeitungen Bedingungen zu stellen[75]. Bei der Vergabe von Inseraten war auch die Werbebreite einer bestimmten Zeitung oft

[70] Spengler an Hugenberg am 17. 11. 1922, in: BA Nachlaß Hugenberg 27; vgl. Spengler an Cossmann, 26. 9. 1922; Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Nachlaß Cossmann, 6.

[71] Ebenda; Spengler an Reusch am 30. 11. 1922, in: Spengler, Briefe, S. 226.

[72] Spengler an Hugenberg, undat. Schreiben beim Brief vom 17. 11. 1922, in: BA, Nachlaß Hugenberg 27.

[73] Spengler an Escherich am 9. 7. 1922, in: Spengler, Briefe, S. 208; Reusch an Spengler am 2. 12. 1922, in: ebenda, S. 227.

[74] Spengler an Hugenberg am 17. 11. 1922, in: BA, Nachlaß Hugenberg 27.

[75] Dankwart Guratzsch, Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums, Düsseldorf 1974, S. 222 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wichtiger als ihre politische Tendenz. Die Anzeigen der Schwerindustrie, die am ehesten einer Bevorzugung der nationalliberalen und nationalkonservativen Presse zuneigte, machten ohnehin nur einen Bruchteil des gesamten Anzeigenvolumens aus. In den übrigen Kreisen von Industrie und Handel war man auf eine effektive Werbung angewiesen und konnte bei der Vergabe von Anzeigen an Zeitungen nicht allzu wählerisch sein. Auch die große Mehrheit der Ala-Gesellschafter war nicht bereit, eine spezielle Verpflichtung bei der Vergabe ihrer Anzeigenaufträge einzugehen[76].

Ob Spengler auch Schritte unternahm, um das von ihm vorgeschlagene Rechtsanwaltsbüro zum Kampf gegen die linksstehende Presse zustandezubringen, läßt sich nicht nachweisen. Die Sympathien der Justiz für die politische Rechte hätten einem solchen Büro durchaus gewisse Erfolgschancen eröffnet. Das Instrument der Berichtigung war aber wohl nicht die tauglichste juristische Waffe. Aus diesem Grund hielt sich ein Mann wie Stinnes an das Prinzip, sich um Zeitungsangriffe nicht zu kümmern[77]. Spengler mußte sich später selbst in einer eigenen Angelegenheit davon belehren lassen, daß mit dem Berichtigungszwang nicht allzuviel anzufangen war[78].

Trotz des Ausbleibens greifbarer Erfolge ließ sich Spengler zunächst nicht entmutigen. Seine Hoffnungen auf Hugenberg hatten sich nicht erfüllt. Was Hugenberg schon dem ihm nahestehenderen Claß verweigert hatte, war er noch weniger bereit, für den ihm ferner stehenden Spengler zu tun. Spenglers Wert für Hugenberg bestand allein in seinen weitreichenden Kontakten und in seinem Ansehen als Geschichtsphilosoph, der eine der Industrie genehme und für sie nützliche Weltanschauung propagierte. Einem solchen Außenseiter eine wirkliche zentrale Machtstellung in der deutschen Presse aufbauen zu helfen, die seine eigene vielleicht noch übertroffen hätte, kam Hugenberg nicht in den Sinn. Hugenberg begnügte sich mit der Ausgabe einiger allgemeiner, grundsätzlicher Richtlinien, deren Einhaltung seine Vertrauensleute bei den Zeitungen garantierten. Vor allem achtete er immer penibel auf den geschäftlichen Erfolg, zumindest darauf, daß Verluste nicht überhandnahmen. Spengler dagegen strebte wie Claß eine rigorose Überwachung der Zeitungen an und war damit nicht gerade ein Garant für finanziellen Gewinn.

Es war ein Hauptfehler in Spenglers Kalkulation, die Gegensätze zwischen Hugenberg einerseits und Reusch und Haniel andererseits zu unterschätzen. In den von Cossmann geleiteten Münchner Neuesten Nachrichten waren beide Seiten im Hintergrund finanziell engagiert; Hugenberg übte zusätzlich dadurch Kontrolle aus, daß die Münchner Neuesten Nachrichten in einem Vertragsverhältnis zur Vera Verlagsanstalt standen. Cossmann mißtraute von Anfang an dem Generaldirektor dieses Unternehmens, Gerschel, der einst für den Ullstein-Konzern gearbeitet und angeblich wieder dorthin zurückgewollt hatte. Außerdem behauptete Cossmann, die

[76] Wilhelm Herrmann, Die Geschichte der Ala. Eine zeitungswissenschaftliche Studie, Frankfurt am Main 1938, S. 27 f.

[77] Spengler an Reusch am 9. 9. 1923, in: Spengler, Briefe, S. 268.

[78] Davidsohn an Spengler am 12. 8. 1924, in: ebenda, S. 345.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vera habe versucht, sich durch Maschinenverkäufe auf Kosten der Münchner Neuesten Nachrichten zu bereichern[79]. Der Vertreter der übrigen Anteilsinhaber, Seitz, und Cossmann, die mit Gerschel in einem Arbeitsausschuß saßen, verweigerten schließlich jede weitere Zusammenarbeit mit ihm[80].

Der Spengler nahestehende Eduard von Flottwell schrieb Cossmann am 15. Oktober 1922, es müsse möglichst schnell etwas erreicht werden, um die geplante Kontrolle über die wichtigsten Thüringer Zeitungen zu erreichen, da die Vera eine ähnliche Aktion plane und durch Hugenbergs „Ungeschicklichkeit in Pressesachen" die betreffenden Zeitungen dann ruiniert würden[81]. Martin Spahn schwebten ein süddeutscher und ein norddeutscher Komplex von Finanziers vor, die sich jeweils in mehrere Gruppen aufteilen und eine größere Zahl von Zeitungen unter Kontrolle bringen sollten. Der norddeutsche Komplex sollte sich unter anderem aus einer Gruppe Hugenberg, einer Gruppe Stinnes-Vögler, einer Gruppe Haniel-Reusch und einer Gruppe Thyssen zusammensetzen[82]. Auch er wollte dabei aber die Vera ausgeschaltet wissen, wenn auch eine Zusammenarbeit mit ihr nicht ausgeschlossen sein sollte. Während Cossmann und bis zu einem gewissen Grade auch Spahn die Differenzen zwischen den Interessen Hugenbergs und denen der anderen Industrieherren, die sich auch in der Presse engagiert hatten, bewußt waren, glaubte Spengler, sie ohne weiteres überspielen und die Betreffenden unter einen Hut bringen zu können[83]. Seine Hauptsorge war es, daß die „große Aktion" zu langsam vorankäme und die Leitung auf die Gegenseite übergehe, d. h. Ullstein und Mosse ihren Einfluß ausweiten könnten[84]. Er versuchte nun, über Reusch und die von Cossmann kontrollierte „Gäa" weiterzukommen. Am 28. Juli 1923 bat er Reusch, an einem Treffen dieses Kreises teilzunehmen, auf dem über Presse- und Nachrichtenfragen verhandelt werden sollte. Auch Vögler, Hugenberg und sein Generaldirektor Ludwig Klitzsch und einige Vertreter des Vorstands des Vereins Deutscher Zeitungsverleger wollten anwesend sein[85]. Cossmann hatte inzwischen nach dem Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet im Rahmen der „Gäa" eine großangelegte nationale Propagandakampagne gestartet und hatte deshalb den alten Kreis aus dem „Volksausschuß für die rasche Niederkämpfung Englands" reaktiviert, der 1916 bis 1918 einen großen Einfluß auf die wichtigsten Münchner Zeitungen ausgeübt hatte[86]. Als Zentrale für die Propagandaaktion kristallisierte

[79] Cossmann an Mann, 31. 12. 1920; Bayerisches Hauptstaatsarchiv V, Nachlaß Cossmann, 7.
[80] Cossmann an Spahn, 10. 1. 1921; ebenda, 12.
[81] Flottwell an Cossmann, 15. 10. 1922; ebenda, 6.
[82] Spahn an Cossmann, 31. 10. 1920; ebenda, 12.
[83] Spengler an Cossmann, 16. 12. [1922]; ebenda, 6.
[84] Spengler an Cossmann, 10. 10. 1922; von Flottwell an Cossmann, 2. 10. 1922; ebenda.
[85] Spengler an Reusch am 27. 8. 1923, in: ebenda, S. 264.
[86] Karl Alexander von Müller, Im Wandel einer Welt. Erinnerungen 1919–1932, Bd. 3, München 1966, S. 149f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich die „Pressestelle Ruhr-Rhein" in Essen heraus[87]. Ihr Leiter Gerhard von Janson war einst als Offizier im Nachrichtenbüro von Tirpitz tätig gewesen, der Cossmann politisch stets besonders nahestand[88]. Spenglers Rolle innerhalb dieser von der rheinischen (u. a. Stinnes-Konzern und Gutehoffnungshütte) und der Berliner Industrie (Siemens, AEG, Borsig) und vom Hugenbergschen Scherl-Konzern aufgezogenen Propagandastelle beschränkte sich darauf, beratende Vorschläge zu machen und von der Reichsregierung Informationen für die Inhalte der Propaganda zu beschaffen[89]. Auch mit dem Verein Deutscher Zeitungsverleger hielt er wegen der Propaganda gegen die Ruhrbesetzung Verbindung[90]. Spengler war mit den Zeitungen unzufrieden. Zwar erhielten sie ständig Propagandanotizen, „aber die Presse selbst taugt nichts, weil ihre Organisation keinen Schritt vorwärts gekommen ist"[91]. Die Verleger glaubten, die Krise sei schon überstanden und die Redakteure zögen ihre eigenen Stilübungen den ihnen zugehenden Notizen vor. Trotz aller Hoffnungen Spenglers und allem Interesse, das die Gutehoffnungshütte und angeblich auch Hugenberg an der „Organisation Klingenberg" – wie die „Pressestelle Rhein Ruhr" nach dem Nachfolger Jansons hieß – zeigten[92], kam Spengler seinem Ziel auch auf diesem Weg nicht näher.

Nachdem er mit seinem Plan der Schaffung einer geheimen Pressezentrale nicht weitergekommen war, versuchte er, wenigstens mit Hilfe seiner persönlichen Beziehungen zu Münchner Tageszeitungen etwas zu erreichen, und lancierte Anfang Oktober 1923 eine Kampagne gegen die Regierung Stresemann. Er wählte dazu einen Zeitpunkt, zu dem die Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich ohnehin sehr gespannt waren, da der neuernannte Generalstaatskommissar Gustav von Kahr den Vollzug des vom Reichswehrminister Geßler verhängten Verbots des nationalsozialistischen „Völkischen Beobachters" verweigerte. Ähnlich wie Kahr erwartete sich auch Oswald Spengler viel von der Errichtung einer Diktatur im Reich. Spenglers Favorit war dabei General von Seeckt. Reusch sorgte dafür, daß Spengler, der sich schon als Pressechef eines Direktoriums sah, Seeckt seine Vorstellungen persönlich vortragen konnte[93]. Spengler war jedoch von Seeckt enttäuscht, den er bald als ausgesprochenen Opportunisten betrachtete[94]. Als mögliche Alternative schwebte ihm dann eine von Escherich oder von Kahr geleitete Diktatur vor[95].

---

87 Zur Aktivität dieser Organisation siehe Manuskript Blank, 1924/1925, Nachlaß Spengler, Kasten B–E.

88 Holzbach, Hugenberg, S. 146.

89 Spengler an Cossmann, 17. 2. 1923; Bayerisches Hauptstaatsarchiv V, Nachlaß Cossmann, 6. Blank an Cossmann, 5. 3. 1923, ebenda, 8.

90 Cossmann an das Berliner Büro der Münchner Neuesten Nachrichten, 12. 2. 1923; ebenda, 6. Cossmann an Krumbhaar, 22. 2. 1923, Krumbhaar an Spengler, 24. 2. 1923; ebenda, 11.

91 Spengler an Cossmann, 22. 2. 1923; ebenda.

92 Reusch an Spengler am 18. 3. 1923, in: Spengler, Briefe, S. 243; Blank an Spengler am 5. 3. 1923, in: ebenda, S. 239 f.; Spengler an von Janson am 9. 9. 1923, in: ebenda, S. 266 f.

93 Koktanek, Oswald Spengler in seiner Zeit, München 1968, S. 289; Spengler, Briefe, S. 265 f.

94 Spengler an Reusch am 31. 10. 1923, in: Spengler, Briefe, S. 284.

95 Koktanek, Spengler, S. 295.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Voraussetzung für die Realisierung von Spenglers Plänen war der Sturz der Regierung Stresemann, die Spengler von Anfang an abgelehnt hatte[96]. Er hoffte dabei auch auf Unterstützung aus der Industrie, der er Stresemann als besondere Bedrohung darstellte. Am 9. September 1923 schrieb er an Reusch, er habe vertraulich durch den Hauptgeschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Reichert erfahren, daß die Regierung den Versuch mache, das Odium für den Abbau des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet auf die Industrie abzuwälzen. Spengler forderte deshalb von Reusch, es müsse sofort ein Protest organisiert werden, der die Unterschriften aller wichtigen Persönlichkeiten des Ruhrgebiets trage. Kurz darauf ging er von der Abwehr zum Angriff über. In München reichte Spenglers Einfluß so weit, daß er die von Hugenberg beeinflußte München-Augsburger Abendzeitung und die wichtigste Zeitung am Ort, die von Cossmann dirigierten Münchner Neuesten Nachrichten, veranlassen konnte, gleichzeitig am 6. Oktober 1923 eine scharfe Polemik gegen Stresemann zu eröffnen[97]. Außerdem bat er von Janson, alles zu tun, um die Polemik auch in die Berliner Presse und in den Provinzzeitungen weiterzutragen.

Die München-Augsburger Abendzeitung und die Münchner Neuesten Nachrichten reagierten prompt. Die Münchner Neuesten Nachrichten fanden die Bildung der zweiten Regierung Stresemann unverständlich und schrieben am 6. Oktober 1923: „Wir haben in Deutschland im Augenblick die Sachlage, daß die bisherige Regierung nicht nur ihr persönliches Vertrauen verwirkt hat, sondern daß auch das Ergebnis ihrer Regierung eine außerordentliche Schädigung des deutschen Volkes darstellt. Trotzdem erleben wir erneut, daß der für diesen Fehlschlag verantwortliche Staatsmann wieder mit der Neubildung beauftragt, also der Mann des verbrauchten Vertrauens künstlich und wider die Volksstimmung erneut mit der Macht über den Staat betraut wird!“[98]

In der vor allem auf Beamtenkreise wirkenden München-Augsburger Abendzeitung schrieb der Hugenberg sehr nahestehende Herausgeber, Pfarrer Gottfried Traub, höchstpersönlich am gleichen Tag einen Artikel gegen den Reichskanzler Stresemann, einen Artikel, in dem er ihm Tatenlosigkeit vorwarf: „Was geschah denn in den letzten vierzehn Tagen im Auswärtigen Amt? Nichts! Die kostbare Zeit wurde vertrödelt mit Kabinettsumbildungen (. . .) Herr Stresemann brachte uns Hilferding als Finanzminister. Er ist verschwunden. Was ist's mit all seinen Plänen und Steuer- und Devisenverordnungen? Wir rühren für diesen Herrn gewiß keinen Finger. Aber unerträglich ist es, daß der verantwortliche Reichskanzler wieder dasteht, als wäre überhaupt nichts geschehen (. . .) Das wird noch unerträglicher, wenn man sich überlegt, daß die ganze Aufgabe des passiven Widerstandes dem deutschen Volke nicht nur nichts genützt, sondern unendlich geschadet hat

[96] Spengler an Reusch am 17. 8. 1923, in: Spengler, Briefe, S. 260.
[97] Spengler an von Janson am 5. 10. 1923, in: ebenda, S. 273.
[98] MNN vom 6. 10. 1923, S. 1.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(...) Nun hat Herr Stresemann dem Volk eine einfache Farce vorgespielt: die alte Koalition kommt wieder! Das deutsche Volk verbietet sich solchen Betrug."[99] Dieser Artikel löste prompt Spannungen zwischen dem Herausgeber der Zeitung und derem Verlagsdirektor aus[100]. Während Traub mit seinem von Spengler inspirierten Artikel auch die Linie Hugenbergs vertreten hatte, stand der Verlagsdirektor der Zeitung, Lippold, der Deutschen Volkspartei nahe. Die Zeitung hatte deren Interessen auf Grund eines Vertrags neben denen der Deutschnationalen zu vertreten. Der Verlagsdirektor bezeichnete überdies Traubs Linie als geschäftsschädigend. Da Hugenberg Traub aber stets die Stange hielt, konnte dieser auch weiterhin seinen Kurs durchsetzen. Traub versuchte mit einem Rundbrief an einflußreiche konservative Persönlichkeiten die publizistische Aktion gegen Stresemann im ganzen Reich weiterzuführen, ohne aber anscheinend auf ein großes Echo zu stoßen[101].

Auch die Münchner Neuesten Nachrichten wollten die Kampagne ausweiten. Der ehemalige Konteradmiral und jetzige Vertreter der deutschnationalen Linie in der Redaktion, Waldemar Vollerthun, bat seinen alten Chef Tirpitz am 13. Oktober 1923 um einen Beitrag für die Zeitung, um die Kampagne gegen Stresemann noch durchschlagskräftiger zu machen[102]. Tirpitz ließ sich aber nicht aus der Reserve lokken, obwohl Vollerthun ihn durch den Artikel in Süddeutschland dem Volk als „den wahren Staatsmann, nach dem es ruft", präsentieren wollte. Eduard von Flottwell, der weiter mit Spengler zusammenarbeitete, versuchte auf einer Reise durch Mittel- und Norddeutschland vom 17. bis zum 23. Oktober 1923 ebenfalls erfolglos bei den dortigen Provinzzeitungen um Sympathien für den Kampf Kahrs gegen die Regierung Stresemann zu werben[103].

Spengler bemühte sich trotz des geringen Erfolgs der von ihm initiierten Pressekampagne weiter hinter den Kulissen, den Sturz Stresemanns und die Etablierung der Diktatur voranzutreiben. Von Janson bat er, in Ostpreußen dafür zu werben[104]. Der rechtsstehende DVP-Abgeordnete Quaatz sollte nach Meinung Spenglers im Reichstag offen gegen Stresemann auftreten[105]. Als Alternative schlug er Quaatz vor, Stresemann in einem Zeitungsartikel anzugreifen. Quaatz hatte dies aber bereits im Hugenbergschen „Tag" ohne großen Erfolg getan[106].

Im Dezember 1923 kritisierte Spengler dann verärgert die Münchner Neuesten

---

[99] MAA vom 7. 10. 1923, S. 1 f.; Hervorhebungen im Original. (Die Zeitung wurde jeweils um einen Tag vorausdatiert. Tatsächlich erschien der Artikel bereits am Nachmittag des 6. 10. 1923.) Der Artikel gelangte Stresemann direkt zur Kenntnis; Henry Bernhard (Hrsg.), Gustav Stresemann. Vermächtnis, I, Berlin 1932, S. 155.

[100] Traub an Hugenberg am 12. 10. 1923, in: BA, Nachlaß Hugenberg 29.

[101] Traub-Rundbrief vom 23. 10. 1923, in: BA, ebenda.

[102] Vollerthun an Tirpitz am 13. 10. 1923, in: BA-MA, Nachlaß Tirpitz, N 253/168.

[103] Bericht Flottwells, undat., in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv IV, Bund Bayern und Reich I, 1,2.

[104] Spengler an von Janson am 30. 10. 1923, in: Spengler, Briefe, S. 281 f.

[105] Spengler an Quaatz am 30. 10. 1923, in: ebenda, S. 282 f.

[106] Quaatz an Spengler am 31. 10. 1923, in: ebenda, S. 283 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nachrichten, die den Kampf nicht radikal genug geführt und Material über das Privatleben Stresemanns nicht gegen ihn ausgeschlachtet hätten[107]. Wenn die Abhängigkeit von Finanzgruppen auf die politischen Entschlüsse einwirke, so sei es die Pflicht der Presse, dies rücksichtslos aufzudecken[108]. Trotz aller Anstrengungen war es letzten Endes nicht der Agitation der bayerischen Presse zu verdanken, daß Stresemann als Reichskanzler schließlich zu Fall kam. Die heftige Kritik, die Spengler auch mündlich an den Münchner Neuesten Nachrichten geübt hatte, die er als „Käseblatt" bezeichnete, dürfte dazu geführt haben, daß Cossmann sein Interesse an ihm verlor, was wichtiger war als die Tatsache, daß Reusch und Hugenbergs rechte Hand, Kapitän Mann, ihm beipflichteten[109].

Noch immer gab aber Spengler seinen großen Traum einer geheimen Pressezentrale nicht auf. Nachdem ihm seine Verbindungen zur Schwerindustrie nicht recht weitergeholfen hatten, versuchte er über einen Kreis von Hamburger Exportkaufleuten, sein ursprüngliches Ziel doch noch zu erreichen. In Hamburg hatten hanseatische Wirtschaftskreise mit Unterstützung der Reichsregierung anläßlich des Kampfes gegen die französische Besatzungsmacht im Ruhrgebiet einen „Aufklärungs-Ausschuß der Handelskammer Hamburg" gegründet[110]. Motor des Unternehmens war Dr. Kurt Johannsen, der sich von seiner Tätigkeit als Studienrat beurlauben ließ, um die Geschäftsführung des Ausschusses zu übernehmen, der sich vor allem der Auslandspropaganda auf handelspolitischem und darüber hinaus auch auf allgemein politischem Gebiet widmete[111]. Die Pressestelle des Auswärtigen Amts und die Reichsstelle für Außenhandel gaben für die Verbreitung von Artikeln im Ausland Zuschüsse. Ihrerseits erhielten diese amtlichen Stellen seitens des Aufklärungsausschusses vertrauliche Berichte über die Stimmung im Ausland[112]. Auch die Industrie des Ruhrgebietes interessierte sich für den Auslandsdienst dieses Ausschusses. Hugenberg erwog, den mit Spengler bekannten deutschnationalen Kaufmann Roderich Schlubach, Teilhaber der Firma „Schlubach, Thiemer & Co, Bankiers, Export und Import", der eine wichtige Rolle in dem Aufklärungsausschuß spielte, in den Ausschuß der seinem Konzern angegliederten Nachrichtenagentur, der Telegraphenunion, aufzunehmen, um eine allzu enge Anlehnung des Aufklärungsausschus-

[107] Spengler an Coßmann am 1. 12. 1923, in: ebenda, S. 289.

[108] Spengler spielte wahrscheinlich auf die Verbindung Stresemanns zum Direktor der Deutschen Evaporator AG, Litwin, an, die Stresemann in ein schiefes Licht rückten und ihm auch noch später in einem Prozeß zu schaffen machten; Hans W. Gatzke, Stresemann und Litwin, in: VfZ 5 (1957), S. 76–90.

[109] Cossmann an die Mitglieder des Gesellschafterausschusses von Knorr & Hirth, 15. 11. 1923, Cossmann an Spengler, 15. 11. 1923, Mann an Cossmann, 17. 12. 1923; Bayerisches Hauptstaatsarchiv V, Nachlaß Cossmann, 7; Spengler, Briefe, S. 293.

[110] Engelbert Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik und die Sudetenkrise, München 1979, S. 75.

[111] Emil Helfferich, 1932–1946. Tatsachen. Ein Beitrag zur Wahrheitsfindung, Jever 1969, S. 65.

[112] Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 55; Heinz Starkulla, Organisation und Technik der Pressepolitik des Staatsmannes Gustav Stresemann (1923–1929). Ein Beitrag zur Pressegeschichte der Weimarer Republik, ms. Diss., München 1952, S. 108.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ses Hamburg an das amtliche Wolffsche Telegraphenbureau zu verhindern[113]. Johannsen baute in jahrelanger Arbeit in der ganzen Welt ein Netz von Vertrauensleuten auf, die ausländische Zeitungen mit Artikeln über Deutschland belieferten[114]. Der Ausschuß besorgte die Übersetzung in die entsprechenden Fremdsprachen. Zum kleineren Teil handelte es sich um offiziell gezeichnete Originalbeiträge deutscher Politiker und Wirtschaftsführer, zum großen Teil um anonymes Material, das auf diesem Weg in die ausländische Presse gelangte. Gegen Ende der Weimarer Republik hatte der Ausschuß 350 Vertrauensstellen im Ausland, die 750 Zeitungen mit Informationen versorgten. Es handelte sich um Zeitungen in 16 verschiedenen Sprachen mit einer Gesamtauflage von rund 16 Millionen[115]. Der Aufklärungs-Ausschuß Hamburg gab sich als Quelle des Auslandsdienstes nach außen hin nicht zu erkennen.

Spengler schlug von Janson vor, sich gemeinsam mit Freundt vom Stinnes-Konzern und dem Vorsitzenden des Vereins südwestdeutscher Zeitungsverleger, dem Verlagsdirektor der Karlsruher Zeitung, Knittel, mit dem Aufklärungsausschuß über Pressefragen abzusprechen[116]. Er sah jetzt „die Möglichkeit, die Sache endlich zu einem günstigen Abschluß zu bringen und gleichzeitig die Abhängigkeit von der Industrie durch eine außerordentliche Verbreiterung der Basis auszuschalten"[117]. Er glaubte, falls er den Förderkreis des Ausschusses, in dem führende Banken und industriellen Konzerne vertreten waren, gewänne, würde sich auch Stinnes stärker interessieren. Vermutlich hoffte Spengler, die Verbindungen ließen sich auch für die von ihm noch immer nicht aufgegebene Idee der geheimen Presselenkung für innenpolitische Zwecke nutzen. Auch auf diesem Weg kam Spengler aber augenscheinlich nicht weiter. Im März 1924 gestand er Reusch verbittert sein Scheitern ein: „Ich bedaure es gerade jetzt wieder, daß alle meine Bemühungen, der Industrie wirkliches Interesse an Zeitungsfragen einzuflößen, vergeblich geblieben sind (...) Es wäre in den Zeitungskrisen von 1922 und 23 leicht gewesen, eine mächtige Organisation aufzubauen, die heute auf die Weltmeinung entscheidenden Einfluß haben würde (...) Mit einem verschwindenden Bruchteil der heute erpreßten Monatsraten wäre in der Presse alles zu machen gewesen."[118]

Spenglers Rolle beschränkte sich seit 1924 nur mehr auf seine eigene publizistische Tätigkeit, deren politische Wirkung zweifellos nicht sehr bedeutend war, für die er sich aber, um seinen Artikeln eine große Verbreitung zu sichern, weiter seiner alten Verbindungen bediente[119]. Daneben berichtete er Reusch weiterhin über seine

---

[113] Cossmann an Hugenberg am 15. 10. 1923 und Hugenberg an Cossmann am 17. 10. 1923, in: BA, Nachlaß Hugenberg 10, Cossmann an Hugenberg, 10. 9. 1923; Bayerisches Hauptstaatsarchiv V, Nachlaß Cossmann, 10.

[114] Helfferich, Tatsachen, S. 66; Starkulla, Stresemann, S. 107.

[115] Schwarzenbeck, Nationalsozialistische Pressepolitik, S. 55.

[116] Spengler an von Janson am 15. 10. 1923, in: Spengler, Briefe, S. 276f.

[117] Ebenda.

[118] Spengler an Reusch am 12. 4. 1924, in: ebenda, S. 305.

[119] Blank an Spengler am 14. 11. 1925, Nachlaß Spengler, Kasten B–E, Mappe Escherich, Janson, Blank.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beobachtungen aus der Münchner Presse und der bayerischen Politik. Mit seinen gigantomanischen Plänen war er ganz und gar gescheitert.

Daß die Idee der zentralen Lenkung und Überwachung unter den damaligen politischen Bedingungen nichts als ein phantastischer Kleinbürgertraum war, sollten auch andere erfahren, die sich mit ähnlichen Plänen wie Spengler trugen. Der Presseexperte der Deutschnationalen Volkspartei, von Lindeiner-Wildau, verfolgte einen Plan zur zentralen Lenkung der Zeitungen des Hugenberg-Konzerns und scheiterte damit, obwohl er bessere Voraussetzungen hatte. Er war nicht nur von 1919–1921 Geschäftsführer der Partei und anschließend bis 1924 politischer Beauftragter des Parteivorstandes, sondern auch Geschäftsführer der Mutuum Darlehens AG, einer der Firmen des Hugenberg-Konzerns[120]. Auch er setzte sich jedoch mit seiner Konzeption nicht durch[121], vermutlich weil Hugenberg aus geschäftlichen und machtpolitischen Gründen keine enge Bindung des von ihm kontrollierten Konzerns an die Partei wollte. Auch der Hugenberg sehr nahestehende und seinem Konzern verbundene ehemalige Leiter des deutschen Genossenschaftswesens in Posen, Leo Wegener, entwickelte einen Plan nicht nur zur politischen Lenkung der Konzernzeitungen, sondern zur Koordinierung aller rechtsstehenden deutschen Zeitungen durch ein verborgenes Gremium. Wegener kritisierte 1925 in einer Denkschrift[122], die rechtsstehenden Verleger seien auf den kaufmännischen Erfolg bedacht und verzichteten darauf, ihre Redakteure politisch zu beeinflussen. Als Voraussetzung einer erfolgreichen deutschen Außenpolitik hielt es Wegener für unumgänglich, daß den Redakteuren der rechtsstehenden Zeitungen genaue Zielsetzungen vorgegeben würden. Den Weg dazu glaubte er wie Spengler geebnet durch die Auswirkungen der Inflation, die viele bürgerlich-nationale Zeitungen in Not gebracht und zum Anschluß an den Hugenberg-Konzern und dessen Zeitungsbanken Alterum und Mutuum Darlehens AG veranlaßt hatte. Eine Reihe von rechtskonservativen Verlegern, deren Zeitungen nicht zum Hugenberg-Konzern gehörten, hatten sich zumindest der Hugenbergschen Anzeigenvermittlungsfirma „Ala Anzeigen AG" angeschlossen[123]. Das Ziel einer systematischen Bearbeitung der öffentlichen Meinung war nach Ansicht Wegeners durch eine Zeitung oder durch die Zeitungen des Hugenberg-Konzerns allein nicht zu bewältigen, sondern sollte darüber hinaus noch durch eine weitere Anzahl von Zeitungen verfolgt werden. Der Hugenberg-Konzern und die in der „Ala" versammelten Verleger stellten den Hauptansatzpunkt für ein übergreifendes Kartell der Rechtspresse dar, das sich die Aufgaben nach Wegeners Absichten nach Gebieten teilen sollte: „Damit dies auch wirkt, müssten sich die Verleger verpflichten, die Aufsicht darüber und das Anweisungsrecht dazu an einen Beistand, eine politische Oberleitung abzutreten, die aus ein, höchstens vier

[120] Zu von Lindeiner-Wildau: Holzbach, Hugenberg, S. 130.

[121] von Lindeiner an Hugenberg am 19. 12. 1923, in: BA, Nachlaß Hugenberg 21.

[122] Der Ausbau der Presse zu einem Machtmittel für das Deutsche Volk, in: BA, Nachlaß Wegener 19, fol. 126–141.

[123] Die betreffenden Zeitungsverlage sind verzeichnet in der Ala Gesellschafterliste 1921, in: Bergbauarchiv beim Deutschen Bergbau Museum, Bochum 55/16 428 (Gelsenkirchener Bergwerks AG).

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Personen bestehen darf (...) Zu den 4 Männern würden sich am besten eignen ein Grossindustrieller oder Grosskaufmann, ein Gelehrter, der vom wirklichen Leben etwas versteht, ein Reichstagsabgeordneter, der ungern redet und ein Kenner des westlichen oder östlichen Auslandes. Diese Männer hätten mit den Verlegern ihre Arbeitseinteilung zu verhandeln und ihnen die Zielrichtung anzugeben (...) Der Beistand hätte nur mit den Verlegern zu verhandeln. Sein Bestehen und seine Arbeit müsste jedem Schriftsteller unbekannt bleiben. Denn jeder Aufsatz und jedes Streben in einer Zeitung ist um so wirkungsvoller, je weniger bekannt wird, wer ihn geschrieben oder veranlasst hat. Vielleicht finden sich Beistand und Verleger zu einer Vereinigung mit regelmässigen Beratungen zusammen."[124] Wegeners Plan hatte schon deshalb wenig Aussichten, weil er eine Unterordnung der rechtsstehenden Zeitungen außerhalb des Hugenberg-Konzerns unter Hugenbergs doktrinär-reaktionäre Linie als Hintergedanken hatte. Es ist nicht anzunehmen, daß Wegener von Spengler direkt beeinflußt war, zumal Spenglers Plan nicht besonders originell war.

Auch in der Folgezeit gab es weitere intellektuelle Außenseiter, die hofften, sich mit Hilfe der Industrie und der Presse eine politische Machtstellung aufbauen zu können, ohne allerdings die Idee eines Geheimbüros für die zentrale Lenkung zu übernehmen. Zu diesen Rechtsintellektuellen, die mit ihren weitgreifenden Plänen ebenfalls Schiffbruch erlitten, zählten der Publizist und Bildhauer Arnold Rechberg[125] und der Rechtsanwalt, Politiker und Verfasser des besonders bei der Schwerindustrie beliebten Buches „Die Herrschaft der Minderwertigen", Edgar Jung[126].

In der Nachkriegszeit waren die Schwerindustriellen schon nicht mehr bereit gewesen, einem der ihren eine Monopolstellung auf dem Gebiet der Pressepolitik einzuräumen, wie sie Hugenberg bis dahin besessen hatte. Reusch und Stinnes gingen ihre eigenen Wege. Um so weniger war man bereit, Außenstehenden und insbesondere einem praxisfernen Außenseiter und Phantasten wie Spengler eine solche Macht in die Hand zu geben. 1917 hatte Spengler festgestellt, es fehle eine publizistische Macht, die nur auf dem Boden einer Partei denkbar sei[127]. Der begabte Publizist konnte nach Spenglers Ansicht, wenn er praktisch-organisatorisches Geschick hatte, eine gleichrangige politische Stellung neben dem Redner und dem Mann der Wirtschaft einnehmen. Er selbst wollte damals allerdings noch keine praktischen Konsequenzen ziehen. Nach dem Krieg gab er diesen realistischen Standpunkt auf, wohl vor allem, weil ihn seine Wirkung als Kulturphilosoph auf einige Industrielle zu Kopf gestiegen war und ihn dazu verführte, sich zu überschät-

[124] Der Ausbau der Presse zu einem Machtmittel für das Deutsche Volk, 1925, in: BA, Nachlaß Wegener 19, fol. 138 ff.

[125] Eberhard Vietsch, Arnold Rechberg und das Problem der politischen West-Orientierung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, Koblenz 1958, S. 94 f.

[126] Zu Jungs pressepolitischen Aktivitäten: Petzold, Wegbereiter, S. 207 und S. 214 f.; Karl Martin Graß, Edgar Jung, Papenkreis und Röhmkrise 1933/34, Diss., Heidelberg 1966, S. 10; die Briefe Jungs an Treviranus vom 13. 12. 1930 und an Pechel vom 23. 12. 1930, in: BA, Nachlaß Pechel 77.

[127] Spengler an Klöres am 6. 11. 1917, in: Spengler, Briefe, S. 82.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zen. Sein Freund Klöres warnte ihn vergeblich, daß die Industriekapitäne ihn nur für ihre Zwecke einspannen würden, daß er nie ein Tatmensch werden und eines Tages als lächerliche Figur vor diesen Kreisen dastehen werde[128]. Diese scharfsinnige Warnung erwies sich als ganz und gar berechtigt. Nicht einmal Reusch, der mit Spengler befreundet blieb, nahm dessen politische Pläne je sehr ernst[129]. Außer dem persönlichen Vorteil, den Spengler aus seinem unbedingten Eintreten für die Schwerindustrie zog, brachten ihm sein Pläneschmieden und seine Geschäftigkeit in den verschiedenen rechten Zirkeln nichts ein. Seine Phantasie und sein Machtdrang gaukelten ihm vor, er nehme eine ebenbürtige Stellung neben Wirtschaftsführern und Politikern ein; doch nur eine kurze Weile, während der unstabilen Zeit von 1920–1923, sah es so aus, als könne er wirklich eine gewisse politische Bedeutung erlangen.

Für Männer wie Hugenberg, Stinnes und Reusch war Spengler ohnehin nur eines der vielen Eisen, die sie im Feuer hielten. Nach dem Gießkannenprinzip hatten sie zahlreiche rechtsstehende Personen, Gruppen und Publikationsorgane gefördert. Spengler besaß nicht die praktisch-politische Bedeutung, um das Gros dieser Mittel auf sich ziehen zu können. Nicht ganz zu Unrecht sah Tucholsky, der den berühmten Geschichtsphilosophen Spengler durchschaute und ihn spöttisch einen „gipsernen Groschen-Napoleon" nannte, in ihm nur einen Stammtischpolitiker, der aussehe „wie ein geschlagener General, der in der Theorie gesiegt hat"[130].

---

[128] Koktanek, Spengler, S. 284.
[129] Herzog, Freundschaft, S. 82 f.
[130] Kurt Tucholsky, Gesammelte Werke, Bd. III, 1929–1932, Reinbek 1960, S. 877 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

JOHN GIMBEL

DEUTSCHE WISSENSCHAFTLER IN BRITISCHEM GEWAHRSAM

Ein Erfahrungsbericht aus dem Jahre 1946 über das Lager Wimbledon

Während ihres Krieges gegen Deutschland riefen Briten und Amerikaner eine Anzahl von Spezialeinheiten zur Sammlung wissenschaftlicher und technischer Informationen ins Leben. Dazu gehörten die „T-Forces", militärische Sonderkommandos, deren Aufgabe in erster Linie darin bestand, informationsträchtige Ziele in Besitz zu nehmen und zu bewachen, bis die Ausschlachtung durch Expertengruppen beginnen konnte, und dazu gehörte das „Combined Intelligence Objectives Subcommittee" (CIOS), eine britisch-amerikanische Einrichtung, die Ziele für die T-Forces auszuwählen und vorzuschlagen, dann, nach deren Inbesitznahme, für die Ausschlachtung durch Experten zu sorgen hatte[1].

Bei der Rekrutierung des Personals seiner Teams holte CIOS Ingenieure, Chemiker und sonstige Fachleute, die für diese spezielle Aufgabe versetzt werden konnten, aus den Streitkräften[2], ferner Zivilisten aus staatlichen Ämtern und Behörden wie der U. S. Foreign Economic Administration und dem britischen Versorgungsministerium; auch appellierte CIOS an Universitäten, Privatunternehmen, Forschungsinstitute und Standesorganisationen, Personen abzuordnen oder zu empfehlen, die als Berater und Ermittler in Frage kamen[3].

Die Spezialeinheiten verfolgten im wesentlichen drei Ziele: Erstens sollten sie den deutschen Kenntnis- und Entwicklungsstand festhalten, und zwar im Hinblick auf Waffen, Radar, synthetischen Gummi, synthetischen Treibstoff, Torpedos, Raketen, Düsenmotoren, Infrarot, Nachrichtenverkehr und andere Dinge, die den Alliierten

[1] SHAEF, G-2, Intelligence Directive No. 17, 27.7. 1944, Record Group (RG) 165, ABC 334.8 CID Subcmte (30 Jul 44), Sec. 1-A, National Archives (NA), Washington; CIC 63/9, 7. 2. 1945, RG 218, JCS, Central Decimal File 1942–45, CCS 319.1 (11.7. 44), Sec 2, box 133, NA; Summary, Final Action Report, T Force and T Branch, 12th Army Group, 1.7. 1945, attached to T Branch to G-2 Exec., 6.7. 1945, RG 332, USFET G-2 Section, Operations Branch, Correspondence, 1945, box 27, NA.

[2] Viele dieser Personen dienten nur während des Krieges, weshalb ihre Loyalität nach wie vor auch den Universitäten, Unternehmen und Firmen gehörte, zu denen sie nach Kriegsende zurückzukehren gedachten.

[3] TIIC, Basic Directive, RG 165, ABC 334.8, CIOS Subcmte (30 Jul 44), Sec. 1-A; JIC 220/9, 21. 2. 1945, RG 165, ABC 334.8, CIO Subcmte (30 Jul 44), Sec. 1-B, NA; TIIC, Minutes, 1st Meeting, 15. 11. 1944, RG 40, Department of Commerce, Office of Technical Services (OTS), box 157, NA.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei der Kriegführung von Nutzen sein konnten. Zweitens sollten sie herausfinden, welche wissenschaftlichen und technischen Informationen die Deutschen den Japanern überlassen hatten; damit hoffte man, den Krieg im Pazifik, nach der Niederlage Deutschlands, abkürzen zu helfen. Drittens hatten sie die Weisung, deutsche Wissenschaftler und Techniker, die auf Grund ihres Wissens zur Bewältigung der beiden ersten Aufgaben beizutragen vermochten, zu ermitteln, festzusetzen und zu befragen[4].

Für sein Vorgehen stellte CIOS, gestützt auf Informationen, die in Washington, London und im Felde selbst zusammengetragen worden waren, Listen der Ziele auf: Schwarze Listen mit Zielen von erstrangiger militärischer Bedeutung und Graue Listen mit Zielen von wissenschaftlichem und industriellem Interesse und nur möglichem militärischen Wert. Die Unterscheidung war freilich in der Praxis nicht recht durchzuhalten und mußte daher bereits im Mai 1945 aufgegeben werden; Schwarze und Graue Listen wurden vereinigt[5]. Zu den Zielen rechneten Industriefirmen, Fabriken, Forschungslaboratorien, Universitäten, wissenschaftliche und technische Institute, militärische Anlagen, Erprobungsstätten für Waffen, dazu Wissenschaftler und Techniker. All das hatten die T-Forces, während sie mit den Kampftruppen vordrangen – ihnen manchmal sogar vorauseilten –, in Besitz zu nehmen oder zu ergreifen. Nachdem die Ziele gesichert und, falls erforderlich, von Minen oder sonstigen Sprengfallen geräumt waren, folgte die systematische Ausschlachtung durch die entsprechenden Expertenteams von CIOS[6]. Wissenschaftler und Techniker wurden an Ort und Stelle befragt, und wer sich als interessant erwies, sah sich festgesetzt und in einem der Befragungszentren – von denen DUSTBIN am längsten existierte – festgehalten, um dort jederzeit für systematische Verhöre und weitere Ausbeutung zur Verfügung zu stehen[7]. Im Hinblick auf letztere wurden einige bereits nach Großbritannien (so Otto Hahn) und in die Vereinigten Staaten (so Wernher v. Braun) verbracht[8].

---

[4] CIC 63/9, 7. 2. 1945, RG 218, JCS, Central Decimal File 1942–45, CCS 319.1 (11. 7. 44), Sec. 2, box 133, NA; Arthur Paul an SecCom, 26. 11. 1945, RG 40, OTS, box 79, NA.

[5] CIOS, SHAEF (Rear), Grey List Panel Monthly Report No. 1, 25. 1. 1945, RG 218, JCS, Central Decimal File 1942–45, CCS 319.1 (11. 7. 44), Sec. 2, box 133, NA; US Group, Control Council (USGpCC), Carrier Sheet, 15. 2. 1945, RG 84, folder 37 (820.02 a – Safehaven – Gen and CIOS), box 734, NA; Am Embassy, London, an SecState, 5. 5. 1945, RG 40, OTS, box 157, NA; JIC an SHAEF, Rear, für US Sec. CIOS, 4. 5. 1945, und SHAEF, Rear, an War Dept. und SHAEF Main, 11. 5. 1945, RG 165, ABC 334.8 CIO Subcmte (30 Jul 44), Sec. 1-C, NA.

[6] Summary, Final After Action Report, T Force and T Branch, 12th Army Group, 1. 7. 1945, attached to T Branch to G-2 Exec., 6. 7. 1945, RG 332, USFET, G-2 Section, Operations Branch, Correspondence, 1945, box 27, NA.

[7] Special Detention Camp DUSTBIN, CIOS, C. I. C. 61/28, 7. 7. 1945, RG 218, JCS, Central Decimal File 1942–45, CCS 319.1 (11. 7. 44), Sec. 9, box 135, NA; History of the Field Information Agency, Technical (FIAT), vol. 1, S. 30, Ms. in RG 319, Office of the Chief of Military History, Historical Manuscript File, NA.

[8] Vgl. O. Hahn, Mein Leben, München 1968; D. K. Huzel, mit einer Einführung von Wernher v. Braun, Peenemünde to Canaveral, Engelwood Cliffs 1962; C. G. Lasby, Project Paperclip. German Scientists and the Cold War, New York 1971.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die ganze Operation wurde als eine militärische Innovation, die sich aus dem totalen Krieg ergebe, konzipiert und exekutiert, doch entwickelte sie sich zum Startpunkt für ein Nachkriegsprogramm zur Eintreibung einer Sache, die ihre Befürworter „intellektuelle Reparationen" nannten. Bereits in der Entstehungszeit und in der Frühphase der Operation, 1944, machten scharfsichtige Beamte darauf aufmerksam, daß langfristige industrielle und kommerzielle Vorteile eingeheimst werden könnten. So hat Vannevar Bush, Leiter des U.S. Office of Scientific Research and Development, erklärt, daß „Großbritannien zweifellos dabei ist, sich diese Art von Informationen für die eigene Industrie zu verschaffen", und daran den Vorschlag geknüpft, daß auch die Vereinigten Staaten „deutsche technische Informationen industrieller Natur" nicht nur sammeln sollten, um den Krieg gewinnen zu helfen, sondern auch zur Unterstützung der amerikanischen Industrie bei der Behauptung ihres Platzes im Welthandel nach dem Kriege und zur Schaffung von Arbeitsplätzen für die entlassenen Kriegsveteranen[9]. Die Durchführung der Operation brachte eine Flut gleichartiger Empfehlungen hervor. Im Sommer und Herbst 1945, nach Deutschlands Niederlage, kehrten Hunderte von Experten, die in den CIOS-Teams gedient hatten, zu ihren Regierungsposten in Washington und London bzw. auf ihre Arbeitsplätze in den Universitäten und Privatunternehmen der Vereinigten Staaten und Großbritannien zurück, viele von ihnen mit der Idee – bei manchen schon zu Plänen gediehen –, das deutsche wissenschaftliche und technische Know-How, das sie für CIOS und das Militär beschafft hatten, nun kommerziell und industriell anzuwenden[10]. Amerikanische Akten zeigen, wie begeistert sie von Tonbandgeräten waren, von Windkanälen, von Keramiken, von Textiltechnologie und -färbung, von Farbfilmen, Dieselmotoren, Kunststoffen und von einer Menge anderer Dinge. Viele amerikanische Ermittler brachten nach Hause die Namen von Personen mit, von denen sie glaubten, daß sie zum Nutzen der amerikanischen Industrie und des amerikanischen Handels in die USA geholt werden sollten; dabei äußerten nicht wenige die Besorgnis – für die einige bereits Beweise zu präsentieren vermochten –, daß die Briten, die Franzosen oder die Russen allein handeln würden, wenn die Vereinigten Staaten untätig blieben. Zum Beispiel berichtete der stellvertretende Leiter eines amerikanischen Nachrichtendienstes (der Joint Intelligence Objective Agency oder JIOA) im Oktober 1945 seinem Beirat, daß zurückgekehrte Ermittler mehr als hundert deutsche Wissenschaftler und Techniker genannt hätten, die in die USA gebracht werden müßten[11]. Die American Chemical Society wollte – nach entsprechenden Vorschlägen von Mitgliedern – Dr. Walter Julius Reppe herüberholen, den Chemiker der I.G. Farben, den seine Experimente in der Acetylen-Chemie bekannt

[9] Bush an Stimson (und Forrestal), 28.8.1944, RG 165, ABC 334.8, Post-War Intell., (30 Jun 44), NA.

[10] Howland E. Sargeant an Henry H. Fowler, 1.8.1945, RG 40, OTS, box 157, NA; Joseph Robinson an „Dear Will" (W. B. Blank, Londoner Vertreter, TIIC), 1.9.1945, RG 40, OTS, box 138, NA; W. Tresper Clarke an J. K. Tibby, 11.10.1945, RG 40, OTS, box 92, NA; Bradley Dewey an Henry A. Wallace, 23.10.1945, RG 59, 862.542/10-2445, NA.

[11] JIOA Advisory Board, Minutes, 25.10.1945, RG 40, OTS, box 79, NA.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gemacht hatten[12]. Auf Grund der Vorstellungen etlicher Ermittler oder ihrer Firmen bat schließlich Henry A. Wallace, der amerikanische Handelsminister, Anfang Dezember 1945 Präsident Truman um die Genehmigung für den sofortigen Transfer von rund fünfzig hervorragenden deutschen Wissenschaftlern – darunter Reppe, Dr. Georg Joos, der Physiker von Zeiss, und Dr. Otto Hahn, der mit dem Nobelpreis ausgezeichnete weltberühmte Chemiker –, „um so dem Fortschritt unserer Wissenschaft und Industrie zu dienen". „Ein positives Programm in dem beschriebenen Rahmen", so schloß Wallace, „läuft im Grunde auf ‚intellektuelle Reparationen' hinaus und mag sehr wohl der konkreteste und dauerhafteste nationale Vermögenswert sein, den wir von der niedergeworfenen deutschen Nation bekommen können."[13]

Wenn auch Truman den Vorschlag seines Handelsministers Ende Januar 1946 zu den Akten legen ließ, haben die Vereinigten Staaten und Großbritannien doch, während sie damit fortfuhren, wie im Kriege das militärische Wissen der Deutschen auszubeuten, Programme für die Eintreibung von – wie Wallace sagte – „intellektuellen Reparationen" ausgearbeitet. Diese Programme sahen zwei zusammengehörige Operationen vor, die eine in Deutschland, die andere in den Vereinigten Staaten bzw. in Großbritannien.

In Deutschland schickten die Field Information Agency, Technical (FIAT) in der amerikanischen und die T-Forces in der britischen Zone weiterhin ihre Experten auf Kundschaft, offiziell bis Mitte 1947, als FIAT aufgelöst wurde, doch inoffiziell noch eine ganze Weile länger. Aus Regierungsstellen, Privatunternehmen, Universitäten und Standesorganisationen rekrutiert, um FIAT und den T-Forces als temporäre technische Berater zu dienen, sammelten diese Fachleute Dokumente, Formeln, Betriebsgeheimnisse, Details von Produktionsverfahren, Modelle, Muster, Zeichnungen und sonstige wissenschaftliche und technische Daten, die sie in Industriebetrieben, Fabriken, Laboratorien, Universitäten und Forschungszentren aufstöberten, außerdem aus einzelnen deutschen Spezialisten herausholten, die befragt wurden, und zwar oft in Internierungslagern, wo sie auf unbestimmte Zeit festgehalten werden konnten[14].

Zu Umfang und Effekt des Programms bemerkte ein Vertreter der Degussa - eines chemischen Unternehmens, das zwischen April und September 1946 insgesamt fünfzig Besuche diverser Experten und Expertengruppen verzeichnete –, daß sich diese Besuche nicht nur auf „Besichtigungen von Fabriken und Fabrikanlagen" erstreckt hätten, sondern „auch auf Auskunfsbeschaffungen aller Art, fotografische Aufnahmen und Mitnahme von Mustern, Rezepten, Zeichnungen und Dokumenten aus allen Gebieten"[15]. Viele ähnliche Berichte deutscher Firmen könnten zitiert werden, doch genügt ein Blick in das Protokoll einer Sitzung über „Forschungskontrolle", die am 25. März 1947 im Stuttgarter Länderrat stattfand. Bei deutschen Unternehmen, so

[12] John C. Green an E. W. Gruhn, 29. 10. 1945, RG 40, OTS, box 79, NA.

[13] Wallace an Truman, 4. 12. 1945, Official File, box 677, Truman Library.

[14] History of FIAT, 8. 5. 1945–30. 6. 1945, 40 S., und 1. 7. 1946–30. 6. 1947, 17 S., Office of the Chief of Military History, Historical Manuscript File, NA.

[15] Degussa an Großhessisches Staatsministerium, Minister für Wirtschaft und Verkehr, 8. 10. 1946; Firmenarchiv Degussa.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heißt es hier, seien Ermittler erschienen, versehen mit Informationen über „Arbeitsverfahren und innere Betriebsanweisungen", die sie bereits in den Vereinigten Staaten und Großbritannien erhalten hätten. Ausgerüstet mit FIAT-Papieren, in denen die Firmen angewiesen worden seien, Dokumente, Pläne, Zeichnungen, Muster usw. auszuhändigen, hätten die Ermittler „völlig detaillierte Angaben über Einrichtungen, Anordnungen, Betriebsangaben mit Drücken, Temperatur, Zeiten, neben den Rezepturen" verlangt, ferner „Bauanordnungen, Apparatezeichnungen usw.". Auf solche Weise werde „der deutschen Wirtschaft völlig unkontrolliert und vor allem nicht aufgerechnet auf Reparationsleistung das wertvollste geistige Kapital entzogen"[16].

Parallel und als Ergänzung zur fortgesetzten Ermittlungs- und Ausschlachtungsaktivität in Deutschland entwickelten Briten und Amerikaner aber auch Pläne für den Transfer ausgewählter deutscher Fachleute nach Großbritannien und in die USA, wo ihre Kenntnisse noch intensiver ausgenutzt und ihnen schließlich Stellungen geboten werden sollten. Die Vereinigten Staaten nannten ihre Aktion „Project Paperclip", wobei es sich um das Anfang 1946 konzipierte und im September 1946 revidierte und erweiterte Vorhaben handelte, rund tausend deutsche und österreichische Spezialisten und Techniker – samt ihren Familien – in die USA zu holen, wo sie eine Anstellung, eine feste Wohnung und schließlich die Staatsbürgerschaft bekommen sollten. Die Briten tauften ihr gleichartiges Unternehmen „Darwin Panel Scheme".

Über „Project Paperclip", das bereits Gegenstand dreier größerer Studien gewesen ist, sind wir recht gut unterrichtet[17]. Hingegen hat das „Darwin Panel Scheme" bislang wenig öffentliche Aufmerksamkeit gefunden. Der hier abgedruckte Bericht, den Dr. Ernst Baerwind verfaßt hat, ein Chemiker von Degussa, der dem Direktorium des Unternehmens angehörte und im Rahmen des „Darwin Panel Scheme" nach England gekommen war, soll diese Lücke schließen helfen. Außerdem ist die Veröffentlichung des Berichts eine gute Gelegenheit, einmal zu zeigen, daß die Briten früher als die Amerikaner Überlegungen anstellten und Pläne entwarfen, wie sie sich die Wissenschaft und die Technologie des geschlagenen Deutschland nutzbar machen könnten, ja daß die Entwicklung des amerikanischen Programms auf allen Stufen von vorhergegangenen britischen Initiativen beeinflußt worden ist.

Es wurde schon erwähnt, daß einer der frühesten amerikanischen Vorschläge, die Vereinigten Staaten sollten sich „deutsche technische Informationen industrieller Natur" verschaffen, von Vannevar Bush kam, der davon überzeugt war, daß „sich Großbritannien ... anschickt, diese Art von Informationen für die eigene Industrie zu beschaffen"[18]. Bushs Erwartung entsprechend, waren es in der Tat die Briten, die für CIOS einen erweiterten Aufgabenbereich forderten. Bereits im Oktober 1944,

[16] Auszug aus Aktenvermerk über die 8. Sitzung „Forschungskontrolle" im Länderrat, 25. 3. 1947, EA 6/3, 321, Hauptstaatsarchiv Stuttgart.

[17] Vgl. Lasby, Project Paperclip; F. Kurowski, Alliierte Jagd auf deutsche Wissenschaftler. Das Unternehmen Paperclip, München 1982; T. Bower, The Paperclip Conspiracy. The Hunt for the Nazi Scientists, Boston 1987. Vgl. auch L. Hunt, U.S. Coverup of Nazi Scientists, in: Bulletin of the Atomic Scientists, 41, 4 (April 1985), S. 16–24.

[18] Wie Anm. 9.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als die alliierten Streitkräfte auf dem Sprung standen, auf breiter Front in Deutschland einzudringen, regten die Briten an, die noch rein militärische Nachrichtenbeschaffungsmission von CIOS neu zu definieren und auch die Suche nach Informationen über industrielle und technologische Prozesse ins Programm aufzunehmen; sie schlugen vor, einen CIOS-Ausschuß für die Aufstellung von Grauen Listen „wirtschaftlicher und industrieller Ziele von vitalem Nachkriegsinteresse, doch nicht von unmittelbarem militärischen Wert" zu bilden, der ferner dazu dienen sollte, alle Anforderungen britischer und amerikanischer Regierungsstellen nach Informationen, „die nicht genügend militärische Dringlichkeit besitzen, um ihre Aufnahme in die Schwarze Liste der Ziele zu rechtfertigen", in Empfang zu nehmen, zu genehmigen und zu koordinieren. Die amerikanischen CIOS-Vertreter in London, die das britische Begehren nach Washington weitergaben – wo es Zustimmung fand –, waren der Meinung, daß es den Wunsch der britischen Industrie widerspiegle, gleich nach der Besetzung deutscher Industriezentren durch alliierte Armeen das technische Wissen der Deutschen zu prüfen und auszunutzen[19].

Bald nach der Kapitulation Deutschlands legten die Briten – die einzelne deutsche Experten schon seit März 1945 zur Befragung nach Großbritannien verbracht hatten – für den unter CIOS-Auspizien erfolgenden Transfer feindlicher Zivilisten ins Vereinigte Königreich formelle Prozeduren fest. Es war beabsichtigt, solche Zivilisten für etwa zwei Monate – in außergewöhnlichen Fällen auch noch länger – zwar nicht als Kriegsgefangene, doch immerhin als Internierte festzuhalten. In Nachahmung der während der Kriegsjahre geübten Praxis, als auf dem Kontinent militärische Vernehmungen in Internierungszentren durchgeführt worden waren, richteten die Briten in Wimbledon ein derartiges Internierungslager ein, Beltane School, und erlaubten es interessierten Ministerien und anderen, die dorthin verfrachteten deutschen Experten zu befragen; nach ordnungsgemäßer Beantragung und Autorisierung konnten Internierte aber auch an jeden beliebigen anderen Ort in Großbritannien verbracht und dort vernommen werden[20]. Die Amerikaner, die inzwischen ebenfalls begonnen hatten, intern über eine Evakuierung deutscher Spezialisten in die Vereinigten Staaten zu diskutieren, wiesen die US-Vertreter im CIOS an, dafür zu sorgen, daß das von CIOS für die Evakuierung nach Großbritannien angenommene Verfahren einen eventuellen Transfer deutscher Sepzialisten in die USA nicht beeinträchtige[21].

---

[19] Am Embassy, London, an SecState, 14. 10. 1944, RG 165, ABC 334.8 CIO Subcmte (30 Jul 44), Sec. 1-A, NA; CIOS, SHAEF, Report of Working Party on Grey List Panel, 30. 10. 1944, RG 218, JCS, Central Decimal File 1941–45, box 132, CCS 319.1 (11. 7. 44), Sec. 1, NA.

[20] CIOS 61, 16. 5. 1945, RG 165, ABC 334.8 CIO Subcmte (30. Jul 44), Sec. 2, NA; E. Baerwind, Beltane School in Wimbledon/London als Lager für deutsche Wissenschaftler und Techniker, August/Oktober 1946, Firmenarchiv Degussa; Dr. Walter Grimme, Interview, 18. 2. 1981, Münster. In den Präzedenzfällen der Kriegsjahre CIOS 73, RG 218, JCS, Central Decimal File 1942–45, box 134, CCS 319.1 (11. 7. 44), Sec. 4, NA; zu DUSTBIN s. Anm. 7.

[21] JCS an SHAEF, WARX 10144, 31. 5. 1945, RG 165, ABC 334.8 CIO Subcmte (30 Jul 44), Sec. 2, NA.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nicht ganz eine Woche später teilte General George C. Marshall, Stabschef im War Department, seinem britischen Kollegen mit, die U. S.-Stabschefs seien informell übereingekommen, „daß es außerordentlich wünschenswert wäre, deutsche zivile Wissenschaftler und Techniker in die Vereinigten Staaten zu verbringen, um dort ihre Kenntnisse durch das Militär bei der Entwicklung von Waffen nutzen zu lassen, die gegen die Japaner eingesetzt werden können"[22]. Man wolle, so Marshall, nur Freiwillige, die überprüft werden könnten, ob sich Kriegsverbrecher und sonstige unerwünschte Elemente einzuschleichen versuchten; die Ausgewählten sollten anständig bezahlt und nach Abschluß ihrer Arbeit in den Vereinigten Staaten wieder nach Deutschland zurückgebracht werden. In ihrer Erwiderung regten die britischen Stabschefs an, die Namen ins Auge gefaßter Personen zwischen den beiden Ländern auszutauschen und für Fälle, in denen sowohl Großbritannien wie die Vereinigten Staaten Ansprüche geltend machten, eine Zuteilungsformel festzulegen (was schließlich auch geschah)[23]. Jedoch sagten die Briten, im Denken und Planen den Amerikanern offensichtlich weit voraus, daß sie an den amerikanischen Beschluß, die Evakuierten nach Deutschland zurückzubringen, nicht gebunden sein wollten, weder für das Ende des Krieges gegen Japan noch für irgendeinen anderen Zeitpunkt. Deutsche Wissenschaftler, so bemerkten die Briten, würden im Laufe ihrer Vernehmungen und ihrer sonstigen Ausbeutung Kenntnisse britischer und amerikanischer Techniken und Unternehmungen erwerben, weshalb es unerwünscht sein könne, sie mit solchen Kenntnissen nach Deutschland zurückgehen zu lassen[24]. Die Amerikaner – unfähig, sich zu entscheiden, ob sie den Schwanz des Tigers festhalten oder loslassen sollten – deliberierten, diskutierten und zögerten, bis sie, mehr als sechs Monate später, von den Briten erneut zu einem Entschluß gedrängt wurden.

Am 23. Januar 1946 teilten die britischen Stabschefs ihren amerikanischen Kollegen mit, daß sich die britische Regierung dafür entschieden habe, deutsche Wissenschaftler und Techniker für die zivile Industrie im Vereinigten Königreich heranzuziehen. Sie wollten dabei im wesentlichen den gleichen Verfahren folgen, die zwischen Großbritannien und den USA zuvor für die Ausbeutung solcher Spezialisten zu militärischen Zwecken vereinbart worden waren, doch sollten „die von diesen Wissenschaftlern für die zivile Industrie gewonnenen Resultate ‹nicht› ausgetauscht werden". Die britischen Stabschefs setzten hinzu, daß sie Listen der gewünschten Personen vorbereiteten und daß nach ihrer Kenntnis die Amerikaner das ebenfalls täten. Jedenfalls bäten sie die Amerikaner, alle Personen auf Eis zu legen, die für das Programm in Frage kämen. Sie schlossen mit der ominösen Erklärung:

---

[22] Marshall an Wilson, 5. 6. 1945, RG 218, Combined Chiefs of Staff Decimal Files, box 462, CCS 471.9, Sec. 1, NA.

[23] CCS 870/10, Memorandum U. S. Chiefs, 17. 12. 1945, SWNCC 257, Scholarly Resources microfilm, roll 23, frame 1233, NA; OMGUS, FIAT, an AC of S, G-2, USFET, 3. 1. 1946, RG 260, FIAT 7748th Unit Records, Shipment 17, box 1, folder 31, NA.

[24] Wilson an Marshall, 14. 6. 1945, RG 218, Combined Chiefs of Staff Decimal Files, box 462, CCS 471.9, Sec. 2, NA.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Falls die Vereinigten Staaten nicht den Wunsch haben, deutsche Wissenschaftler und Techniker für zivile Zwecke auszubeuten, würden wir uns freuen, in angemessener Frist (etwa bis zum 1. März) informiert zu werden, sodaß dann die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich allein vorgehen kann."[25]

Solchermaßen angetrieben, beeilten sich die Amerikaner, nun selbst zu einem Beschluß zu kommen. Eine Woche nach dem Schreiben der britischen Stabschefs wies das State-War-Navy Coordinating Committee (SWNCC) „seinen Unterausschuß für Europa an, eine Stellungnahme zur Ausbeutung deutscher Wissenschaftler und Techniker als eine Sache von Dringlichkeit auszuarbeiten"[26]. In weniger als einem Monat fertiggestellt, besagte das Memorandum – in Wendungen, die eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit den Formulierungen aufwiesen, die Handelsminister Wallace am 4. Dezember 1945 in seinem Vorschlag an Truman benutzt hatte –, daß es in Deutschland und Österreich Spezialisten gebe, die über Kenntnisse verfügten, welche „für die Vereinigten Staaten sowohl zur militärischen wie zur zivilen Verwendung von großem Wert sind". Ob sich die USA nun dazu entschlössen, sie „für zivile Zwecke" zu nutzen, oder nicht, so würden das jedenfalls, wie es weiter hieß, „Großbritannien, Frankreich und die UdSSR einseitig tun". Die Briten hätten die Absicht, entsprechend vorzugehen, ohne „die gewonnenen Resultate" mit den USA auszutauschen, wie sie das bei der militärischen Nutzung getan hätten, die Russen betrieben „bereits eine aggressive Politik der langfristigen Ausbeutung dieser Spezialisten", und die Franzosen böten „ausgewählten Spezialisten lukrative Verträge an". Wenn die Vereinigten Staaten nicht schnell handelten, so wurde in der SWNCC-Aufzeichnung gewarnt, „werden die gewünschten Personen in alle Winde zerstreut oder verschwunden und wird ihr Fachwissen für die Vereinigten Staaten verloren sein"[27]. Eine knappe Woche danach, am 4. März 1946, billigte SWNCC „Project Paperclip", das „Project Overcast", das frühere Programm zur militärischen Ausbeutung, mit einem zivilen Ausbeutungsprogramm verband und im Rahmen der existierenden Einwanderungsbestimmungen für deutsche und österreichische Wissenschaftler und Techniker die Möglichkeit schuf, im „nationalen Interesse" oder aus Gründen der „nationalen Sicherheit" in die Vereinigten Staaten einzureisen[28].

Es ist hier nicht der Ort, die weitere Entwicklung der amerikanischen Politik im Hinblick auf „Project Paperclip" ausführlicher zu behandeln, doch soll ein knapper

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Überblick die fortdauernde Rolle britischer Initiativen zeigen[29]. Das Programm wurde zunächst von Präsident Truman genehmigt, und zwar, laut Dean Acheson, Staatssekretär im State Department, „in einer Kabinettssitzung nach eingehender Erörterung"[30]. Dennoch kam es nicht vom Fleck. Das Handelsministerium, das dazu ermächtigt worden war, holte niemanden zur zivilen Ausbeutung in die USA, da es weder die Einrichtungen noch das Personal oder die Mittel zur Ausscheidung von Nazis und anderen unerwünschten Personen hatte. Auch war es nicht geneigt, die Einwanderung von Spezialisten „im nationalen Interesse" zu fördern, da dies in der Praxis bedeutet hätte, die Anforderungen einzelner Firmen zu deren Nutzen und mithin offensichtlich zum Nachteil der Konkurrenten zu genehmigen[31]. Noch wichtiger war, daß Beamte des State Department Schwierigkeiten machten.

Sobald ihm die Paperclip-Direktive vor Augen gekommen war, legte Spruille Braden, Unterstaatssekretär für Angelegenheiten der amerikanischen Republiken, bei Acheson Protest ein, weil das Programm es Deutschen gestatten würde, militärische Forschungen, die ihnen im eigenen Lande untersagt seien, in den USA zu betreiben, weil es mit der Forderung des Alliierten Kontrollrats nicht zu vereinbaren sei, Spanien und andere Länder müßten Deutsche mit ihren Familien ausliefern, „deren Aufenthalt im Ausland im Hinblick auf eine zukünftige Erneuerung der deutschen Kriegsrüstung eine Gefahr darstellt", und schließlich weil es gegen bestehende interamerikanische Vereinbarungen verstoße – Anfang 1945 auf der Konferenz von Mexico City (Chapultepec) von den USA ausdrücklich unterstützt –, „Einflußzentren der Achse" in der westlichen Hemisphäre auszuschalten[32]. Gestützt auf Argumente, die denen Bradens glichen, haben außerdem auf der unteren Ebene des State Department jene Beamten, die für die Ausstellung der Visa der deutschen Spezialisten zuständig waren, die Durchführung der Paperclip-Direktive verhindert. Ob sie nun „die Einwanderung deutscher Wissenschaftler bewußt ‚durch Verzögerung sabotierten'" oder ob sie einfach „auf einen toten Nazigaul einprügelten"[33], wie Kapitän Bosquet N. Wev von der Marine, Direktor der JIOA, mehr als ein Jahr später in einem offenbaren Wutanfall meinte, die Wirkung bestand jedenfalls darin, daß „Project Paperclip" Anfang 1946 hängenblieb. Dabei klangen die Nachrichten aus Europa gar nicht gut für diejenigen, die mit dem Projekt vorankommen wollten.

Das britische Programm, deutsche Wissenschaftler zur zivilen Ausbeutung ins

---

[29] Vgl. Anm. 17 und J. Gimbel, Science, Technology and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany, Stanford 1990; ders., Project Paperclip. German Scientists, American Policy and the Cold War, in: Diplomatic History 14,3 (Sommer 1990), S. 343–365.

[30] Zu Achesons handschriftlichem Kommentar: „Wie ich mich erinnere, ist diese Entscheidung vom Präsidenten in einer Kabinettssitzung nach eingehender Erörterung getroffen worden!" vgl. Peurify an Acheson, Memorandum, 17. 5. 1946, RG 59, 862.542/5-1746, NA.

[31] Hilldring, Memorandum für SWNCC, 16. 5. 1947, RG 59, 862.542/5-1647, NA.

[32] Braden an Acheson, Memorandum, 14. 5. 1946, RG 59, 862.542/5-1446, NA; siehe auch Spruille Braden, The Germans in Argentina, in: The Atlantic Monthly, 177 (April 1946), S. 37–43, und Newsweek, 26 (2. Juli 1946), S. 54 zur Erwähnung der Konferenz von Mexico City.

[33] Wev an S. J. Chamberlin, Director of Intelligence, WDGS, 2. 7. 1947, RG 319, Army-Intelligence Files, 1941–1948, box 992, 400.112 Research/o. D., NA.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vereinigte Königreich zu transferieren, war in vollem Gange, und die Briten machten auch – obschon willens, einen Zuteilungsplan zu akzeptieren, sobald die Amerikaner bereit sein sollten – guten Gebrauch von einer JCS (Joint Chiefs of Staff)-Ermächtigung an USFET (United States Forces, European Theater) vom 29. April 1946, „ihnen deutsche Wissenschaftler und Techniker in der US-Zone freizugeben", bis eine langfristige Politik für eine derartige Ausnutzung in den Vereinigten Staaten angenommen sei[34]. Darüber hinaus berichteten die in den amerikanischen Besatzungsbehörden tätigen Zensoren von Zeit zu Zeit, deutsche Spezialisten verhandelten mit Brasilien, Argentinien und anderen Ländern über Auswanderung und Beschäftigung[35]. Auch war aus nachrichtendienstlichen Quellen zu vernehmen, daß es „in der amerikanischen Zone von französischen und russischen Agenten nur so wimmelt", die deutschen Spezialisten attraktive Angebote machten und die Umworbenen manchmal vor den Nasen der Amerikaner, die sie für eine Tätigkeit in den Vereinigten Staaten rekrutieren wollten, aus der US-Zone herausholten[36]. In einem dieser Fälle, in dem es um drei deutsche Farbfilm-Spezialisten ging, die Remington Rand Inc. in die USA bringen wollte, berichtete ein Beamter des State Department, der in Frankfurt stationiert war, daß „wir die Franzosen wieder einmal auf frischer Tat ertappt haben, wie sie Wissenschaftler aus unserer Zone stehlen"[37]. Doch stand das Schlimmste anscheinend noch bevor.

General Joseph T. McNarney, Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, meldete am 23. Juni 1946 nach Washington, er habe gerade den unbeschränkten Reiseverkehr zwischen der amerikanischen und der britischen Zone genehmigt und müsse daran die Warnung schließen, daß eine Ausdehnung dieser Politik auf die französische und die sowjetische Zone – um der deutschen Wirtschaftseinheit näher zu kommen – es praktisch unmöglich machen würde, das Verschwinden deutscher Wissenschaftler und wichtiger Techniker aus der amerikanischen Zone zu verhindern[38]. Nicht ganz einen Monat später, veranlaßt durch eine Mitteilung General Lucius D. Clays, der die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiederherstellen wollte, legte McNarney im einzelnen die Schwierigkeiten dar, auf

[34] JCS an CGUSFET, WAR-86116, 29. 4. 1946, RG 165, box 565, ABC 471.6 (7 Oct 43), Sec. 1-B, NA; Control Commission for Germany (British Element), FIAT, an Capt. Baursot, Control Branch, München, 3. 6. 1946, RG 260, FIAT 7748th Unit, box 1, NA. Vgl. auch E. Baerwind, Besuch von zwei britischen Offizieren am 30. 7. 1946 wegen einer Englandreise, 31. 7. 1946, Firmenarchiv Degussa, und den hier abgedruckten Bericht Baerwinds.

[35] Murphy an SecState, 15. 7. 1946, RG 59, 740.00119 Control (Germany)/7-1546, NA.

[36] D. L. Putt, Air Material Command, Wright Field, an CG Army Air Forces, 14. 6. 1946, USAF Records, Maxwell AFB, reel A 2055, frames 1254–56; T. M. Odarenko an R. J. Rohr, 27. 6. 1946, RG 40, OTS, box 126, NA; Zucker, Rektor der Friedrich-Schiller-Universität, an Prof. Bredereck, Heidenheim, 27. 6. 1946, Übersetzung in RG 319, Army-Intelligence Decimal Files, 1941–48, box 990, 400.112 Research, NA; Prof. H. Bredereck, Erklärung v. 11. 7. 1946, ebenda; Hans Sauerland, Wittelsbacher Hof, Bad Kissingen, an Albert Patin, Wright Field, 11. 7. 1946, RG 319, Army-Intelligence Decimal Files, 1941–48, box 991, 400.112/009, NA.

[37] C. Offie an Robert Murphy, 11. 6. 1946, RG 84, box 33, NA.

[38] USFET an JIOA, S-6213, 23. 6. 1946, RG 260, OMGUS AGTS Files, box 4, NA.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die der Versuch zur Kontrolle deutscher Wissenschaftler angesichts des Wandels der Verhältnisse in Deutschland stieß, und er schloß mit der Bemerkung, es gebe, um ihr Verschwinden zu stoppen, nur zwei Wege: man müsse sie entweder unter militärischer Bewachung in ein Internierungslager stecken (Clay hatte von „Konzentrationslager" gesprochen) oder sie in die Vereinigten Staaten bzw. ins Vereinigte Königreich schaffen, mit dem die USA dann über die Zuteilung verhandeln könnten[39].

Auf Grund solcher Nachrichten aus Europa beeilten sich die Amerikaner abermals, eine Entscheidung zu treffen. Schon zuvor im State Department angestellte Überlegungen, daß eine Weisung des Präsidenten zur schriftlichen Fixierung der „mündlichen Verständigung mit dem Präsidenten im Kabinett" erforderlich sei, um die Kooperation der diversen interessierten Stellen zu sichern, verwandelten sich nun in den Vorschlag, das SWNCC solle doch eine Direktive, wie sie gewünscht werde, entwerfen, direkt Präsident Truman vorlegen und auf solche Weise „die Visa-Boys ... hinsichtlich der Verfahrensfragen" des Programms umgehen[40]. Nach Besprechungen mit Außenminister Byrnes, der am 19. Juli 1946 zu einem viertägigen Aufenthalt in Washington von der Pariser Konferenz des Rats der Außenminister zurückgekehrt war, brachte John J. Hilldring, Unterstaatssekretär für die besetzten Gebiete und zugleich Vorsitzender von SWNCC, gegenüber seinen SWNCC-Kollegen sein Bedauern zum Ausdruck, daß administrative Vorgänge in seinem eigenen Ministerium bislang die Durchführung eines SWNCC-Beschlusses blockiert hätten, und er teilte danach mit, daß das State Department sich jetzt „einem Vorschlag des War Department anschließen wird, bis zu 1000 deutsche Wissenschaftler und deren Familien unter militärischer Bewachung herüberzubringen, mit der Maßgabe, daß Visa-Arrangements für diejenigen, die wir behalten wollen, später getroffen werden"[41].

Im Laufe der folgenden Wochen arbeiteten die Joint Chiefs of Staff die Einzelheiten einer neuen, revidierten und erweiterten Paperclip-Direktive aus, die von SWNCC als SWNCC-257/22 am 21. August angenommen und von Präsident Truman am 3. September 1946 genehmigt wurde[42]. Die widerspenstigen Beamten des State Department tatsächlich vorerst umgehend, sah diese Weisung die Einreise in die USA von etwa tausend ausgesuchten deutschen und österreichischen Spezialisten mit ihren Familien vor, die alle „in temporärem, begrenztem militärischen Gewahrsam zu halten sind, bis Visa gewährt werden oder die Repatriierung vollzo-

[39] Clay an CG USFET, 6.7.1946, RG 260, OMGUS AGTS Files, box 17, NA; McNarney an War Department, S-7556, 17.7.1946, RG 218, JCS, Central Decimal File, box 95, CCS 471.9, Sec. 7, NA.

[40] Draft Directive, 3.7.1946, RG 59, 862.542/7-346, NA; Heneman an Hilldring, 23.7.1946, RG 59, 862.542/7-2346, NA.

[41] AsstSecWar Howard C. Petersen, Memorandum, 25.7.1946, RG 335, SecWar Patterson Subject File (Safe), box 6, NA.

[42] Acheson an Truman, 30.8.1946, RG 165, ABC 471.6 (7 Oct 43), Sec. 1-D, NA, mit der handschriftlichen Notiz: „Approved, 9/3/46, Harry S. Truman.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen wird". Die Auswahl der Spezialisten wurde dem War Department und dem Navy Department übertragen, ferner dem Handelsministerium, das Personen „zur Verwendung unter zivilen Auspizien" nominieren konnte. Die Ausgewählten sollten Verträge erhalten, in denen „Gehalt und Arbeitsbedingungen" aufzuführen waren und die Rückkehr jener Spezialisten gesichert werden mußte, „die sich für eine extensive Nutzung als nicht genügend qualifiziert erweisen, oder der Personen, die für einen ständigen Aufenthalt in diesem Lande als unerwünscht befunden werden". Wer sich als „Mitglied der Nazi-Partei und als ein mehr als nomineller Teilnehmer an deren Tätigkeit oder als ein aktiver Anhänger von Nazismus und Militarismus" herausstellte, hatte auszuscheiden, wenn auch „weder die Position noch die Ehrungen, die einem Spezialisten im Nazi-Regime ausschließlich auf Grund seiner wissenschaftlichen und technischen Fähigkeiten zuteil wurden", „für sich allein" schon disqualifizierend wirken sollten – ein überaus wichtiges Hintertürchen. Tatsächlich sei es, so hieß es in der Direktive weiter, in Zweifelsfällen zulässig, einen Spezialisten erst einmal in die Vereinigten Staaten zu bringen, wo dann die „weitere Vernehmung und Prüfung" stattfinden könnten. In dem Brief, mit dem Acheson am 30. August die Vorlage der Direktive bei Präsident Truman begleitete, wurde ferner gesagt, daß daran gedacht sei, den Spezialisten und ihren Familien schließlich den in den Einwanderungsgesetzen vorgesehenen regulären Status zu geben, und nach der Direktive selbst hatte das War Department „durch Befragung, Untersuchung und Überwachung ... dafür zu sorgen, daß über diese Spezialisten und ihre Familien alle erreichbaren Informationen zusammengetragen werden", die dann dem Justizministerium und dem State Department bei der Entscheidung über Visa und am Ende über die Staatsbürgerschaft zur Verfügung stünden[43].

Das weitere Geschick von SWNCC-257/22, der revidierten Paperclip-Direktive, gehört nicht mehr hierher. Das bisher Gesagte mag genügen, um auf den eigentlichen Zweck dieses Beitrags hinzuführen, nämlich auf die Veröffentlichung eines Dokuments zum britischen „Darwin Panel Scheme", die nicht zuletzt zu Forschungen über jenes britische Gegenstück zum „Project Paperclip" anregen soll. Die Aufmerksamkeit des Herausgebers wurde auf das Dokument gelenkt, als er im Firmenarchiv von Degussa nach Material über das Thema „Wissenschaft, Technologie und Reparationen im Nachkriegsdeutschland" suchte, und wird hier mit freundlicher Genehmigung der Degussa vorgelegt.

Der Verfasser, Ernst Baerwind, kam nach Abschluß seiner Studien in München und Berlin (Dipl. Ing./Dr. Ing.) 1914 zur Degussa und arbeitete zunächst in der Edelmetall-Scheideanstalt in Rheinfelden. Nach Frontdienst im Ersten Weltkrieg, während dem er auf dem linken Auge erblindete, kehrte er 1915 zur Degussa zurück. Elf Jahre später, 1926, wurde er Mitglied der technischen Leitung und stellvertretendes Vorstandsmitglied, 1941 ordentliches Vorstandsmitglied. In dieser Position befand er sich noch, als er 1946 nach England verbracht wurde.

[43] SWNCC 257/22, 3. 9. 1946, Kopie bei JCS 136/29, 11. 9. 1946, S. 159 ff., RG 218, JCS, Central Decimal File, box 95, CCS 471.9, Sec. 8, NA.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei Degussa erinnert man sich an Dr. Baerwind wegen seines „außergewöhnlichen Fachwissens, seiner großen und bleibenden Erfolge auf dem anorganischen Gebiet", wegen seiner Gründung des Werks Knapsack und der „Betätigung der Degussa auf dem Rußgebiet", dazu wegen seines maßgeblichen Beitrags zur „gesamten Entwicklung der Firma zu einem chemischen Großbetrieb"[44].

Dr. Baerwind hat die Zeit in England als „die unproduktivste Zeit meines beruflichen Lebens" bezeichnet. Das Lager Beltane School war nach seiner – in englischer Sprache gegebenen – Definition eine „wundersame Kombination von Erholungszentrum, Gefängnis und geistigem Bordell": „Erholungszentrum, weil die Insassen gutes Essen bekommen und nicht arbeiten müssen – Gefängnis, weil sie der Stacheldraht stets daran erinnert, daß sie ‚Gäste' Seiner Majestät Regierung sind – geistiges Bordell, weil sie gezwungen sind, vor unbekannten Besuchern zarte Geheimnisse bloßzulegen, die ein anständiges Mädchen nur einem sehr guten Freund enthüllt." Doch verdient es festgehalten zu werden, daß er in einem fünfseitigen Memorandum für die Abteilungsleiter der Degussa zusammenfaßte, was die Firma aus seinem „Besuch" in England lernen könne. So bestätigte er die britische Warnung an die Amerikaner vom Juni 1945, daß die deutschen Wissenschaftler und Techniker durch ihre Befragung und sonstige Ausbeutung ihrerseits Kenntnisse britischer und amerikanischer Techniken und Unternehmen erwerben würden[45]. Das Memorandum enthält Informationen über Degussas britische Konkurrenten, über sonstige britische Firmen und ihre Aktivitäten, ferner über die Personen, mit denen er in Kontakt gekommen war, wobei der Verfasser auch notierte, wer freundlich war und wer nicht. Dazu analysierte Dr. Baerwind die an ihn gestellten Fragen, zog er Schlüsse über die Art der Informationen, an denen seine Vernehmer besonders interessiert waren, und leitete er Folgerungen über ihre künftigen Forschungs- und Produktionspläne ab[46].

---

[44] Für Informationen über Dr. Baerwinds Biographie und für wertvolle andere Hilfe schulde ich Frau Dr. M. Wolf Dank, der Leiterin des Degussa-Archivs in Frankfurt/Main.

[45] Wilson an Marshall, 14. 6. 1946. RG 218, Combined Chiefs of Staff Decimal Files, box 462, CCS 471.9, Sec. 2, NA.

[46] Baerwind, Geschäftliche Notizen von meinem Aufenthalt im Internierungslager Beltane School, Wimbledon, London, 17. 10. 1946, Firmenarchiv Degussa.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument

Dr. Bd./Scht. 17. 10. 46

Vertraulich!

Beltane School in Wimbledon/London als Lager für deutsche Wissenschaftler und Techniker, August/Oktober 1946.

1.) Die äusseren Verhältnisse.
2.) Die Lagerinsassen und ihr Weg nach Wimbledon.
3.) Das Zusammenleben der Lagerinsassen.
4.) Die Betreuung der Lagerinsassen durch die im Lager tätigen englischen Militärpersonen.
5.) Einsatz der Lagerinsassen für die Zwecke der englischen Behörden und Industrien und sein Nutzeffekt.
6.) Vermutungen über die der „Einladung" von Deutschen nach Beltane School zu Grunde liegenden Vorgänge.
7.) Die Misstände der „Beltane School-Methode" und deren Wirkung auf die Lagerinsassen.

Nachdem heute (17. September) die sechste Woche meines Aufenthalts in Beltane School zu Ende gegangen ist, beginne ich damit, die hier gewonnenen Eindrücke schriftlich festzuhalten. Einerseits ist es unwahrscheinlich, daß dieselben durch meinen weiteren Aufenthalt hier noch irgend eine prinzipielle Änderung erfahren. Andererseits habe ich jetzt sehr viel Zeit und werde, nach meiner Rückkehr nach Frankfurt, bestimmt keine Zeit mehr für das Diktieren von „Erinnerungen an die unproduktivste Zeit meines beruflichen Lebens" haben.

1.) *Die äusseren Verhältnisse.*

Obwohl man bei der Ankunft in Beltane School – im Hinblick auf die einem erheblichen Teil der „Newcomers" vorgespiegelte Unterbringung in einem Hotel oder boarding-house Londons – natürlich zuerst reichlich enttäuscht ist, muß objektiver Weise festgestellt werden, daß die äusseren Verhältnisse im großen und ganzen durchaus erträglich sind.

Das Wohngebäude ist solide gebaut, hat Zentralheizung, zahlreiche Bäder, fliessendes warmes Wasser usw. Die Gesellschaftsräume sind ausreichend, solange die Belegung nicht über vierzig bis fünfzig Mann hinausgeht! Die Schlafräume enthalten Feldbetten, je nach Größe des Raumes für zwei bis acht Mann (weisse Bettwäsche), und werden von deutschen Kriegsgefangenen in Ordnung gehalten, während man sein Bett selbst „bauen" muß.

Zum Sichbewegen steht ein nicht sehr grosser, aber ausreichender Garten mit Spielplatz zur Verfügung. Der Stacheldraht, der das ganze Gebäude umgibt, ist psychologisch naturgemäss eine gewisse Belastung, gibt viel Anlaß zu Missstimmung und steht tatsächlich in scharfem Widerspruch zu der Bezeichnung der Lagerinsassen als „guests of the British Government", die offiziell von englischer Seite gebraucht wird.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Ernährung ist, was Kalorien- und Eiweißbedarf angeht, völlig ausreichend, bezüglich Brot sogar überreichlich. Obst fehlt ganz; Gemüse ist außerordentlich knapp, so dass – bei mehrmonatlichem Aufenthalt – Vitaminmangelerscheinungen sehr wohl möglich, aber jedenfalls zur Zeit meiner Anwesenheit kaum nachweisbar aufgetreten sind. (Die 10 sh, die jeder Lagerinsasse als wöchentliche Besoldung bekommt, können übrigens teilweise zur Beschaffung von Vimaltol und ähnlichen vitaminhaltigen Präparaten verwandt werden.) Dass über das Essen geschimpft wird, versteht sich wie bei jeder Gemeinschaftsverpflegung von selbst und ist insofern auch menschlich durchaus verständlich, als die englischen Bewachungssoldaten qualitativ merklich besser und abwechslungsreicher, besonders mit höheren Fleischportionen, versorgt werden. Andererseits habe ich die Überzeugung, daß die große Mehrzahl der Lagerinsassen in Wimbledon bezüglich Kalorien und Eiweiß viel besser ernährt ist als in ihrer Heimat, was auch durch die fast durchweg vorhandenen erheblichen Gewichtszunahmen bewiesen wird.

2.) *Die Lagerinsassen und ihr Weg nach Wimbledon.*

Seit der Einrichtung des Lagers Beltane School für den derzeitigen Zweck im Juni 1945 sind bisher etwa 400 Deutsche und Österreicher in das Lager einpassiert. Während meiner Anwesenheit schwankte die Zahl der Lagerinsassen zwischen siebzig und vierzig. Angeblich werden im Laufe der nächsten Monate noch weitere hundert bis zweihundert Besucher erwartet.

Die Zusammensetzung der Belegschaft – nach ihrer beruflich-fachlichen Ausbildung – ist ausserordentlich vielseitig. Vorhanden sind: Physiker, Chemiker, Elektrotechniker, Stahlfachleute, Flugzeugbauer, Flieger, Marineoffiziere, V 1/V II-Spezialisten und alle möglichen anderen Spezialisten. Besonders stark sind zur Zeit Hochfrequenztechniker vertreten.

Was die vermutliche Ursache für die Anwesenheit der einzelnen Herren in England und die innere Einstellung derselben zu der tatsächlichen Lage in Wimbledon angeht, so kann man prinzipiell vier Kategorien von Herren unterscheiden. Dabei bestehen allerdings Übergangsformen zwischen den vier Kategorien; es kommt auch vor, daß ein Herr während seiner Anwesenheit im Lager – je nach der Entwicklung seiner persönlichen Verhältnisse – von der einen Kategorie eindeutig in eine andere übergeht. Die vier Kategorien sind:

a) Männer, welche die Britische Behörde aus irgend einem Grunde für längere Zeit „einfrieren" lassen wollte oder noch will, z. B. solche, die in der russischen Zone beheimatet sind, und bei denen unter allen Umständen verhindert werden soll, daß sie – freiwillig oder gezwungen – ihre Erfahrungen zu Gunsten der Russen einsetzen.

b) Männer, die sich aus persönlichen Gründen ganz gerne für eine vorübergehende Zeit in Wimbledon einfrieren lassen, z. B. solche, die in ihrer Heimat Schwierigkeiten wegen „politischer oder militaristischer" Belastung befürchten, oder die sich in Wimbledon besser verpflegt fühlen als zu Hause bzw. die gar kein zu Hause mehr haben.

c) Männer, die durch den Zusammenbruch ihre bisherige berufliche Stellung endgültig verloren und – infolge ihrer Spezialerfahrungen – die Hoffnung oder schon eine begründete Aussicht auf den Abschluß eines Dienstvertrags mit einer englischen Behörde haben. (Verträge mit Privatfirmen sind noch prinzipiell unmöglich.)

d) Männer, die der mit mehr oder weniger Nachdruck erfolgten Aufforderung des bei ihnen erschienenen Begleitoffiziers zu einer „kurzen" Reise nach London gefolgt sind und nur den *einen* Wunsch haben, so rasch wie möglich wieder nach Hause zu kommen.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kategorie a) ist zur Zeit im Lager nur in wenigen Exemplaren vorhanden. Die Kategorien b) und c) sind zahlreicher vertreten, als man in den ersten Tagen des Aufenthalts annimmt. Denn die Angehörigen dieser Kategorien reden aus taktischen Gründen in größerem Kreise in der Regel so, als ob sie zu Kategorie d) gehörten; und man erfährt erst bei näherer persönlicher Bekanntschaft unter vier Augen, warum sie eigentlich ganz gerne noch eine kürzere oder längere Zeit in Beltane School bleiben möchten, oder daß sie mit dieser oder jener englischen Behörde über eine Anstellung verhandeln usw. Die überwiegende Mehrzahl aller Lagerinsassen gehört aber tatsächlich, ihrer inneren Einstellung und ihrem äußeren Bekenntnis nach, zur Kategorie d).

Alle in dieser Schilderung gegebenen Ansichten und Urteile sind im wesentlichen vom Standpunkt der Kategorie d) aus gegeben, zu der ich gehöre.

Was die Art und Weise angeht, wie die einzelnen Männer der Kategorie d) nach Wimbledon kommen, so liegen naturgemäß gewisse Verschiedenheiten vor. Manche – besonders die Herren aus der Britischen Zone – waren über die Existenz des Lagers Wimbledon und über allerlei Einzelheiten desselben vor ihrer Abreise aus Deutschland schon mehr oder weniger im Bilde. Sehr viele aber hatten, ebenso wie ich, vor Antritt der Reise niemals etwas von der Existenz eines solchen Lagers für deutsche Wissenschaftler und Techniker gehört.

Die Abholung der Herren aus Deutschland und das Geleit nach London erfolgte fast immer durch Offiziere der Britischen Armee, Royal Air Force usw.; in der Regel war sogar, bei gemeinschaftlicher Fahrt mehrerer deutscher Herren, für jeden Herrn ein separater Begleitoffizier eingeteilt. Bei der Abholung haben die Begleitoffiziere immer erklärt, daß sie über den Grund der „Einladung" gar nichts wüßten. Sehr häufig haben sie die Unterbringung in London in einem Hotel oder boarding-house in Aussicht gestellt, und ebenso häufig haben sie – wie in meinem Falle – die Rückkehr in ihrer Begleitung in einer Frist von spätestens drei oder vier Wochen *feierlich versprochen.*

Wenn man hier den betreuenden Lageroffizier auf diese Versprechungen des Begleitoffiziers aufmerksam macht, so erhält man die stereotype Antwort, daß die Begleitoffiziere zu solchen Zusagen nicht berechtigt gewesen seien. Es sei bedauerlich, daß man sich – infolge der Kompetenzüberschreitung eines einzelnen Offiziers, die ausnahmsweise ja einmal vorkommen könne – über die Dauer des Aufenthalts in London falsche Vorstellungen gemacht habe usw. Aus dem Vergleich der Erlebnisse so vieler Lagerkameraden geht aber deutlich hervor, daß diese harmlose Interpretation eine dem Betreuungsoffizier selbst sehr peinliche Beschönigung darstellt. Zugegeben, daß viele Begleitoffiziere über das Endziel ihres Geleits selbst nicht oder nur ungenau unterrichtet waren – ich habe einen Fall kennen gelernt, in welchem der Begleitoffizier bei der Ankunft in der stacheldrahtumzäunten Beltane School selbst ehrlich bestürzt war und sich bei seinem „Opfer" menschlich zu entschuldigen versuchte –, so scheint doch eine generelle Dienstanweisung für die Einholung der nach London zitierten Deutschen vorzuliegen. Dieselbe dürfte wohl dahin lauten, daß der angeforderte Herr, durch höfliches Benehmen und durch die Schilderung eines Aufenthalts in London in schönen Farben, nach Möglichkeit dazu veranlaßt werden soll, auf Grund eines freiwilligen Entschlusses die Reise anzutreten. Daß im Falle des Versagens dieser Mittel der Betreffende aber manchmal durch die Androhung von wesentlich unangenehmeren Aufenthaltsorten als Wimbledon gefügig gemacht wird, geht aus verschiedenen mir hier bekannt gewordenen Fällen hervor.

Diese ganze Methode, die in der ersten Zeit nach der Überrollung als Ausfluß des

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kriegshasses und sozusagen als Kriegslist zu entschuldigen gewesen sein mag, hat natürlich – je weiter wir uns von dem tatsächlichen Ende des Krieges entfernen – einen immer fataler werdenden Beigeschmack von Menschenraub und Verschleppung.

3.) *Das Zusammenleben der Lagerinsassen.*

Ich gehe auf die unangenehmen Seiten des wochenlangen, oft monatelangen engen Zusammenlebens von vierzig bis siebzig, ihrer Freiheit beraubten Männern nicht näher ein. Alles in allem bewährt sich aber auch hier der alte Satz: „Solamen miseris socios habnisse malorem". Eigentliche Langeweile kann man – solange die Spannkraft reicht, um die Gedanken an Familie, Heimat und zu Hause zurückgelassene berufliche Aufgaben durch selbst gewählte Beschäftigung und durch Teilnahme an dem geistigen Leben des Lagers zu übertönen – leicht vermeiden. Nur mit Schaudern kann man aber an die Stimmung denken, in welche an intensive produktive Arbeit gewöhnte Menschen durch quartalelange Aufenthalte in Kriegsgefangenenlagern, Konzentrationslagern usw. geraten müssen, wenn man schon unter den relativ günstigen Verhältnissen von Wimbledon die ziemlich häufig auftretenden Depressionswellen selbst erlebt oder bei anderen miterlebt.

Die Seele des geistigen Lebens im Lager ist der Camp Leader Professor Schwenkhagen, früher Ordinarius einer der vier elektrotechnischen Lehrstühle der T. H.-Danzig, der als einer der ersten Lagerinsassen seit Juli 1945 in Wimbledon weilt. Er hat sich aus der Führung des Lagers einen wirklichen „Ersatzberuf" gemacht, führt alle Verhandlungen mit dem englischen Lagerkommandanten und dem Betreuungsoffizier, leitet das soziale Zusammenleben der „Republik Wimbledon" als „Prime Minister" und leistet durch seine Vorträge auch noch den wesentlichsten Beitrag zu den im Lager gebotenen geistigen Anregungen. Seine Vortragsreihe über „Kernphysik, Atomzertrümmerung und Atombombe" und sein „Kolloquium über Elektrotechnik" stellen einen der effektiven geistigen Gewinne des Zwangsaufenthalts in Wimbledon dar.

Eine weitere regelmässige Anregung geben die fast täglich stattfindenden Abendvorträge der Lagerkameraden über ihre speziellen Arbeitsgebiete, in deren Mannigfaltigkeit Anlage 1) einen Einblick gestattet*. Die im Anschluss an die Abendvorträge stattfindenden Diskussionen und die in beliebiger Zahl ständig möglichen Unterhaltungen zwischen Wissenschaftlern und Technikern völlig heterogener Arbeitsgebiete geben dem Gesamtmilieu einen akademischen Charakter besonderer Prägung, der einerseits an die Studentenzeit erinnert, andererseits aber durch den Unterschied zwischen dem Meinungsaustausch von unerfahrenen Studikern und demjenigen von berufs- und lebenserfahrenen Männern bestimmt ist.

4). *Die Betreuung der Lagerinsassen durch die im Lager tätigen englischen Militärpersonen.*

Für die Bewachung und Betreuung des Lagers von durchschnittlich fünfzig Insassen sind nicht weniger als mindestens zwanzig Militärpersonen ausschließlich „beschäftigt", davon 4 Offiziere, 5 bis 6 Sergeants und 10 bis 15 Soldaten[1]. Der Lagerkommandant, im Range eines Oberstleutnants, und zwei weitere Offiziere haben fast nichts zu tun und sind für die Lagerinsassen – mit Ausnahme des Camp Leaders Schwenkhagen – ohne

---

* Auf einen Abdruck der im vorliegenden Dokument erwähnten Anlagen 1), 2) und 3) wurde verzichtet.

[1] In diesen Tagen hat der Minister des Board of Trade, Mr. Cripps, eine Rede in Edinburgh gehalten, in der er die Bereitstellung der nötigen Arbeitskräfte für die Industrie als das Kernproblem der englischen Wirtschaft bezeichnete!

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bedeutung. Wichtig für jeden Lagerinsassen sind aber der Betreuungsoffizier F/L Lickfold und sein Assistent Sgt. Lustmann.

Diese beiden Herren vermitteln den gesamten Verkehr zwischen dem Camp Leader und der Londoner Behördenstelle, die die ganze Einrichtung „Beltane School" dirigiert (Bios = British Intelligence Objective Subcommittee). Durch sie erfahren die Lagerinsassen alles, was die ihnen unbekannte und unerreichbare Londoner Behördenstelle an Besprechungen mit „interrogators", Reisen nach anderen englischen Plätzen usw. angeordnet hat. Auch über das für die Mehrzahl bei weitem wichtigste Thema, die Aussichten für die Freigabe (Clearance) und den Termin der Heimreise, kann man nur durch Lickfold und Lustmann etwas erfahren.

Beide Herren tun wirklich ihr Möglichstes, um die Interessen der Lagerinsassen zu fördern, und sind durch diese Aufgabe in der Regel recht stark in Anspruch genommen. Sie sprechen beide nahezu fliessend deutsch (Lickfold ist mit einer Hamburgerin verheiratet) und haben volles Verständnis für die Sorgen und die gelegentlich zum Ausdruck kommende Verzweiflung von Menschen, die hier viele Wochen und Monate ihrer Freiheit beraubt leben müssen. Aber die Machtbefugnisse von Lickfold sind sehr gering, da er nur die Anordnungen der Londoner Stelle auszuführen und zu koordinieren hat.

5.) *Einsatz der Lagerinsassen für die Zwecke der englischen Behörden und Industrien und sein Nutzeffekt.*

Die Nutzbarmachung der Lagerinsassen erfolgt hauptsächlich durch „interrogations", d. h. Besprechungen mit Vertretern von Behörden oder Industriefirmen, die zu denselben in das Lager kommen. Jede beabsichtigte interrogation wird durch das Londoner Bios-Büro Herrn Lickfold 1 bis 4 Tage im voraus angekündigt und dann durch den Camp Leader beim Abendessen im Rahmen des Programms für den nächsten Tag bekanntgegeben. Wenn die betreffende Behörde oder Firma den Wunsch hat, die Besprechung außerhalb des Lagers – zum Beispiel in einem Londoner Büro – zu führen, so wird derselbe im allgemeinen bewilligt. Der betreffende Interessent kann sich dann den „Gegenstand" seines Interesses gegen Quittung abholen und muss ihn abends wieder im Lager abliefern. In einigen wenigen Fällen kommt es auch vor, dass Lagerinsassen längere Zeit hintereinander jeden Morgen zu einer bestimmten regelmässigen Tätigkeit in London oder Umgebung abgeholt und abends wieder abgegeben werden.

Verhältnismässig häufig werden einzelne Herren oder Gruppen (z. B. eine crew von Kunstseidefachleuten aus I. G.-Dormagen) für mehrere Wochen nach einer anderen Stadt in England abkommandiert und kehren dann nach Beltane School als Standquartier wieder zurück.

Ob die häufig kolportierte Behauptung, daß die Industriefirmen für jede interrogation und für jeden „Ausleihtag" eines Lagerinsassen nach auswärts Beträge zwischen 2 und 5 £ bezahlen müssen, den Tatsachen entspricht oder nicht, konnte ich bisher nicht einwandfrei feststellen[2].

Obwohl dauernd zwischen 40 und 70 Deutsche im Lager „tätig" sind, finden selten mehr als zwei bis drei interrogations täglich statt, häufig weniger und manchmal auch gar keine. Viel Lagerinsassen verlassen Beltane School nach einem Aufenthalt von acht bis zwölf Wochen und sind nur zwei bis fünf Mal, in Ausnahmefällen sogar nur einmal, interrogiert worden.

[2] Die Behauptung könnte durchaus zutreffen, in Analogie zu der Tatsache, daß der englische Landwirt für jeden ihm überlassenen P. O. W. täglich 3 sh bezahlen muß.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Nutzeffekt der interrogations für die betreffende englische Behörde oder Industriefirma ist natürlich sehr verschieden. Männer der Kategorie c), die gerne einen Dienstvertrag mit einer englischen Behörde abschließen wollen, werden selbstverständlich ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen. Auch die Männer der Kategorie d) sind in den ersten Wochen ihres Aufenthalts im allgemeinen gerne auskunftbereit. Nach einiger Zeit läßt die Auskunftsbereitschaft bei diesen Männern aber rapide nach, einerseits aus allgemeiner Mißstimmung über die erlebten Enttäuschungen, andererseits aus der berechtigten Furcht, daß der Zwangsaufenthalt um so länger dauern könnte, je interessanter man erscheint. Im grossen und ganzen werden die englischen Industriefirmen bei den interrogations im Lager nur selten wesentlich mehr erfahren, als was sie aus Veröffentlichungen in der Fachliteratur und aus den Berichten englischer Besucher von deutschen Fabriken auch ersehen könnten.

Wesentlich höher – gelegentlich sehr hoch – dürfte der Nutzeffekt bei den Besprechungen außerhalb des Lagers und insbesondere bei den längeren Abkommandierungen nach auswärtigen Fabriken usw. sein. Dort entsteht sehr rasch ein menschlicher Kontakt zwischen den dann in relativer Freiheit lebenden Deutschen und seinen englischen Fachkollegen, der die unbedingt nötige Voraussetzung für einen wirklich fruchtbaren Erfahrungsaustausch bildet.

Ausserordentlich schwierig ist es, als Lagerinsasse aus eigener Initiative heraus die Verbindung mit einer vor dem Krieg befreundeten Firma in London aufzunehmen, da dies von dem Biosbüro ausdrücklich streng verboten ist. Nur durch eine persönliche Freundschaft des Betreuungsoffiziers war es mir möglich, der Borax Consolidated den Tip geben zu lassen, mich in Form von interrogations drei Mal zu sehr freundschaftlichen Aussprachen und zu luncheons nach London abholen zu lassen. Bei der I. C. I. ist mir dies, obwohl ich schon in der dritten Woche meines Aufenthalts den Versuch machte, nicht gelungen. Später habe ich dann von weiteren Bemühungen abgesehen, wegen der oben schon erwähnten Gefahr einer noch längeren Verzögerung meines Rückreisetermins.

6.) *Vermutungen über die der „Einladung" von Deutschen nach Beltane School zu Grunde liegenden Vorgänge.*

Obwohl man – infolge der Unmöglichkeit eines direkten Kontakts mit der für Beltane School verantwortlichen Londoner Behörde (British Intelligence Objective Subcommittee – Bios) – auf Vermutungen und Kombinationen angewiesen ist, so versucht man doch, aus den mannigfaltigen Schicksalen der Lagerkameraden und aus dem eigenen ein Bild darüber zu gewinnen, welche Vorgänge bei den britischen Behörden wohl die Ursache dafür bilden, daß so zahlreiche deutsche Wissenschaftler und Techniker auf hinterlistige Weise eingefangen und wochenlang, ja monatelang, in Wimbledon interniert werden.

Sehr viele Lagerinsassen wissen schon bei ihrer Ankunft oder nach den ersten interrogations mit Sicherheit, wegen welchen speziellen Interessengebiets sie nach London geholt wurden. Dies gilt insbesondere für alle Spezialisten bestimmter kriegswichtiger Forschungsgebiete oder Fabrikationen, z. B. Flugzeugbau, Funkmesstechnik, Fernsehtechnik, ferngesteuerte Geschosse usw. Es gilt dies ebenfalls für alle die Herren, die zur Lösung irgendeiner Spezialaufgabe der Friedenswirtschaft bei einer englischen Firma praktisch eingesetzt werden.

Andere Lagerinsassen dagegen können sogar noch in den letzten Tagen ihrer Anwesenheit nicht mit Gewissheit, sondern nur vermutungsweise beurteilen, was der eigentli-

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

che Anlass für ihre Zitierung nach London war. Dies gilt hauptsächlich für Männer, die auf zahlreichen Gebieten Allgemeinkenntnisse haben, aber keine Spezialisten sind, und die daher aus der heterogenen Palette der erlebten interrogations keinen eindeutigen Schluss auf die englische Behörde bezw. Firma ziehen können, welche sie angefordert hat. So kann ich zum Beispiel heute noch nicht sagen, welches von den in meinen interrogations zu Tage getretenen Interessengebieten (Russ, Cyanid, Wasserstoffsuperoxyd und Persalze, Seltene Metalle, Hochfeuerfestgeräte) daran schuld ist, dass ich von der „Englischen Krankheit"[3] befallen wurde.

Die Anforderungen von Herren aus Deutschland, für deren Durchführung das schon mehrfach erwähnte Biosbüro zuständig ist, erfolgen auf Verlangen verschiedener höherer militärischer und ziviler Behörden, unter denen die Admiralität, die Royal Airforce, das Ministry of Supply und das Board of Trade am häufigsten genannt werden. Man erfährt in der Regel während des Aufenthalts im Lager, von welcher höheren Behörde man angefordert worden ist. (In meinem Falle war es das Board of Trade.) Die ausdrückliche Freigabe durch die betreffende höhere Behörde – die sogenannte „Clearance" – ist der erste Schritt auf dem langwierigen Wege, der bis zum effektiven Antritt der Heimreise zurückgelegt werden muß.

Sehr wesentlich für die Beurteilung der ganzen „Beltane-School-Methode", die jetzt – 1½ Jahre nach Einstellung des Kampfes der Waffen – so aufreizend auf alle mit dem Wiederaufbau in der Heimat beschäftigten Deutschen wirkt, dürfte eine Überlegung betreffend die zeitliche Ingangsetzung derselben durch die englischen Behörden sein. Zahlreiche Gespräche mit vielen Lagerinsassen scheinen mir dafür zu sprechen, daß die Liste der Deutschen, die nach London geholt werden sollen, zu einem wesentlichen Teil schon kurze Zeit nach Einstellung der Kampfhandlungen, mindestens aber im Spätherbst 1945 aufgestellt wurde. Offenbar haben die vielen in Deutschland reisenden englischen Wirtschaftsoffiziere – fast immer ad hoc in Uniform gesteckte Techniker aus der Privatindustrie – die Aufgabe oder die Möglichkeit, einer englischen Behördenstelle die in Deutschland angetroffenen Wissenschaftler und Techniker namentlich bekanntzugeben, von deren näherer Ausfragung oder Einsetzung für irgend einen speziellen Zweck man sich Vorteile für die englische Industrie versprechen konnte. Die Auswertung des so gewonnenen Adressenmaterials durch Entführung der betreffenden Herren erfolgte dann mit der Langsamkeit, die für alle Kriegs- und Nachkriegsbürokratie, besonders aber für die englische, charakteristisch ist.

So erfuhr ich zum Beispiel, daß der Camp Leader meinen Namen als zukünftigen „guest" in Wimbledon schon im April dieses Jahres in einer ihm inoffiziell zur Kenntnis gekommenen Liste gelesen hatte, während ich erst Anfang August abgeholt wurde. Es hat also offenbar mehrere Quartale gedauert, bis die wahrscheinlich schon im Spätherbst 1945 oder Anfang 1946 ins Auge gefasste Massnahme meiner Entführung sich über zahlreiche ministerielle Behördenstellen, über die Bios und schliesslich über die Fiat/Höchst in die Wirklichkeit umsetzte. Auch mehrere andere Lagerinsassen teilten mir Beobachtungen mit, die zeigen, dass ihre tatsächliche Abholung nach London erst 5 bis 10 Monate später erfolgte als der Anlass zu derselben, den sie während ihres hiesigen Aufenthalts in dem Besuch irgend eines englischen Wirtschaftsoffiziers in ihrem deutschen Betrieb bezw. wissenschaftlichen Institut erkennen konnten.

[3] So wird das Leiden, an dem die Lagerinsassen erkrankt sind, häufig scherzweise bezeichnet.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wie weit eine private Firma in der Lage ist, die Zitierung eines von ihr gewünschten deutschen Fachmanns durch Einflussnahme auf eine der genannten höheren Behörden durchzusetzen, ist mir nicht restlos klar geworden. Bei der nahen Verflechtung zwischen Privatindustrie und staatlichen Behörden, die während des Krieges in England gerade so zustande gekommen ist wie in Deutschland, ist es aber einleuchtend, daß die Behörden in grossem Umfang für privatwirtschaftliche Zwecke eingespannt werden können. Es erscheint durchaus möglich, dass das Verlangen einer einzigen Firma, durch Ausnutzung der gegebenen Machtposition sich Auskünfte und technische Kenntnisse eines deutschen Fachmanns zu verschaffen, den Grund dafür bildet, dass der betreffende Fachmann mehrere Wochen oder Monate seines Lebens in „Beltane School" verbringen muss.

Sobald ein neuer Lagerinsasse in Beltane School eingetroffen ist, werden von der höheren Behörde – zum mindesten trifft dies für das Board of Trade zu – Rundschreiben an einen größeren Kreis von eventuellen Interessenten gerichtet, wodurch diese in die Lage versetzt werden sollen, von der Gelegenheit der Anwesenheit des betreffenden Sachverständigen durch eine interrogation Gebrauch zu machen. Hierdurch und durch die Verpflichtung jedes interrogators, einen Bericht über das Ergebnis der interrogation an die Behörde abzuliefern, der dann allen Interessenten zur Verfügung steht, soll wohl hauptsächlich dem Vorwurf der einseitigen Ausnutzung dieser, vom Staat geschaffenen Informationsmöglichkeit für die privatwirtschaftlichen Interessen einer einzigen Firma die Spitze abgebrochen werden.

7.) *Die Mißstände der „Beltane-School-Methode" und deren Wirkung auf die Lagerinsassen.*

Wenn ich – als Abschluss meiner Niederschrift – die der „Beltane-School-Methode" anhaftenden Misstände kritisiere, so lasse ich die zahlreichen mehr oder weniger berechtigten Klagen individueller Art ganz aus dem Spiel und beschränke mich auf vier Missstände, unter denen zum mindesten die Mehrzahl der Lagerinsassen leidet, und die – ohne Beeinträchtigung, ja sogar unter Verbesserung des Nutzeffekts des englischerseits erstrebten Zwecks – ohne grosse Schwierigkeit beseitigt bezw. erheblich gemildert werden könnten:

a). Die in Abschnitt 2.) geschilderte *Methode der hinterlistigen Einfangung von Deutschen,* unter Vorspiegelung falscher Aussichten, sollte schleunigst aufgegeben werden. Jeder vernünftige Deutsche wird sich – eingedenk der Wahrheit des alten Wortes vae victis – einem offen an ihn gerichteten Befehl der Siegermacht, zur technischen Hilfeleistung nach London zu kommen, nolen volens fügen, solange nun eben noch kein offizieller Friede geschlossen ist. Die derzeitige Praxis der Vorspiegelung eines maximal drei- bis vierwöchentlichen Aufenthalts in einem Londoner Hotel oder boardinghouse führt nur dazu, dass sehr viel bei der Abreise vorhandener guter Wille sogleich nach der Ankunft in Beltane School zerstört und dass der, über jede Erwartung hinaus langfristige, Aufenthalt in einem camp durch falsche Reisevorbereitungen (z. B. schwarzer Anzug anstatt einer alten Kluft und warmer Unterwäsche usw.) unnötigerweise erschwert wird.

b). Wenn schon die Unterbringung der nach London beorderten Deutschen in einem camp unter den derzeitigen Verhältnissen noch als notwendig betrachtet wird, so müsste den Lagerinsassen eine *Möglichkeit gegeben werden, sich* an einigen Tagen eines Monats außerhalb des Lagers – durch Besuch von Londoner Sehenswürdigkeiten, Museen usw. – *freier zu* bewegen. Bei der derzeitigen Handhabung kommt es häufig vor, daß Lager-

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

insassen, nach acht- bis zwölfwöchentlichem Aufenthalt hinter Stacheldraht, die Rückreise antreten, ohne von London oder England mehr gesehen zu haben als das, was man bei den zwei Autofahrten zwischen Liverpoolstreet-Station und Camp durch die Autoscheiben sehen kann. Die gute Atmosphäre, welche die Herren im Lager verbreiten, die häufiger zu Besprechungen nach London zitiert werden, oder die nach mehrwöchentlichem Einsatz in anderen Städten, wo sie sich wesentlich freier als in Wimbledon bewegen können, in das Lager zurückkehren, zeigt eindeutig, daß eine liberalere Handhabung der Kasernierung nicht nur eine grosse psychologische Erleichterung für die Lagerinsassen bedeuten würde, sondern auch dem von der englischen Behörde erstrebten Zweck einer freiwilligen Auskunftsbereitschaft zugute käme. Wie negativ die Stimmung der Lagerinsassen und wie gering ihre Auskunftsbereitschaft nach einigen Wochen Aufenthalt in Beltane School wird, geht aus den häufigen mündlichen und schriftlichen Protesten (vergl. Anlage 2) und aus gelegentlichen Äusserungen eines bitteren Galgenhumors (vergl. Anlage 3) hervor*.

Erfreulicherweise kann festgestellt werden, dass viele Herren von englischen wissenschaftlichen Instituten und Firmen, die zu interrogations in das Lager kommen, über die Art der Kasernierung der Insassen erstaunt, oft ehrlich empört sind. Es ist mir ein Fall bekannt geworden, in dem ein Engländer, der an sich den lebhaften Wunsch hatte, sich mit einem im Lager untergebrachten Deutschen zu unterhalten, bestellen liess, er verzichte lieber auf eine solche Unterhaltung, bis seine deutschen Fachkollegen wieder in der Lage seien, ausserhalb einer Stacheldrahtumzäunung auf englischem Boden zu wohnen. Auch mehrere betonte Aufmerksamkeiten (Übersendung von Obstpaketen usw.), die mir und einigen anderen Lagerinsassen von Engländern erwiesen wurden – nicht etwa nur auf Grund alter freundschaftlicher Beziehungen aus der Vorkriegszeit, sondern auch nach flüchtiger neuer Bekanntschaft – zeigen, dass bei den einzelnen Engländern der Sinn für fairness gegenüber dem Einzelindividium des besiegten Feindes keineswegs ganz ausgestorben ist, trotz dem Übermass von Hassgefühlen, welche eine traurige Verkettung von Schicksal und Schuld jetzt zum zweiten Mal zwischen den beiden Völkern erzeugt hat.

c). Ein weiterer schwerer Misstand ist das *groteske Missverhältnis zwischen dem Zeitverlust,* den ein Aufenthalt in der Beltane School für die Betroffenen bedeutet, und dem *tatsächlichen Gebrauch, den die englischen Behörden von dieser Zeit für den beabsichtigten Zweck machen.* Die Benachrichtigung der Firma bezw. der Firmen, welche sich für einen Lagerinsassen interessieren, die Festlegung der Termine für interrogations usw. erfolgen über das Biosbüro mit einer kaum glaublichen Langsamkeit und Schwerfälligkeit. Der Betreuungsoffizier Lickfold ist noch nicht einmal berechtigt, selbständig einem interrogator, der an dem festgelegten Tag das betreffende Thema nicht bis zu Ende behandeln konnte, die Fortsetzung der interrogation am nächsten oder an einem der folgenden Tage zu gestatten, so dass die Fortsetzung der interrogation zu einem späteren Termin wieder eine umständliche Vereinbarung zwischen dem interrogator und dem Biosbüro nötig macht. Manchmal ergeben sich auf diese Weise Gespräche zwischen englischem interrogator und deutschem Interrogierten, in denen beide in voller Eintracht über den Stumpfsinn und die Bürokratie der Londoner Behörden spotten bezw. bitter klagen.

* Auf einen Abdruck der im vorliegenden Dokument erwähnten Anlagen 1), 2) und 3) wurde verzichtet.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unter den 67 Tagen, die ich in Beltane School interniert war, befanden sich nur acht Tage, an denen eine oder zwei interrogationen stattfanden; dabei sind die drei Aussprachen mit der Borax Consolidated, die durch meine Initiative zustande kamen, und die nur ad majorem gloriam der Bios-Bürokratie in Form von interrogations stattfanden, schon mit eingerechnet. Mit Ausnahme der Herren, die zur Bearbeitung von Spezialfragen längere Zeit nach auswärts abkommandiert waren, dürfte bei der Mehrzahl der Lagerinsassen das Verhältnis zwischen völlig zwecklos und teilweise zweckentsprechend in Beltane School verbrachten Tagen ungefähr das gleiche sein wie bei mir.

Der deprimierende Einfluss dieser Sinnlosigkeit, welche das ganze Beltane-School-Verfahren infolge der bürokratischen Handhabung in praxi kennzeichnet, auf die Stimmung der Lagerinsassen ist natürlich verschiedenartig. Unter den „Dauergästen", Angehörigen der Kategorien a, b und c (siehe Abschnitt 2) haben viele das Gefühl für Zeit und Wert derselben schon so verloren, daß sie sich über irgend eine kleine vorübergehende Verschlechterung der äusseren Lebensbedingungen oft mehr aufregen als über den Wahnwitz einer solchen Zeitvergeudung. Für die grosse Mehrzahl der Angehörigen der Kategorie d) aber – Männer, die aus einer festen, voll ausfüllenden Tätigkeit oder aus einem gerade begonnenen Wiederaufbau einer neuen Existenz in Deutschland plötzlich herausgerissen werden – bedeutet die Sinnlosigkeit dieser Zeitvergeudung eine wirklich schwere Belastung, der gegenüber die äusseren Dinge, ja selbst die wochenlange Freiheitsberaubung und der Stacheldrahtkomplex, ganz in den Hintergrund treten.

d). Am meisten berechtigte Empörung jedoch verursacht die *praktische Handhabung aller Angelegenheiten, die mit der Heimreise der Lagerinsassen zusammenhängen.* Wenn man sich – trotz der unter c) geschilderten miserablen Ausnutzung der geopferten Zeit für den von der englischen Behörde beabsichtigten Zweck – mit der Aufenthaltsdauer bis zur Clearance (offizielle Freigabe durch die anfordernde Behörde) zur Not noch einigermaßen abgefunden hat, so wächst einem die darüber hinaus noch beschiedene Aufenthaltsdauer bis zur effektiven Abreise wirklich zum Halse heraus. Die zwei Hauptgründe, welche diese weitere Verzögerung über den Zeitpunkt der Clearance hinaus verursachen, sind: 1.) die Erfüllung der völlig unverständlichen Formalität, daß, *nach* Erteilung der Clearance, aber *vor* Antritt der Heimreise, von der Bios noch eine Zustimmung der Fiat in Frankfurt a. M./Höchst darüber eingeholt wird, dass diese mit dem Rücktransport des Lagerinsassen in die Zone, aus der er entführt wurde, einverstanden ist; 2.) die Tatsache, dass Begleitoffiziere für den Rücktransport offenbar zeitweise nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung gestellt werden.

Diese beiden organisatorischen Schwierigkeiten bedingen Verlängerungen der Aufenthaltszeiten, die im Mittel etwa zwei bis drei Wochen, in manchen Fällen aber viele Wochen betragen. Während dieses Stadiums schwankt man täglich zwischen Hoffnung und Verzweiflung und fühlt sich wahrhaftig nur noch als liegen gebliebenes Postpaket, dessen Begleitadresse verloren gegangen ist. Ich habe miterlebt, dass nicht weniger als 25 Herren zugleich im Lager waren, bei denen die Clearance seit längerer oder kürzerer Zeit vorlag, dass aber trotzdem etwa vierzehn Tage lang keinerlei Abreise erfolgte. Lickfold tut wirklich sein Bestes, um durch ständiges Telefonieren mit dem Biosbüro und durch häufige persönliche Besuche in demselben Abhilfe zu schaffen; er hat gelegentlich – bei Mangel an Begleitern – sogar seine einzige Hilfe, Sgt. Lustmann, als Begleiter für eine Rückreisegruppe mit eingesetzt. Aber gegenüber dem im Biosbüro herrschenden Übermass von Bürokratie, Schlamperei und Faulheit kommt er nicht durch.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die „alten Knochen" im Lager raten einem, während dieses Stadiums gar keine Versuche zur Beschleunigung zu unternehmen, da der Reisetermin doch nur vom blinden Zufall abhänge, sondern Fatalist zu werden. Ich habe trotzdem – durch unter Umgehung der Zensur an die Degussa gesandte Briefe – alles in meinen Kräften Stehende getan, um eine Beschleunigung der Zustimmungserklärung der Fiat zu meiner Rückreise mit Hilfe einer Einwirkung der Degussa auf die Fiat/Höchst zu erreichen. Bei der Niederschrift dieser Zeilen weiss ich weder, ob meine diesbezüglichen Briefe bei der Degussa eingetroffen sind, noch ob diese bei der Fiat vorstellig geworden ist, noch welcher Erfolg eine solche etwaige Vorstellung haben wird. Während bei der Mehrzahl der in den letzten Wochen endlich abgereisten Herren der zwischen Clearance und Abreisetermin verstrichene Zeitraum tatsächlich nur als Produkt des Zufalls gewertet werden kann, liegen zum mindesten auch zwei Fälle vor (ein Professor von der Technischen Hochschule Darmstadt und ein Chemiker von I. G.-Ludwigshafen), bei denen eine Aktion des U. S.-Betreuungsoffiziers der T. H. Darmstadt bezw. der französischen Oberleitung von I. G.-Ludwigshafen bei Fiat-Höchst offenkundig zu einer wesentlichen Abkürzung der üblichen Wartezeit geführt haben.

Das Ergebnis dieser geschilderten Misstände ist, dass ständig ein grosser Teil der Lagerinsassen aufs tiefste erbost ist, und dass die gegenüber dem unsichtbaren Londoner Behördenklüngel mehr als berechtigte Erbitterung ungerechter Weise generalisierend gegenüber „dem Engländer" zum Ausdruck gebracht wird. Ein großer Teil der Lagerinsassen sieht in diesen Mißständen einfach den klaren Beweis für die „Perfidie des Engländers", für den Willen „des Engländers", die deutsche Industrie durch möglichst langfristige Entziehung von qualifizierten Arbeitskräften noch weiter zu ruinieren, und für alle denkbaren weiteren hinterlistigen Absichten „des Engländers".

Dabei muß berücksichtigt werden, dass ein erheblicher Teil der Lagerinsassen aus Männern besteht, die seit dem Zusammenbruch überhaupt noch nicht wieder in ein normales ziviles Leben zurückgekehrt sind, die von den Amerikanern aus der russischen Zone gewaltsam evakuiert oder direkt aus einem Internierungslager militärischer bezw. politischer Art nach Beltane School geholt wurden, die über ihre zukünftige berufliche Existenzbasis völlig im Dunkeln tappen, und die oft ihre Familie unter den primitivsten Verhältnissen, ohne genügendes Geld zum Leben, in irgend einem Unterschlupf zurücklassen mussten oder sie überhaupt seit dem Zusammenbruch noch nicht wiedergesehen haben. Manche dieser Männer gehören auch zu denen, die immer noch nicht verstanden haben und zum Teil wohl nie verstehen werden, dass – wenn man schon, mit moralischem Maßstab wertend, die Schuldfrage aufwerfen und sich nicht sine ira et studio mit der Schicksalhaftigkeit des ganzen abendländischen Dramas abfinden will – an ihrem persönlichen und dem allgemeinen Elend das von dem grössenwahnsinnigen Hitler in den Krieg geführte Dritte Reich zum mindesten sehr viel mehr schuld ist als das von dem verantwortungsbewussten Chamberlain geführte England.

Diejenigen Lagerinsassen aber, die weder durch besonders traurige persönliche Verhältnisse völlig verbittert noch einseitig nationalistisch bezw. nationalsozialistisch befangen sind, fühlen deutlich – besonders im Verkehr mit Vertretern der englischen Wissenschaft und Industrie –, dass uns in der „Beltane-School-Methode" nicht „England", sondern eine aussergewöhnlich widerwärtige Ecke der englischen Nachkriegsbürokratie gegenübersteht. Mit den gleichen guten Gründen, mit denen wir eine Kollektivschuld

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Deutschlands" an den Gemeinheiten einiger tausend verrohter Kreaturen Hitlers ablehnen, muss man es als absurd bezeichnen, „England" für die Schlampereien einiger Dutzend verknöcherter Bürokraten der Londoner Behörden verantwortlich machen zu wollen.

Soviel aber scheint mir aus der Wirkung der „Beltane-School-Methode" auf *alle* Lagerinsassen eindeutig hervorzugehen, dass die englischen Behörden bald sehr wesentliche Änderungen in ihrer Praxis werden vornehmen müssen, wenn die von ihnen beabsichtigte – und von einem wachsenden Teil der englischen Industrie offenbar ernstlich und auf loyaler Basis gewünschte – Nutzbarmachung deutscher wissenschaftlicher und technischer Erfahrungen wirklich fruchtbringend werden soll.

Baerwind.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

*Literatur**

I.
GEORGES-HENRI SOUTOU

Franz Knipping, Deutschland, Frankreich
und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931, München 1987

Wolfgang Krieger, General Lucius D. Clay
und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949,
Stuttgart 1987

Rainer Hudemann, Sozialpolitik im deutschen Südwesten
zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953.
Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen
französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988

II.
FRITZ STERN

Hans Mommsen, Die verspielte Freiheit.
Der Weg der Republik von Weimar
in den Untergang 1918 bis 1933, Berlin 1989

III.
GERALD STOURZH

Diemut Majer, Grundlagen des nationalsozialistischen
Rechtssystems. Führerprinzip, Sonderrecht, Einheitspartei,
Berlin 1987

Bernd Rüthers, Entartetes Recht.
Rechtslehren und Kronjuristen im Dritten Reich,
München 1989

IV.
DONALD C. WATT

A. P. Young, Die X-Dokumente.
Die geheimen Kontakte Carl Goerdelers mit der britischen
Regierung 1938/1939. Hrsg. von Sidney Aster,
Betreuung der deutschen Ausgabe und Nachwort:
Helmut Krausnick, München 1989

---

* Unter dem Stichwort „Literatur" geben die Vierteljahrshefte einmal im Jahr ausländischen Kollegen das Wort, um zu Ergebnissen der Forschung zur deutschen Zeitgeschichte, die ihnen besonders bemerkenswert erscheinen, ihre Meinung zu sagen. Welche neueren Werke in der hier gewählten Form der Buchbesprechung gewürdigt werden, ist allein Sache der eingeladenen Autoren.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I.

Die Geschichte der internationalen Beziehungen ist eine sehr anspruchsvolle Disziplin. Sie erfordert einmal aufwendige Archivrecherchen in mehreren Ländern. Dann verlangt sie nicht nur eine profunde Kenntnis der internationalen Probleme, sondern auch, weil ja äußere und innere Politik nicht zu trennen sind, die der spezifischen Probleme der betroffenen Länder. Schließlich braucht es intellektuelle Aufgeschlossenheit, handelt es sich doch um mehr als nur eine Chronik diplomatischer Vorgänge. In dieser Disziplin liefert die jüngere deutsche Historiographie einige hervorragende Beispiele, von denen wir uns auf die Veröffentlichungen von Franz Knipping, Wolfgang Krieger und Rainer Hudemann beschränken wollen. Einmal abgesehen von der gemeinsamen herausragenden Qualität, bilden sie dahingehend eine thematische Einheit, als sie den Bogen schlagen vom Scheitern der Politik von Locarno ab 1928 bis hin zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949. Dazwischen erfolgte eine grundlegende politische Umorientierung: 1928 suchte das revisionistische Reich seine Machtstellung von 1914 wiederzuerlangen, d. h. zur klassischen Politik des „concert européen" des 19. Jahrhunderts zurückzufinden. 1949 verfolgte die neugegründete Bundesrepublik eine völlig andere Politik, nämlich die der europäischen und atlantischen Integration, die einen völligen Bruch mit den politischen Orientierungen der Zeit vor 1914 darstellt. Auf deutscher Seite weiß man, wie dieser politische und intellektuelle Umbruch vonstatten ging. Ein kürzlich erschienenes Buch von Gregor Schöllgen („Ulrich von Hassell 1881–1944. Ein Konservativer in der Opposition", München 1990) dokumentiert, wie die Macht der alten Ideen noch in den Köpfen der Opposition gegen Hitler vorherrschte. Erst die deutsche Niederlage und die Gründung der BRD bewirkten, daß das wilhelminische Deutschland wirklich der Vergangenheit angehörte. Wie Hans Peter Schwarz im ersten Band seiner großartigen Adenauer-Biographie gezeigt hat, war es dieser Politiker, der 1919 schon eine ganz andere Konzeption vom Platz Deutschlands in Europa gehabt hat, dem diese Neuorientierung vor allem zu verdanken ist. Doch wurde der politische Kurswechsel durch die Partner Deutschlands ermutigt und auch erleichtert: in den Büchern, mit denen wir uns hier befassen wollen, wird vor allem die Rolle der Amerikaner und der Franzosen in diesem Umbruch hervorgehoben, der nicht nur die deutsche Außenpolitik betraf, sondern die europäische Politik in ihrer Gesamtheit. Der gesamte Westen hatte in den Jahren nach 1945 eine internationale Gemeinschaft wiederbegründet, die in zwei Weltkriegen zumindest beschädigt worden war.

Um den zurückliegenden Weg richtig einschätzen zu können, sind die Jahre 1928–1931 wichtig, die für *Franz Knipping* die eigentliche Wendemarke zwischen den zwei Kriegen darstellen: auf den Optimismus von Locarno folgt in nur drei Jahren eine neue Krise in den deutsch-französischen Beziehungen und damit im gesamten europäischen System, also noch vor der Machtergreifung Hitlers. Dieser für die nachfolgenden Ereignisse so entscheidenden Periode wurde bislang noch keine eigenständige Untersuchung gewidmet. Sie ist charakterisiert durch das Erstarken des deutschen Revisionismus. Knipping unterstreicht dies für die Person Gustav Stresemanns: der Chef des Auswärtigen Amtes war durchaus ein Anhänger einer europäischen Ordnung, basierend auf dem Zusammenwirken der Großmächte. Allerdings wollte er in diesem Mächtekonzert nur von einer Position der Stärke aus mitspielen. Um sie zu erreichen, war es Stresemanns vorrangiges Ziel, die Besetzung deutschen Bodens zu beenden. Dem war alles andere untergeordnet, einschließlich der Reparationsfrage (dies im Gegensatz zu einem nicht geringen Teil des politischen Establishments).

Ein Abzug aus dem Rheinland hätte dem Reich sicherlich freie Hand zur Entfaltung einer revisionistischen Politik ermöglicht mit dem Ziel, zur Situation von 1914 zurückzukehren. Es gab eine Menge von Faktoren, die eine solche Politik begünstigen konnten: die wirtschaftliche Macht des Reiches; seine Interessenparallelität mit den Angelsachsen; die Schwäche Rußlands, das die mitteleuropäischen Mächte gleichwohl fürchteten und dieserhalb bereit waren, mit Deutschland partiell zusammenzugehen.

Der Abzug der Besatzung aus dem Rheinland war für Stresemann im Laufe des Sommers 1928

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zur politischen Kardinalfrage geworden. Erreicht wurde der Genfer Kompromiß vom 16. September, in dem Truppenabzug und die endgültige Regelung der Reparationsfrage miteinander verknüpft wurden. Die Anstrengungen Stresemanns wurden außerordentlich begünstigt durch das Ergebnis der Wahlen in Großbritannien vom 30. Mai 1929: während die Konservativen 1928 zu einer Annäherung an Frankreich tendiert hatten (man sprach von einer neuen „Entente Cordiale"), unterstützte Labour eine vollständige politische Rehabilitierung und gleichberechtigte Behandlung des Reiches. Knipping betont zu Recht den Stellenwert dieses politischen Wechsels in Großbritannien, um Stresemanns letzten großen Erfolg auf der Konferenz von Den Haag im Sommer 1929 zu erklären: vorzeitige Räumung des Rheinlands und Eröffnung der Saarverhandlungen. Briand, der sehr sensibel auf das Erstarken des deutschen Revisionismus reagierte, konterte mit dem Projekt einer europäischen Föderation, dessen Ziel Knipping dahingehend interpretiert, das seit 1919 bestehende französische Sicherheitssystem retten zu wollen.

Während des Winters 1929/30 wuchsen die Widerstände, nicht zuletzt auch wegen eines politischen Generationenwechsels: Curtius war ein größerer Nationalist als sein Vorgänger Stresemann und suchte weniger den Kontakt mit Frankreich, während die DVP sich generell nach rechts entwickelte wie auch die allgemeine Stimmungslage in Deutschland zunehmend revisionistischer wurde. In Frankreich kommt der neue Ratspräsident Tardieu nicht zuletzt deshalb an die Macht, weil aus der Sicht des Abgeordnetenhauses Briand in Den Haag zu große Konzessionen gemacht hat. Aus der Entwicklung in Großbritannien schließlich zog Tardieu die Konsequenz, den französischen Interessen absoluten Vorrang einzuräumen. Von da an wurden alle Verhandlungen – über die Reparationen, die Modalitäten der Räumung des Rheinlandes, die Saar, die Abrüstung – sehr viel schwieriger, der Geist von Locarno war endgültig dahin. Deshalb scheiterten die Saarverhandlungen ebenso wie ein nur unbefriedigender und zweifelhafter Kompromiß über die Rechte von Sanktionen der Alliierten für den Fall gefunden wurde, daß Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Young-Plan nicht nachkommen sollte. Es gab keine Vertrauensbasis mehr. Schließlich versuchte Tardieu mit Hilfe der französischen finanziellen Kraft, durch die Reparations- und die Kreditpolitik, Deutschland auch nach Beendigung der Besetzung weiterhin zu kontrollieren.

Im Sommer 1930 verschärfen sich die Spannungen. Durch die Wirtschaftskrise erscheint die Durchführung des Young-Plans immer schwieriger; anders, als man gehofft hatte, bewirken das Ende der Kontrollen aus dem Dawes-Plan und die Räumung des Rheinlandes ein Anwachsen des deutschen Nationalismus. Anstelle einer Verständigung mit Frankreich sucht Brüning mit Unterstützung der Angelsachsen eine Revision des Versailler Vertrages zu erreichen, eine politische Entwicklung, die in Frankreich Enttäuschung und Unruhe hervorruft. Die Art, wie Deutschland auf das von Paris im Mai 1930 vorgelegte „mémorandum européen" reagiert, ist bezeichnend: Darin sieht Berlin nur eine Festschreibung der Verträge von 1919, in einem noch restriktiveren Rahmen als dem des Völkerbundes und für Frankreich eher noch vorteilhafter; weiter lasse das Memorandum den Willen erkennen, Deutschland von den USA und der UdSSR zu separieren. Darauf gibt Berlin eine klare Antwort: Zurückweisung aller Versuche, die Beziehungen zu Washington und Moskau zu untergraben, und Forderung nach Gleichberechtigung bei Überwindung des Status quo.

Die Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland wurden nach den Wahlen vom September 1930, die in Paris große Unruhe hervorriefen und Berlin zu einer noch härteren Haltung provozierten, eher noch größer. Hinzu kam, daß sich zwischen Frankreich und Deutschland im Donauraum ein scharfes politisches und ökonomisches Konkurrenzverhältnis entwickelte, das bereits die Krise ankündigte, die durch den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion vom März 1931 ausgelöst wurde. Diese letzte, von Knipping in ihrer ganzen Schwere geschilderte Krise bewirkte eine Erstarrung der Beziehungen noch vor der Machtergreifung Hitlers. Die psychologischen und politischen Folgen waren in Frankreich verheerend und untergruben den politischen Kredit Briands. Sie untergruben vor allem die letzte Hoffnung in den Beziehungen zwischen den zwei Ländern: eine Reihe von Politikern und Finanziers in Paris waren durchaus bereit, Deutschland bei der Durchführung des Young-Plans finanziell zu unterstützen und damit einen Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau zu leisten; dies lag schließlich auch im wohlverstandenen Interesse Frankreichs. Doch

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

forderte Paris von Berlin als Gegenleistung die Rückkehr zu einer moderaten Politik und zumindest eine Abschwächung revisionistischer Forderungen. Dazu war jedoch, wie man anläßlich der Reise Brünings nach Paris im Juli 1931 konstatieren konnte, Berlin nicht bereit.

Die sich verschärfende Krise in den französisch-deutschen Beziehungen zwischen 1928 und 1931 muß letztlich als ein Ergebnis des Systems von Versailles, des deutschen Revisionismus und des politischen Generationenwechsels gesehen werden. Briand und Stresemann hofften immer, die magische Formel der Verständigung finden zu können, eine Hoffnung, die Curtius und Tardieu nicht mehr zu teilen vermochten. Im übrigen war es die Weltwirtschaftskrise, die dem „Geist von Locarno" den Garaus machen sollte. Dieser war nicht stark genug, über die alten politischen Vorstellungen hinauszuführen, jenes Gleichgewicht in einem „concert européen" des XIX. Jahrhundert, wie man es noch einmal 1925 hatte restaurieren wollen. In dem aufgewühlten internationalen System des XX. Jahrhunderts erwiesen sie sich auf tragische Weise unwirksam.

*

Andere politische Wege mußten gefunden werden. Nach 1945 war der Wiederaufbau unter völlig anderen Bedingungen das Werk nur einer begrenzten Gruppe von Männern, darunter in vorderster Linie der General Clay. Über dessen Tätigkeit in Deutschland zwischen 1945 und 1949 legt *Wolfgang Krieger* seine Studie ›General Lucius Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949‹ vor. Doch wie schon der Titel aussagt, handelt die Arbeit von der amerikanischen Deutschlandpolitik in ihrer Gesamtheit, und so geht der Autor u. a. auch ausführlich auf die Ursachen des Kalten Krieges ein. Dies hebt durchaus den Stellenwert der Studie. Clay wurde 1945 Stellvertreter des Militärgouverneurs in Deutschland und im Frühjahr 1947 selbst amerikanischer Militärgouverneur. Eisenhower legte Wert darauf, mit dieser Stellung einen Militär zu betrauen, der sich anstelle einer Strafmission, wie sie Morgenthau und zivile Politiker propagierten, in erster Linie um Probleme der Ordnung kümmerte. In der Armee hatte Clay den Ruf eines hervorragenden Organisators, der die Überführung von SHAEF in eine Militärregierung der amerikanischen Besatzungszone vorbereitet hatte.

Clay nahm sofort Stellung gegen die noch sehr harte Direktive JCS 1067, die ihm unter wirtschaftlichen Aspekten unsinnig erschien. Er war im Gegenteil von Anfang an davon überzeugt, daß man die Wirtschaftskraft Deutschlands zum Wiederaufbau Europas brauche. Gleichzeitig wollte jedoch Clay, selbst ein zutiefst überzeugter Demokrat, in Deutschland eine tiefgreifende und strenge Entnazifizierung durchführen. Sein ganzes Engagement galt dem Wiederaufbau demokratischer Strukturen in Deutschland. Der Weg dahin führte über die Länder, die in der amerikanischen Zone noch vor Ende 1946 Verfassungen, Landtage und Regierungen erhalten hatten, noch vor den Ländern der britischen und der französischen Zone. Andrerseits sah Clay ein demokratisiertes Deutschland, dessen Wirtschaft zum Wiederaufbau Europas beitragen konnte, nur im Rahmen der in Potsdam institutionalisierten Viermächte-Verantwortung. Eines der wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung Kriegers ist, bis zu welchem Punkt und wie erstaunlich lange Clay und hinter ihm Washington die Potsdamer Abmachungen loyal erfüllten, eine Erkenntnis ganz im Gegensatz zu den Thesen einzelner revisionistischer Historiker. Wenn auch gewisse Kreise vor allem des O. S. S. ab 1945 den sowjetischen Absichten gegenüber mißtrauisch waren, so zweifelten Eisenhower, Truman und Clay im Laufe des Sommers 1945 im Grunde nicht an dem Willen Moskaus zur Verständigung. Sicherlich, die französische Opposition gegenüber der Einrichtung von deutschen Zentralverwaltungen wie auch die Installierung einer separaten Verwaltung durch die Sowjets in ihrer eigenen Zone veranlaßten Clay nach der Konferenz von London im September 1945, eine eigene Verwaltung für die amerikanische Zone oder auch für die drei westlichen Besatzungszonen oder noch für die amerikanische, britische und sowjetische Zone ohne Frankreich ins Auge zu fassen. Dabei richtete sich der Zorn Clays in der Frage der Zentralverwaltungen in erster Linie gegen die Franzosen, denen er lediglich den Status eines Juniorpartners, der den Amerikanern alles schuldete, zugestand, während er der Sowjetunion, von deren Verständigungswillen er überzeugt war, das Recht konze-

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dierte, sich Gehör zu verschaffen. So folgte Clay auch konsequent dem sowjetischen Standpunkt, als es darum ging, den Plan einer Reduktion der deutschen Industrie zu exekutieren, wobei er sogar auf die Briten dahingehend Druck ausübte, ihre Überlegungen über die Demontagen entgegen ihren ursprünglichen Absichten noch zu verschärfen. Zwar traf er mit seinem Befehl vom 2. Mai 1946, der einen Demontagestop verfügte, die Sowjets wie die Franzosen, die ersteren, weil sie sich einer generellen Regelung der Export- und Importfrage verweigerten, Paris dagegen, weil es weiterhin gegen die Errichtung von Zentralverwaltungen opponierte. Doch war es keineswegs Clays Intention, die Potsdamer Verträge zu brechen, sondern im Gegenteil, auf ihrer Grundlage die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu sichern.

Im Frühjahr 1946 glaubt Clay immer noch an eine mögliche Viermächtekontrolle, ganz im Sinne von Potsdam, in die er Frankreich einbinden will. Der Wiederaufbau Europas erfolgt für ihn von Deutschland aus, während das State Department sich dabei eher auf Frankreich stützen wollte und Paris deshalb auch entgegenkam. Auch die Errichtung der Bizone am 11. Juli 1946 wie die Rede Byrnes' in Stuttgart vom 6. September 1946 bedeuteten vor allem für Clay noch keineswegs, die Hoffnung auf eine Veständigung mit der Sowjetunion aufzugeben. In diesem Sinne war die Bizone den Absichten ihrer Gründer nach keineswegs der Nukleus eines westdeutschen Staates und damit der erste Schritt zur Teilung Deutschlands, dahinter standen vielmehr handfeste Ernährungs- und Finanzprobleme. Sicher, auch in Washington wuchsen im Laufe des Jahres 1946 die Zweifel an der Politik der Sowjetunion. Doch unterstützte Washington weiterhin die moderate Haltung Clays, wegen des Gewichts der öffentlichen Meinung und auch aus Sorge, in den Augen der Deutschen für eine Teilung verantwortlich zu sein. Clay war übrigens im November 1946 bereit, gegenüber den Sowjets mit der Zustimmung zu Entnahmen aus der laufenden Produktion, die schließlich einen kardinalen Grundsatz angelsächsischer Besatzungspolitik verletzten, eine außerordentlich bedeutende Konzession zu machen, wenn Moskau seinerseits die Viermächteverantwortung für ganz Deutschland zu akzeptieren bereit war. Damit war, ganz im Gegensatz zu einer verbreiteten Auffassung, noch am Vorabend der Moskauer Konferenz vom März/April 1947, die politische Präferenz der Amerikaner immer noch eine Verständigung mit der Sowjetunion. Das Scheitern der Moskauer Konferenz erklärt sich letztendlich aus dem Primat des Politischen für Stalin, den das schlechte Abschneiden der SED bei den Berliner Wahlen im Oktober 1946 bewogen haben mag, die Einheit Deutschlands als den sowjetischen Interessen eher hinderlich anzusehen. Hätte Stalin Wirtschaftsfragen und Reparationsprobleme in den Mittelpunkt seiner Deutschlandpolitik gestellt, würde er zweifelsohne von seiten der Amerikaner breite Unterstützung erhalten haben.

Nach dem Scheitern der Moskauer Konferenz und aufgrund der Wirtschafts- und Ernährungskrise des Winters 1946/47 duldete die Bildung der Bizone keinen Aufschub mehr, ebensowenig wie die Ankurbelung der deutschen Wirtschaft insgesamt. Dies bedeutete die Abkehr von Potsdam, und Clay mußte sich beugen. Letztendlich war der Marshall-Plan die logische Folge aus dieser Entwicklung. Zwischen Clay und Washington gab es entsprechend den bekannten Präferenzen zwar Differenzen über den Anteil der Hilfe für Deutschland und Frankreich, die jedoch nicht überbetont werden sollten. Frankreich selbst akzeptierte schließlich die Hebung der erlaubten Grenze für die deutsche Industrie. Darüber hinaus wurde das Ruhr-Problem durch die Schaffung einer internationalen Kontrollbehörde gelöst. Gleichermaßen wurde der Dissens zwischen Clay und den Engländern in der Frage der Sozialisierung der Ruhrindustrie häufig übertrieben. Clay war kein prinzipieller Gegner einer solchen Sozialisierung, schließlich war er ein Mann des New Deal, der noch nach dem Herbst 1947 eine Weiterführung der Entnazifizierungspolitik und der Reedukation befürwortet hatte. Er sorgte sich vielmehr darum, daß ein solchermaßen sozialisiertes schwerindustrielles Gebiet wie die Ruhr gesamtdeutsch kontrolliert würde und nicht allein durch das Land Nordrhein-Westfalen, um so von vorneherein einem Ungleichgewicht vorzubeugen, wie es zwischen dem übermächtigen Preußen und dem Reich bestanden hatte.

Clay spielte ebenso eine wichtige Rolle bei der Londoner Konferenz vom Frühjahr 1948, auf der die Amerikaner die Franzosen und die Benelux-Staaten mit ihrer widersprüchlichen Politik konfrontierten: Sie konnten nicht einerseits die deutsche Wirtschaft ausbeuten, amerikanische Hilfe

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

empfangen und sich des Schutzes der USA gegenüber der Sowjetunion erfreuen und zugleich die Vereinigung der drei Westzonen blockieren und damit deren Möglichkeit, von dem politischen und ökonomischen System des Westens zu profitieren, der eigentlichen Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung des Ganzen. Die Amerikaner schlugen daher ihren Partnern bei der Londoner Konferenz vor, die Fragen Deutschland, Marshallplan-Hilfe und Engagement der USA für die europäische Sicherheit in einem Paket zu bündeln. Die Annahme dieses Pakets durch die Franzosen wurde von Clay dadurch erleichtert, daß er Couve de Murville, Direktor für politische Angelegenheiten am Quai d'Orsay, zu einem Besuch nach Deutschland einlud und sich mit ihm im April 1948 über die Verfassung des künftigen westdeutschen Staates verständigte. Dabei trafen sich seine Vorstellungen von Dezentralisierung durchaus mit denen der Franzosen: eine ausgeprägt föderalistische Struktur war für die Pariser Akzeptanz eines westdeutschen Staates eine conditio sine qua non.

Auch während der Berliner Blockade spielte Clay eine herausragende Rolle. Er verstand sofort das politische Spiel Stalins, dem es nicht um die Frage der Währungsreform ging, sondern darum, die Entstehung eines westdeutschen Staates zu verhindern. Daher plädierte Clay sofort für ein entschlossenes Handeln und es gelang ihm auch, das anfänglich zögernde Washington zu überzeugen. So erreichte er die Überstellung von 90 B-29-Flugzeugen nach Europa im Laufe des Sommers 1948.

Krieger leistet mit seiner Studie – und steht damit im Gegensatz zur revisionistischen Historiographie – einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis der amerikanischen Deutschlandpolitik in all ihrer Vorsicht und Zögerlichkeit. Noch am Vorabend der Londoner Konferenz vom Dezember 1947 waren das State Department und Clay der Ansicht, den Sowjets die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorschlagen zu sollen. Moskau ging darauf nicht ein, provozierte vielmehr das Scheitern der Konferenz aufgrund von Verfahrensfragen. Erst jetzt wird Clay zu einem energischen Verfechter einer westdeutschen Staatsgründung, scheint er die Hoffnung begraben zu haben, jemals zu den Potsdamer Abmachungen zurückkehren zu können. In Washington gibt es indessen auch Vertreter politischer Positionen, die Clay nicht folgen: So propagiert Kennan im August 1948 ein partielles militärisches Disengagement in Deutschland und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung. Von diesem Standpunkt Kennans ist wiederum Acheson beeinflußt, der im Januar 1949 Marshall nachfolgt: Er ist bereit, die Gründung eines westdeutschen Staates wieder zur Debatte zu stellen. In Anbetracht der Verträge von Washington vom April 1949, wo Clay noch einmal für die Bildung eines echten Weststaates plädiert hatte, erklärt sich Acheson schließlich für eine westdeutsche Regierung mit provisorischem Charakter und sehr beschränkten Vollmachten. Krieger hebt diesen Unterschied deutlich hervor zwischen dem Begriff eines westdeutschen Staates und dem einer schlichten Regierung in Westdeutschland und wirft damit ein Schlaglicht auf die ganze Komplexität der amerikanischen Deutschlandpolitik. Er zeigt auch, daß Acheson in Hinblick auf die Außenministerkonferenz, die – nach Beendigung der Berliner Blockade – im Mai 1949 stattfand, zu Konzessionen bereit war. Offenbar wurde deshalb Clay am 15. Mai 1949 abgelöst, der sich zu sehr für einen westdeutschen Staat engagierte, während Acheson freie Hand haben wollte, wenn denn die Sowjets vielleicht doch zu einer Viermächte-Politik zurückkehren wollten.

Nach Kriegers Schlußfolgerung wollten die USA keine Teilung Deutschlands und haben deshalb auch lange gezögert, einen eigenständigen westdeutschen Staat zu gründen. Wir meinen, daß ihre Vorsicht und zugleich ihr Stehvermögen während der Berliner Blockade sowie generell ihr Engagement beim demokratischen Wiederaufbau der deutschen Gesellschaft – in beiden Bereichen spielte Clay eine herausragende Rolle – den Grund gelegt haben für eine deutsch-amerikanische Entente. Die Politiker und die Bevölkerung in Deutschland haben gespürt, daß die USA zur Entwicklung und zum Schutz ihres Landes beitragen wollten, ohne es – entgegen einer weitverbreiteten These – nur zur Schachfigur im Ost-West-Konflikt machen zu wollen. Auch war der Kontrast zur Politik der Sowjetunion allzu offensichtlich.

*

Es herrscht weitgehende Übereinstimmung darüber, daß Frankreich in der fraglichen Zeit der Besatzung eine ausgesprochen negative Rolle gespielt habe. Es habe eine Besatzungspolitik der har-

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Hand geführt, sowohl im wirtschaftlichen Bereich wie auch gegenüber den deutschen lokalen Instanzen. Eine weitsichtigere Politik wurde den französischen Behörden bisher nur auf kulturellem Gebiet attestiert. Hier liefert uns nun *Rainer Hudemann* in seinem Buch ›Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953‹ eine viel differenziertere Sicht der Dinge. Seine wichtige Studie, die auf einem enormen Quellenreichtum basiert, ist nicht nur eine Sozialgeschichte der französischen Besatzungszone, sondern behandelt ebenso die französische Besatzungspolitik in ihrer Gesamtheit. Diesen letzteren Aspekt wollen wir hier näher untersuchen. Anhand einer sehr reichhaltigen Bibliographie und mit einer klugen psycho-historischen Analyse zeigt Hudemann, daß die Historiographie einerseits häufig von subjektiven Erinnerungen an den Widerstand gegen die Besatzungsherrschaft geprägt wurde, zum anderen lange Zeit von den Quellen in amerikanischen und britischen Archiven abhing, die bis dahin allein zugänglich waren. In Wirklichkeit war die Wirtschaftspolitik der Franzosen in ihrer Besatzungszone weit weniger strafend negativ als bisher angenommen, waren z. B. die Rationierungen denjenigen in Frankreich selbst vergleichbar (wobei die Franzosen allerdings über einen ausgedehnteren Schwarzmarkt verfügten). Die Probleme waren weitgehend noch das Erbe der NS-Zeit.

Was die Sozialpolitik anbelangt, so verfolgten die französischen Besatzungsbehörden ein ausgesprochen fortschrittliches Konzept, das geeignet war, einige grundsätzliche Probleme der bisherigen Organisation der Sozialversicherung zu überwinden, Lösungen, die später häufig in die Gesetzgebung der Bundesrepublik Eingang fanden. Es war vor allem das Bestreben der Franzosen, ganz im Kontext ihrer allgemeinen Reedukationsbemühungen, die neuen Organe der Sozialversicherung auf ein demokratisches Fundament zu stellen. Folglich fanden bereits 1948 in der französischen Besatzungszone Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung statt, was im übrigen Deutschland erst 1953 geschah.

Zur französischen Besatzungspolitik in Deutschland in ihrer Gesamtheit liefert Hudemann einige gänzlich neue Gesichtspunkte. Zuerst schildert er ein Klima des Zweifelns und Zögerns, das in Paris herrschte, sowie die verschiedenen Schattierungen des politischen und administrativen Personals, das weit davon entfernt war, eine einheitliche Deutschlandpolitik zu verfolgen. Er zeigt weiter, daß die immer wieder angeführte französische Obstruktion im Alliierten Kontrollrat bei weitem nicht so absolut war wie bisher angenommen wurde. Die Franzosen lehnten die Bildung von deutschen Zentralverwaltungen keineswegs prinzipiell ab, sondern machten ihre Zustimmung von Bedingungen abhängig. Dazu gehörten – analog zur Regelung des Oder-Neiße-Problems in Potsdam – die vorherige Regelung der Ruhr-Frage sowie die Erfüllung der französischen Forderungen im Rheinland und an der Saar. Außerdem wünschte Frankreich, daß der Wiederaufbau Deutschlands mit Geduld und Vorsicht angegangen werde, wobei Demokratie und Föderalismus am ehesten durch einen Staatsaufbau von unten nach oben gefördert würden. Bei der Lösung rein verwaltungstechnischer Fragen waren die Franzosen im Berliner Kontrollrat weit davon entfernt, eine nur negative Rolle zu spielen. So wollten sie Ende 1945/Anfang 1946 die Errichtung von deutschen zentralen Verwaltungsorganen im wirtschaftlichen Bereich akzeptieren, allerdings unter der Bedingung, daß es sich dabei um rein technische Organe unter Kontrolle der Alliierten handele. Zwar verweigerten sich die Franzosen weiterhin der Einrichtung *deutscher* Zentralverwaltungen, sind jedoch bereit, zentrale Verwaltungen *in Deutschland* zu akzeptieren, wenn diese ihren politischen Prioritäten für die Zukunft Deutschlands nicht entgegenstehen (Ruhrfrage, Rheinland, Saar, Demokratisierung, Dezentralisierung).

Hudemann weist zu Recht darauf hin, daß ab Herbst 1945 Bidault und de Gaulle gegenüber der sowjetischen Deutschlandpolitik zunehmend mißtrauisch werden. Die Folge ist eine Annäherung an London und Washington, wenn auch der unmittelbare Effekt dieses Mißtrauens die französische Position noch verhärtet: Paris opponiert um so mehr gegen die Einrichtung von deutschen Zentralverwaltungen, als es in ihnen ein potentielles Vehikel sowjetischen Einflusses auf ganz Deutschland sieht.

Ein wesentliches Ergebnis der Untersuchung ist, daß sich die französische Politik nicht erst im Jahre 1947 ganz plötzlich geändert hat, sondern diese Wende bereits 1946 angelegt war. Im März

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1946 kommt es zu einer Annäherung der Standpunkte von Bidault und Byrnes. Als danach im Juli die Errichtung der Bizone angekündigt wird, hält Paris zwar weiterhin offiziell an seiner Politik fest, bereitet sich jedoch in Wirklichkeit auf die Bildung eines deutschen Einheitsstaates vor. Dies bedeutet insbesondere die vorsorgliche Stärkung der politischen Kompetenzen der Länder. In diesem Zusammenhang wird gezeigt, daß die Politik der französischen Besatzungsbehörden gegenüber den lokalen Verwaltungen viel differenzierter und viel weniger eindeutig war, als dies häufig behauptet wurde.

Zum andern ging die Arbeit des Kontrollrates in Berlin ja weiter, ein Faktum, das häufig übersehen wird. Und die Männer an der Spitze der französischen Zone folgten manchmal eher den Berliner Direktiven als denen aus Paris. Dies war ganz besonders der Fall beim Aufbau der Sozialversicherung. Dadurch, daß Frankreich in diesem Bereich die Entscheidungen des Kontrollrats sehr genau umsetzte, trug es mehr als die übrigen Besatzungsmächte zumindest zur sozialen Einheit Deutschlands bei. Andrerseits lassen sich anhand des Problems der Sozialversicherung sehr gut die Widersprüche in der französischen Besatzungspolitik aufzeigen: Während die Angelsachsen die Fragen der Sozialversicherung auf Länderebene regeln wollten, strebten die Franzosen eine gesamtdeutsche Regelung an. Dabei spielte eine Rolle, daß eine dezentralisierte Lösung das relativ niedrige Lebenshaltungsniveau in der französischen Zone keineswegs verbessert hätte, während doch Paris einen Ausgleich mit den übrigen Zonen anstrebte. Zum andern mußte eine stärkere Unabhängigkeit der Länder die französische Argumentation in der Ruhr- und Rheinlandfrage entwerten. Denn warum sollte man diese Gebiete auch nur aus Sicherheitsgründen von Deutschland separieren wollen, wenn es völlig dezentralisiert wurde? Umgekehrt würde die Realisierung einer Sozialpolitik auf gesamtdeutscher Ebene die Dezentralisierung ja wieder abschwächen, die aber doch auch ein zentrales politisches Ziel Frankreichs war. Die französische Politik war somit äußerst widersprüchlich, schwankte zwischen dem Willen zu strafen und dem Bedürfnis nach Sicherheit einerseits und einer durchaus konstruktiven Haltung, ein demokratisches und sozial fortschrittliches neues Deutschland aufzubauen. Wir wollen hinzufügen, daß die Lösung aus diesen Widersprüchen in die Politik der europäischen Integration Robert Schumans einmündete, wie sie bis zu einem gewissen Grade seit dem Frühjahr 1948 auch von Georges Bidault vertreten wurde. Hudemann zeigt, daß einige französische Politiker schon seit 1945 davon überzeugt waren, nicht mehr die Politik von 1919 fortschreiben zu können.

Diese drei wichtigen Studien haben eins gemeinsam: sie tragen zum besseren Verständnis des Weges bei, der von den Krisen der Zwischenkriegszeit zur westlichen Nachkriegsordnung führt. Deren Neuaufbau wäre ohne einen völlig neuen Denkansatz, eine neue politische Philosophie der verantwortlichen Politiker nicht möglich gewesen. Ein neuer politischer Konsens des Westens wurde hergestellt und in einer Weise vertieft, wie es Briand und Stresemann in der Epoche von Locarno noch nicht vorauszusehen vermochten. Es handelt sich freilich um den Übergang von der Konzeption einer internationalen Ordnung, die allein auf dem Gleichgewicht der Großmächte beruhte, zu einer dynamischen Interdependenz all der Länder, die die gleichen politischen, ökonomischen und sozialen Werte anerkennen. Dabei galt es auch den Deutschen zu helfen, ihren bisherigen Sonderweg endgültig zu verlassen, um ihren Platz in der westlichen Welt zu finden. Trotz verschiedener Versuche war dies nach 1919 nicht gelungen. Der neue Weg öffnete sich statt dessen nach 1945.

Georges-Henri Soutou
Université de Paris-Sorbonne

II.

Seit Jahrzehnten dient Weimar als die Schreckensvokabel in der politischen Rhetorik der Welt. Weimar bedeutet das eklatante Versagen einer Demokratie – die meisten Menschen, die diese Vokabel benützen, haben keine oder wenig Ahnung von der Geschichte Weimars, nur die vage Vorstellung, daß eine deutsche Demokratie in einer national-sozialistischen Terrorherrschaft endete. Wirkliches

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wissen über die Zeit oder über die Ursachen des Unterganges existiert kaum. Aber wo Krise droht, wird von Weimar gesprochen: ganz gleich, ob es sich um eine Erschütterung in Bonn handelt oder um Präsident Eisenhower und seinen Gegenspieler Joseph McCarthy, um deGaulles Machtübernahme im Jahre 1958 oder um Indira Gandhis „Emergency Legislation" in den siebziger Jahren. Jetzt ertönt sogar das Wort Weimar aus der mit Zersetzung bedrohten Sowjetunion – mit der nicht so undeutlichen Drohung, daß ein Gorbachow von einem neuen Diktator ersetzt werden könnte. Letztere Drohung erinnert an ein anderes Schlagwort in der politische Rhetorik unserer Zeit: wie oft – und oft wie falsch – wurde das Wort München beschworen, um durch die Vergeblichkeit des „appeasement" eine schneidige, auch kriegerische Politik zu verteidigen. So bestimmend für die Weltgeschichte war die deutsche Entwicklung von 1914 bis 1945 (und gerade jetzt gewinnt sie erneut Gewicht), daß sie in oft primitiven Lehrsätzen eine weitere Resonanz hat.

Und doch war Weimar einzigartig – von der ersten bis zur letzten Stunde. Nach einem von Haß verseuchten Kriege, nach einer von den Deutschen nicht erwarteten und sofort umgedeuteten Niederlage, wurde eine Demokratie „improvisiert", um Theodor Eschenburgs Wendung zu benutzten. Sicher gab es schon vor dem Kriege demokratische Strömungen – die in den führenden Eliten und unter den mächtigen Wirtschaftsinteressen die größte Sorge hervorriefen. Das demokratische Regime, in der Niederlage geboren, auch von Amerika verlangt, das durch innere Krisen und äußere Bedrängnisse immer wieder tiefe Traumata erlitt, erreichte aber doch auch eine gewisse Stabilität. Für viele Menschen, auch gerade der heutigen Zeit, verbindet sich Weimar sogar als schillernder Begriff nicht nur mit Versagen oder Verrat, sondern auch mit kulturellem Glanz. In Kunst, Literatur und Wissenschaft bedeutet Weimar auch umstrittenen Durchbruch zur Moderne. Weimar also als einmalig und doch prägend gerade auch für heute! Man könnte Weimar mit einem heutigen Schlagwort verbinden: ein Beispiel der verfehlten „transition". In jeder Hinsicht ein Thema von essentieller Bedeutung für deutsche Geschichte und Politik – und jetzt wieder und überraschend von großer Aktualität in einer Welt von „transitions".

Das Buch *Hans Mommsens* ›Die verspielte Freiheit‹ – eine Zusammenfassung Weimars politischer Entwicklung – wäre unter allen Umständen als ein wichtiges Ereignis begrüßt worden, kommt es doch aus der Feder eines weltbekannten, stets engagierten Historikers. Nur die Aktualität des Werkes ist sozusagen Zufall. Mommsen präsentiert eine in sich geschlossene überzeugende Darstellung, die, wie alle eigentlich originellen Werke, von der Persönlichkeit des Autors geprägt ist. Sein Werk beschreibt die politische Entwicklung Deutschlands, wobei der Begriff „politisch" - den Umständen angemessen – bewundernswert weit gespannt ist. Mommsen konzentriert sich auf die Hauptereignisse und deren komplizierte Ursachen, d. h. er untersucht die Wechselwirkungen zwischen Außen- und Innenpolitik, die Rolle der Parteien und der Wirtschaftsinteressen, er erkennt die Bedeutung alter Institutionen wie neuer Ideen, er wird Einzelfiguren wie Strukturen gerecht. Mommsen erweist sich als Meister der analytischen Darstellung; er bemüht sich bei aller Rücksicht auf die Offenheit der Geschichte um den Sachverhalt jeglichen Vorganges; das Bild ist nicht vollkommen neu – wie könnte es denn auch sein –, aber unzählige Details sind neu. Mommsen verbindet Analyse mit blitzscharfem Urteil, und obwohl sein Streben in erster Linie auf Verständnis und nicht auf literarische Leichtigkeit gerichtet ist, so ist das Buch klar konzipiert und nüchtern geschrieben. Zugleich: durchgreifende Thesen und auf jeder Seite prägnante Sätze. Ein Buch, das für die allgemeine Öffentlichkeit geschrieben ist – und der es auch unbedingt zu empfehlen ist –, doch wird auch der Historiker des 20. Jahrhunderts sich mit dem Buch auseinandersetzen müssen.

„Die verspielte Freiheit" gehört zu einem der großen Geschichtsunternehmen deutscher Verlage: die Propyläen-Geschichte Deutschlands ist für eine breite Öffentlichkeit bestimmt, und zwar aus der Überlegung heraus, daß solche Zusammenfassungen im Zeitalter des Spezialistentums besonders wichtig sind. Zweck bedingt auch Methode oder zumindestens Darstellung: das gut illustrierte Buch entbehrt der Fußnoten, was für den Historiker betrüblich ist, gerade weil Mommsen so viele Details mitteilt. Der Leser muß sich mit einer großangelegten, wenn auch nicht vollständigen (das wäre kaum möglich) Bibliographie begnügen, jedoch ist die Vertrautheit des Autors mit der Materie offensichtlich eine eindrucksvolle Vertrautheit mit den Akten und der kaum mehr überschaubaren

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Literatur. Im Rahmen der Propyläenserie kann Mommsen freilich keine Kontroverse anschneiden – trotz seiner geübten Hand in wichtigen Streitfragen. Dies ist kein Werk, das Pieter Geyls „Debates with Historians" entspricht. Hier ist aber eine klare Darstellung der Geschichte, die zwar auf keine Kontroverse eingehen kann, zumindestens nicht explizit, die jedoch sicherlich selbst Kontroversen auslösen wird.

Am Anfang stehen bereits Mommsens Grundthesen: „Der Zusammenbruch des Kaiserreiches war in erster Linie der Unfähigkeit der maßgebenden Eliten zuzuschreiben, die nicht nur die militärische und wirtschaftliche Kraft der Mittelmächte überschätzten, sondern auch der Illusion erlagen, durch den Krieg die überfällige Modernisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens aufhalten zu können, die ihre priviligierte soziale Stellung bedrohte ... Mit dem Ende des Krieges schien eine neue Epoche anzubrechen, die Klassenjustiz und Kadavergehorsam, Willkür und soziale Ungerechtigkeit beseitigen würde. Es zeigte sich bald, daß es an politischen Führerpersönlichkeiten mangelte, welche die Fähigkeiten aufbrachten, diese Hoffnungen und das in ihnen liegende demokratische Potential für einen politischen Neuanfang fruchtbar zu machen" (Seite 31). Und später und lapidar: „Wo eine Vision [für die neue Staatsordnung] fehlt, setzt sich der Druck der Interessen durch" (Seite 83). Dies ist das Rahmenbild Mommsens. Die alten Eliten, schuldig am Zusammenbruch, konnten sich zum Teil mit handfesten Interessen verbinden oder waren sogar mit ihnen identisch. Mommsens Buch schildert, wie „maßgebende Eliten", die in der Nachkriegszeit nur um so tatkräftiger ihre Interessen vertraten, den Weg zum Untergang vorbereiteten, und der Weg war leichter, da die Republik nicht ihre eigenen durchschlagenden, überzeugten Verteidiger hatte.

Am Anfang stand Friedrich Ebert: Es fiel in seine ungeübten Hände, diese „transition" durchzubringen. Eine schwere Last, die er und seine Parteigenossen annehmen mußten: einen Zwang zur Macht. Man muß die Bürde des Bankrott-Übernehmens, die Furcht vor dem Zusammenbruch des Reiches, vor einer revolutionären Zerbröckelung verstehen. Eigentlich gab es zu der Zeit nur ein Modell der Revolution, das alle Geister beherrschende Modell der bolschewistischen Revolution – die von der OHL begünstigt worden war und deren Gefahr dann die Reichswehr immer wieder beschwor. Der Machtantrag an Ebert kam im Moment des Chaos, und er reagierte mit übertriebener Angst vor einer deutschen Revolution und mit übertriebenem Respekt für das Militär – schließlich war er ein deutscher Patriot. Außerdem schienen Militär und Beamtentum sich den neuen Verhältnissen zu fügen; die Wahlen vom Januar 1919 gaben den Anschein eines demokratischen Konsensus. Die alten Eliten – allerdings mit Hilfe von Ebert, Noske und MSPD-Führern – schufen sich Hilfstruppen in Form von Freikorps und Grenzschutz, die nicht nur die sinnlosen Revolutionsversuche der extremen Linken niederschlugen, sondern auch zu „der Verweigerung des inneren Friedens" beitrugen. Die Verrohung, das Spiel mit dem Tod, das die Zeit des Ersten Weltkrieges bestimmte, wurde fortgesetzt. Die Hoffnungen auf ein gemeinwirtschaftliches, egalitäreres System wurden zerstört. Ebert und die anderen Führer der MSPD haben in den ersten Monaten nach November 1918 Wege gewählt, ohne zu realisieren, daß sie damit Weichen zur Untergrabung stellten.

Mommsen behandelt sämtliche politische Entwicklungen der Weimarer Zeit; hier können sie auch nicht andeutungsweise angeführt werden. Versailles warf tiefe Schatten auf die Nachkriegszeit; zum Verhängnis wurde es zum Teil durch deutschen Trotz und propagandistische Verfälschung. In der gesamten Geschichte Weimars sieht Mommsen: „Trotz der offenkundigen Dysfunktionalität des Parteiensystems lagen die tieferen Ursachen der Krise in der mit übergeordneten nationalen Zwecken legitimierten Vetomacht etablierter Interessen, zu denen die Reichswehr, die Schwerindustrie und die Großlandwirtschaft, nur in der Frühphase der Republik auch die Gewerkschaften, zählten" (S. 205). Mommsen betont immer wieder die Rolle des Reichspräsidentenbüros und auch den direkten Einfluß des Reichspräsidenten, sei es gelegentlich Ebert und stets – und beinah immer zu Ungunsten der Republik – Hindenburg. Hierbei kommt unwillkürlich der im kleinen Kreise gemachte Ausruf von Stresemann aus dem Jahre 1927 oder 1928 in den Sinn, an den sich Felix Gilbert erinnert: à propos einer vorgeschlagenen Verfassungsänderung zu Gunsten des Reichspräsidenten sagte Stresemann: „Was, mehr Macht für den Reichspräsidenten? Um Himmels willen!

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Er hat schon zu viel Macht." (Felix Gilbert, Lehrjahre im alten Europa. Erinnerungen 1905–1945, Berlin 1989, S. 88) Aber auch Seeckt und Schleicher, „die Herren vom Westen" und die ostelbischen Nachbarn von Hindenburg hatten zuviel Macht.

Mommsen erkennt die Wichtigkeit des Individuums und wertet z. B. Stresemanns Leistung hoch. Auch erwähnt er, wie Seeckt gegen Stresemann bei Ebert intrigierte. Neben der Anerkennung seines vernünftigen Handelns in Innen- und Außenpolitik wird Stresemann auch „als Verfechter des liberalen Parlamentarismus" (S. 150) herausgestellt. Auch hat Stresemann die Versöhnungspolitik Briands unterstützt, als Vorbedingung aber galt die Wiederherstellung „der nationalstaatlichen Souveränität ... Stresemanns Politik [blieb] von einem metallharten Nationalismus geprägt" (S. 217).

Das anti-demokratische Denken oder, besser gesagt, die antidemokratischen Wunschvorstellungen werden von Mommsen genügend berücksichtigt als Hintergrund und Legitimierung politischer Entscheidungen. Ideologisch gesehen – auch da – „steht der Feind rechts", mit bündischen, jugendbewegten Illusionen einer neuen Volksgemeinschaft. (Die Kritik an der Republik von links wird bei Mommsen weniger berücksichtigt.) Der Wille der Interessen war hart, immer verschleiert durch „nationalistische" Argumente. Um noch einmal Gilbert zu zitieren, ein ungemein kluger Zeitgenosse der zwanziger Jahre: Er spricht von der „Arroganz und Aggressivität, mit der konservative und reaktionäre Kräfte die akademische Szene" zu beherrschen versuchten. Der Wille zu einer „neokonservativen" (ein Wort, das vielleicht anachronistisch von Mommsen benutzt wird) Staatsform war weitverbreitet – und wurde von den Interessen geteilt und ausgenutzt. Bei letzteren ging es meist um harte wirtschaftliche Auseinandersetzungen – Auseinandersetzungen, die Mommsen mit Akribie und Schärfe erklärt –, die meistens zu Ungunsten der Arbeitnehmer ausfallen. Mommsen begreift Brünings Finanzpolitik als von seiner Reparationspolitik bestimmt, nicht von der Angst vor einer Hyperinflation. Die wichtigen Einwände Knut Borchardts zum Problem der Lohnpolitik in der Wirtschaftskrise werden nur implizit in Frage gestellt.

Nach Mommsen waren die Weichen längst vor der Weltwirtschaftskrise gestellt – und zwar vom Militär, das eine geheime Rüstungspolitik beschlossen hatte, und von den Herren der Schwerindustrie, die der sozialpolitischen Rücksichten ledig werden wollten. Bei allem Gespür für die Rolle des Denkens, auch für den neuen Stil nationalsozialistischer Propaganda (die, nach Mommsen, langsam auch andere Parteien nachahmten), bleiben bei Mommsen die wirtschaftlichen Interessen grundlegend – wenn sie sich auch in letzter Stunde, im Januar 1933, nicht durchsetzen konnten.

Mommsens Analyse ist nüchtern, wie auch der Stil. Scharfsinnig und sachlich, die Thesen mit Details belegt: die Darstellung erinnert an den Geist Max Webers. Und wie bei Weber bricht ganz gelegentlich die Leidenschaft durch. So z. B. das Einfühlungsvermögen für Arbeitslose: „Die Lage der Dauererwerbslosen in einer Gesellschaft, in der Arbeitslosigkeit immer noch als selbstverschuldet und als sozialer Makel begriffen wurde, entzieht sich einer angemessenen Beschreibung ... Verzweifelte Menschen, die mit Schildern ‚Such Arbeit um jeden Preis' über die Straße gingen, die gegen geringes Entgelt stundenweise einen Schlafplatz mieteten, weil sie eine notdürftige Unterkunft nicht bezahlen konnten, ... die die niedrigsten Tätigkeiten annahmen, nur um zu überleben, die sich keine Zigaretten und kein Bier leisten konnten und in den Proletarierkneipen mit Neid auf jene starrten, die Alkohol tranken, die die Abfallkübel der Reichen nach Eßbarem durchwühlten – Erscheinungen dieser Art prägten das Gesicht der Arbeiterviertel, in denen vielleicht jeder Zehnte noch über einen Arbeitsplatz verfügte und täglich um ihn bangte" (S. 371 f.). Der Grundton ist analytisch, das Atmosphärische weniger berücksichtigt, und die großen kulturellen Leistungen werden bewußt ausgelassen. Bei dieser notwendigen Selbstbeschränkung werden einige geistige Querverbindungen zwangsläufig ungenügend behandelt.

In der heutigen Geisteslage – und nach dem Historikerstreit – erscheint Mommsens Werk als Zeugnis einer radikal-demokratischen Auffassung. Er betont die Macht und die Interessen der Feinde der Republik, nicht so sehr die Schwächen der Unterlegenen. Letzteres war wohl das Grundelement des wichtigsten Bandes, der mit Mommsens zu vergleichen ist und der in gewisser Hinsicht tatsächlich einen ungenannten Gegenspieler darstellt: Hagen Schulzes *Weimar*, dessen große literarische Meriten ich seinerzeit hervorhob und an dem ich auch einige Schwächen kriti-

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sierte. Bei Schulze sind die Akzente scharf anders gesetzt: „Die Parteien haben im einzelnen wie gemeinsam versagt, indem sie ihrer Kardinalaufgabe in der parlamentarischen Demokratie, die Bildung stabiler parlamentarischer Mehrheiten, in Zeiten der Krise nicht nachkamen" (Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1982, S. 422). In der Grundauffassung, in der fundamentalen Einschätzung, steht Mommsen in der Tradition älterer Werke, so z. B. Franz Neumanns *Behemoth* oder Arthur Rosenbergs *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*. Mommsens Weimar ist methodisch und quellenmäßig viel abgewogener und gründlicher – wie das auch dem späteren Zeitpunkt entspricht – und in seinem Bemühen um das Verständnis des Untergangs sehr viel näher an dem bahnbrechenden Werk von Karl Dietrich Bracher.

War der Untergang unvermeidlich? Mommsen berücksichtigt die Alternativen, aber sieht, wie sie folgerichtig verfehlt wurden. Nur eins ist klar: der Untergang in die Hitler-Tyrannei war nicht unvermeidlich. Dazu brauchte man in dem entscheidenden Moment auch noch die rachsüchtigen Totengräber wie Franz von Papen.

Abschließend nur noch zwei Gedanken zu der Aktualität dieses Buches. Lehrt die Entwicklung Deutschlands in dieser Zeit nicht die fatale Rolle der gezielten Verfälschung der Geschichte? Auf der einen Seite ein gewisser „hochgradiger Autismus" (S. 9), der die deutsche Öffentlichkeit zum Nicht-Verstehen der Außenwelt trieb, aber wichtiger noch das bewußte Verschweigen, das Bild vom inneren Feind, wie es schon die Vaterlandspartei mit ihren völkisch-antisemitischen Verleumdungen verbreitete, die Kriegslügen, die die Dolchstoßlegende ermöglichten, die Nicht-Aufklärung nach dem Kriege, das Verschweigen der Rolle der verblendeten Annexionisten und immer wieder die Verhinderung jeglicher Aufklärung, die man oft als „Nestbeschmutzung" verunglimpfte. Nur selten gab es Stimmen, die die Wirklichkeit zu vermitteln suchten; etwa Thomas Mann ab 1922 oder Gustav Stresemann.

In diesem Klima der Verfälschung – sicher hat der nationale Widerwille gegen Versailles eine Rolle dabei gespielt – konnte der neue Konservatismus aufblühen, ein Exaltations-Verlangen, das nicht auf einen deutschen Faschismus zielte, ihm aber den Weg bereitete. Rechts gab es einen Mythos des „dritten Reiches", die Hoffnung auf einen autoritären Staat jenseits von Wilhelminismus und liberaler Republik. Auf der Linken gab es oft verzerrte Aufklärung, ein simples Spiel mit „Demaskierung". Die komplizierte, aber nicht nur klägliche Wirklichkeit blieb verschleiert: Mommsen erinnert an die Leistungen der Republik, außenpolitische wie, besonders auf kommunaler Basis, sozialpolitische.

Auch hier Warnung und Mahnung: in einem in sich selbst verfeindeten Land, seiner Souveränität oder Militärmacht beraubt, wo eine Oberschicht sich als Opfer fühlte und die untersten Schichten Opfer des täglichen Lebens waren, da sind harte Gegensätze, auch und gerade über die Vergangenheit, über die Verteilung der Schuld, unvermeidlich – und Historiker haben eine besondere Verantwortung zu tragen. In Weimar haben die meisten Historiker versagt, und diese fatale Anpasserei deutscher Historiker ist – wie so vieles in der deutschen Geschichte – nur ein gesteigertes Symptom von Fehlleistungen, die auch in anderen Ländern passieren. So schrieb einer der großen zeitgenössischen amerikanischen Historiker, C. Vann Woodward, im Jahre 1969: „The demagoguery, the cant, the charlatanry of historians in the service of a fashionable cause can at times rival that of politicians" (C. Vann Woodward, The Future of the Past, New York 1989, S. 47).

Mommsen beschreibt eine Gesellschaft, die von den schärfsten wirtschaftlichen Gegensätzen gekennzeichnet war. Er benützt das Wort Klassenkampf kaum, obwohl es im Bewußtsein der damaligen Zeit eine große Rolle spielte. Aber war die Weimarer Zeit nicht auch der Schauplatz des Kampfes um einen „freien Markt", damals ein Synonym für Herrschaft der Wirtschaftsmächte, die einen Markt anstrebten, der frei sein sollte – besser gesagt, frei von staatlich-unterstützter Macht der Gewerkschaften, wenn auch freizügig im Hinblick auf staatliche Unterstützung von Schwerindustrie und Großlandwirtschaft. Diese Vorstellung von Marktwirtschaft vertiefte und verbitterte die Weltwirtschaftskrise, die dann die Gelegenheit bot, das parlamentarische System zu zerstören und mit alten Ressentiments und Hoffnungen Hitler an die Macht zu bringen.

Die Krise Weimars und die Lösung jener Krise hat den Anti-Kapitalismus gestärkt. Wie könnte es

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anders sein? Diese Erfahrungen waren mitwirkend bei der Errichtung einer „sozialen Marktwirtschaft" in der Bundesrepublik und hatten auch ihren Einfluß auf die Bewältigung jenes Systems, das Jacques Delors als „capitalisme sauvage" bezeichnete. Jetzt, wo der Kommunismus in die Brüche gegangen ist (und in vielen Kreisen, besonders in den USA und in Deutschland, werden fälschlicherweise Kommunismus und Sozialismus gleichgesetzt), wird der „freien Marktwirtschaft" als der allein gültigen Form gehuldigt. Aber gerade in der Zeit des Kommunismus-Verfalls und der neuen Marktaufwertung verfiel Amerika der Reaganschen Euphorie des freien Marktes, die eine tiefe soziale Misere bewirkte, im finanzpolitischen wie im sozialen Leben, einen Skandal von schwindelhaften Bankspekulationen und das doppelte Defizit – all das mit lächelnder verklärter Miene.

In der Geschichte Weimars stecken viele Lehren. Das nüchterne und doch aufregende Buch von Hans Mommsen hat den Titel: Die verspielte Freiheit. Aber (gerade auch nach seiner Analyse) vielleicht auch: die verkaufte Freiheit?

Das neue Deutschland und das neue Mittel- und Osteuropa stehen vor ungeahnten Möglichkeiten und Gefahren. Noch weht der Wind der Aufklärung, das Ringen um ein ehrliches Geschichtsbild, noch existiert der Havel-Geist und noch ist die Erinnerung an die kommunistische Diktatur wach. Aber in kommenden Zeiten des unvermeidlichen Kampfes, der Schwierigkeiten der „transition", sollte das Beispiel Weimar, von Mommsen neu geschildert, zugleich Warnung und Mahnung bedeuten.

Fritz Stern
Columbia University, New York

III.

Das Recht ist der Alptraum des Historikers, hat Jacques Le Goff einmal geschrieben[1]. Das ist schade, denn mit ihrer häufigen Scheu, den rechtlichen Dimensionen der Geschichte den ihnen adäquaten Platz einzuräumen, leisten Historiker – es handelt sich wohl vor allem um Neuzeit- oder Zeithistoriker, weniger um Mediävisten – der Historie keinen guten Dienst[2]. Diese Scheu hängt wohl mit dem durch die traditionelle Fakultätstrennung verstärkten Gefühl unzureichender methodischer und begrifflicher Schulung zusammen, sie wird aber vielleicht bisweilen auch gespeist von Ansichten einer lediglich instrumentalen oder derivativen, jedenfalls nicht zentralen Funktion des Rechts und seiner Institutionen in der Gesellschaft. Umso verdienstvoller sind zwei Werke von juristischer Seite, die auch dem nichtjuristischen Leser zu verdeutlichen vermögen, wie sehr die Frage nach dem Recht und seiner Pervertierung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem direkte Zugänge zum Verständnis der zentralen Elemente dieses Systems eröffnet.

Diemut Majers Buch ›Grundlagen des nationalsozialistischen Rechtssystems‹ ist als Studienbuch konzipiert und erfüllt diese Vorgabe vorzüglich. Einer recht breit angelegten Einführung zur Vorgeschichte der NS-Ideologie – zur Herkunft des völkisch-rassischen Denkens und zu den politischen Affinitäten zwischen rechtem und rechtsradikalem Spektrum – folgen die drei Hauptteile des Wer-

[1] Jacques Le Goff, Is Politics still the Backbone of History?, in: Felix Gilbert und Stephen R. Graubard (Hrsg.), Historical Studies Today, New York 1982, S. 349.

[2] Beispiele einer unzureichenden Berücksichtigung der rechtlichen Dimension durch Historiker sind zur Diskussion gestellt in: Gerald Stourzh, Zur Institutionengeschichte der Arbeitsbeziehungen und der sozialen Sicherheit, in: ders., Wege zur Grundrechtsdemokratie. Studien zur Begriffs- und Institutionengeschichte des liberalen Verfassungsstaates, Wien 1989, S. 358. Hans Ulrich Wehler nennt zwar die Rechtsgeschichte „die Geschichte einer der großen Ordnungsmächte des gesellschaftlichen Lebens", tut dies aber lediglich in einer Anmerkung mit dem Bedauern, daß sie gemessen an seinen Wunschvorstellungen viel zu kurz komme. Warum eigentlich? Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 1, München 1987, S. 554, Anm. 5.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kes. Die drei Themen, die Majer den drei Hauptteilen zugrundelegt, sind: Führerprinzip, Sonderrecht („völkische Ungleichheit") und Einheitspartei. Die Konzentration auf diese drei Themen, um die Vielzahl diffuser, unsystematischer oder zur instrumentalen Handhabung bewußt unscharf, nämlich „konkret" formulierter Aussagen der nationalsozialistischen „Rechts"-Sprache in den Griff zu bekommen, ist überzeugend gelungen.

In ihrer Einführung über Herkunft und Schwerpunkte „völkischer" Ideen und vor allem Organisationsformen von 1933 betont Majer die Rolle studentischer Gruppen und insbesondere der „Deutschen Studentenschaft", die in den zwanziger Jahren Reichsdeutsche, Danziger, Sudetendeutsche und Österreicher umfaßte (S. 43). Sie erwähnt zurecht die 1930 unter dem Rektorat des Strafrechtlers Wenzel Graf von Gleispach beschlossene, auf dem Prinzip der „Volksbürgerschaft" basierende Studentenordnung der Universität Wien (S. 44), die die Studentenschaft nach „Nationen" gliederte, die von Studenten „gleicher Abstammung (!) und Muttersprache" zu bilden waren. Für Hörer „gemischter Abstammung" war eine „gemischte Studentenschaft" vorgesehen (!). Wie Majer bemerkt, wurde diese Studentenordnung vom österreichischen Verfassungsgerichtshof aufgehoben. Entstehung und Aufhebung dieser üblen Regelung sind in den bei Majer nicht genannten Arbeiten einer Wiener Historikerin minutiös untersucht worden[3]. Wenig bekannt, zumal in der Bundesrepublik, sind einige der aus dem österreichisch-böhmischen Raum kommenden Wurzeln der „Volksbürgerschaft", eine Idee, für die ein Ignaz Seipel lobende Worte fand[4]. Ihr Wurzelboden ist in der zunehmend großen Rolle zu finden, die den „Volksstämmen" – so das verbum legale – im Nationalitätenrecht Altösterreichs zukam. Beginnend in Böhmen 1873, und einen Höhepunkt im mährischen Ausgleich von 1905/06 und im Ausgleich in der Bukowina 1909/10 findend, wurde die Feststellung der Zugehörigkeit zu einem „Volksstamm" in einzelnen Kronländern Altösterreichs, vor allem in Mähren und Böhmen, zu einem wichtigen Aspekt verwaltungsrechtlicher Auseinandersetzungen[5]. „Subjektiven" Kriterien der Volkszugehörigkeit – auf dem Bekenntnisprinzip beruhend und einen Wechsel der Volkszugehörigkeit grundsätzlich ermöglichend – standen „objektive" Kriterien gegenüber, die allenfalls behördlich zu erheben waren[6]. Die Auseinandersetzung um die Feststellung der Volkszugehörigkeit hatte zunächst nur Deutsche und Tschechen betroffen. Doch wurden nach 1918 die Juden zunehmend Opfer des Denkens in den Kategorien der Volkszugehörigkeit – oder gar Rassenzugehörigkeit[7] –, wenn diese Kategorien, was zunehmend, wenngleich nicht

[3] Vgl. die Wiener masch. Dissertation meiner Schülerin Brigitte Fenz, Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft. Das Studentenrecht in Österreich 1918–1932, Wien 1977, sowie dieselbe, Zur Ideologie der „Volksbürgerschaft". Die Studentenordnung der Universität Wien vom 8. April 1930 vor dem Verfassungsgerichtshof, in: Zeitgeschichte, Bd. 5 (1977/78), S. 125–145.

[4] Ignaz Seipel, Der Gedanke der Volksbürgerschaft in Österreich, in: Reichspost, 19. Juli 1931. Kritisch zu den rassistischen Aspekten der auf der Volksbürgerschaft basierenden Studentenordnung: Herbert Stourzh, Studentenrecht und Christentum, in: Menschheitskämpfer, 6. Jg., Nr. 3, 5. Februar 1932. Ein eifriger Verfechter dieses rassistischen Studentenrechts war der Staatsrechtler Karl Gottfried Hugelmann; siehe dessen Artikel: Die neue Studentenordnung an der Wiener Unviersität, in: Gerichts-Zeitung, 31. Jg., Nr. 16, 15. September 1930, S. 241 f.

[5] Hierzu vgl. bereits Wolfgang Steinacker, Der Begriff der Volkszugehörigkeit und die Praxis der Volkszugehörigkeitsbestimmung im altösterreichischen Nationalitätenrecht, Innsbruck 1932, sowie neuerdings Gerald Stourzh, Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918, Wien 1985, bes. S. 200–229.

[6] Vor den Gefahren einer „objektiven" Feststellung der Volkszugehörigkeit warnte bereits 1910 eindringlich der Wiener Staatsrechtler Edmund Bernatzik in seiner Schrift über nationale Matriken, Wien 1910, bes. S. 28 ff.

[7] „Rassenzugehörigkeit" wurde rechtlich relevant durch die unglückselige Optionsbestimmung des Art. 80 des Friedensvertrages von Saint Germain, derzufolge Personen, die in einem zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörigen Gebiet heimatberechtigt waren, für einen der Nachfolgestaaten optieren konnten, „je nachdem die Mehrheit dort aus Personen besteht, welche die gleiche

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unbestritten der Fall war, Options- und Bekenntnisfreiheit zugunsten „objektiver" – und das bedeutete herkunftmäßiger, „abstammungsmäßiger" – Kriterien ausschlossen.

Aus dem ersten Hauptteil über das „Führerprinzip" mit dem zentralen Abschnitt über die Erschütterung der richterlichen Unabhängigkeit durch die Aushöhlung der sachlichen Weisungsfreiheit mittels der Bindung an den „Führerwillen" (S. 100 ff.) möchte ich nur einen – an und für sich ja sehr bekannten – Text herausheben (S. 105): Carl Schmitts berüchtigten, die Mordaktion vom 30. Juni/1. Juli 1934 rechtfertigenden Artikel „Der Führer schützt das Recht" in der Deutschen Juristenzeitung vom 1. August 1934. Schmitts Wort vom „Richtertum des Führers" und dessen Rechtsquelle, dem „Lebensrecht des Volkes", sein Satz, daß in Wahrheit „die Tat des Führers echte Gerichtsbarkeit" war, daß diese Tat nicht der Justiz unterstehe, sondern „selbst höchste Justiz" war, sein ganzer Rechtfertigungsartikel ist vielleicht der komprimierteste Ausdruck jener Perversion des Rechts, die der Nationalsozialismus zustande brachte. Auch in Bernd Rüthers' Werk mit dem präzise treffenden Titel „Entartetes Recht" wird Schmitts Rechtfertigung der Junimorde der Platz zugewiesen, der ihr gebührt (S. 121 ff.).

Hitlers Selbstproklamation als des Deutschen Volkes oberster Gerichtsherr nach der Mordaktion vom 30. Juni 1934 in der Reichstagsrede vom 13. Juli 1934 und die nachträgliche reichsgesetzliche Sanktionierung dieser Mordaktion als „rechtens" sind natürlich nicht weniger Ausdruck dieser Perversion als Carl Schmitts willfährige Rechtfertigung. Zu Recht hat Theodor Heuss 1954, zwanzig Jahre danach, gesagt, daß „die geschichtlich und staatsmoralisch entscheidende Peripetie des deutschen Schicksals" im Juli 1934 erfolgte, „als ein deutscher Justizminister seinem Auftraggeber gefügig war", durch ein Gesetz Morde nachträglich zu rechtfertigen und das Rechtsbewußtsein im innersten zu erschüttern[8]. Die Frage darf gestellt werden, ob die Zeitgeschichtsschreibung der letzten Jahre die volle, gravierende Tragweite der Rechtsperversion vom Sommer 1934 gebührend in Rechnung stellt. Gibt es Interpretationen aus jüngerer Zeit, die so eindeutig und eindrucksvoll wie Theodor Heuss 1954 „die geschichtlich und staatsmoralisch entscheidende Peripetie des deutschen Schicksals" im Juli 1934 placieren?

Der wichtigste und am stärksten auf eigenen Forschungen Majers beruhende Teil ihres Buches ist ohne Zweifel der zweite Hauptteil über das Prinzip des Sonderrechts, der „völkischen Ungleichheit" (auf den dritten, sich stärker im Rahmen von bereits Bekanntem haltenden Teil über das Prinzip der Einheitspartei braucht nicht eigens eingegangen zu werden). Hier wird klar erkannt: Die Frage nach dem *status* der Einzelperson in der Rechtsordnung, die Frage nach ihrer Rechtsfähigkeit und vor allem die Frage nach der *gleichen* oder der *abgestuften* Rechtsfähigkeit löst eine über den Interessenbereich der Jurisprudenz weit hinausgehende, in das moralische und politische Zentralproblem der Nationalsozialismus unmittelbar vorstoßende Erörterung aus. Majer kann hier auf ihre 1981 erschienene Studie über die „Fremdvölkischen" im Dritten Reich zurückgreifen und die

---

Sprache sprechen und derselben Rasse zugehören wie sie" – „parlant la même langue et ayant la même race qu'elles". In einem das Optionsansuchen eines Juden aus Galizien ablehnenden Erkenntnis des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes vom 9. Juni 1921 hieß es, die Rasse des Menschen sei „eine ihm angestammte, ihm inhärente, durch physische und psychische Momente bestimmte und charakterisierte Eigenart dauernden Charakters, ein ihm anhaftender Zustand, der nicht willkürlich abgeleht und nicht nach Belieben verändert werden kann". Text ausführlich wiedergegeben bei: Ignaz Seidl-Hohenveldern, Die Überleitung von Herrschaftsverhältnissen am Beispiel Österreichs, Supplementum 5 der Österreichischen Zeitschrift für Öffentliches Recht und Völkerrecht, Wien 1982, S. 19–22, hier S. 20. Diese mit furchtbaren Konsequenzen behaftete Auslegung wurde in späteren Entscheidungen vom April 1922 zugunsten der Anerkennung einer Bekenntnisfreiheit bezüglich der als Nationalitätszugehörigkeit interpretierten Rassenzugehörigkeit revidiert. Hierzu Jonny Moser, Die Katastrophe der Juden in Österreich, in: Der gelbe Stern in Österreich, Eisenstadt 1977, S. 92.

[8] Aus einer Rede von Theodor Heuss am 19. Juli 1954 an der Freien Universität Berlin, in: Theodor Heuss, Die großen Reden, München 1967, S. 212 ff., hier S. 215.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erträge dieser Arbeit in einen größeren systematischen Rahmen stellen[9]. Es wird deutlich, wie die – der Rechtsgeschichte früherer Epochen nur zu bekannte – mindere Rechtsfähigkeit des „Fremden" zu einer wesentlichen Einbruchsstelle für die Zerstörung rechtlicher Gleichberechtigung, schließlich auch, mit Hilfe der Rassenlehre, für die Zerstörung staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und zur schrittweisen Ausgrenzung vor allem der jüdischen Bevölkerung wurde. Da die Menschen von Natur ungleich seien, dürfe es keine rechtliche Gleichheit geben, hieß es in einem von Wilhelm Stuckart u. a. verfaßten Grundriß (S. 147; vgl. auch Äußerungen von H. Lammers, zit. S. 157).

Aus Majers Buch wird deutlich, wie frühzeitig entscheidende Weichenstellungen der Ausgrenzung erfolgten. Wie bereits Ernst Fraenkel in seinem genialen „Doppelstaat"[10] behandelt auch Majer das Urteil des Reichsgerichts vom 27. Juni 1936 im sogenannten Charrell-Fall (S. 160 f.), ein furchtbares Dokument der Perversion des Rechts. Hier wurde dem jüdischen Prozeßbeteiligten die Rechtsfähigkeit überhaupt abgesprochen. Es ging um den Rücktritt der UFA von einem Vertrag mit einer schweizerischen Gesellschaft, der die Verfilmung des Romans „Die Heimat des Odysseus" von Erich Charrell (wobei Charrell selbst Regie führen sollte) zum Inhalt hatte, weil Charrell jüdischer Abstammung sei. Der UFA war für den Fall, daß die Regietätigkeit Charrells wegen Tod, Krankheit o. ä. Grund unmöglich sein sollte, ein Rücktrittsrecht eingeräumt worden. Das Reichsgericht anerkannte das Rücktrittsrecht der UFA und damit ihr Recht auf Rückforderung einer bereits geleisteten Anzahlung – mit einer Auslegung der „Todes"-Klausel des Vertrages, die ihresgleichen sucht (zit. S. 161 nach Jur. Wochenschrift, Jg. 1936, S. 2530; einige kleinere Ungenauigkeiten in der Zitierung bei Majer hier stillschweigend korrigiert):

Die frühere liberale „Vorstellung vom Rechtsinhalt der Persönlichkeit machte unter den Wesen mit Menschenantlitz keinen grundsätzlichen Wertunterschiede nach der Gleichheit oder Verschiedenheit des Blutes; sie lehnte deshalb eine rechtliche Gliederung und Abstufung der Menschen nach Rassegesichtspunkten ab." Der nationalsozialistischen Weltanschauung dagegen entspreche es, nur Deutschstämmige als „rechtlich vollgültig" zu behandeln. Damit würden „grundsätzliche Abgrenzungen des früheren Fremdenrechts erneuert und Gedanken wieder aufgenommen, die vormals durch die Unterscheidung zwischen voll Rechtsfähigen und Personen minderen Rechts anerkannt waren." Den Grad „völliger Rechtlosigkeit" habe man ehedem, „weil die rechtliche Persönlichkeit ganz zerstört sei", dem „leiblichen Tode" gleichgestellt; die Gebilde des „bürgerlichen Todes" oder des „Klostertodes" hätten ihren Namen aus dieser Vergleichung empfangen. Das Reichsgericht fuhr fort: Wenn im Vertrag von „Krankheit, Tod, o. ä. Grund" die Rede sei, so sei „unbedenklich eine aus gesetzlich anerkannten rassepolitischen Gesichtspunkten eingetretene Änderung in der rechtlichen Geltung der Persönlichkeit dem gleichzuachten, sofern sie die Durchführung der Regietätigkeit ... hindert, wie Tod oder Krankheit dies täten ..."

Auch Rüthers (S. 94 f.) verweist auf diesen Fall, mit dessen Problematik er sich schon in einem früheren Werk befaßt hat[11]. Neuestens hat sich einer der allzu seltenen Historiker, die systematisch

---

[9] Diemut Majer, „Fremdvölkische" im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtsetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard 1981.

[10] Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat, Ausgabe Frankfurt 1974, S. 126 f. Von großem Interesse ist übrigens Fraenkels Hinweis in seinem Vorwort zur Ausgabe von 1974, der mit ihm befreundete Justitiar des Lutherischen Rats Dr. Martin Gauger – 1941 in Buchenwald ermordet – habe in Gesprächen mit dem Rechtsexperten der Gestapo Dr. Werner Best gleichsam im Plauderton Best die Theorie des Doppelstaates klargemacht. Gauger und Fraenkel hätten es als eine „makabre Bestätigung unserer theoretischen Bemühungen angesehen", daß Best in seinem Beitrag über die Neubegründung des Polizeirechts (im Jahrbuch der Akademie für Deutsches Recht 1937) weitgehend Gedankengänge entwickelte, die Gauger ihm dargelegt hatte. Fraenkel, ebenda, S. 17. Zu Bests Abhandlung von 1937 vgl. Majer, S. 152 und S. 164.

[11] Bernd Rüthers, Die unbegrenzte Auslegung – zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus, Frankurt [2]1973, S. 257 ff.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aus juristischem Quellenmaterial Erkenntnisse der Sozialgeschichte und der allgemeinen Geschichte schöpfen, Dirk Blasius, mit dieser Thematik befaßt[12].

Nur ein Schritt führt von der Verweigerung der Rechtspersönlichkeit eines (jüdischen) „Wesens mit Menschenantlitz" zu der weiteren Konsequenz, die auszusprechen dem Obersten Parteirichter der NSDAP, Reichsleiter Buch (Schwiegervater Bormanns), auszusprechen vorbehalten war: „Der Jude ist kein Mensch." Diese Worte wurden am 21. Oktober 1938 im „amtlichen Blatt der deutschen Rechtspflege", „Deutsche Justiz", veröffentlicht. Der Aufsatz Buchs wäre in einer Neuauflage der Bücher Majers und Rüthers' wohl zu nennen[13]. Es sei einen Augenblick innegehalten: Das eben genannte Urteil des Reichsgerichts vom Juni 1936 erfolgte wenige Wochen *vor* den Olympischen Spielen in Berlin; die Äußerung des Reichsleiters Buch erfolgte einige Wochen *vor* dem Novemberpogrom von 1938. Ohne daß dies hier weiter ausgeführt werden könnte, ergibt sich doch neuerlich die Schlußfolgerung: das NS-System barg Gräßlichkeiten in sich – und sprach sie auch aus –, frühzeitiger, als jene Interpreten wahrhaben wollen, die der schrittweisen zunächst nicht absehbaren Radikalisierung der nationalsozialistischen Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitik das Wort reden[14].

Der Ersatz der liberalen Gleichheit vor dem Gesetz durch das neue System der völkischen Ungleichheit bedeutete zunächst eine Art rechtsvermindernde Sonderstellung für „artfremde" Personen. Sonderrecht bedeutete aber, wie Majer treffend bemerkt, noch mehr als einen Status *minderen* Rechts: „Bei ‚sachlogischer' Weiterführung des Gedankens mußte er zu einem Status des *Nichtrechts* und damit zur *Ausstoßung* des Betroffenen aus der Rechtsgemeinschaft führen" (S. 158).

*

Die Frage nach dem Status der Person, nach ihrer entweder grundsätzlich gleichen oder eben grundsätzlich ungleichen Rechtsfähigkeit ist ein gemeinsamer Nenner, der Majers Buch mit dem Werk von *Bernd Rüthers* verbindet. Rüthers' Buch ›Entartetes Recht‹ behandelt im ersten von drei Teilen „Rechtslehren im Nationalsozialismus"; im zweiten Teil befaßt sich Rüthers unter dem allzu plakativen Titel „Verklärung, Verdammung, Verfälschung – zum Zusammenhang von Personen- und Geschichtsbildern" mit Carl Schmitt; ein dritter Teil, stärker gegenwartsbezogen und an einen juristischen Leserkreis gerichtet, versucht vierundzwanzig Lehren aus der Rechtsperversion im Nationalsozialismus zu ziehen; er befaßt sich besonders mit der Rechtsfortbildung durch Richterrecht, zumal letztinstanzliches Richterrecht; er darf hier außer Betracht bleiben.

---

[12] Dirk Blasius, „Bürgerlicher Tod": Der NS-Unrechtsstaat und die deutschen Juden, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jg. 1990, Nr. 3, S. 129–144, hier S. 139. Es wäre unbedingt wünschenswert zu versuchen, Quellen über Referenten, Vorlagen, allfällige Unterlagen über interne Beratungen oder Abstimmungsvorgänge eines derartigen Urteils und zahlreicher anderer Urteile zu suchen; in einem anderen Forschungszusammenhang hat sich die Erschließung der internen Beratungsprotokolle und Abstimmungsergebnisse richterlicher Kollegien und Senate als außerordentlich aufschlußreich erwiesen. Vgl. Gerald Stourzh, Die Gleichberechtigung der Nationalitäten (wie Anm. 5), S. 249 ff.

[13] Reichsleiter Buch, Des nationalsozialistischen Menschen Ehre und Ehrenschutz, in: Deutsche Justiz, Rechtspflege und Rechtspolitik, 100. Jg., Ausgabe A Nr. 42, 21. Oktober 1938, S. 1657–1664, hier S. 1660. Es handelt sich um die Wiedergabe eines Vortrags, den Buch vor den Parteigerichtsvorsitzenden auf dem Nürnberger Reichsparteitag 1938 gehalten hatte. Der ganze Absatz lautet: „Der Nationalsozialist hat erkannt: Der Jude ist kein Mensch. Er ist eine Fäulniserscheinung. Wie sich der Spaltpilz erst im faulenden Holz einnistet und sein Gewebe zerstört, so konnte sich der Jude erst im deutschen Volk einschleichen und Unheil anrichten, als es geschwächt durch den Blutverlust des 30jährigen Krieges innerlich zu faulen begann und seine Schwären begierig den Einflüssen der französischen Revolution dargeboten hatte."

[14] Damit nehme ich auch Stellung gegen die Haupttendenz in Arno Mayer, Der Krieg als Kreuzzug, Reinbek 1989.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für den Historiker von größtem Interesse ist, vielleicht überraschend, der erste Teil über Rechtslehren im Nationalsozialismus. Rüthers sieht nicht zu Unrecht in der Rechtsanwendung und Rechtsumdeutung mit Hilfe bestimmter methodischer Begriffe einen Ersatz für weitgehend unterbliebene umfassende Rechtserneuerung durch Gesetzgebung. Carl Schmitts Parole „Wir denken die Rechtsbegriffe um" (1934 in seinem Aufsatz „Nationalsozialistisches Rechtsdenken", zit. bei Rüthers, S. 176) kann gewissermaßen als Überschrift über dem erfolgreichen Experiment, „eine ganze Rechtsordnung allein durch Interpretation umzuwerten" (Rüthers, S. 176), stehen. Rüthers untersucht vor allem zwei methodische Versuche des Umdenkens der Rechtsbegriffe: Carl Schmitts „konkretes Ordnungsdenken", zumal in dessen Programmschrift „Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens" (1934) entwickelt[15], und den „konkret-allgemeinen Begriff" in der stärker als bei Carl Schmitt hegelianisch inspirierten Methodenlehre von Karl Larenz[16].

Hier wiederum ist die Analyse von Larenz' „konkret-allgemeinem Begriff" am Beispiel der Begriffe „Person" und „Rechtsfähigkeit" für den Historiker von größtem Interesse (S. 88–95). Rüthers' Analyse von Larenz' Arbeiten nach 1933, vor allem dessen Abhandlung „Rechtsperson und subjektives Recht – zur Wandlung der Rechtsgrundbegriffe" von 1934[17], zeigt, wie nun am Grundsatz der einen und gleichen Rechtsfähigkeit aller Menschen gerüttelt wurde.

Allerdings greift Rüthers vielleicht zu kurz, wenn er unter Bezugnahme auf § 1 des BGB schreibt, daß „jeder Mensch gleichermaßen rechtsfähig sei, galt als sichere rechtskulturelle Grundlage, als ein Gebot der Vernunft und der Ethik" (S. 89). Die abgestufte Rechtsfähigkeit der alteuropäischen Sozial- und Rechtsordnung mit den privilegia odiosa der alten Sonderrechte im Agrarbereich, im Gesindewesen, in den Judenordnungen vor der Emanzipation, in der Anerkennung des Eigentumsrechtes an Sklaven bei ausländischen Sklavenbesitzern (in Preußen erst 1857 abgeschafft), etc., etc., war doch erst an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert oder eben im 19. Jahrhundert vom neuen Grundsatz der allgemeinen und prinzipiell gleichen Rechtsfähigkeit abgelöst worden. Wie sicher, wie alt, wie stabil war jene „rechtskulturelle Grundlage", von der Rüthers spricht? Die „postliberale Apartheid" des NS-Regimes, um einen von Werner E. Mosse geprägten Ausdruck zu verwenden[18], konnte sie vielleicht deshalb so rasch und erfolgreich über Deutschland und Mitteleuropa hereinbrechen, weil die ihr vorhergehende liberale „rechtskulturelle Grundlage" unsicherer, kürzer, weniger stabil etabliert gewesen war, als wir anzunehmen geneigt sind?

Rüthers zeigt, wie Larenz 1935 für die Abstufung der Rechtsfähigkeit eintrat, wie er als entscheidend „für die Rechtsstellung des Einzelnen" nicht mehr sein „Personsein überhaupt, sondern sein konkretes Gliedsein" postulierte (Rüthers, S. 89 f.) und wie Larenz einen Vorschlag zur Neufassung des § 1 BGB formulierte: „Rechtsgenosse ist nur, wer Volksgenosse ist; Volksgenosse ist, wer deutschen Blutes ist."

Zum Kapitel über Carl Schmitt – besonders gefördert durch ein am Wissenschaftskolleg Berlin im Juni 1987 von Rüthers veranstaltetes Schmitt-Kolloquium – sei gesagt, daß Rüthers gegenüber den eine „Klassizität" Schmitts (in einem Atemzug mit Machiavelli und Hobbes) suggerierenden Tendenzen (einschließlich Schmitts Tendenz zur Selbststilisierung – er nannte sein Haus „San Casciano" nach dem Dorf von Machiavellis Exil) Skepsis walten läßt (S. 165 f.); ihm ist zuzustimmen. Von biographischem Interesse sind die von Rüthers gebrachten Hinweise auf die mögliche Bedeu-

[15] Eine prägnante Analyse dieser Schrift findet sich in Ernst Fraenkels „Doppelstaat" (wie Anm. 10), S. 174 f.

[16] Die Verwendung der Abkürzungen kOD für „konkretes Ordnungsdenken" und kaB für „konkret-allgemeiner Begriff" trägt nicht zum Lesegenuß bei.

[17] Veröffentlicht in dem Sammelband: Karl Larenz (Hrsg.), Grundfragen der neuen Rechtswissenschaft, Berlin 1935, S. 225 ff.

[18] In dem Sammelband: Arnold Paucker (Hrsg.), The Jews in Nazi Germany, 1933–1945, Tübingen 1986, S. 52, zit. in der gedankenreichen, für das hier behandelte Thema wichtigen neuen Einleitung zur revidierten Neuausgabe von Peter Pulzer, The Rise of Political Antisemitism in Germany and Austria, Cambridge 1988, S. xii–xxvi, hier S. xiv.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tung des Scheiterns von Schmitts erster Ehe, auch die persönlichen Erinnerungen des jungen Nicolaus Sombart an Schmitt (Rüthers, S. 161 ff.); doch dürfte hier ohne Vorliegen präziserer Quellen interpretative Zurückhaltung geboten sein.

Ich sehe ein Verdienst Rüthers' in der ohne apologetische Rücksichtnahme klar gezeichneten Darstellung von Schmitts Tätigkeit als Rechtfertiger der übelsten Untaten Hitlers und seines Regimes nach 1933; der Juni/Juli 1934 wurde bereits weiter oben kommentiert. Ausführlich wird Schmitts Auftreten auf der Tagung „Die deutsche Rechtswissenschaft im Kampf gegen den jüdischen Geist" am 3. und 4. Oktober 1936 beschrieben (S. 135–139); es war übel und ist unentschuldbar. Rüthers berichtet jedoch nicht über eine ebenso wissenschaftlich bedeutende wie moralisch ergreifende Reaktion auf diese Tagung und Schmitts Auftreten dortselbst.

Es handelt sich um ein Buch des nach Holland emigrierten Frankfurter Juristen Hugo Sinzheimer, eines Begründers der Arbeitsrechtswissenschaft in Deutschland, Sozialdemokrat und Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, dem die Verankerung der Koalitionsfreiheit in der Weimarer Verfassung zu danken ist[19]. Sinzheimer veröffentlichte 1937 in Holland sein Buch „Jüdische Klassiker der deutschen Rechtswissenschaft"[20]. In seinem mit „Amsterdam, im August 1937" datierten Vorwort – einem wahrhaft großen Dokument der „Vertreibung des Geistes" – erklärte Sinzheimer Sinn und Zweck seines Buches, das zwölf Biographien deutsch-jüdischer (und österreichisch-jüdischer) Juristen enthält, u. a. von Friedrich Julius Stahl, Josef Unger, Julius Glaser, Paul Laband, Georg Jellinek, Eugen Ehrlich, Philipp Lotmar und Eduard von Simson. Der Titel seines Buches müsse jedem auffallen, so Sinzheimer, „der bisher gewohnt war, wissenschaftliches Denken nicht nach der Herkunft, sondern nach dem Werte ihrer Leistungen zu beurteilen". Wenn trotzdem von „jüdischen Klassikern" die Rede sei, so bedürfe dies der Erklärung.

Diese Erklärung gab Sinzheimer, indem er ausführlich aus der Ansprache des Reichsministers Frank und aus dem Einleitungsvortrag von „Staatsrat Prof. Dr. Carl Schmitt" zitierte. Unter anderem zitierte Sinzheimer folgenden Satz Schmitts: „Wir müssen den deutschen Geist von allen jüdischen Fälschungen befreien, Fälschungen des Begriffs Geist, die es ermöglicht haben, daß jüdische Emigranten den großartigen Kampf des Gauleiters Julius Streicher als etwas ‚Ungeistiges' bezeichnen konnten." Zwei Motive hätten vor allem den Entschluß gestärkt, das Buch über die jüdischen Klassiker der deutschen Rechtswissenschaft zu schreiben. „Das eine Motiv war, das Andenken der toten Meister zu ehren. Das Gedächtnis an sie soll rein erhalten werden. In einer Zeit, da Vertreter der deutschen Rechtswissenschaft dieses Andenken schmähen, soll dieses Buch öffentlich dem Danke Ausdruck geben, den jeder ihnen schuldet, der sich an ihrem Geiste genährt hat. Man mag versuchen, ihr Werk und Wirken in dem Lande, dem sie ihre Lebenskraft geopfert haben, zu vertilgen, dieses Buch wird es aufbewahren und erneuern."

Das andere Motiv, so Sinzheimer, sei über den unmittelbaren Zweck des Buches auf Allgemeines gerichtet. Sinzheimer berief sich auf Kants Frage „Was ist Aufklärung?" und Kants „sapere aude! Habe Mut, Dich Deines Verstandes zu bedienen" als Wahlspruch der Aufklärung. Die Zeit sei gekommen, so Sinzheimer, sich von neuem dieses Wahlspruchs zu erinnern. „Der Mut, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, ist heute, wie kaum jemals sonst, geschwächt. Durch Mißbrauch der Zivilisation und ihrer Mittel ist selbst der Wille zur Wahrheit bedroht." Sein Buch, schrieb Sinzheimer, „richtet an den Leser die Aufforderung, auf einem beschränkten Gebiet von seinem Mut,

[19] Sinzheimer wird bei Majer gar nicht genannt, bei Rüthers in belanglosem Zusammenhang und leider falsch geschrieben (Sinsheimer). Zu den jüngeren Mitarbeitern Sinzheimers in Frankfurt in den zwanziger bzw. frühen dreißiger Jahren zählten so bedeutende und interessante Köpfe wie Otto Kahn-Freund, Franz Neumann, Ernst Fraenkel, Hans J. Morgenthau und Franz Mestitz! Zu Sinzheimer vgl. u. a. Franz Mestitz, Einige Erinnerungen an Hugo Sinzheimer, mit einer Vorbemerkung von Gerald Stourzh, in: Gerald Stourzh und Margarete Grandner (Hrsg.), Historische Wurzeln der Sozialpartnerschaft, Wien 1986, S. 334–344.

[20] Hier verwendet die Neuauflage Frankfurt 1953.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich seines Verstandes zu bedienen, Gebrauch zu machen."[21] Sinzheimer überlebte die Katastrophe in Holland; er starb am 16. September 1945.

Es ist Rüthers zuzustimmen, wenn er – zu Carl Schmitt – sagt: „Es gibt eine ‚Schuld der Worte', und gerade die Zerstörung einer Staats- und Rechtsordnung kann durch tödliche Wörter bewirkt oder doch beflügelt werden" (S. 104). Beide der hier vorgestellten Werke bieten überreiches Anschauungsmaterial für die „Schuld der Worte", und darin liegt ihr besonderer Wert.

Die „Schuld der Worte": Ernst Fraenkel, von 1933 bis 1938 als jüdischer und sozialdemokratischer Anwalt in Berlin tätig, hat zu dem oben genannten Urteil des Reichsgerichts vom Juni 1936 Stellung genommen, in dem ausgesagt wurde, daß „unbedenklich eine aus gesetzlich anerkannten rassepolititschen Gesichtspunkten eingetretene Änderung in der rechtlichen Geltung der Persönlichkeit" einem Vertragsrücktritt wegen Verhinderung „durch Krankheit, Tod oder ähnlichen Grund" gleichzuachten sei. Die Stellungnahme Fraenkels, dem ich im Berlin der sechziger Jahre eng verbunden war, möge diesen Essay zur Perversion des Rechts beschließen: „‚Unbedenklich' – man muß ein Gefühl für die Nuancen der deutschen Sprache haben, um die Ungeheuerlichkeit dieser Entscheidung zu ermessen. Wenn das höchste deutsche Gericht ohne zu zögern über 600 000 Menschen zum ‚bürgerlichen Tod' verdammt und sich dann mit ein paar Kleinigkeiten aus der Kanzlistensprache rechtfertigt, erübrigt sich jeglicher Kommentar."[22]

Gerald Stourzh
Universität Wien

IV.

Es ist überaus verdienstvoll, daß die Geschichte der Beziehungen zwischen Carl Goerdeler und dem britischen Foreign Office, die der Industrielle *A. P. Young* – einer der wichtigsten Mittelsmänner zwischen dem deutschen Oppositionellen und den englischen Diplomaten – schon 1974 in London veröffentlicht hat, nun auch in einer deutschen Ausgabe vorliegt. Die Bedeutung, die dem Bericht Youngs für die Erhellung der frühen Phasen des konservativ-nationalen Widerstands gegen Hitler zukommt, ist evident und braucht hier nicht näher dargetan zu werden, zumal Helmut Krausnick der Darstellung Youngs ein Nachwort beigegeben hat, das die Erzählung des Zeitzeugen aus der Sicht des Historikers bereits vertieft und in die politischen Zusammenhänge einordnet. Hier sollen zu zwei Aspekten des Themas lediglich einige ergänzende Bemerkungen gemacht werden.

So vermögen auch Young und Krausnick nicht recht zu erklären, warum sich Goerdeler selbst noch im Herbst und Winter 1938 große Mühe gab, seine britischen Gesprächspartner davon zu überzeugen, daß die militärischen Führer Deutschlands zum Handeln gegen Hitler bereit und fähig seien, sofern sie nur genügend großzügige politische Zusagen der Londoner Regierung erhielten. Solche Zuversicht kontrastiert scharf mit dem Bild von Verzweiflung und Resignation, das die potentiellen Verschwörer unter den deutschen Militärs doch darboten, nachdem alle ihre Hoffnungen vom September 1938 zuschanden geworden waren. Praktisch sämtliche Historiker, die sich mit der Geschichte des konservativ-nationalen Widerstands in jener Zeit beschäftigten, haben diese Verzweiflung und Resignation konstatieren müssen[1].

Auf der anderen Seite sollte wohl noch deutlicher gezeigt werden, warum die britische Regierung und ihre wichtigsten – professionellen – außenpolitischen Berater auf Annäherungen, wie sie Goerdeler wieder und wieder versuchte, in den Monaten nach der Sudetenkrise und dann noch im Som-

[21] Sinzheimer, Jüdische Klassiker 1–8, passim.

[22] Fraenkel, Doppelstaat, S. 127.

[1] Vgl. H. Krausnick, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: Die Vollmacht des Gewissens, Bd. I, Frankfurt 1960; Klaus Jürgen Müller, Das Heer und Hitler, Stuttgart 1969; Gerd R. Ueberschaer, General Halder and the Resistance to Hitler in the German High Command 1938–1940, in: European Studies Quarterly, 18/3, 1988; Romedio Galeazzo Graf Thun-Hohenstein, Der Verschwörer. General Oster und die Militäropposition. Berlin 1982.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mer 1939 mit so ausgeprägter Skepsis und dazu mit einem so ausgeprägten Mangel an Vertrauen reagierten. Zwar ist Frank Ashton-Gwatkin von der Wirtschaftsabteilung des Foreign Office, der mehrmals mit Goerdeler zusammentraf, stets ein optimistischer Fürsprecher Goerdelers geblieben, doch stand er damit im Amt – was weder A. P. Young noch Goerdeler je klar geworden sein dürfte – nach München völlig allein. Zu den Gegnern eines Zusammenwirkens mit den von Goerdeler repräsentierten deutschen Oppositionellen gehörte damals ja nicht allein Sir Robert Vansittart, der – entgegen früheren positiven Urteilen – Goerdeler nun nicht einmal mehr zu den „Gemäßigten" in Deutschland zählen wollte, sondern, als „Strohmann" der Armee, einem Kreis zuordnete, den er für ebenso imperialistisch erklärte wie die Nationalsozialisten: die Kritik, die er am 7. Dezember namentlich an einem von Goerdeler am 4. Dezember 1938 in Zürich skizzierten und von Young ans Foreign Office übermittelten Programm für eine Kooperation zwischen britischer Regierung und deutscher Opposition übte, ist in der deutschen Ausgabe des Youngschen Berichts fast vollständig abgedruckt (S. 261 ff.). Die Spitzen des Amts äußerten sich zu Goerdelers Programm vom 4. Dezember nicht weniger harsch.

So schrieb William Strang, Leiter der Zentralabteilung im Foreign Office, ebenfalls am 7. Dezember: „Dieser Plan ist anderen Plänen, bei denen die sogenannten ‚Gemäßigten' in Deutschland Pate gestanden und von denen wir in jüngster Zeit etliche zu Gesicht bekommen haben, wie aus dem Gesicht geschnitten. Der Grundzug sieht oft folgendermaßen aus: ‚Gebt Deutschland alles zurück, was es – territorial, wirtschaftlich und finanziell – durch die Friedensverträge verloren hat, dann wird Deutschland gut europäisch werden und die extremen Nazis aus der Macht entfernen. Weigert ihr euch, das zu tun, wird Hitler versuchen, euch niederzuwerfen, und dabei wahrscheinlich Erfolg haben!' Nach Dr. Goerdeler sollen wir u. a. 1) den Polnischen Korridor hinter dem Rücken Polens verkaufen, 2) einen allseitigen Beitrag kolonialer Gebiete für einen geschlossenen Kolonialbesitz Deutschlands organisieren, 3) Deutschland eine zinslose Anleihe in Höhe von mehreren hundert Millionen Pfund geben. Einmal gewährt, sind diese Dinge unwiderruflich. Als Gegenleistung erhalten wir die abgegriffene Währung bloßer Verpflichtungen – 1) zu einem System freier Wechselkurse zurückzukehren, 2) die Aufrüstung zu stoppen, 3) keine Hegemonie in Südosteuropa zu errichten, 4) den Status quo im Mittelmeerraum zu garantieren usw., usw. Da findet sich außerdem noch eine mysteriöse Formel von der Wiederherstellung einer ‚vernünftigen Ordnung in Rußland', die nach ‚Mein Kampf' schmeckt. Ich bin sicher, daß wir mit all dem nichts zu tun haben sollten. Dies ist nicht die Zeit, Deutschland solche Konzessionen zu machen. Wir haben den Deutschen im September geholfen, ihre Ziele in der Tschechoslowakei (Hitlers ‚letzter territorialer Anspruch in Europa') zu erreichen, und zwar ohne den Krieg, den das deutsche Volk – obgleich Hitler und seinesgleichen darauf erpicht waren – zutiefst fürchtete; seither haben wir öffentlich erklärt, daß wir nicht den Wunsch haben, Deutschland von seinen natürlichen Märkten in Mittel- und Südosteuropa fernzuhalten. Das einzige Resultat war eine wütende antibritische Kampagne in der deutschen Presse und eine noch tiefere Feindseligkeit gegen uns seitens der Bande, die gegenwärtig in Deutschland herrscht. Die herrschende Clique ist gehobenster Stimmung. Sie hegt die wildesten Ambitionen auf außenpolitischem Felde und wird der Plünderung der Juden wahrscheinlich einen gleichen Feldzug gegen diejenigen folgen lassen, die ‚Weiße Juden' genannt werden, also gegen die christlichen Konfessionen, die Intellektuellen und die ‚bürgerlichen' Schichten, die Vermögen und Privilegien besitzen. Die beste Antwort darauf ist sicherlich eine Politik der Festigkeit: 1) strenge, wenn auch temperierte Mißbilligung deutscher Exzesse; 2) keine vorzeitige Preisgabe des Besitzes anderer Leute, auch wenn wir nicht in der Lage sein sollten, derartigen Besitz zu retten; 3) wo wir aber in der Lage *sind,* uns einem Anspruch – z. B. auf finanzielle Unterstützung oder auf Kolonien – zu widersetzen, Aufrechterhaltung eines kategorischen ‚Nein'. Deutschland hat sich seine finanziellen und wirtschaftlichen Nöte selber eingebrockt; es könnte zu seinem Vorteil sein, den Weg wirtschaftlicher Orthodoxie einzuschlagen, weshalb wir keinen Grund haben, dafür noch einen Preis zu zahlen. Die Politik der gegenwärtigen extremistischen Beherrscher Deutschlands macht, erstens, die übrige Welt zum Gegner Deutschlands, drückt, zweitens, den deutschen Lebensstandard herab und schafft, drittens, innere Spannungen. Ich bin gar nicht sicher, daß diese Politik kurzfristig oder auf längere Sicht

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland tatsächlich kräftigt. Wenn das so sein sollte, ist nicht leicht zu sehen, was wir – außer einem Jahr oder zwei Jahren unsicherer Ruhe – gewinnen, würden wir dabei helfen, an ihre Stelle Leute wie Goerdeler und die Armee zu setzen."

Am 9. Dezember kommentierte Sir Orme Sargent, damals der für Koordination zuständige Staatssekretär im Foreign Office: „Ich habe Mr. Strangs Argumenten, mit denen ich vollständig übereinstimme, nichts hinzuzufügen. Dies ist eine Alternative zu Dr. Goerdelers früherem Plan [den Ashton-Gwatkin am 22. November im Foreign Office präsentierte; deutsche Ausgabe der X-Dokumente, S. 259f.], auf den eine Antwort unterblieben ist. Bei seinem früheren Plan hätten wir wenigstens die Initiative behalten und es mit der deutschen Regierung zu tun gehabt. Bei diesem neuen Plan hätten wir alle unsere Angebote vor einem korrespondierenden Zug der deutschen Regierung zu machen. (Übrigens enthält dieser Plan keine Klausel über die Einstellung der Judenverfolgung, wie es bei dem früheren der Fall gewesen ist.) Jedoch soll unser Angebot nicht an die Regierung gerichtet werden, sondern an einige unbekannte Personen, die angeblich imstande sind, Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, und das durch die Vermittlung einer Person, deren einzige Beglaubigungen ihre eigenen Versicherungen sind. Was würde wohl geschehen, sollte die Gestapo Dr. Goerdelers Korrespondenz oder Dr. Goerdeler selbst oder einen seiner Vertrauensleute erwischen und dabei feststellen, daß das Foreign Office mit unzufriedenen Elementen in Deutschland gegen die deutsche Regierung intrigiert? Mit einem Wort: das ganze Verfahren wäre offensichtlich höchst gefährlich und selbst dann schwerlich zu rechtfertigen, wenn die vorgeschlagene ‚Regierung' an sich völlig befriedigend wäre. Wie die Dinge liegen, ist aber der Plan, fürchte ich, in doppelter Hinsicht als untauglich überführt."

Sir Alexander Cadogan, der Ständige – d. h. der beamtete und unter dem Minister leitende – Staatssekretär im Foreign Office, schloß sich dem sofort an: „Ich stimme mit Mr. Strang und Sir O. Sargent überein. Man verlangt von uns, den Korridor zu ‚beseitigen', Deutschland einen Block kolonialen Territoriums zu geben, ‚das nach den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts verwaltet' werden soll, und Deutschland eine zinslose Anleihe in Höhe von 400 bis 500 Millionen Pfund zu gewähren. Als Gegenleistung bekommen wir ein Versprechen, daß Deutschland zu freiem Devisenverkehr zurückkehren werde, eine Versicherung, daß Deutschland ‚nach keiner Hegemonie in Südosteuropa' streben wolle, eine deutsche Garantie des Status quo im Mittelmeerraum, ein deutsches Versprechen, im Fernen Osten zu kooperieren. Es ist dazu bereits gesagt worden, daß von uns also die Lieferung von Gütern erwartet wird, während uns Deutschland Schuldscheine gibt. Doch ist da noch Schlimmeres: ‚Jede weitere Aufrüstung soll sofort aufhören.' Das ist unser alter Freund ‚Der Stillstand der Rüstungen' – immer von der Macht aufs Tapet gebracht, der es gelungen ist, in Führung zu gehen. Deutschland hat sich in der Rüstung einen Vorsprung von drei Jahren vor uns verschafft und durch eine ungeheure Anstrengung ein formidables Waffenarsenal zusammengebracht. Es ist sehr riskant, in diesem Rennen spät an den Start zu gehen, doch hat das wenigstens den Vorteil, daß wir, nachdem die Führenden ihre Anstrengung in bestimmte Waffentypen investiert haben, mit moderneren Typen beginnen und die Führenden ihr enormes Lager ersetzen müssen. Natürlich möchten die Deutschen das vermeiden. Für die Frage der Rüstungsbegrenzung gibt es nur zwei Möglichkeiten – 1) das Maximum auf den Stand Deutschlands festzusetzen oder 2) Deutschland auf unseren Stand herunterzudrücken. Ich glaube nicht, daß Goerdeler oder seine Freunde eine dieser beiden Lösungen im Auge haben; zwar spricht er von einem ‚Abbau', doch denke ich, daß er die derzeit gegebene Relation bewahren möchte. Was den ‚neuen Völkerbund' betrifft, so mag er eines Tages schon kommen, jedoch wird er nicht kommen, ehe nicht in Deutschland und in Italien ganz andere Regime und ein ganz anderer Geist herrschen. Ich glaube wirklich nicht, daß wir mit diesem Plan irgendetwas zu tun haben können."

Am 10. Dezember brach indes Ashton-Gwatkin, nach einer Unterhaltung mit A. P. Young und Dr. Schairer, einem Londoner Bekannten Goerdelers, einmal mehr eine Lanze für den Repräsentanten der deutschen Opposition. In seinem für Außenminister Lord Halifax bestimmten Kommentar zu Gwatkins Memorandum äußerte sich Sir Alexander Cadogan – noch am 10. Dezember – erneut grundsätzlich negativ, verstand sich jetzt jedoch immerhin zu der Bemerkung, daß die Fühler Goer-

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

delers nicht völlig ignoriert werden könnten. Zwar sei es natürlich ausgeschlossen, Goerdelers Wunsch zu erfüllen und sein Programm zu akzeptieren: „Vielleicht ist er aber auch mit weniger zufrieden. Ich nehme an, er möchte seinen Mitverschwörern zeigen können, daß wir Unruhen in Deutschland nicht zu dem Versuch nützen werden, Deutschland niederzuwerfen. Wenn die Führer der Armee an der Spitze der Bewegung stehen und der Armee selbst sicher sind, sollten sie eigentlich gewiß sein, daß niemand Deutschland niederzuwerfen vermag. Daher weiß ich nicht recht, wie wir helfen könnten." Und dann sagte er, nach wie vor zurückhaltend, jedoch Entgegenkommen nicht mehr einfach ausschließend: „Wenn wir überhaupt eine Botschaft senden können, sollte sie nach meinem Vorschlag dahin gehen, daß die Form der Regierung in Deutschland eine innere Angelegenheit ist, in die wir uns nicht einmischen können. Unser einziger Wunsch sei es, in Freundschaft und Zusammenarbeit mit einem vereinten und friedlichen Deutschland zu leben. Niemals würden wir versuchen, uns innere Unruhen in Deutschland zunutze zu machen. Wir seien zur Zusammenarbeit und, falls gewünscht, zur Unterstützung einer jeden deutschen Regierung bereit, von der wir sicher sein könnten, daß sie mit ihren Nachbarn in Frieden leben und für bessere Verhältnisse in Europa arbeiten wolle."

Nach Vortrag von Sir Alexander Cadogan entschied freilich Premierminister Chamberlain am 11. Dezember, daß keine Botschaft an Goerdeler gesandt werden dürfe. Lord Halifax, von Cadogan über Chamberlains Entscheidung unterrichtet, stellte es dem enttäuschten Gwatkin, in einer Unterredung am Abend des 15. Dezember, frei, noch einmal über eine neue Formel für eine Mitteilung an Goerdeler nachzudenken, allerdings nicht ohne hinzuzusetzen, daß er sich keine Formel vorzustellen vermöge, die nicht auf die bislang erhobenen Einwände stoßen würde. Ashton-Gwatkin suchte tatsächlich noch eine passende Botschaft zu formulieren, mußte aber, wie er am 22. Dezember resignierend notierte, zur Kenntnis nehmen, daß „in der Zwischenzeit Sir Robert Vansittart Dr. Schairer gesprochen und ihm erklärt hat, es sei unter den gegebenen Umständen politisch nicht machbar, Goerdeler eine autoritative Botschaft zu senden; es müsse seinem gesunden Menschenverstand überlassen bleiben, sich zu sagen, was die Haltung Seiner Majestät Regierung gegenüber einer freundlich gesonnenen Regierung sein würde, falls es in Deutschland zu einer solchen käme, und dies könne er seinen Freunden doch selber erklären".

Krausnick ist aber wohl zuzustimmen, wenn er dieses gescheiterte Unternehmen Goerdelers mit dem durchaus erfolgreichen Versuch in Zusammenhang bringt, den Briten Informationen zuzuspielen, Hitler wolle demnächst im Westen angreifen. Die daraus resultierende Kriegspanik erreichte ihren Höhepunkt Mitte Januar 1939, als die Goerdeler-Episode schon ihr vorläufiges Ende gefunden hatte. Doch die Präliminarien, d. h. die ernsten Warnungen, die Ivon Kirkpatrick erhielt, bevor er von seinem Posten als Erster Sekretär an der britischen Botschaft in Berlin nach London und ins Foreign Office zurückkehrte, fielen in die erste Dezemberwoche, als Goerdelers Programm in London noch geprüft wurde und Dr. Schairer noch nicht von Vansittart erfahren hatte, daß Goerdelers Annäherung erfolglos geblieben war[2]. Es war die Kabinettssitzung vom 21. Dezember 1938, auf der die Aussicht erörtert wurde, Hitler könne sich wie ein „tollwütiger Hund" aufführen und einen Akt irrationaler und improvisierter Aggression begehen[3]. Goerdeler hat vielleicht für einige der folgenden Warnungen selbst als Vermittler fungiert.

Nun ist klar, daß die Berichte, die Mitte Januar 1939, nach Chamberlains Rückkehr von seinen Gesprächen mit Mussolini in Rom, zu der erwähnten Kriegspanik in London führten, völlig unfundiert waren und daß sie großenteils aus „konservativ-nationalen" Quellen stammten. Ein Mitglied des britischen Kabinetts, Sir Thomas Inskip, hat in seinem Tagebuch notiert, die Berichte kämen von „Vansittarts Deutschen"[4]. Steckte hinter diesen Warnungen die Absicht, bei der britischen Regierung

[2] Cadogan Diary (Churchill College, Cambridge), 15. 12. 1938; I. Kirkpatrick, The Inner Circle, London 1960, S. 136 ff.; Public Record Office, FO 371/22961, C 939/15/18; CAB 2/8, CID 342, 343, 16./22. 12. 1938.

[3] CAB 23/96, 21. 12. 1938.

[4] Inskip Diary (Churchill College, Cambridge), 16.–23. 1. 1939.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jene heftige Reaktion zu provozieren, die sie in der Tat auslösten[5], oder steckte hinter ihnen die Absicht, eine weicher werdende Regierung zu veranlassen, das Programm Goerdelers ernst zu nehmen? Wir können darüber nur Spekulationen anstellen. Hans Oster hätte es uns vermutlich sagen können. Aber er hat seine Geheimnisse mit ins Grab genommen.

Donald Cameron Watt
London School of Economics and Political Science

[5] Donald Cameron Watt, How War Came, London 1989, S. 99 ff.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

AUFGABEN UND PERSPEKTIVEN DER ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG NACH DER POLITISCHEN UMWÄLZUNG IN OSTEUROPA UND IN DER DDR

Die politische Umwälzung in Osteuropa und in der DDR stellt die Zeitgeschichtsforschung vor eine neue Situation. Nun werden in großem Umfang neue Quellen zugänglich, die auf vielen Forschungsgebieten die Chance eröffnen, zu wesentlichen Fortschritten bei der Darstellung und der Interpretation der deutschen wie der allgemeinen Geschichte im 20. Jahrhundert zu gelangen. Archivbestände aus der Zeit bis 1945, die in der DDR bisher nur teilweise zugänglich waren, sowie Akten aus den Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg, die entweder allen verschlossen blieben oder nur von den DDR-Historikern benutzt werden konnten, die dem herrschenden Parteilichkeitsgebot folgten, stehen erstmals einer internationalen Standards verpflichteten Forschung offen und bieten die Möglichkeit, sich den ungeklärten Fragen und Zusammenhängen oder strittigen Interpretationen der Zeitgeschichte intensiver zuzuwenden als in der Vergangenheit.

Gleiches gilt für die Archive in den Ländern Osteuropas, insbesondere der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei, deren Schicksal im 20. Jahrhundert von deutscher Politik wesentlich beeinflußt wurde und die für Deutschland immer von erheblicher Bedeutung waren. Der Zugang zu diesen Archivalien wird neue Erkenntnisse sowohl zur „älteren Zeitgeschichte" vor dem Zweiten Weltkrieg wie für die „neuere Zeitgeschichte" seitdem erbringen. Das gilt für die Politik- und Diplomatiegeschichte ebenso wie etwa für die Wirtschafts-, Gesellschafts- oder Parteiengeschichte.

Die Methode der vergleichenden Analyse kann jetzt in besonderer Weise fruchtbar gemacht werden. Das betrifft generell die Geschichte beider deutscher Staaten seit 1949, der Herrschaftsformen des Nationalsozialismus und des bürokratischen Befehlssozialismus ostdeutscher Provenienz oder die Mechanismen der Ost- bzw. Westbindung der deutschen Staaten. Es betrifft aber auch spezielle Vergleiche zum Beispiel der Sozialpolitik, des Rechtswesens, der Wirtschaftsordnungen oder der Bildungssysteme. Diese Art komparativer Forschung wird für *beide* dem Vergleich unterzogenen Komplexe oder Entwicklungen erhellende Resultate erbringen.

Welche Wege die Zeitgeschichtswissenschaft angesichts der Perspektiven, die sich nun eröffnen, einschlagen wird, ist erst in Umrissen erkennbar. Zweifellos wird die Erforschung der Geschichte der sowjetischen Besatzungszone und der DDR jetzt auf eine gesicherte Grundlage gestellt werden können. Die neuen Möglichkeiten erschöpfen sich aber nicht in der Analyse der SBZ/DDR, der zweiten Diktatur auf

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutschem Boden. Auch die Geschichtsschreibung über die Weimarer Republik und das Dritte Reich wird durch den Zugang zu den Archiven der DDR, der Tschechoslowakei, Polens und der UdSSR neue Impulse bekommen. Nun wird es etwa möglich sein, auch die östlichen Gebiete des Deutschen Reichs in die regional- und lokalgeschichtliche Forschung einzubeziehen und die territoriale Ausdehnung Deutschlands auf Kosten der Tschechoslowakei und Polens sowie seine Herrschaftspraxis in diesen Gebieten mit neuen Quellen genauer und verläßlicher zu beschreiben. Insgesamt steht die Zeitgeschichtsforschung vor einer besonderen Herausforderung. Sie hat mit der Analyse des totalitären NS-Systems, der Besatzungspolitik und der deutschen Nachkriegsgesellschaften Erfahrungen sammeln können, deren methodische Validität sich nun auf neuen Forschungsfeldern und mit neuen Quellen erweisen kann.

Die Geschichtsschreibung der DDR war bis zum Oktober 1989 methodologisch und thematisch den Weisungen der SED unterworfen. Das wirkte sich auf die Forschungen zur Zeitgeschichte besonders nachteilig aus. Ihre Aufgabe war es, die Strategie und Taktik des deutschen wie des internationalen Kommunismus historiographisch zu rechtfertigen und damit die SED-Herrschaft zu legitimieren. So dominierten insbesondere zur Kommunismus- wie DDR-Geschichte, aber auch auf anderen Forschungsfeldern parteilich verzerrte Interpretationen. Differenziertere Sichtweisen konnten erst in den letzten Jahren gelegentlich veröffentlicht werden. Die wissenschaftliche Analyse der DDR-Geschichte blieb so vor allem eine Aufgabe der pluralistischen zeithistorischen DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie braucht den Leistungsvergleich mit den bisher großzügig geförderten Forschungsinstitutionen in der DDR nicht zu scheuen. Immerhin wurden im Laufe der Jahre zahlreiche Monographien zur Politik-, Kultur-, Wirtschafts-, Bildungs- oder Rechtsgeschichte vorgelegt, seit den sechziger Jahren auch verschiedene Überblicksdarstellungen. Insgesamt jedoch haben auch diese Arbeiten nur einen Teil der offenen Fragen an die DDR-Geschichte beantworten können. Dies lag neben den Quellenproblemen vor allem an ihrer zu geringen personellen wie materiellen Ausstattung. Trotz kontinuierlicher Förderung, speziell durch das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, die Volkswagen-Stiftung und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, hatten Projekte mit engem Aktualitätsbezug Vorrang.

Das Ende der SED-Kontrolle über die zeitgeschichtliche Forschung wird nicht nur bei jüngeren Historikern – wie sich bereits andeutet – zu selbstbestimmtem Erkenntnisinteresse führen; es fördert offenbar auch bei einigen der älteren, die bisher die parteiliche Geschichtsschreibung in der DDR geprägt haben, neue – noch widersprüchliche – Überlegungen. Beides kann dazu beitragen, die in der DDR vorhandene Sachkompetenz für die innerdeutsche Diskussion und eventuelle Kooperationen fruchtbar zu machen. Gemeinsame Forschungsvorhaben setzen allerdings voraus, daß sich die Zeithistoriker der ehemaligen Teilstaaten (gefördert etwa durch Austausch- und Qualifizierungsprogramme vor allem für jüngere DDR-Wissenschaftler) mit den Arbeitsbedingungen und -methoden ihrer potentiellen Partner

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vertraut machen, die Archivbestände gesichert sowie nach einheitlichen Kriterien aufbereitet werden und ihre Nutzung durch eine internationalen Standards entsprechende technische Ausstattung erleichtert wird.

Unerläßliche Voraussetzung für die nun mögliche Intensivierung der Forschung ist freilich das Sichern und Sichten des Archivguts in der DDR. Hierzu ist die gemeinsame Anstrengung der Archivare und Wissenschaftler in den staatlichen und in sonstigen wissenschaftlichen Archiven, in Sammel- und Forschungsstellen des Bundes und aller deutschen Länder und Universitäten erforderlich.

Die staatlichen Archive der DDR unterstehen bisher noch einer zentralen Staatlichen Archivverwaltung im Ministerium für Innere Angelegenheiten. Es ist sicher, daß die regionalen Staatsarchive im Zuge des Föderalisierungsprozesses in der DDR Ländersache werden. Die Direktoren der künftigen Landeshauptarchive bereiten sich – z. T. mit Unterstützung der Staatsarchive der Bundesländer – bereits jetzt auf die Errichtung staatlicher Archivverwaltungen vor. Es ist ferner mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß die Bestände zentraler preußischer Dienststellen und Behörden im Zentralen Staatsarchiv II in Merseburg mit denen des Geheimen Staatsarchivs Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem vereinigt werden. Mit Inkrafttreten der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist sodann davon auszugehen, daß das Zentrale Staatsarchiv I in Potsdam, das Militärarchiv der DDR und das Staatliche Filmarchiv der DDR mit dem Bundesarchiv zusammengefaßt werden.

Aus den Erfahrungen eines zentralen Archivwesens in der DDR kann auch das Archivwesen in der Bundesrepublik Deutschland lernen. Bei aller Bejahung eines föderalistischen Staatsaufbaus und des Subsidiaritätsprinzips in der Archivträgerschaft, denen das Archivwesen in der DDR derzeit insbesondere durch die Verselbständigung der bislang zentral geleiteten Staatsarchive in Landesarchive bzw. Landesarchivverwaltungen Rechnung trägt, darf nicht übersehen werden, daß die großen archivtechnischen Herausforderungen – insbesondere auf dem Gebiet der Konservierung und Restaurierung der in ihrem Bestand in ganz Deutschland gefährdeten Akten des 19. und 20. Jahrhunderts – sich in Mecklenburg und Baden-Württemberg ebensowenig unterscheiden wie im Bundesarchiv in Koblenz und im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam. Die zentralen technischen Einrichtungen in der DDR – zu nennen sind vor allem die Zentralstelle für Konservierung und Restaurierung sowie die Zentralstelle für Reprographie – dürfen daher nicht ersatzlos entfallen, müssen vielmehr in gemeinsamer Verantwortung von Bund und Ländern sachgerecht in Institute überführt werden, deren Forschungsergebnisse und Erfahrungen der ersten Aufgabe aller archivarischen Arbeit, nämlich der körperlichen Erhaltung des archivalischen Kulturerbes, so schnell und umfassend wie möglich zugute kommen. Nach dem Vorbild der Bibliothekare ist die Errichtung eines „Deutschen Archivinstitutes" mit Nachdruck anzustreben.

Neben den erwähnten Föderalisierungs- und Dezentralisierungstendenzen haben die politischen Umwälzungen als gegenläufige Entwicklung gleichzeitig eine außerordentliche Aufgabenkonzentration auf zentrale archivische Dienststellen in der

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DDR mit sich gebracht. Auf das Problem der Sicherung des Schrift- und sonstigen Dokumentationsgutes aufgelöster staatlicher Dienststellen wurde bereits hingewiesen. Es ist Gegenstand von u. a. auf Ministerratsebene beschlossenen Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet des staatlichen Archivwesens. Diese betreffen vor allem die Übernahme der Aktenmassen des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit und seiner Stellen auf Bezirks-, Kreis- und Ortsebene. Die dazu erforderlichen Schritte werden als zentral zu leitende Aufgabe der Staatlichen Archivverwaltung definiert. Die Übergabe des bislang allem Anschein nach entfremdeten Archivgutes des Staatsrates der DDR und des Ministerrats in das zuständige Zentrale Staatsarchiv ist im gleichen Zusammenhang zu erwähnen.

Besondere Bedeutung kommt auch der Sicherung des Schrift- und sonstigen Dokumentationsgutes der Parteien und Massenorganisationen der DDR – seien sie aufgelöst, umbenannt oder noch funktionstüchtig – im Hinblick auf die künftige zeitgeschichtliche Forschung zur Geschichte der DDR zu. Dabei bedarf es keiner Diskussion, daß die vom ehemaligen zentralen Parteiarchiv der SED sachfremd verwalteten staatlichen Akten verschiedener Provenienzen aus der Zeit vor und nach 1945 in die Zuständigkeit der Staatlichen Archivverwaltung übergehen müssen. Inwieweit diese Forderung auch auf das parteiamtliche Schriftgut der SED selbst in deren Funktion als ehemaliger Staatspartei auszudehnen ist, bedarf sicherlich noch der Prüfung. Jedenfalls ist es nicht vertretbar, daß die heutige PDS über die Zugänglichkeit solcher für Forschungen über alle Aspekte des alten Regimes unumgänglicher Archivalien allein entscheidet.

Für die Sicherung und Archivierung des Schriftguts der anderen Parteien und der Massenorganisationen der DDR sind freilich außerordentliche Schritte erforderlich, die möglichst umgehend getan werden müssen; denn dieses für die Forschung wertvolle Schriftgut wird zur Zeit nicht immer sachgerecht aufbewahrt und ist in manchen Fällen davon bedroht, in alle Winde zerstreut, verkauft oder gar vernichtet zu werden. Die unterzeichneten Institutionen schlagen deshalb die sofortige Bildung eines *Sonderstabes von Archivaren* vor, der bis zur Herbeiführung einer endgültigen Lösung die vorübergehende Sicherung dieses Schriftguts mit Nachdruck zu betreiben hätte. Die Finanzierung könnte vielleicht noch aus Mitteln des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen erfolgen. Da die sachgerechte Sicherung und Lagerung der Quellen nicht hinreichend gewährleistet ist, müßte der Sonderstab die Zwischenarchivierung des vagabundierenden und bedrohten Schrifttums vordringlich organisieren, wobei die Lösung der Lagerungsprobleme vorrangig ist.

Sowohl mit der Übernahme der Akten der ehemaligen Staatssicherheit und anderer nunmehr aufgelöster staatlicher Organe als auch mit der Sicherung des Schriftguts der Parteien und Massenorganisationen wird das politische Problem der „Vergangenheitsbewältigung" berührt. Hier wird es zu einer allgemeinen gesetzlichen Regelung zur Sicherung und Benutzung der Unterlagen – nach dem Vorbild des Bundesarchivgesetzes vom 8. 1. 1988 – kommen müssen. Der Auftrag, ein solches Archivgesetz auch in der DDR vorzubereiten, ist bereits erteilt. Auf deutlich spürbare Bestrebungen, sowohl das Militärarchiv der Nationalen Volksarmee als auch

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das Staatliche Filmarchiv – wie in der Bundesrepublik – in das zentrale staatliche Archivwesen zu integrieren, ist in diesem Zusammenhang ebenfalls hinzuweisen.

Diese plötzliche Aufgabenvermehrung als Folge der politischen Wende stellt insbesondere die Dienststellen der Staatlichen Archivverwaltung und das Zentrale Staatsarchiv vor immense technische und organisatorische Probleme. Angesichts der derzeitigen Schwierigkeit, die genannten Quellen auf Dauer zu sichern, ist daher auch von der historischen Forschung ein hohes Maß an Takt und Verständnis für die schwierigen Aufgaben, denen sich die Archivare in der DDR gegenübersehen, zu fordern. Die Unterlagen der Staatssicherheit und der Massenorganisationen sind zunächst körperlich zu sichern, mit Erlöschen ihres aktuellen Beweiswertes archivarisch nach überprüfbaren Methoden zu bewerten und erst dann auf rechtsstaatlicher, gesetzlicher Grundlage der Forschung zugänglich zu machen.

Die neuen Möglichkeiten der zeitgeschichtlichen Analyse, die sich durch den Niedergang des Sowjetsystems und den erweiterten Quellenzugang ergeben, können von der historischen Forschung nur genutzt werden, wenn sie eine großzügige finanzielle Förderung erfährt. Hierbei kann es nicht nur und nicht in erster Linie um materielle Hilfen für die Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen der DDR gehen. Gewiß weisen sie einen empfindlichen Mangel an internationalen Fachzeitschriften, Standardwerken und Spezialliteratur auf, oder es fehlen ihnen technische Hilfsmittel wie Fotokopier- und Lesegeräte oder Textverarbeitungssysteme. So sehr man – vielleicht durch die Schaffung eines entsprechenden Fonds – hier bemüht sein muß zu helfen, so sehr ist doch andererseits das Hauptgewicht der Förderung auf die Institutionen und die Wissenschaftler zu legen, die sich in der Bundesrepublik bisher schon mit Erfolg und hohem wissenschaftlichen Anspruch in der zeitgeschichtlichen Deutschland- und DDR-Forschung engagiert haben. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Zeithistorikern der beiden ehemaligen deutschen Teilstaaten kann von großem Nutzen sein, nur muß sichergestellt sein, daß sie nicht jenen zugute kommt, die der SED-Diktatur den Anschein historischer Legitimität zu verschaffen suchten. Unter dieser Voraussetzung kann gerade die Verbindung von unterschiedlich geprägter Fachkompetenz, kritischer Distanz und biographisch bedingter Betroffenheit zu fruchtbringenden Kooperationsformen führen.

Die finanzielle Förderung durch die Stiftungen und die Einrichtungen des Bundes sollte sich unter diesen Prämissen vor allem auf die Erweiterung der Forschungskapazitäten in der Bundesrepublik, d. h. auf den Ausbau bestehender Einrichtungen und auf die Förderung neuer Projekte beziehen. Es wäre freilich nichts problematischer, als die Projektförderung etwa generell von einer Zusammenarbeit zwischen Historikern beider ehemaliger Teilstaaten abhängig zu machen, so fruchtbar dies in einzelnen Fällen auch sein mag.

Unter der Perspektive des nun erforderlichen Lernprozesses der DDR-Historiker, ihrer Gewöhnung an den Methoden-Pluralismus und die Standards der westlichen Zeitgeschichtsforschung ist die Intensivierung des Wissenschaftleraustausches als besonders hilfreich anzusehen. Forschern aus der ehemaligen DDR sollte durch die Etablierung eines entsprechenden Austauschprogramms Gelegenheit gegeben wer-

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den, den Wissenschaftsbetrieb an westdeutschen, westeuropäischen und amerikanischen Forschungseinrichtungen und Universitäten kennenzulernen, und Wissenschaftler aus der Bundesrepublik sollten vermehrt Gastdozenturen an Universitäten der ehemaligen DDR übernehmen können. Beim Wissenschaftleraustausch ist insbesondere darauf zu achten, daß vor allem auch jüngere Historiker und Nachwuchswissenschaftler aus der ehemaligen DDR in den Genuß der Förderung kommen.

Angesichts der neuen Herausforderungen an die zeitgeschichtliche Forschung und in Anbetracht der skizzierten Probleme ist verstärktes Engagement sowohl der Wissenschaftler unserer Disziplin als auch der forschungsfördernden Stiftungen sowie des Bundes, der Länder und der Universitäten dringend geboten. Unerläßlich für intensivere Forschungen sind

- das Sichern der gefährdeten Archivbestände in der DDR
- das Erweitern der Forschungskapazitäten in der Bundesrepublik durch den Ausbau bestehender Einrichtungen und die Förderung neuer Projekte
- finanzielle Hilfen bei der materiellen Ausstattung von Archiven, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen in der DDR
- ein intensiver Wissenschaftleraustausch sowie Qualifizierungsprogramme für jüngere Historiker aus der DDR.

Institut für Zeitgeschichte: *Prof. Dr. Ludolf Herbst*

Bundesarchiv: *Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg*

Arbeitsbereich Geschichte und Politik der DDR
am Institut für Sozialwissenschaften
der Universität Mannheim: *Prof. Dr. Hermann Weber*

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

FRANCIS R. NICOSIA

WISSENSCHAFTLER UND VERLEGER EINE NEUE WENDUNG IN EINER ALTEN GESCHICHTE?[1]

Die Erfahrung, die ich kürzlich mit meinem Verleger gemacht habe, ist zwar in mancher Hinsicht einzigartig, unterscheidet sich aber insgesamt nicht sehr von den Erfahrungen anderer amerikanischer Wissenschaftler, mit denen ich mich ausgetauscht habe. Auch für deutsche Gelehrte dürfte die Geschichte von Interesse sein; vielleicht geht sie die Sache ebenfalls an.

Mein erstes Buch ‚The Third Reich and the Palestine Question' wurde von der University of Texas Press im Frühjahr 1986 veröffentlicht. Mit meiner Zustimmung traf Texas Press eine Vereinbarung mit einem britischen Verlag, J. B. Tauris Ltd. in London, und druckte für Tauris eine britische Ausgabe, die in England gleichzeitig mit der amerikanischen Ausgabe erschien.

Ein Teil des Buches behandelt das sehr heikle Problem der Rolle des Zionismus in der nationalsozialistischen Judenpolitik während der dreißiger Jahre, vor dem Versuch zur Ausrottung der europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg[2]. Es zeigt, wie der NS-Staat zwischen 1933 und 1939 die zionistische Ideologie und die deutsche zionistische Bewegung benutzte, um die Dissimilation der deutschen Juden und ihre Austreibung aus Deutschland zu fördern. Der Ausbeutungs- und Zwangscharakter der nationalsozialistischen Politik gegenüber dem Zionismus und der zionistischen Bewegung in Deutschland ist eine der Hauptfragen des Buches; die beiden anderen sind die Einstellung der Nationalsozialisten zum arabischen Nationalismus und die Rolle Großbritanniens in Hitlers Außenpolitik. Alle drei, Zionismus, arabischer Nationalismus und britischer Imperialismus, also die Komponenten des Dreiecks, das damals die „palästinensische Frage" darstellte, werden als Elemente der Innen- und Außenpolitik des Dritten Reiches vor dem Zweiten Weltkrieg aufgefaßt.

Am 20. Dezember 1988 rief mich ein Kollege an, um mich auf den Katalog des deutschen Druffel-Verlags aufmerksam zu machen, der ihm zufällig vor Augen gekommen war. Der Katalog kündigte für den Herbst 1988 die Veröffentlichung einer deutschen

[1] Die folgenden Bemerkungen sind die revidierte und erheblich gekürzte Fassung eines Artikels, der im März 1990 in „Perspectives" (vol. 28, No. 3) erschien, einem Organ, das von der American Historical Association herausgegeben wird.

[2] Die Grundlinien, ergänzt durch weitere Studien zur zionistischen Seite dieses Verhältnisses, finden sich in meinem Aufsatz „Ein nützlicher Feind. Zionismus im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1939", in: VfZ 37 (1989), S. 367–400.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausgabe meines Buches unter dem Titel „Hitler und der Zionismus" an. Ich erfuhr also von dieser deutschen Ausgabe erst zu einer Zeit, als sie bereits publiziert wurde.

Abgesehen davon, daß ich über etwas so Wichtiges wie eine fremdsprachige Ausgabe meines Buches völlig im Dunkeln gehalten worden war, hat es mich schockiert, daß meine Verleger eine Übereinkunft mit dem Druffel-Verlag getroffen hatten. Der Druffel-Verlag befindet sich in Leoni am Starnberger See. Das Bundesinnenministerium in Bonn hat in seinen „Verfassungsschutzberichten" – wie auch die bayerische Staatsregierung – den Druffel-Verlag als einen „rechtsextremistischen Verlag" eingestuft, d. h. als einen Verlag, der Bücher herausbringt, die unter anderem dazu bestimmt sind, die Verbrechen des Dritten Reiches zu bagatellisieren oder weißzuwaschen. Überdies wird der Geschäftsführer des Verlags, Dr. Gerd Sudholt, in diesen Berichten des Innenministeriums als Herausgeber der „Deutschen Monatshefte" erwähnt, einer Zeitschrift, die, den Berichten zufolge, Deutschlands demokratische Parteien und Politiker geschmäht, die Bewahrung der rassischen Reinheit gefordert und zum kommenden „Vierten Reich" folgendes gesagt hat: „Im künftigen Deutschland ist für Antifaschisten kein Platz. Der Weg zur Selbstfindung der Deutschen geht über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten." Es braucht wohl nicht betont zu werden, daß ich mir für die Veröffentlichung meiner Arbeit nicht den Druffel-Verlag ausgesucht hätte.

Am 21. Dezember 1988 rief ich Texas Press an, um sowohl eine umgehende Erklärung wie einen Schritt zum Stop der Druffel-Ausgabe zu verlangen. Ich wies Texas Press auf den Ruf des Druffel-Verlags hin und darauf, daß also jede Verbindung mit dem Druffel-Verlag wahrscheinlich meinem professionellen Ruf ebenso schaden werde wie dem Ansehen der University of Texas. Ich unterrichtete Texas Press über die Verfälschungen und die billige Sensationsmache, mit denen im Druffel-Katalog der Inhalt meines Buches präsentiert würde. Da sich das Buch mit den überaus heiklen Fragen der Beziehungen zwischen Nationalsozialisten und Zionisten wie der deutschen Politik im Mittleren Osten beschäftigte, müsse die Möglichkeit einer entstellten Übersetzung durch einen Verlag wie Druffel ernst genommen werden.

Nach anfänglichem Leugnen, irgendetwas von der Sache zu wissen, informierte mich Texas Press darüber, daß Tauris, der britische Verlag, Anfang 1988, fast ein Jahr, ehe ich davon Kenntnis erhielt, eine Vereinbarung mit Druffel ausgehandelt und daß Texas Press das Geschäft von Anfang an gebilligt habe. Am 24. Februar 1988 erklärte sich Texas Press in einem Brief an Tauris mit den finanziellen und sonstigen Bedingungen, auf die sich Tauris und Druffel geeinigt hatten, einverstanden und verlangte lediglich, daß Texas Press, als Inhaber der Urheberrechte, für die Ausfertigung und Unterzeichnung des Vertrags mit Druffel allein verantwortlich sein müsse. Zu diesem frühen Zeitpunkt hielten es weder Texas Press noch Tauris für notwendig, mich über ihre Pläne mit meinem Buch zu unterrichten.

Texas Press zufolge entschloß sich dann Tauris zu selbständigem Vorgehen und teilte dem amerikanischen Verlag am 26. April 1988 mit, einen Vertrag mit Druffel ausgefertigt und unterzeichnet zu haben. Zu jenem Zeitpunkt, volle acht Monate bevor ich etwas davon wußte und das Buch in Deutschland publiziert wurde, erhielt Texas Press von Tauris eine Kopie des Tauris-Druffel-Kontrakts. Meines Wissens hat Texas Press, nachdem man dort Kenntnis davon bekommen hatte, daß Tauris und Druffel im Begriff waren, das Urheberrecht des amerikanischen Verlags formal zu verletzen, keine Schritte unternommen, die deutsche Ausgabe zu stoppen, solange es noch möglich war, die

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Publikation tatsächlich zu verhindern, d. h. solange das Buch noch nicht hergestellt war. Wiederum wurde mir nichts über die Sache gesagt. Kurz danach, im Frühsommer 1988, sprach ich am Telefon mit Texas Press über die Möglichkeit einer deutschsprachigen Ausgabe meines Buches. Noch immer wußte ich nichts von dem Druffel-Projekt, und Texas Press hat es während des Telefongesprächs nicht erwähnt.

Etwa sieben Monate später, am 20. Dezember 1988, erhielt ich dann den Anruf meines Kollegen – mir unvergeßlich geblieben – über die Ankündigung der deutschen Ausgabe meines Buches im Druffel-Katalog.

Am 25. Januar 1989, einen Monat nachdem ich von der Angelegenheit erfahren und Texas Press informiert hatte, wies Texas Press den Druffel-Verlag warnend darauf hin, daß die deutsche Ausgabe nicht autorisiert sei und daß jeder Verkauf und jede Werbung aufzuhören habe. Zu meiner Verblüffung bot Texas Press aber auch an, einen Vertrag mit Druffel zu unterzeichnen und damit die Publikation der deutschen Ausgabe des Buches zu legalisieren, sofern ich mit der Übersetzung einverstanden sei – und das trotz meiner wiederholten Warnungen seit dem 21. Dezember 1988 vor der Tendenz und dem Ruf des Druffel-Verlags. Ich habe die Übersetzung nicht gebilligt.

Texas Press eröffnete dann eine längere Periode des Schweigens – sie hielt das Frühjahr und den Sommer 1989 über an – in der sich der amerikanische Verlag weigerte, auf meine Erkundigungen nach seinen Absichten zu reagieren. Ich befürchtete, daß Texas Press einen Vertrag mit dem Druffel-Verlag abschließen werde. Daher wandte ich mich an Kollegen und Standesorganisationen in Nordamerika, Europa und Israel, die mit meinem Forschungsfeld zu tun haben, mit der Bitte, in meiner Sache an Texas Press zu schreiben. Die vielen deutlichen Briefe, die Kollegen und Standesorganisationen im Laufe des Frühjahrs und Sommers 1989 an Texas Press richteten, bestätigten, was ich Texas Press die ganze Zeit über den Druffel-Verlag gesagt hatte, protestierten gegen die Art und Weise, in der Texas Press einen ihrer Autoren behandelte, und drängten auf Schritte, die Druffel-Ausgabe vom deutschen Markt entfernen zu lassen.

Im Sommer 1989, nach etlichen erbitternden Monaten erfolgloser Versuche, die Absichten der Texas Press zu erfahren, unterrichtete ich „The Chronicle of Higher Education" und die „Anti-Defamation League" (ADL) von „B'nai B'rith" über das Problem; auch reichte ich eine formelle Beschwerde über die Texas Press bei der „Professional Division" der „American Historical Society" ein. Ich hatte zu diesem Zeitpunkt allen Anlaß zu befürchten, daß bei Texas Press die Entscheidung dafür gefallen war, weiterzumachen, einen Vertrag mit dem Druffel-Verlag zu unterschreiben und damit die Druffel-Ausgabe meines Buches zu legalisieren. „The Chronicle" entschloß sich zu einem Bericht über den Fall und begann im Juli und August mit den Ermittlungen bei Texas Press. Auch die ADL befaßte sich mit der Sache, und zur gleichen Zeit nahm die „American Historical Association" ihre Nachforschungen auf.

Die negative Publizität zwang Texas Press, am 16. August 1989 ihr Schweigen zu brechen, und zwar mit einem Memorandum des Vertriebsleiters an alle, die in meiner Sache an den Verlag geschrieben hatten. In dem Memorandum wurde erklärt, daß Texas Press einen Kontrakt mit dem Druffel-Verlag zur Legalisierung der Druffel-Ausgabe nicht unterzeichnet habe und auch nicht unterzeichnen werde. Das Memorandum schien im übrigen zu implizieren, daß die Affäre zum großen Teil meine Schuld sei, weil von mir nie eine Liste abzulehnender deutscher Verlage vorgelegt worden sei, weil ich nie die deutsche Übersetzung (von deren Existenz ich, nochmals sei es gesagt, bis zur Veröffent-

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichung der Druffel-Ausgabe keine Ahnung gehabt hatte) zu sehen gewünscht hätte und weil ich so erpicht auf eine deutsche Ausgabe meines Buches gewesen sei.

Am 31. August 1989, nachdem ich das Memorandum vom 16. August gesehen hatte, schrieb ich an Texas Press, um kundzutun, welche Erleichterung und Befriedigung mich nach der endlich gekommenen Nachricht erfüllten, daß der amerikanische Verlag keinen Vertrag mit dem Druffel-Verlag unterzeichenen werde. Ich stellte ferner die irreführenden Aussagen in dem Memorandum richtig und forderte Texas Press mit folgenden Worten auf, das Urheberrecht an meinem Buch zu schützen:

„Die University of Texas Press hat das Urheberrecht an meinem Buch und ist für dessen Schutz verantwortlich. Sie hat von Anfang an erklärt, daß die Druffel-Ausgabe nicht autorisiert und Druffels Vertrag mit Tauris rechtlich ungültig sei. Daher muß ein Weg gefunden werden, das Druffel-Buch vom Markt in Deutschland zu nehmen. Der Druffel-Verlag muß ferner zu der Erkenntnis gebracht werden, daß er die deutschsprachigen Rechte an meinem Buch auch für die Zukunft nicht besitzt. Als ich die Rechte an meinem Buch am 13. November 1984 der Univerity of Texas Press übereignete, hatte ich die feste Erwartung, daß sie meine Arbeit und meinen Namen schützen werde. Wenn Urheberrechte für mich und für andere Wissenschaftler in Zukunft irgendeine Bedeutung haben sollen, muß ich an dieser Erwartung festhalten, auch wenn sie nicht immer realistisch ist."

Im Oktober 1989 gab die „Professional Division" der „American Historical Association" eine öffentliche Erklärung ab, in der die Handhabung des Falles durch die University of Texas Press kritisiert wurde. Im Dezember 1989 verabschiedete die „Conference Group for Central European History" in der „American Historical Association" eine Resolution, in der die University of Texas Press wegen ihrer Handhabung des Falles öffentlich verurteilt wurde.

Texas Press und Tauris weigern sich indes, Schritte zur Entfernung der Druffel-Ausgabe meines Buches vom deutschen Markt zu unternehmen. Statt dessen sind sie übereingekommen, daß ich ihren Gewinn von der Druffel-Ausgabe erhalten solle. Ich habe beide Verlage davon unterrichtet, daß ich dieses Geld nicht behalten werde. Ich habe die Absicht, jenen ganzen Gewinn öffentlich den Holocaust-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland zu stiften.

Ich hoffe, mich von jeder Verantwortung für die Druffel-Ausgabe meines Buches überzeugend distanziert zu haben. Ich bedaure es, daß die Druffel-Ausgabe auf Grund des unverantwortlichen und unprofessionellen Verhaltens meiner amerikanischen und englischen Verleger weiterhin auf dem deutschen Markt ist. Die Druffel-Ausgabe bleibt eine Peinlichkeit für mich, auch wenn sie das für die University of Texas Press und für Tauris LTd. nicht ist.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DEUTSCHE GESCHICHTE AM ST. ANTONY'S COLLEGE

Seit 1965 besteht am St. Antony's College der Universität Oxford, einem führenden internationalen Zentrum für Forschungen und Lehre auf den Gebieten der neueren Geschichte, der Politik und der internationalen Beziehungen, eine Gastprofessur für deutsche Historiker und Politikwissenschaftler.

Das Programm wurde bis 1976 von der Stiftung Volkswagenwerk, von 1976–1981 von der Leverhulme-Stiftung in Großbritannien und von 1982–1990 vom Bundesministerium für Wissenschaft und Bildung finanziert. Die Gastprofessur konnte jetzt durch eine Bewilligung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, die durch eine großzügige Spende der Firma C&A Brenninkmeyer in Deutschland ermöglicht wurde, bis Sommer 1995 verlängert werden.

In der Forschung hervorragend ausgewiesene Historiker und Politikwissenschaftler können sich um die Professur für die akademischen Jahre 1991 bis 1995, in Ausnahmefällen auch nur für ein Semester, bewerben. Diese Bewerbung bzw. die Bitte um nähere Auskünfte sind an eine der folgenden Adressen zu richten:

Anthony J. Nicholls, St. Antony's College Oxford, Oxford OX2 6JF

Prof. Gerhard A. Ritter, Institut für Neuere Geschichte, Universität München, Trautenwolfstr. 3/I, 8000 München 40

Prof. Hans-Peter Schwarz, Seminar für Politische Wissenschaft, Universität Bonn, Am Hofgarten 15, 5300 Bonn 1

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Joachim Fest, Hitler's War

For Hitler no difference ever existed between policy and war. It is significant that the word 'peace' does not appear in any of his plans for the future. As early as the 1920s, he developed a concept of foreign policy which he tried to carry out step by step after he became Chancellor. England played a major role in this concept. When, due to the resistance in London, his plans failed, he turned towards the Soviet Union and concluded the pact with Stalin. It is one thesis of this article that September 1939 brought for Hitler the liberation of his inner self. The view that the excesses of the regime were a result of improvisation and *Kompetenzchaos* is rejected. The decision to step beyond the conventional barriers was solely Hitler's own. In fact, with the war he returned to where he had started out: November 1923, the unforgotten defeat in Munich, had shown him the meaning and potential of cunning tactics. The former putschist became a shrewd politician. Now, more than fifteen years later, he remembered the freedom of those years, unbound by any rules of fair play. The programme which he defended obstinately from the beginning, was based on expansion and destruction. After the failure of the *Lebensraum*-project in winter 1941, Hitler concentrated on his plan for total annihilition which he put into action first against the Jews, finally against his own people.

Thomas Alan Schwartz, The Reprieve of German War Criminals. John J. McCloy and the Prisoners of Landsberg

On January 31, 1951, the United States High Commissioner for Germany, John J. McCloy, announced his final decisions regarding executive clemency for 89 war criminals. He affirmed five death sentences and reduced the sentences of 79 which allowed the immediate release of 32 of the Landsberg inmates. This signaled the end of the 'punishment' phase of Allied policy, and was proclaimed as a gesture of reconciliation. However, for many critics it was a repudiation of the Nuremberg trials, and a product of cynical political expediency in the wake of German rearmament proposed by the United States at the same time. This essay gives a new evaluation of the background of McCloy's action and of the German lobbying for a review of the trials. While McCloy attempted to craft a compromise within the new political community created by the emerging Western alliance he surely contributed to the slowness in unraveling of the American war crimes program and helped to encourage the amnesia surrounding Nazi crimes during the 1950s.

Christoph Buchheim, Economic Background of the Uprising of June 17, 1953, in East Germany

The main thesis of the article is that the so-called 'Eastern Bloc system' played an important role in triggering the revolt by severely restricting the room for manoeuvre for the East German government. This system consisted of three elements: the ideolo-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gy of Marxism-Leninism which provided a convenient justification for harsh measures that even intensified the crisis; the centrally planned economy with its inherent inefficiencies; the Soviet hegemony leading to high transfers of economic resources from the GDR to the Soviet Union and demanding that the East German Government closely follow the Soviet political line, including the costly rearmament drive and the abrupt turn towards the 'New Course' in the middle of 1953. The interplay of these factors generally resulted in a low living standard of the East German population. In 1953 the economic crisis was heightened to the point where reduction of wages and consumption was considered the only way out by the government. The adoption of measures to this end, however, directly led to the revolt.

Paul Hoser, Oswald Spengler's Secret Plans Concerning the Press

In 1922 Oswald Spengler developed a plan for a secret head office to manipulate the press. He counted on the help of industrialists and managers such as Stinnes, Hugenberg and Reusch, all of whom also exerted control over newspaper concerns. Members of this office were to be Spengler himself, and professors Cossmann and Spahn, all with numerous contacts to various newspapers, heavy industry and conservative right-wing political organizations. Spengler, however, did not succeed in providing sufficient financial means for the realization of his plan. His effort to overthrow the Stresemann government by means of a campaign he initiated in Munich newspapers in October 1923 failed as well. Spengler was not the only German conservative who hoped to become a dictator by secretly controlling the press, but all these plans came to nothing.

John Gimbel, German Scientists in British Custody. A Report on the Wimbledon Detention Camp in 1946

Much has been published about 'Project Paperclip', the American program to bring German scientists and technicians to the United States after the Second World War. The British had a similar program which, in some respects, influenced the American program. The British were the first to take German scientists out of Germany for interrogation and exploitation at home. They demurred early on, when the Americans revealed plans to return the people whom they had interrogated and exploited in the United States for military purposes. They were the first to decide that they would evacuate German specialists for civil purposes, and that decision influenced the Americans to transform their military exploitation program ('Project Overcast') into a broader program known as 'Project Paperclip'. Dr. Ernst Baerwind, a Degussa official, whom the British evacuated in 1946, left a personal report of his experiences and observations in Britain for his firm. It is published here for its description of the British program and as an incentive to researchers who might be interested in pursuing the matter further.

Jahrgang 38 (1990), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte